



Politische Berichte

Nummer 8 / 11. Jahrgang

13. April 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Anschließpolitik mit Verfassungsbruch * Großbritannien: Proteste gegen „Poll Tax“ * „Katholische Freie Grundschule“ in Augsburg * Frankfurt: Konferenz gegen Berufsverbote * Interview mit DDR-Frauenverband

Ausländergesetz soll eilig in Kraft treten

Vielfältiger Widerstand gegen den Gesetzentwurf / Nur geringfügige Änderungen erreicht

Trotz vielfältigem Widerstand hält die Bundesregierung daran fest, das Ausländergesetz noch vor den Wahlen in Niedersachsen und NRW am 13. Mai durchzusetzen: Der Bundestag soll das Gesetz am 27. April, der Bundesrat am 11. Mai beschließen. Obwohl die SPD im Innenausschuß

des Bundesrats die Mehrheit hat und auf einer gründlichen Beratung bestehen könnte, will sie dies scheinbar nicht. Die Regierungskoalition hat Anfang April einige geringfügige Änderungen des Gesetzes beschlossen, die es „verabschiedungsreif“ machen sollen.

Die Befugnisse des Staats, die Rotation anzuführen, Ausländer politisch zu entrechten und auszuweisen, Asylbewerber abzuweisen etc. werden nicht eingeschränkt. Es werden aber durchaus Zugeständnisse gemacht in Bezug auf den „Schutz der Familie“ und die „Integration“ der lange hier Lebenden, Gesichtspunkte, die von DGB und Kirchen in den Vordergrund ihrer Kritik gestellt worden waren.

Die heftig kritisierte Wohnraumklausel, die Familiennachzug und Verfestigung des Aufenthalts vom Nachweis ausreichenden Wohnraums abhängig macht, wird vordergründig entschärft. Kinder unter zwei Jahren sollen bei der Berechnung der erforderlichen Wohnungsgröße nicht mehr mitgezählt werden. Dem Argument von DGB und Kirchen, Ausländer würden zur Abtreibung gezwungen, wird so reaktionär der Boden entzogen. Daß Ausländer in immer kleinere Wohnungen gepfercht werden, soll noch den Anschein von Humanität erhalten, ebenso der Zynismus, kleine Kinder als nicht existent zu betrachten und ihnen damit auch keinen Anspruch auf Wohnraum zuzugestehen.

Die Bindung des Familiennachzugs an die Bedingung der Herstellung der „häuslichen familiären Gemeinschaft“, wie im Entwurf vorgesehen, wird beseitigt. Damit wäre es möglich gewesen,

Familiennachzug zu verweigern, wenn die Familie nicht zusammenwohnen kann, weil die Eheleute z.B. an verschiedenen Orten arbeiten. — Hier geborene Kinder von Ausländern sollen ohne Antragstellung eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. — Der Ausweisungsschutz für Minderjährige bis zu 18 Jahren soll nun bis 21 gelten. — Die Familienangehörigen von Asylberechtigten (dies sind nur noch 3% der Antragsteller) bekommen das Asylrecht automatisch.

Der Forderung, auch Ausländern der ersten Generation die Einbürgerung zu ermöglichen, wird ebenfalls z.T. nachgegeben. Ausländer, die 15 Jahre hier leben, sollen bei Aufgabe ihrer eigenen Staatsangehörigkeit bis 1995 auf Antrag die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben können. Bezogen auf alle Ausländer erfüllen diese Bedingung 32,7%. Die Regelung spaltet aber zwischen EG- und Nicht-EG-Ausländern: EG-Ausländer leben zu 45,1% seit 15 Jahren hier, bei den Türken sind es nur 20,3% (Statistisches Bundesamt, FS I, R.2, Ausländer 1985).

Die Änderungen sollen das Sondergesetz für diejenigen akzeptabler machen, die für eine Humanisierung des Gesetzes eingetreten sind. Das Ausländergesetz ist aber in seinem Kern inhuman, da es die Persönlichkeitsrechte eines

Teils der Bevölkerung ins Belieben der Exekutive stellt und deren entfesseltes Wirken legitimiert. Ein Beispiel dafür ist die bürgerkriegsähnliche Großrazia, der die Roma in Köln am 5. April unterworfen wurden. 1200 nordrhein-westfälische Polizisten überfielen morgens um 7.30 Uhr zusammen mit BGS und Polizei aus Hessen und Rheinland-Pfalz ein Roma-Lager, riegelten es vollständig ab, trieben die Bewohner aus ihren Wagen, nahmen sämtliche Personalien auf und durchkämmten das gesamte Areal. Um die Polizeiaktion nicht „auf politischer Ebene“ zu gefährden, wurden weder das nordrhein-westfälische Justizministerium noch die Stadt Köln informiert.

In den letzten Wochen haben auf über 20 Demonstrationen und in vielen Veranstaltungen mehr als 30000 Menschen gegen das Ausländergesetz demonstriert. Beteiligt waren u.a. ausländische Organisationen, der DGB und die Kirchen. Ohne Ausschluß der Ausländer vom Wahlrecht wäre das Gesetz so nicht möglich. Die Unterstützung der Wahlrechtsforderung ist deshalb dringlich, gerade in Vorbereitung der Verhandlung über die Normenkontrollklage der CDU/CSU gegen das Kommunalwahlrecht für Ausländer vor dem Bundesverfassungsgericht, die noch im Juni stattfinden soll. — (bab)



Über 135 Menschenleben soll der Brand auf der norwegischen Fähre „Scandinavian Star“ am 7. April gekostet haben. Das Schiff fuhr unter panamesischer Flagge, die Matrosen — vorwiegend zu Billigstlöhnen geheuerte portugiesische und philippinische Seeleute — konnten sich untereinander kaum verständigen und waren über Rettungsmöglichkeiten nicht unterrichtet. Sprecher der BRD-Seeleutengewerkschaften forderten nach dem Unglück die Abschaffung des „Zweitregisters“, wonach BRD-Reeder ausländische Seeleute zu Billigstarifen einstellen können. — (rül)

Bemessungstarifvertrag Post

DPG setzt Tarifverhandlungen für Postunternehmen durch

Seit einem Jahr kämpft die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) für einen Tarifvertrag über Bemessungsvorgaben, in dem die zulässige Belastung der Beschäftigten geregelt werden soll. Doch Bundespostminister Schwarz-Schilling und die drei Post-Vorstände verweigerten die Aufnahme von Tarifverhandlungen, weil nach ihrer Ansicht die Forderungen der DPG nicht tariffähig sind.

Für die DPG war nun Anfang des Jahres das Maß voll! Die unter der Losung „Arbeit darf nicht kaputt machen!“ — Deshalb Tarifvertrag über Bemessungsvorgaben“ laufende Kampagne trat in die entscheidende Phase. Die Vorbereitungen für einen Arbeitskampf wurden eingeleitet und Ende März stand fest, daß, falls die Postarbeitgeber bis zum 4. April 12 Uhr nicht verbindlich erklären, Tarifverhandlungen aufzunehmen, es zu Streiks kommen wird.

Am 30. März wurden dann für den 2. bis 4. April Sondierungsgespräche vereinbart. Gleichzeitig jedoch wurden alle Oberpostdirektions-Präsidenten und Amtsvorsteher nach Bonn geladen, um diesen einzutrichtern, wie „mit aller Kraft den Forderungen der Gewerkschaften und auch einem drohenden Arbeitskampf“ entgegenzutreten ist. An die Beschäftigten wurde zeitgleich ein Mitarbeiterbrief verteilt. Diese sollen wegen der „Wettbewerbsfähigkeit“ und den „Soforthilfemaßnahmen zum Aufbau der Telekommunikations-Infrastruktur in der DDR“ auf den Bemessungstarifvertrag verzichten. Unverbes-

serlichen Tarifkräften wird bei Teilnahme am Streik mit „arbeitsrechtliche(n) Folgen und Einkommenseinbußen“ sowie Beamten bei Weigerung von Streikbrechereinsatz mit der Bundesdisziplinarordnung gedroht.

Am 3. April entscheidet das Bundesarbeitsgericht, wie auch schon das Landesarbeitsgericht und das Arbeitsgericht in Frankfurt, daß der Streik der DPG in den Zeichen- und Linienstellen 1987 für Erhöhung der Zeitzuschläge für Erholen und zum Abbau besonderer Belastungen rechtmäßig war. Tarifvertragliche Forderungen zur Personalbemessung sind somit zulässig.

In der Nacht vom 3. auf den 4. April legten daraufhin in Hamburg im Postamt 3 alle 140 Tarifräfte im Briefein- und -abgang für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Weit über 500000 Briefsendungen gelangten so verspätet oder gar nicht in die Zustellung. Für den Bezirk Hamburg, bundesweit sicherlich ebenso, waren für den 5. April weitere Streiks festgelegt. Diese brauchten dann nicht durchgeführt zu werden, weil die Postarbeitgeber keine Chance mehr sahen, einen erfolgreich verlaufenden Streik zu verhindern und daraufhin nach Verhandlung mit der DPG sich bereit erklärten, am 18. April Tarifverhandlungen über Bemessungsvorgaben aufzunehmen. Die DPG geht von schwierigen Verhandlungen aus, so daß die Streikbereitschaft weiterhin bestehen bleibt.

Quellenhinweis: VL- und Streik-Infos der DPG, Mitarbeiterbrief der Telekom — (sip)

Boykottiert Südafrika und seinen Unterstützer Shell!



Die Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf in Südafrika ruft dazu auf, am 28. April in zahlreichen Aktionen gegen die Unterstützung des Rassistenregimes durch den Shell-

Konzern zu protestieren. Der Konzern verstößt systematisch gegen das von der UNO verhängte Öl-Embargo gegen Südafrika. Bild: Protestaktion gegen Shell in den USA. — (uld)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

12.5. Frankfurt: Demonstration gegen die Wiedervereinigung

Am 8.4. fand ein Aktionseinheitstreffen zur Vorbereitung der Demonstration „Nie wieder Deutschland! Demonstration gegen deutschen Nationalismus, gegen die Kolonisierung Osteuropas und gegen die Annexion der DDR“ statt. Der Aufruf mit Unterzeichnern lag gedruckt vor. Die Demonstration beginnt um 11 Uhr am Opernplatz. Mehr als zehn Redner sind für Auftakt- und Abschlußkundgebung vorgesehen. Eine Einigung über die Redner war trotzdem nicht möglich. Somit werden diese nicht repräsentativ für den Widerstand gegen die Annexion der DDR in der BRD sein. — (jöd)

Commerzbank organisiert neue Südafrika-Anleihe

Die Commerzbank hat für den südafrikanischen staatlichen Energiekonzern Escom eine Anleihe von 100 Millionen DM mit einer Laufzeit von drei Jahren organisiert. Die Anleihe dient der teilweisen Refinanzierung einer Anleihe über 150 Millionen DM aus dem Jahre 1983. Seit 1985 ist das die erste neue Südafrikaanleihe auf dem bundesdeut-

schen Markt. 1985 hatte Südafrika ein teilweises Zahlungsmoratorium für seine Auslandsschulden erklärt. Die Antipartheidbewegung, der Arbeitskreis „Kein Geld für Südafrika“ und die Südafrikagruppe der evangelischen Frauenarbeit protestierten gegen die Anleihe und die neuerliche Unterstützung des südafrikanischen Rassistenregimes durch die Commerzbank. Quelle: Financial Times, 20.3.1990 und AAB-Presseerklärung — (gst, AGD)

Kurdistan: Spendenaufruf und Solidaritätsdemonstration

Am 21. April findet in Köln eine bundesweite Solidaritätsdemonstration mit dem kurdischen Befreiungskampf, speziell zur Unterstützung der jüngsten Aufstände in den von der Türkei besetzten Gebieten, statt. Zu der Demonstration rufen türkische und kurdische Organisationen, die sich in der „Linken Einheit“ zusammengeschlossen haben, auf: Feyka Kurdistan, SVP, TKP(B), Acilciler, Sosyalist. Feyka Kurdistan und der Koordinationsausschuß der Kurdistan-Solidaritätsgruppen haben einen Aufruf für die auf der Konferenz der Kurdistan-Solidaritätsgruppen beschlossene Spendensammlung zur Un-

terstützung des kurdischen Befreiungskampfes veröffentlicht. Der Aufruf ist dem „Kurdistan-Rundbrief“ beigelegt und soll weit verbreitet werden. Spendenkonto: Beate Berg (Kontoinhaberin), Hamburger Sparkasse, Kto. 1042 802221, BLZ 200 505 50. — (rül)

Opel Bochum: Ergebnis der Betriebsratswahlen

Bei der Betriebsratswahlen bei Opel in Bochum ging es insgesamt um 39 Betriebsratssitze (fünf für Angestellte). Im Arbeiterbereich errang die IG Metall-Liste 16, die Liste „Metaller bei Opel“, deren Antrag auf eine zweite IG-Metall-Liste abgelehnt worden war, 14 Mandate. Diese Gruppierung stellte im alten Betriebsrat sieben Betriebsräte. Nur zwei weitere Listen erreichten Betriebsratsmandate: Die „Aktiven Metallarbeiter“ erreichte drei Sitze (zuvor vier) und die „Liste für Belegschaftsforderungen“ einen Sitz (zuvor drei). Damit stellen die Linken im neuen Opel-Bochum-Betriebsrat mit 18 Mandaten die Mehrheit der Arbeitersitze im Betriebsrat. Die Persönlichkeitswahl bei den Angestellten brachte vier Mandate für die IG Metall, eines für die DAG. — (T.H.)

Bauhauptgewerbe: 6,3% mehr Lohn — volles 13. Monatsgehalt

Die Tarifkommission hat dem am 3.4. ausgehandelten Abschluß für die 960000 Beschäftigten zugestimmt. Danach werden die Löhne vom 1. April an um 5,8% erhöht. Die Gewerkschaft hatte 8,7% gefordert. Die Kapitalistenverbände waren nicht bereit, einen Lohnabschluß über 6% zu unterschreiben. Für die gewerblichen Beschäftigten wurde deshalb vereinbart, den Bauzuschlag, der bisher 5,4% betrug, um 0,5% zu erhöhen. Die Begründung, dies sei eine Erschwerungszulage für die Winterarbeit, soll nur die wahre Höhe des Abschlusses verdunkeln. Weiterhin wurde vereinbart, das 13. Monatsgehalt von bisher 60% (102 Stundenlöhne) in drei Stufen bis 1992 auf 100% anzuheben. Mit der Forderung nach gesichertem ganzjährigem Einkommen gelang ein Einstieg mit einer einmaligen Zahlung von 300 DM. Im Gegenzug wurde die Betriebsnutzungszeit im Sommer verlängert. Bis zu 50 Stunden, die im Winter ausgefallen sind, dürfen in der Zeit von April bis Oktober nachgeholt werden. In einem Monat dürfen es aber höchstens 20 sein. Quelle: Handelsblatt, 5.4.90 — (kaq)

Aktuell in Bonn

Kfz-Steuersenkung für LKWs

Am 6. April billigte der Bundesrat eine Novelle der Bundesregierung zu den Kfz-Steuern für LKWs. Das neue Gesetz (Bt-Drucks. 11/6720) tritt zum 1. Juli in Kraft. Für BRD-Speditionen werden damit die Kfz-Steuern um über 1 Mrd. DM pro Jahr gesenkt. Gleichzeitig werden ausländische Expeditionen mit Abgaben von über 1 Mrd. DM im Jahr belastet. Beides bessert die Konkurrenzsituation westdeutscher Speditionsunternehmen. Im Bundestag hatten die Grünen kritisiert, daß das Gesetz zu Verkehrsverlagerungen von der Bahn auf die Straße führe und den Beitrag der Speditionsunternehmen zu den effektiven Wegekosten weiter senke.

Ausländerbeschäftigung

Das Statistische Bundesamt hat eine neue Erhebung über Ausländerbeschäftigung vorgelegt. Danach waren 1988 63,1% aller männlichen Ausländer über 18 Jahren erwerbstätig (bei Westdeutschen lag der Anteil bei 60,5%). Bei Frauen lag die Erwerbstätigkeit erstmals gleich: Ausländische und westdeutsche Frauen über 18 Jahren waren zu 37% erwerbstätig. 1970 waren noch 54,7% der ausländischen Frauen in der BRD erwerbstätig gewesen, gegenüber 29,3% der westdeutschen Frauen. Das Amt führt diesen Rückgang der Frauenerwerbsquote auf den inzwischen weitgehend abgeschlossenen Nachzug der Familienangehörigen ausländischer Arbeiter zurück. 72% aller ausländischen Erwerbstätigen waren als Arbeiter beschäftigt, gegenüber 35,5% Arbeiteranteil bei Westdeutschen. (Quelle: Handelsblatt, 6./7.4.90)

Wohnraum: Mietbindung abgelehnt

Ende März billigte der Bundestag ein Gesetz „zur Erleichterung des Wohnungsbaus im Planungs- und Baurecht sowie zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften“. Am 6.4. erhob der Bundesrat gegen einzelne Bestimmungen Einspruch: So erlaubt das Gesetz den Umbau von Scheunen in bis zu vier Mietwohnungen. Dies, so der Bundesrat, drohe die „Zersiedelung“ der Landschaft zu verstärken. Ende April berät nun der Vermittlungsausschuß den Gesetzentwurf. Anträge der Grünen, die Mietpreisbindung bei Sozialwohnungen (1982 bis 1990 waren 1 Million Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung entlassen worden, 1995 wird die Hälfte der jetzt noch „gebundenen“ Mietwohnungen „frei“) waren schon im Bundestag abgelehnt worden. (Bt-Drucks. 11/6636)

BGS aus Namibia zurück

Am 6. April kehrten 50 BGS-Beamte von ihrem ersten Auslandsauftrag — Überwachung der Wahlen in Namibia im Rahmen der UNO — in die BRD zurück. Vor der Rückreise waren die BGSler von der BRD-Botschaft in Namibia mit einer „Abschiedsfeier“ ent-

lassen worden. Die „FAZ“ vom 6.4. meint, während des Einsatzes sei die Opposition in der BRD gegen den Auslandseinsatz des BGS weitgehend zusammengebrochen. SPD und Grüne hätten sogar „die Art, wie die Bundesgrenzschützer ihre Aufgaben im Norden Namibias erfüllten“, gelobt.

Immissionsschutz abgebaut

Ende März hat der Bundestag ein neues Immissionsschutzgesetz (Drucks. 11/6633) verabschiedet. Damit tritt auch eine Änderung des Abfallgesetzes von 1985 in Kraft. Der neue § 4 dieses Gesetzes erlaubt künftig „die Verwertung oder Behandlung von Abfällen in Anlagen . . ., die überwiegend einem anderen Zweck als der Abfallentsorgung dienen“. Gemeint sind Kraftwerke, Zementwerke u.ä. Anlagen. Diese dürfen jetzt nach vorheriger öffentlicher Anhörung auch Abfälle verbrennen. Eine Kontrolle auf Dioxin und andere freierwerdende Giftstoffe durch die Immissionsschutzbehörden ist wegen der Vielzahl der künftig erlaubten Anlagen nur äußerst lückenhaft möglich.

„Bildung 2000“

Unter diesem Titel fand am 6.4. in Köln eine Veranstaltung der Kapitalistenverbände BDA, BDI und des Instituts der deutschen Wirtschaft statt. Dessen Präsident Lennings (früher u.a. Chef der „Gutehoffnungshütte“) schlug die Gründung einer „Deutschen Lehrgemeinschaft“ vor, um Projekte zur Verkürzung der Studienzeit zu fördern. Bildungsminister Möllemann sagte der Kapitalistenforderung nach kürzeren Studienzeiten seine Unterstützung zu.

Kiechle gegen DDR-Landwirtschaft

Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle hat sich in einem Interview über seine Absichten gegenüber der DDR-Landwirtschaft im Falle einer erfolgreichen Annexion der DDR geäußert. Kiechle forderte, die Verbraucherpreissubventionen in der DDR sofort abzubauen. Das würde die Einkommen der landwirtschaftlichen Genossenschaften erheblich senken. Außerdem müßten „so gravierende Punkte wie die Quotenregelung sofort ihre Gültigkeit haben“. Bei der Milcherzeugung in der DDR werde das zu einer deutlichen Produktionseinschränkung führen.

Was kommt demnächst?

In der zweiten Aprilhälfte soll das erste sog. „6er-Treffen“ der Außenminister der BRD, der DDR, der Sowjetunion, USA, Frankreichs und Großbritanniens in Bonn stattfinden. Am 27. April will der Bundestag u.a. das neue Ausländergesetz abschließend beraten. Am 28. April findet in Dublin ein EG-Sondergipfel statt, auf dem u.a. über die Annexion der DDR durch die BRD und die weitere Fortführung des Binnenmarkt-Programmes beraten werden soll. Am 13. Mai sind Landtagswahlen in Niedersachsen und NRW.

KSZE-Wirtschaftskonferenz beendet

Imperialisten wollen RGW auflösen und die Staaten Osteuropas zu Halbkolonien machen

Nach fast vier Wochen Verhandlungen endete in dieser Woche in Bonn die KSZE-Wirtschaftskonferenz. Die Konferenz war im Januar 1989 beschlossen worden, um „den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten neue Impulse (zu) verleihen, insbesondere durch die Verbesserung der Geschäftsbedingungen für Handel und industrielle Kooperation sowie durch Aufzeigen neuer Möglichkeiten und Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“. 35 Teilnehmerstaaten der KSZE, d.h. alle europäischen Staaten mit Ausnahme Albaniens sowie die USA und Kanada waren durch Regierungs-Delegationen vertreten. Zusätzlich waren westliche Konzerne und Betriebsdirektoren aus dem RGW-Bereich vertreten.

Schon zur Eröffnung der Konferenz hatte Bundeskanzler Kohl die westlichen Absichten beschrieben. Der RGW soll zerstört werden. An die Stelle der Kooperation zwischen den bisherigen RGW-Staaten soll deren Anbindung an den imperialistischen Weltmarkt treten, verbunden mit vielfältigen Spaltungen zwischen den einzelnen Volkswirtschaften. Zugleich soll innerhalb der RGW-Länder von den Errungenschaften der Werktätigen, angefangen von der Landreform über landwirtschaftliche und handwerkliche Genossenschaften bis hin zu Schutzrechten in den Fabriken, nichts bestehen bleiben. Stattdessen sollen dort westliche Konzerne Einzug halten. Kohl forderte, „daß sich die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas an die Gesetze der internationalen Arbeitsteilung anpassen. Dies bedeutet vor allem Marktöffnung und tiefgreifende Reformen in Richtung Soziale Marktwirtschaft. Bei diesen Anpas-

sungs- und Modernisierungsbemühungen sind die osteuropäischen Volkswirtschaften vor allem auf den Zufluß privaten Kapitals angewiesen . . . Damit es aber zu dem nötigen massiven Kapitalzufluß kommt, müssen die reformwilligen Länder ihrerseits rasch entsprechende Bedingungen schaffen. Es gilt, den Spielraum für eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln beträchtlich zu erweitern — d.h. für Investitionen, Produzieren, Exportieren ebenso wie für das Beschäftigen von Arbeitskräften.“

Offensichtlich hält man in den Vorständen der westlichen Konzerne die Gegensätze in den Staaten des RGW für derzeit so tief, daß man glaubt, die Widerstände gegen den Vormarsch westlicher Konzerne erfolgreich überwinden zu können, auch wenn am Ende für die Masse der Werktätigen in allen diesen Ländern daraus nur Verschlechterungen ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse resultieren werden. Die KSZE-Konferenz sollte die Möglichkeiten für diesen Angriff sondieren helfen und evtl. Abkommen vorbereiten, die auf einem KSZE-Gipfeltreffen — im Gespräch ist eine Konferenz noch Ende dieses Jahres — ratifiziert werden sollen.

Ziel ist der Aufbau eines kontinentalen Wirtschaftsblocks, in dem die Entscheidungen in den Konzernvorständen im Westen fallen, während die ehemaligen RGW-Staaten die billigen Rohstoffe, Nahrungsmittel und Arbeitskräfte zur Bereicherung der westlichen Konzerne bereitstellen. Der von diesem Rohstoff- Billiglohn- und Agrargebiet ausgehende Druck soll zugleich helfen, den Druck auf die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften in der „Kern-EG“

entsprechend den Wünschen der EG-Konzerne weiter zu steigern.

In einem Schlußdokument, das die EG der Konferenz vorgelegt hat, wird zu diesem Zweck gefordert:

— Rasche Einreise, Aufenthalts- und Bewegungsfreiheit für Geschäftsleute in Osteuropa;

— Alle Teilnehmerstaaten der Konferenz sollen natürlichen und juristischen Personen anderer Staaten (also westlichen Konzernen) persönliche Rechte und sämtliche Eigentumsrechte garantieren sowie „diskriminierungsfreien Zugang zu . . . Verwaltungsbehörden“

— Durch „Nichtdiskriminierung“ westlicher Konzerne soll ein „günstiges Klima für Investitionen und die verschiedenen Formen der industriellen Zusammenarbeit geschaffen werden.“

— Schließlich wünscht die EG von den Staaten des RGW die „Konvertierbarkeit von Währungen“. Die RGW-Staaten sollen sich also verpflichten, alle auf ihre Währungen lautenden Schuldforderungen anzuerkennen und auf Wunsch gegen westliche Devisen zu tauschen.

Dieses Forderungspaket will die EG-Kommission über „spezielle Assoziierungsabkommen“ mit einzelnen RGW-Staaten durchsetzen. So sollen auch die Gegensätze zwischen den RGW-Staaten weiter geschürt werden, vor allem zwischen den „industrialisierten“ Staaten Polen, CSSR und Ungarn und den „weniger industrialisierten“, wozu Bulgarien und Rumänien gerechnet werden. Letztere Staaten gelten bei der EG-Kommission schon heute als „Dritte-Welt“-Staaten“ und sollen zu modernen Halbkolonien der EG werden. Bei diesem spalterischen Vorgehen sind sich EG und USA einig. So lehnen die USA eine allgemeine Lockerung der COCOM-Liste weiter ab. Stattdessen sind Vertreter von Polen, der CSSR und Ungarn zu Einzelverhandlungen über Lockerungen der COCOM-Liste nach Washington eingeladen.

Auch die Ende letzten Jahres von der EG beschlossene „Osteuropabank“ soll diese Zerlegung des RGW verfolgen. Die USA beharren darauf, daß die Bank ihre Kreditvergabe auf „Staaten mit demokratischer und pluralistischer Gesellschaftsform“ beschränkt und der Sowjetunion wenig bis gar keine Kredite gewährt. Zusätzlich wollen die USA eine Sperrminorität von 11% der Stimmen haben, (die EG-Staaten streben 51% an), während die Sowjetunion höchstens 6% Stimmrecht bekommen soll. 60% aller Kredite der neuen Bank sollen für „private Investitionen“ zur Verfügung gestellt werden. Die neue Bank soll dazu dienen, Konzernen wie Daimler-Benz, VW, FIAT, Siemens u.a. den Kapitalexporth in die RGW-Staaten zu erleichtern.

Quellen: Materialien der KSZE-Konferenz. Bonn: Handelsblatt, 19.3., 26.3. und 27.3. 1990 — (rül)



Berlin (DDR), 3. April: Demonstration gegen die Währungspläne der Bundesregierung gegenüber der DDR.

Schäuble lobt seine BGS-Eingreiftruppe

Der Jahresbericht 1989 des Bundesgrenzschutzes ist veröffentlicht

Zunehmend zeichnet sich ab, daß die Einverleibung der DDR durch die BRD nicht ohne Widerstände vonstatten geht. Die BGS-Truppe von 20000 Mann, ausgerüstet, aus-

gebildet und verfassungsmäßig legitimiert für Bürgerkriegseinsätze, stellt für die Bundesregierung einen idealen Eingreifverband zur Durchsetzung des Anschlusses dar.

Schäuble, Innenminister und zuständig für den BGS, hat sich bei der Vorstellung des BGS-Jahresberichts 1989 zur aktuellen politischen Lage so geäußert: „Wenn sich die Hoffnung erfüllt, daß sich die deutsche Einheit in absehbarer Zeit verwirklicht, wird dies nicht ohne Folgen für die Aufgabenstellung und Struktur des BGS bleiben. Mit dem Wegfall der innerdeutschen Grenze und einer weiteren Normalisierung der Grenze zur CSSR würden auch die bisherigen Grenzsicherungsaufgaben der BGS-Verbände entfallen.“ Also steht diese Truppe eigentlich ganz oder teilweise zur Auflösung an. Schäuble jedoch weiter: „Dies heißt aber nicht, daß auf eine verbandsmäßig organisierte Polizei des Bundes künftig verzichtet werden könnte . . . Für die Bewältigung schwieriger Sicherheitslagen mit großem Störpotential brauchen wir eine Verbandspolizei des Bundes. Dabei wird es auch in einem künftigen deutschen Gesamtstaat bleiben.“ Verbandsmäßig bedeutet Operieren in geschlossenen Einheiten; es handelt sich um eine militärische Struktur.

Außer dem Grenzschießdienst ist der BGS überwiegend verbandsmäßig gegliedert. Im Kapitel „Aufgaben des Bundesgrenzschutzes“ findet sich dazu folgende Ausführung: „Schwerpunkt des Einsatzes der BGS-Verbände ist der geschlossene Einsatz. Er unterscheidet sich von der Tätigkeit des polizeilichen Einzeldienstes durch das abgestimmte Zusammenwirken einer großen Zahl von Beamten unter einheitlicher Führung.“ Die Struktur des BGS ist militärisch. Er ist in fünf Grenzschießkommandos untergliedert, denen verschiedene Einsatz- und Ausbildungs-Abteilungen unterstellt sind. Unterhalb der Ebene der Abteilungen gibt es Gruppen, wovon die Grenzschießgruppe 9 (GSG 9) es zu zweifelhaftem Ruhm gebracht hat.

Zunehmend zeichnet sich ab, daß die Einverleibung der DDR durch die BRD nicht ohne Widerstände vonstatten geht. Die BGS-Truppe von 20000 Mann, ausgerüstet, ausgebildet und verfassungsmäßig legitimiert für Bürgerkriegseinsätze, stellt für die Bundesregierung einen idealen Eingreifverband

zur gewaltsamen Durchsetzung des Anschlusses dar. Mit Skrupeln bei dieser reinen Profi-Truppe müssen die Befehlshaber viel weniger rechnen als bei einem möglichen Einsatz von Bundeswehr mit Wehrpflichtigen und Zeit-Soldaten. Vielleicht mußte Stoltenberg auch deshalb seinen Vorschlag vorerst wieder einpacken, Bundeswehreinheiten, die nicht der NATO unterstehen, in der DDR zu stationieren.

Da der BGS also unter allen Umständen unvermindert bestehen bleiben muß, bricht nun eine wilde Suche nach neuen Beschäftigungen für „ruhige“ Zeiten an. In Verhandlungen mit den Bundesländern werden diskutiert die Übernahme von Aufgaben der Bahnpolizei, des Fahndungsdienstes der Deutschen Bundesbahn und der Sicherung des Luftverkehrs. Der Innenminister nennt dies „Tagesaufgaben im Bereich der Inneren Sicherheit“. Die Truppe muß schließlich fit bleiben für die „Bewahrung unserer freiheitlichen Ordnung“.

Quellen: Innere Sicherheit 1/90; Tätigkeitsbericht 1989 des BGS — (jok)

Gesamtmetall weiter ungezügelt

Widerstand formiert sich gegen Kapitalistenforderungen

Seit bald einem Vierteljahr wird jetzt in der Metallindustrie verhandelt. In Nordwürttemberg-Nordbaden zum Beispiel haben zehn von zwölf geplanten Verhandlungsterminen stattgefunden. „Keine Bewegung“, „wenig Fortschritte“ usw. hieß es immer wieder zum Ergebnis. Sind die Verhandlungen einfach stagniert? Leider ist zu befürchten, daß die IG Metall über den Verhandlungsmarathon, über den sie öffentlich wenig berichtet hat, eher in eine schwierige Lage geraten ist. Sehr verschiedene Verhandlungsgegenstände des Manteltarifvertrags wurden jeweils einige Stunden lang erörtert und dann ohne Abschluß wieder beiseitegelegt. Dagegen liegt nach wie vor auf dem Tisch der Entwurf von Gesamtmetall für einen Manteltarifvertrag mit einer Fülle von Verschlechterungen und Eingriffen in bestehende Regelungen: Samstag als Regelarbeitstag, Zehnstundentag, Erleichterung von Nacharbeit, Aufhebung von Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte bei der Lage der Arbeitszeit usw. usf. Und schließlich steuert die Presse dauernd „Kompromißlinien“ bei: Samstagsregelarbeit — an einer bestimmten Anzahl von Samstagen im Jahr, 40-Stunden-Woche — für einen bestimmten Prozentsatz der

Belegschaften (1). Jahresarbeitszeitregelungen, also Saisonarbeitszeit — in Anlehnung an den Abschluß in der Bauindustrie. Man spürt schon, wie zielstrebig eine Situation vorbereitet wird, wo ein Schlichter aus einem Wust unfertiger Verhandlungsgegenstände plus einem Sortiment strategischer Kapitalistenforderungen plus interessierten Ratschlägen der bürgerlichen Öffentlichkeit ein Bündel schnürt, mit dem die IG Metall erdrückt werden soll.

Besteht Aussicht auf einen wirksamen Widerstand? Das Ergebnis der Betriebsratswahlen, wo die IG Metall in etlichen Betrieben Zugewinne verzeichnen konnte, deutet an, daß der Gedanke der solidarischen Gegenwehr gegen die Freiheit des Arbeitsmarktes durchaus Unterstützung findet. Darüberhinaus zeigen die Berichte über Protestaktionen im Zusammenhang mit der Tarifbewegung, daß überall dort eine Mobilisierung zustandekommt, wo über die Vorhaben von Gesamtmetall informiert wird und die Konsequenzen für die Arbeitsbedingungen und die gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt kritisiert werden. Diese Mobilisierung kann auch Kampfmaßnahmen tragen.

Quellenhinweis: (1) Stuttgarter Zeitung vom 5.4.90 — (rok)

Anschlußpolitik mit Verfassungsbruch

Millionenhilfen aus dem Bundeshaushalt für Parteien in der DDR / Klage der Grünen gegen Minister Waigel und Wilms

Die unten dokumentierte Klage aus der grünen Bundestagsfraktion ist in der bürgerlichen Presse kein Thema. Umso mehr für uns. Erstens, weil sich zeigt, wie kaltschnäuzig große Parlamentsparteien wesentliche Verfassungsvorschriften — und das Haushaltsrecht gehört zum Kernbereich des Parlamentarismus — mißachten, wenn Klasseninteressen des Kapitals auf dem Spiele stehen. Zweitens, weil es auch um Spurensicherung, um Beweise für verfassungswidrige Anschlußpolitik der Bundesregierung geht; und darum, wie frei die Wahlen

in der DDR waren. Gemeinhin wird unter der Freiheit von Wahlen auch die Freiheit von auswärtiger Einmischung verstanden. Die Legitimität dieser Wahlen wäre politisch vor allem bei einer Verschiebung der nächsten Wählervoten interessant, die von Fachleuten in keiner Richtung ausgeschlossen wird. Schließlich wäre es verkehrt, im Lamento wegen Versagens der Grünen Anhaltspunkte zu mißachten, die ihre Politik bietet. Denn wer gegen die Anschlußpolitik ist, wird gegen ihre Finanzierung vorgehen wollen. — (uld, maf)

Verdeckte Parteienfinanzierung im DDR-Wahlkampf

Mündlicher Vortrag des Grünen-Abgeordneten Kleinert auf einer Pressekonferenz in Bonn

Presseveröffentlichungen in den letzten Wochen haben mich darauf aufmerksam gemacht, daß im Rahmen des Nachtragshaushalts 1990 auch zusätzliche Finanzmittel für die politischen Stiftungen bewilligt werden sollten. Unter anderem war in der Presse von einem Gespräch zwischen den Vorsitzenden von CDU und SPD die Rede, in dessen Verlauf beide Seiten angeblich eine Einigung darüber schon erzielt hätten. Durch diesen Vorgang aufmerksam geworden, habe ich bei allen Beratungen zum Nachtragshaushalt besonders sorgsam darauf geachtet, ob ein diesbezügliches Ansinnen von Seiten der anderen Fraktionen vorgetragen oder gar die Bundesregierung selbst von sich aus Vorschläge in dieser Richtung unterbreiten würde. Dies ist nicht der Fall gewesen. Weder beim Berichterstattergespräch zum Einzelplan des Bundesministeriums des Inneren noch an irgendeinem anderen Punkt sind solche Initiativen ergriffen worden.

Im Einzelplan 27 des Nachtragshaushalts, der im Haushaltsausschuß in der Sitzung vom 14.3.90 beraten worden ist, ist ein Titel 68521 „Förderung besonderer Hilfsmaßnahmen gesamtdeutscher Charakters“ vorgesehen. In den Erläuterungen werden zu diesem Titel folgende Ausführungen gemacht: „Die Ausgaben werden insbesondere zur Un-

terstützung der medizinischen Versorgung in der DDR und für karitative Maßnahmen geleistet.“

Mit Schreiben des Staatssekretärs Priesnitz aus dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen vom 15.3.1990 an die Berichterstatter im Haushaltsausschuß erst ist deutlich geworden, wo der wahre Verwendungszweck dieser Mittel jedenfalls auch liegen sollte: Aus diesem Haushaltstitel sollten nicht nur Ausgaben zur medizinischen Versorgung in der DDR geleistet werden, sondern auch sogenannte „Demokratiehilfemaßnahmen“ in einer Größenordnung von 20 Mio. DM, von denen ein erheblicher Teil bereits ausbezahlt worden ist, bestritten worden.

Verdeckt unter der Bezeichnung „Demokratiehilfemaßnahmen“ sollen und sind bereits Zuwendungen an die parteinahen Stiftungen in der Bundesrepublik geleistet worden — an alle mit Ausnahme der grün-nahen Regenbogen-Stiftung. Insgesamt sind 7,5 Mio. DM bereits abgeflossen, weitere 2 Mio. DM befinden sich im Geschäftsgang.

Ich stelle fest: Mit dieser Praxis wurde eindeutig gegen die Bundeshaushaltsordnung verstoßen. Soweit sich die Bundesregierung dabei auf die Möglichkeit überplanmäßiger Ausgaben beruft, so ist dies unzutreffend, denn überplanmäßige Ausgaben sind nur im

Rahmen der Zweckbestimmung der jeweiligen Titel möglich. Und diese Zweckbestimmungen lauten auf „Förderung besonderer Hilfsmaßnahmen“ und nicht auf „Zuwendungen an parteinahe Stiftungen“. Als erste Konsequenz daraus werden wir ein Gutachten des Bundesrechnungshofes einholen.

Ich stelle zweitens fest: Die Zuwendungen an die parteinahen Stiftungen wurden eindeutig unter Mißachtung von elementaren Grundregeln der parlamentarischen Beratung und Kontrolle auf den Weg gebracht. Es steht zu vermuten, daß an den Abgeordneten vorbei eine verdeckte Parteienfinanzierung zum Zwecke der Beeinflussung des DDR-Wahlkampfes geleistet worden ist. Das Informations- und Mitwirkungsrecht des einzelnen Abgeordneten und der Fraktion der GRÜNEN im Gesetzgebungsverfahren des Bundestages ist damit erheblich beeinträchtigt worden. Das gilt für mich als Einzelperson, aber auch in meiner Funktion als zuständiger Berichterstatter für die Fraktion in diesem Bereich. Die Einschätzung, daß hier verfassungsmäßige Rechte in verfassungsrechtlich relevanter Weise beeinträchtigt wurden, wiegt um so schwerer, als davon auszugehen ist, daß zwischen Stellen der Bundesregierung und den Stiftungen, die den Konkurrenzparteien der GRÜNEN na-

hestehen, ein Informationsaustausch stattgefunden hat. Zu vermuten ist ferner, daß die Anträge der Stiftungen in Abstimmung mit Stellen des Bundes gestellt wurden und daß umgekehrt die Erläuterungen im Nachtragshaushalt in Erwägung der gestellten Anträge formuliert wurden. Dies alles ist deshalb geschehen, um den Berichterstatter der Fraktion der GRÜNEN im Haushaltsausschuß — also mich — und damit die Fraktion gerade nicht rechtzeitig zu informieren, und auf diese Weise zu ermöglichen, daß die Gelder bereits ausgezahlt werden konnten, bevor ein ordnungsgemäßes parlamentarisches Verfahren zum Abschluß gekommen ist. Damit ist das Recht des einzelnen Abgeordneten und das Recht der Fraktion auf frühzeitige und gleiche Information verletzt worden. Deshalb beabsichtigen wir, und das ist die zweite Konsequenz, beim Verfassungsgericht in Karlsruhe eine Organklage wegen Verletzung unserer Beteiligungsrechte einzureichen.

Schließlich ist drittens festzustellen: Es besteht der dringende Verdacht, daß sich Mitglieder der Bundesregierung der Veruntreuung öffentlicher Gelder nach § 266 StGB schuldig gemacht haben. Deshalb haben Frau Venneberts und ich heute einen Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft Bonn eingereicht, der Ihnen hier schriftlich vorliegt.

Heiligenschein und Goldregen

Die konkreten Vorhaben der neuen Regierung der DDR sind zu unserem Redaktionsschluß noch nicht bekannt geworden, nur, daß man einen „Gleichklang von Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wolle“. Zeitpunkt: 1. Juli. Es fällt auf, daß in diesem Klangbild die politische Union nicht erwähnt wird. Auch wird Pieroth, der früher in Westberlin Wirtschaftssenator war, nicht DDR-Wirtschaftsminister, sondern, wie sich die Maiziere ausdrückte, ein Staatsbürger der DDR. Im Gange der Koalitionsverhandlungen hatte es zur politischen Union geheißen, man wolle einen Weg gehen, der dem Art. 146 (neue Verfassung) Rechnung trage, aber nach Art. 23 (Anschluß) vorgehe. Man wolle wichtige soziale Rechte berücksichtigt wissen. Wie die Bevölkerung der DDR reagieren wird, wenn sich herausstellt, was die BRD ihr bringen bzw. nehmen will? Aus den großen Demonstrationen wegen des DM Kurses läßt sich schließen: ungehalten. Und die DDR Regierung, die Volksvertretung?

In die vierhundert Köpfe zählende Volkskammer blies der Wind der Demokratie auch ein knappes Doppeldutzend geistliche Herren, deren Berufsgruppe damit über jedes vernünftige Maß hinaus überrepräsentiert ist. An diesen Früchten zeigt sich, wie uneigennützig die Kirche den Verfolgten Unterschlupf bot. Sie hat eine unvorsichtig umherschweifende Opposition eingefangen, dressiert, gesattelt, bestiegen. Nicht mehr lange, und sie wird die Sporen einsetzen.

Wie haben sich die Kirchen der DDR, sie klagen über den relativ niedrigen Mitgliederstand von ca. 1/3 der Bevölkerung, eine so starke Position erobern können? Dies erklärt sich im Zusammenhang des Strebens nach „einer Gesellschaft, die am Wettbewerb orientiert ist“.

Vom Wettbewerb wissen alle, die ihn kennen, daß er nur denen angenehm ist, die an einem Monopol Anteil haben und folglich über ihm stehen. Wettbewerb total endet mit dem wirtschaftlichen, d.h. existenziellen Untergang der schwächsten Anbieter. In der am Wettbewerb orientierten Gesellschaft ist ein großer Teil der Menschen existenziell bedroht. Eine Gesellschaft, die das auf sich zukommen sieht, sucht nach sittlichen Vorgaben, die ihn mildern. Die christliche Lehre enthält da z.B. die Nächstenliebe als — freilich nicht einklagbares — Gebot; eine Art Verteilungsprinzip, das dem lebensgefährlichen Extremismus des Wettbewerbs entgegensteht. Die Kirche und ihre Vertreter haben in Volkskammer und Regierung der DDR in diesem Sinne einen sozialpolitischen Wählerauftrag, der zu dem, was kommen soll, nicht paßt.

Was rät dazu wohl der heilige Geist? Die Menge ist, zumal im Glauben, wankelmütig. Eine Kirche, die sich Volksstimmungen auslieferte, wie sie z.B. bei Verbot und Bestrafung des Schwangerschaftsabbruches und gleichzeitiger Schließung von Kinderkrippen, -gärten, -horten vorübergehend aufkommen können, handelte fahrlässig. Sie muß ihrem ewigen Auftrag stets gerecht werden können, braucht Sicherheit.

Irdische Sicherheit bietet, so weit überhaupt möglich, der Staat. Hat die Kirche vorher dem Gedanken des Wettbewerbes durch das Versprechen von Milderungen erst populär gemacht, muß der Staat ihr jetzt gerechterweise Wirkungsmöglichkeiten garantieren.

Der BRD-Staat hilft der Kirche durch Gewährung einer langen Reihe von Privilegien, von denen der Zutritt zu den öffentlichen Schulen und der Einzug der Kirchensteuer herausragend wichtig für die geistliche Unabhängigkeit von politischen Meinungsbildungen im Kirchenvolk sind.

Über die Kirchen in der DDR käme ein Goldregen, wenn „die DM käme“, denn mit der DM käme die Einkommenssteuer und sieben bis acht Prozent davon bliebe am Finger Gottes kleben. Aber der niedrige Anteil von eingetragenen Christen in der DDR?

Der Witz wäre ja gerade, daß nichts besser ideologische Reue und Umkehr erkennen läßt, als Nachtaufe, Nachkonfirmation, Nachheirat. Und von alters her ist die Kirche für Absolutionen zuständig ... Die geistlichen Herren in der Volkskammer, an den Parteispitzen und in den Regierungsämtern haben ein echtes, DM-hartes und trotzdem höheres Anschlußmotiv.

Dokumentiert: Der Strafantrag der Grünen

Anzeige gegen die Minister Waigel und Wilms bei der Bonner Staatsanwaltschaft wegen Untreue

An die Staatsanwaltschaft
beim Landgericht Bonn
Wilhelmstraße
5300 Bonn 1

Bonn, den 22.03.1990

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit stellen wir

Strafantrag
wegen Untreue gemäß § 266 StGB gegen Unbekannt. Als tatverdächtige Personen kommen unseres Erachtens der Bundesminister Finanzen, Herr Dr. Waigel, sowie der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Frau Dr. Wilms, in Betracht. Dem Strafantrag liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Im noch nicht verabschiedeten Nachtragshaushalt 1990 sind bei Kapitel 2702, Titel 68521 DM 205.000.000 für die „Förderung besonderer Hilfsmaßnahmen gesamtdeutschen Charakters“ vorgesehen. Im Haushaltsgesetz heißt es in den Erläuterungen zu diesem Titel: „Die Ausgaben werden zur Behebung von besonderen Notständen geleistet.“ Im Nachtragshaushalt heißt es in den Erläuterungen des weiteren: „Die Ausgaben werden insbesondere zur Unterstützung der medizinischen Versorgung in der DDR und für karitative Maßnahmen geleistet.“

Beweis: Auszug aus dem Haushaltsplan sowie dem Entwurf zum Nachtragshaushalt, vergleiche Anlage I und Anlage 2

In einem Schreiben vom 15.03.1990, gerichtet an die Berichterstatter im Haushaltsausschuß, teilt Herr Staatssekretär Dr. Priesnitz vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen mit, daß aus dem Kapitel 2702 Titel 68521 DM 20.000.000,- für „Demokratiehilfemaßnahmen in der DDR“ verwendet werden sollen. Er teilt des weiteren mit, daß bereits an die parteinahen Stiftungen Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung sowie an die Jakob-Kaiser-Stiftung Mittel verausgabt worden seien. Offenbar haben die vier partei-

nahen Stiftungen mit Schreiben vom 22.01.1990 einen Zuwendungsbescheid über die erste Abschlagsbewilligung erhalten. Als Zuwendungszweck ist in dem Zuwendungsbescheid angegeben: „Materielle Hilfe für demokratische Reformkräfte in der DDR und in Berlin (Ost)“. Zum Zuwendungszweck wird des weiteren ausgeführt: „Es bleibt Ihrem pflichtgemäßen Ermessen im Rahmen der Präambel des Grundgesetzes überlassen, welche der demokratischen Kräfte der DDR Sie unterstützen. Allerdings gehe ich von einer Ausgewogenheit der Förderung durch die politischen Stiftungen aus.“

Beweis: Vorlage des Schreibens des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen vom 16.03.1990 in Kopie.

Offenbar sind bislang aus dem Kapitel 2702 Titel 68521 insgesamt mindestens DM 7.500.000,- verausgabt worden.

Beweis: Vorlage des Schreibens des Staatssekretärs des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 15.03.1990.

Die Mittel, die den parteinahen Stiftungen zur Verfügung gestellt worden sind, sind diesen zur Weiterleitung an Parteien (Materialhilfe, Büroausstattung, technische Geräte) zur Verfügung gestellt worden. Die parteinahen Stiftungen fungierten lediglich als Instanz, die die Geldmittel in Sachmittel umwandeln und die sodann die Sachmittel an Parteien in der DDR weitergeben haben.

Die Verausgabung von Mitteln des Bundes für „Demokratiehilfemaßnahmen“ in der DDR ist weder durch das Haushaltsgesetz 1990 noch durch den Entwurf des Nachtragshaushalts 1990 gedeckt. Sie kann auch nicht gerechtfertigt werden als Vorgriff im Sinne des § 37 Abs. 6 der Bundeshaushaltsordnung.

Der Haushaltstitel 2702/68521 hat die Zweckbestimmung „Förderung besonderer Hilfsmaßnahmen gesamtdeutscher Charakters“. Wenn nunmehr „Demokratiehilfemaßnahmen“ geför-

dert werden sollen, die in der Vergangenheit unter dem entsprechenden Titel nicht gefördert worden sind, so hätte die Änderung der Zweckbestimmung im Haushaltstitel deklariert werden müssen bzw. hätte ein Hinweis in den Erläuterungen gegeben werden müssen. Das ist nicht der Fall. Mithin sind Mittel verausgabt worden, die weder im Haushaltsgesetz noch im Entwurf des Nachtragshaushalts vorgesehen sind.

Der rechtswidrige Charakter der Mittelverausgabung kann auch nicht dadurch geheilt werden, indem Bezug genommen wird auf § 37 Abs. 6 der Bundeshaushaltsordnung oder indem die Zweckbestimmung im Nachtragshaushalt verändert wird.

Das Bundesverfassungsgericht hat zu den parteinahen Stiftungen ausgeführt: „Es ist den Stiftungen verwehrt, in den Wettbewerb der politischen Parteien einzugreifen, indem sie etwa im Auftrag und für die ihnen nahestehenden Parteien geldwerte Leistungen oder Wahlkampfhilfe erbringen.“ (BVerfGE 73, 1, 32). Es hat desweiteren ausgeführt: „Von dem auf die Erringung politischer Macht und deren Ausübung gerichteten Wettbewerb der politischen Parteien hat sich die Zwecksetzung der Stiftungen deutlich abzuheben. Die Stiftungen sollen die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten anregen und den Rahmen bieten für eine — allen interessierten Bürgern zugängliche — offene Diskussion politischer Fragen.“ (BVerfGE 1, 33) Zwar ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht unmittelbar einschlägig, da es sich bezieht auf die Stellung der parteinahen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland. Sinngemäß ist dieses Urteil auf den vorliegenden Sachverhalt jedoch übertragbar. Die Zuwendungen an die parteinahen Stiftungen sind schließlich erfolgt unter dem Aspekt, daß die parteinahen Stiftungen die entsprechenden Beträge bzw. Sachmittel den Parteien in der DDR zuwenden, die ihnen nahestehen. Es ging in Wahrheit

nicht um „Demokratiehilfemaßnahmen“, sondern um gezielte Förderung der Parteien, die den parteinahen Stiftungen nahestehen. Diese Zweckverwendung ist im Haushaltsgesetz sowie im Nachtragshaushalt nicht ausgewiesen, sie hätte auch nicht ausgewiesen werden können, da ein solcher Verwendungszweck rechtswidrig — weil nicht im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stehend — ist. Ergänzend sei hinzugefügt, daß die Mittelverausgabung auch deswegen rechtswidrig gewesen ist, weil sie mittelbar eine Förderung der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland darstellt. Ersichtlich haben CDU, CSU, FDP und SPD in der DDR materielle Hilfe über ihre parteinahen Stiftungen aus Mitteln des Bundes auch deswegen geleistet, weil es ihnen auf die Rückwirkungen für den Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland ankam. Insofern ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu parteinahen Stiftungen unmittelbar einschlägig.

Hat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen mithin Mittel an die parteinahen Stiftungen verausgabt, die weder durch das Haushaltsgesetz noch durch den Nachtragshaushalt gedeckt sind bzw. gedeckt werden können, so ist zu Lasten des Bundes ein Vermögensnachteil eingetreten. Der Tatbestand der Untreue liegt daher vor.

Es ist uns nicht bekannt, welche Person im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die Zuweisung der Gelder an die parteinahen Stiftungen veranlaßt hat. Wir gehen davon aus, daß dies auf Weisung von Frau Dr. Wilms mit Zustimmung des Bundesfinanzministers geschehen ist. Wir kommen zu dieser Annahme, weil wir nicht davon ausgehen, daß nachgeordnete Beamte im Ministerium Gelder in nicht unbeträchtlicher Höhe ohne Wissen der Leitung des Ministeriums verausgaben.

Christa Venneberts, MdB
Hubert Kleinert, MdB

Internationale Umschau



Seit Anfang April rebellieren im britischen Gefängnis Strangeways bei Manchester etwa 300 Gefangene gegen die unzumutbaren Haftbedingungen (Bild). Das Gefängnis ist überfüllt, viele Gefangene müssen ihre Notdurft selber aus den Zellen in Kübel tragen. Nachdem es anfangs geheißelt hatte, „zahlreiche“ Gefangene und Wärter seien von den Meutern umgebracht worden, ist bis jetzt erst ein Toter bekannt. Aus Gefängnissen in Cardiff, Brixton und Dartmoor, wo 120 Gefangene auf das Dach stürmten und eine Fahne „Strangeways — wir stehen hinter euch“ entrollten, wurden Solidaritätsaktionen bekannt. Die Gewerkschaft der Vollzugsbeamten kritisierte die Haftbedingungen der Gefangenen. Die Meutereien in Brixton und Cardiff wurden rasch niedergeschlagen. Die Aufstände in Dartmoor und Strangeways dauerten bei Redaktionsschluß an. — (rül)

Zimbabwe: ZANU (PF) gewinnt Präsidentschaftswahlen

Mit etwa 80 Prozent der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 62,5% ist Robert Mugabe erneut zum Präsidenten Zimbabwes gewählt worden. Mugabe kandidierte für die Zanu (Patriotische Front), in der beide Organisationen des Befreiungskampfes inzwischen zusammengeschlossen sind. Dies waren die ersten landesweiten Wahlen nach dem Zusammenschluß. Die Mehrheit der Zanu tritt für ein Einparteiensystem ein, um das Aufkommen von Stammeskonflikten zu vermeiden, die in der Vergangenheit häufig von Südafrika geschürt und genutzt wurden. Gegen Mugabe war Edgar Tekere von der ZUM (Zimbabwe Unity Movement) angetreten. Die ZUM hatte sich bei der Vereinigung von ZANU und ZAPU abgespalten. — (uld)

Belgien: Abtreibungsgesetz verabschiedet

Anfang April hat das belgische Parlament ein neues Abtreibungsgesetz verabschiedet. Damit wird in Belgien das seit 1867 bestehende generelle Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen erstmals gelockert. Künftig können Frauen „in einer Notlage“ während der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft abtreiben. Worin die „Notlage“ besteht, wird in dem Gesetz nicht definiert. Der König hatte bis zuletzt die klerikale Opposition gegen das Gesetz unterstützt. Um das Gesetz in Kraft zu setzen, wurde er zwei Tage lang für „amtsunfähig“ erklärt. — (rül)

Indonesien — Ost-Timor: Hinrichtung von Oppositionellen

Das indonesische Regime Suharto soll in den letzten Wochen mehrere Oppositionelle hingerichtet haben. Nach Zeitungsberichten wurden Mitte Februar vier progressive Militärangehörige hingerichtet. Zugleich wurde bekannt, daß bereits im Oktober letzten Jahres zwei Kommunisten nach 15 Jahren Haft exekutiert worden waren. Das Regime Suharto, das 1965 mit Hilfe des US-Geheimdienstes CIA in einem blutigen Staatsstreich an die Macht gekommen war, bei dem über 500 000 Kommunisten ermordet worden waren, hatte die beiden Kommunisten bereits 1974 zum Tode verurteilt, weil sie versucht hatten, die Kommunistische Partei wieder aufzubauen. Am 11. März 1990 kündigte Suharto aus Anlaß des 25. Jahrestags seines Regimes weitere sechs Hinrichtungen an. In letzter Zeit hatten sich die Anzeichen für offene Opposition gegen das Regime vermehrt. In Indonesien hatten im vergangenen November mehrere tausend Studenten gegen das Regime demonstriert. In dem seit 1978 von indonesischem Militär besetzten Ost-Timor hatten am 17. Januar Jugendliche gegen die anhaltende Besetzung der Inseln demonstriert. Das indonesische Militär erschoss zwei Jugendliche. Im gleichen Monat gelang der Befreiungsbewegung Ost-Timors, Fretilin, der Abschluß eines indonesischen Hubschraubers. — (rül)

Bayer Lateinamerika: Heftige Angriffe der Gewerkschaften

Die Coordination gegen Bayer-Gefahren berichtet am 30. März über einen Teilerfolg der Gewerkschaft bei Bayer do Brasil: „Die Unternehmensleitung stellte Ende Februar die Gewerkschaftsleitung wieder ein. Der Konflikt war entstanden, nachdem Bayer do Brasil im Anschluß an einen 30tägigen Streik seit August 1989 bis heute insgesamt mehr als 200 Arbeiter entlassen hatte. Darunter auch zwölf Gewerkschaftsführer, die teilweise auf Betreiben von Bayer inhaftiert waren. Mit ‚Repression statt Lohn bei Bayer‘ hatten die bundesdeutschen Medien das Vorgehen beschrieben. Bis zuletzt hatte die Unternehmensleitung diesen Weg beschritten. Noch kurz vor Wiedereinstellung hatte sie mit einer Unterschriftenaktion versucht, die Gewerkschaftsleitung in einer Generalversammlung abzuwählen. Dies scheiterte an der Solidarität der Kollegen und Kolleginnen.“ Die von Bayer do Brasil entlassenen Gewerkschaftsfunktionäre gehören zum Dachverband CUT. Bayer do Brasil versucht seit geraumer Zeit, die CUT-Gewerkschaft zu vernichten und eine Betriebsgewerkschaft zu lancieren.

In Peru kämpfen die von der Bayer-Tochter entlassenen Gewerkschafter weiterhin vor den Gerichten um ihr Recht. Sie fordern die von Bayer gesetzwidrig verweigerte Anpassung der Löhne an die Inflation. Die Unternehmensleitung hat für das Jahr 1990 völlig unzureichende Angebote gemacht: Erhöhung des Grundlohns von momentan durchschnittlich 627 300 Intis pro Tag um 69 000, zum 1.4. um weitere 60 000 Intis, zum 1.7. um 95 000 Intis und zum 1.10. um 135 000 Intis. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Verschlechterung, weil damals vierteljährliche Neuverhandlungen vorgesehen waren, die sich an der realen Inflationsrate orientieren sollten, die 1989 2775,3% betrug. In den bestehenden Sozialfond will Bayer nur einzahlen, wenn die Gewerkschaft auf die Bedingung „Keine Streiks, keine Arbeitsniederlegung in diesem Jahr“ eingeht. Die Gewerkschaft lehnt dies ab. Sie rechnet vor, daß das Angebot bedeutet, daß die Kaufkraft der Löhne gerade die Hälfte ihrer Kaufkraft am 1.1.1989 erreicht. Der Reallohn ist inzwischen auf 30% des offiziellen Warenkorbs einer fünfköpfigen Familie abgesunken. — (uld)

USA: Ex-Sicherheitsberater John M. Poindexter verurteilt

Der frühere Sicherheitsberater Reagans, Vizeadmiral Poindexter, ist von einem US-Gericht schuldig gesprochen worden. Poindexter war beschuldigt worden, in der Iran-Contra-Affäre (illegale US-Waffenlieferungen an den Iran, aus deren Erlös die Contras in Nicaragua unterstützt wurden) an einer Verschwörung zur Täuschung des US-Kongresses beteiligt gewesen zu sein, ferner der Obstruktion von Kongreß-Untersuchungen und des Meineids. Ihm drohen maximal 25 Jahre Gefängnis und 1,25 Mio. Dollar Geldstrafe. Das Urteil gegen Poindexter wird am 11. Juni bekanntgegeben. Reagan hatte in dem Prozeß ausgesagt, er habe von solchen „Details“ nicht gewußt. — (rül)



Nach mehreren großen Protestdemonstrationen, bei denen es durch Militär- und Polizeiangriffe auf die Demonstranten zu zahlreichen Toten gekommen war, hob der nepalesische König Birenda ein seit 1961 bestehendes Parteienverbot auf und kündigte baldige Neuwahlen an. Die Demonstrationen, an denen sich in den letzten Wochen Hunderttausende beteiligt hatten, waren von einer am 18. Februar von der nepalesischen Kongreßpartei und der Vereinigten Linksfrente (zu der sich sieben kommunistische Parteien zusammengeschlossen haben) organisiert worden. Linksfrente und Kongreßpartei haben eine „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie“ gebildet. Auch die indische Regierung und westliche Gläubiger Nepals hatten in letzter Zeit ihren Druck auf die Regierung verstärkt. Nach Zeitungsberichten fordern diese Mächte eine stärker anti-chinesische Politik Nepals. — (rül)

Kurdistan: Türkei steigert Terror

Todesurteile gegen 43 PKKler sollen vollstreckt werden

Kurz nach Beginn der letzten Aufstände in Kurdistan tagte in Ankara am 28. März der Nationale Sicherheitsrat der Türkei unter Vorsitz von Staatspräsident Özal. Dabei wurden die Aufstände der letzten Wochen in Kurdistan bewertet und Maßnahmen dagegen diskutiert. Der türkische Staat will weiterhin das kurdische Problem mit mehr militärischer Gewalt „lösen“. Kurz nach diesem Treffen gab es ein Gipfeltreffen der Parteivorsitzenden der Parlamentsparteien. An diesem Treffen, das am 2. April stattfand, nahmen der SHP-Vorsitzende İnönü, der Vorsitzende von ANAP, Akbulut, und der DYP-Vorsitzende Demirel teil. Alle Parteien erklärten ihre Unterstützung für die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates. Im folgenden geben wir eine Übersicht über die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrats, wie sie in der türkischen Presse berichtet wurden:

1. Die Armee wird weiterhin eine gewaltsame Lösung verfolgen und weitere Einheiten nach Kurdistan verlegen.
2. Die Spezialteams werden mit mehr Macht ausgestattet. Ihre Zahl wird verdoppelt.
3. Die Zahl der „Dorfschützer“ soll noch mehr erhöht werden.
4. Die Immunität von kurdischen Abgeordneten, die sich mit „Separatismus“ einlassen, soll aufgehoben werden.

5. Vollstreckung der Todesurteile gegen die PKK-Mitglieder. Die Urteile liegen im Augenblick zur endgültigen Bestätigung im Parlament. 43 PKK-Mitglieder sind derzeit zum Tode verurteilt.

6. Deportierung von etwa 1 000 Dörfern an der Grenze in den Provinzen Siirt, Mardin, Hakkari und Van.

7. Verurteilung aller während der Aufstände Inhaftierten vor einem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir. Zu diesem Zweck befindet sich der Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der Türkei bereits in Diyarbakir.

8. Die örtlichen ökonomischen, kulturellen und sozialen Institutionen sollen vom Militär übernommen werden.

9. Intensivierung der Gegenpropaganda gegen die PKK.

10. Diplomatische Kontakte mit den Nachbarländern, um eine Einheit gegen die PKK zu schaffen.

11. Im Ausland sollen „Bestrafungsmethoden“ ähnlich den Einsätzen des israelischen Geheimdienstes Mossad gegen Palästinenser verfolgt werden.

12. In Europa soll die Verfolgung von PKK- und ERNK-Mitgliedern verstärkt werden, um durch intensive Beziehungen mit befreundeten Ländern die Aktivitäten der PKK in Europa zu verhindern.

Quellenhinweis: Kurdistan-Rundbrief 8/1990 — (rül)

Italien: FIAT expandiert in SU

Motorenwerke sollen Stellung im SU-Fahrzeugbau festigen

Der italienische Fiat-Konzern trachtet danach, die aktuelle Ausdehnung der sowjetischen Autoproduktion zu dominieren und sich unter den westlichen Automobilkonzernen die Führung in der Expansion auf dem künftigen Automobilmarkt der Sowjetunion zu verschaffen. In den 60er Jahren hatte Fiat ein Automobilwerk in Togliattigrad „schlüsselfertig“ an die Sowjetunion verkauft. Dort waren dann jährlich 600 000 Fahrzeuge eines einzigen Typs, abgeleitet aus dem Fiat 124, hergestellt worden. Jetzt baut die Sowjetunion eine neue Autoindustrie in Elabuga, etwa tausend Kilometer südöstlich von Moskau, auf. Dort sollen mit einem modularen System jährlich 900 000 Fahrzeuge dreier Modelle hergestellt werden: ein Drittel Kleinwagen, ein Drittel Fahrzeuge mit 1000-1100 ccm Hubraum, ein Drittel mit 1300-1400 ccm Hubraum. Die drei Typen sollen viele Teile gemeinsam haben.

Einen ersten Vertrag hatte der sowjetische Staatschef Gorbatschow im November 1989 in Italien mit Fiat abgeschlossen. Er betraf das mittlere Modell, und zwar dessen Planung sowie

Einrichtungen für die Karosseriefertigung. Jetzt sind zusätzlich zwei Vereinbarungen getroffen worden. Fiat soll auch die Motoren sowie mechanische Teile für alle drei Modelle liefern. Die Motoren sind dem „Fire“-Motor von Fiat ähnlich, der hochautomatisch montiert wird. Zweitens liefert Fiat auch den Plan für den Kleinwagen. Einzelheiten sind dabei noch festzulegen.

Damit bleibt nur ein Teil des größten Modells übrig. Aber auch hier rechnet sich Fiat mit seinen Erfahrungen in der SU-Autoproduktion gute Chancen aus. Einen starken Einfluß will sich Fiat auch durch die Form des Geschäfts sichern. Im Unterschied zum Werk Togliattigrad sind die neuen Werke als Joint ventures angelegt mit einer 30%-Beteiligung von Fiat. Fiat nutzt bei der Expansion in die SU auch die besonderen Umstände der Konkurrenzkonzerne aus. Der VW-Konzern etwa konzentriert sich derzeit bei seiner Ostexpansion auf die Expansion in die DDR und CSSR, die japanischen Konzerne auf die Expansion in die EG sowie in die USA.

Quelle: L'Unità 24.3., 28.3.90 — (rok)

Kanada: Francokanadier erbittert

Ihre Kultur kommt auch in Québec immer mehr unter Druck

Kanada ist zweisprachig, die französische Sprache steht offiziell gleichberechtigt neben dem Englischen. Aber die Verhältnisse sind sehr ungleich verteilt — 90% der französischsprachigen Bevölkerung Kanadas leben in der Provinz Québec. Der historische Hintergrund ist die Konkurrenz zwischen England und Frankreich um den Besitz des Kontinents, die mit der Eroberung der Stadt Québec 1759 durch die Engländer entschieden wurde. Um dieser Bevölkerung die Bewahrung ihrer frankokanadischen Sprache und Kultur trotz Massenmedien und Mobilität weiter zu ermöglichen, betreibt die Provinz Québec seit zwanzig Jahren eine aktive Sprachenpolitik zum Nachteil des Englischen. Die Begründung dafür ist, daß angesichts einer überwältigenden Mehrheit von Englischsprachigen in Nordamerika das Französische sich auch in Québec nur dann halten kann, wenn es wenigstens hier privilegiert ist.

Neuere Untersuchungen legen die Befürchtung nahe, daß selbst rigide Eingriffe die Zukunft der frankokanadischen Kultur nicht sichern können. Diese Untersuchungen beziehen sich auf das Sprachverhalten der Einwanderer. Früher hatte Québec eine sehr hohe Geburtenrate — ein Ergebnis aus Katholi-

zismus plus dem Gefühl der Bedrohung. Durch diese hohe Geburtenrate blieb das Zahlenverhältnis innerhalb Kanadas zwischen Anglo- und Frankokanadiern über einhundert Jahre weitgehend gleich, bei etwa 30%, trotz der hohen Einwanderung aus englischsprachigen Ländern.

Mittlerweile ist der Anteil jedoch auf 25,5% gefallen und sinkt weiter. Das liegt daran, daß von den Einwanderern, soweit sie von zu Hause aus weder englisch noch französisch sprechen, nur sehr wenige sich dafür entscheiden, französisch zu lernen. Zwischen 1978 und 1986 kam eine Dreiviertelmillion Einwanderer nach Kanada, und für zwei Drittel von ihnen gilt, daß sie eine solche Sprachenwahl treffen müssen. Selbst in Montréal, der frankokanadischen Millionenstadt, lernen dreimal so viele Immigranten englisch wie französisch, und auch über das Schulsystem gelingt es der Provinz Québec anscheinend nicht, viele Einwanderer für das Französische zu gewinnen. Es ist demnach zu erwarten, daß die Erbitterung der Frankokanadier über die Bedrohung ihrer Kultur noch weiter zunimmt.

Quelle: Vortrag von Mario Piché, Wirtschaftswissenschaftler an der Université du Québec, in Grainau, Feb. 1990 — (mif)

Etwa 100 000 Menschen beteiligten sich am Samstag, den 31. März, in London an einer landesweiten Demonstration gegen die neue „Kopfsteuer“ oder „Wahlsteuer“, wie „Poll-Tax“ wörtlich übersetzt heißt, der Regierung Thatcher. Gegen Ende der Abschlussskundgebung kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Teilen der Demonstranten. Bei den schweren Schlägereien, die sich daraus entwickelten und die von der britischen Presse als die „schlimmsten Unruhen seit 20 Jahren“ (so die regierungsfreundliche Tageszeitung „Daily Telegraph“) geschildert werden, wurden mehrere hundert Demonstranten verletzt sowie nach Polizeiangaben 330 Polizeibeamte. Mehrere Geschäfte und Fahrzeuge gerieten bei den Straßenschlachten in Brand. Vereinzelt kam es auch zu Plünderungen. Über 350 Demonstranten wurden von der Polizei verhaftet. 68 der Festgenommenen wurden bereits am folgenden Montag in Schnellverfahren zu

Großbritannien: Proteste gegen „Poll Tax“ Regierung Thatcher ist zunehmend isoliert

Eine Million Menschen sind wohnungslos, 20% mit Einkommen unter der „Armutsgrenze“

le Verwaltungen sogar ablösen. Eine Zwischenebene wie in der BRD die Länder fehlt.

In einer Broschüre zur neuen „Poll-tax“ erläuterte die Regierung Thatcher die kommunalen Einnahmen. Danach entfallen auf die Kommunen ein Viertel aller öffentlichen Einnahmen. Im Haushaltsjahr 1987/88 seien das „etwa 45 Mrd. Pfund“ gewesen. Nach heutigem Umrechnungskurs waren das ca. 117 Mrd. DM. (Zum Vergleich: die Einnahmen der Kommunen in der BRD beliefen sich 1988 auf 184 Mrd. DM und umfaßten etwa 28% der öffentlichen

verdienenden Leuten gezahlt werden mußte.

Die neue „Poll-tax“ — so genannt, weil die Steuerpflichtigen den Wahllisten der Gemeinden entnommen wurden (in Großbritannien gibt es keine staatlichen Melderegister) — hebt dieses kommunale Steuersystem komplett auf. Stattdessen muß künftig jeder Erwachsene, gleichgültig, wie hoch sein Einkommen ist, eine einheitliche „Kopfsteuer“ zahlen, deren Betrag jährlich von der Gemeinde mit dem Haushalt beschlossen wird. 17 Millionen Erwachsene, hauptsächlich Leute mit niedrigen Einkommen, werden durch diese neue Steuer erstmals zur Zahlung einer Gemeindesteuer gezwungen. Nur die Patienten der Siechenheime, Schwerkranke, Geisteskranke, Gefangene, Obdachlose und zynischerweise Mönche und Nonnen sind von der Steuerzahlung befreit. Leute mit niedrigsten Einkommen können zudem einen Steuernachlaß beantragen, der aber maximal 80% ihrer Steuerpflicht erreichen darf. Die Vereinigung der britischen Kommunen schätzt, daß in diesem Jahr jeder Erwachsene durchschnittlich 1000 DM „Kopfsteuer“ zahlen muß.

Die neue Steuer belastet also vor allem Leute mit geringen Einkommen, Rentner usw., während Kapitalisten und große Land- und Hausbesitzer enorm entlastet werden. 26 Millionen Menschen, so eine Studie des Unterhauses, müssen durch die neue Steuer mehr Steuern zahlen als bisher, während 9,5 Millionen — zumeist Besserverdiener und Kapitalisten — entlastet werden. Ein Beispiel: Prinzessin Anne mußte bisher für ihr Schloß Gatcombe Park im Jahr 10000 Pfund (ca. 27000 DM) „Rates“ zahlen. Künftig muß sie lediglich die gemeindliche „Kopfsteuer“ von 606 Pfund abführen.

Aber auch die etwa 500 000 Besitzer kleiner Läden werden durch das neue Steuersystem für Gemeinden hart getroffen. Gleichzeitig mit der Einführung der „Poll-Tax“ hat die Regierung nämlich die „Vermögenssteuer“ für Unternehmen landesweit vereinheitlicht — mit der Folge, daß die großen Kapitalisten erneut entlastet, kleine Gewerbetreibende dagegen stärker belastet werden. Nach einer Studie ihres Ver-

bandes steigt dadurch die Steuerbelastung für Ladenbesitzer um durchschnittlich 50%.

Die neue Gemeindesteuer stieß deshalb nach Bekanntwerden der Regierungspläne sofort auf starke öffentliche Kritik. Diese Kritik nahm zu, je deutlicher die Folgen für die einzelnen Einkommensbezieher wurden. In Schottland, wo die neue Steuer bereits seit einem Jahr in Kraft ist, laufen inzwischen gegen 500 000 Personen Bußgeld-, Mahn- und Strafverfahren wegen Verweigerung der „Poll-Tax“. In den anderen Landesteilen nahmen die Proteste mit Bekanntwerden der Steuerbescheide der einzelnen Gemeinden immer mehr zu. Am gleichen Tag, an dem in London 100 000 gegen die „Poll-Tax“ demonstrierten und im Anschluß daran die schweren Straßenschlachten begannen, demonstrierten in Cheltenham aus Anlaß des Parteitags der Tories 5000 und in Glasgow (Schottland) 25 000 gegen die Poll-Tax. In beiden Fällen hatten lokale bzw. regionale „Anti-Poll-Tax“-Bündnisse, darunter zahlreiche Gewerkschaften und linke Organisationen, aufgerufen.

Ursprünglich hatte sich die Regierung darauf eingestellt, den Widerstand gegen die neue Steuer als Opposition armer Leute kaltschnäuzig zu unterdrücken. Wem die neue Steuer zu hoch sei, der solle sich bei seiner „linken“ Gemeindeverwaltung über deren verschwenderische Ausgabenpolitik beschweren, hieß die demagogische Parole der Regierung. Auf diese Weise sollten Gemeindeverwaltungen mit „Labour“-Mehrheit weiter zu einer arbeiterfeindlichen Haushaltspolitik gedrängt werden, weitere Kürzungen bei Sozialprogrammen, im Schulwesen usw. erzwungen werden, während gleichzeitig die besserverdienenden Teile der Lohnabhängigen, vor allem aber die Kapitalisten, fühlbare Steuer-senkungen kassieren sollten.

Doch dieses Kalkül ist nicht aufgegangen. Zahlreiche Gemeinden, darunter auch solche mit Tory-Mehrheit, setzten die neue einheitliche „Poll-Tax“ so hoch, daß die Steuerbelastung für deutlich mehr Leute ansteigt, als die Regierung erwartet hatte. Hinzu kommt, daß die britische Zentralbank in den letzten Monaten mit Zustimmung

der Regierung die Zinssätze mehrfach angehoben hat. Auf diese Weise sollte der Kurs des britischen Pfundes hochgehalten werden und zum Beispiel die Rohstoffeinfuhren der Kapitalisten entsprechend billig bleiben. Diese hohen Zinsen aber belasten immer mehr auch Wähler der Tories. Inzwischen liegen beispielsweise die Hypothekenzinsen bei 15% und mehr. Viele Leute, die sich in den letzten Jahren, angespornt durch die Einkommenssteuersenkungen der Regierung Thatcher, Häuser gekauft hatten, müssen nun erleben, wie die Zinsen für die dafür aufgenommenen Kredite enorm steigen, während aus dem gleichen Grund der Verkaufspreis für ihr neues Haus spürbar fällt. Beides trifft auch zahlreiche Tory-Wähler, die nun obendrein vielfach durch die neue „Poll-Tax“ nicht entlastet, sondern belastet werden. Nur etwa ein Drittel aller Haushalte, so die letzten Berechnungen des Parlaments, werden durch das neue Steuersystem effektiv entlastet. Der Rest zahlt mehr. Die neue Steuer spaltet also die Wähler der Tories in reiche (und nun erneut steuerlich entlastete) und weniger gut verdienende (und nun unerwartet steuerlich belastete) Tories.

Das hat dazu geführt, daß die Opposition gegen die neue Steuer bis weit in die Reihen der konservativen Wähler hineinreicht. Regierung und Partei grübeln noch über einen Weg zur Spaltung der Opposition. Teile der Tories empfehlen eine weitere Zentralisierung des Staatsapparates. Die Übernahme der Schulen durch die Zentralregierung beispielsweise, so argumentieren sie, würde die Gemeinden bei den Ausgaben „entlasten“ und so eine Senkung der „Poll-Tax“ erlauben. Die Mehrheit der Konservativen Partei aber will versuchen, die Opposition gegen die neue Steuer mit der Zeit zu zermürben. Gelingt dann vor den nächsten Parlamentswahlen — die spätestens in zwei Jahren angesetzt werden müssen — noch eine fühlbare Zinssenkung, evtl. verbunden mit einer weiteren Senkung der Einkommenssteuer für Tory-Wähler, will man die Opposition wie gehabt isolieren als eine Bewegung von Leuten, die „nicht mit Geld umgehen können“. Ganz in diesem Sinn ordnete am 3. April der für die Gemeindeaufsicht zuständige Minister Patten für 20 Gemeinden mit Labour-Mehrheiten drastische Haushaltskürzungen an. Dies erlaube, so seine zynische Erläuterung, „eine Senkung der „Poll-Tax“ in diesen Gemeinden. Am 3. Mai sind in Großbritannien Kommunalwahlen.

Quellenhinweis: The Guardian, 15.3. bis 2. April; Daily Telegraph, 2.4.; Newsweek, Times, 16. April; NZZ, 6.4.90 — (rül)



Berittene Polizei gegen sitzende Demonstranten. Die Krawalle in London am 31. März waren von der Polizei durch solche Angriffe provoziert worden.

Geld- und Haftstrafen verurteilt. 273 weitere Festgenommene sitzen noch in Untersuchungshaft und sollen angeblich noch im Laufe dieses Monats vor Gericht kommen. Einen Tag nach den schweren Unruhen trat die neue „Poll-tax“ unverändert in Kraft.

„Poll-Tax“ — Kopfsteuer zur Entlastung der Reichen

Die „Poll-Tax“ ist ein zentraler Bestandteil der reaktionären Kommunalpolitik der Regierung Thatcher. Der britische Staatsapparat ist extrem zentralisiert. Die Zentralregierung kontrolliert einen großen Teil der Einnahmen und Haushalte der Kommunen über den „Minister für Kommunen und Umwelt“. Sie kann kommunale Haushalte aufheben und unerwünschte kommunale

Einnahmen in der BRD.) Von diesen 45 Mrd. Pfund wurde rund ein Drittel durch kommunale Gebühren aufgebracht. Weitere 15 Mrd. Pfund leitete die Zentralregierung aus ihrem Steueraufkommen über sogenannte „Grants“ — zweckgebundene Zuweisungen — an die Gemeinden weiter. Das verbleibende Drittel der gemeindlichen Ausgaben wurde weitgehend in Form von „Rates“ aufgebracht, eine Art kommunale Vermögenssteuer. Das „Rates“-Aufkommen kam zu knapp 56% von Gewerbetreibenden und zu 44% von privaten Haushalten. Auch wenn die „Rates“ vielfach auf die Mieten abgewälzt wurden: Etwa die Hälfte der Bevölkerung zahlte direkt keine „Rates“, so daß diese Gemeindesteuer zu einem großen Teil von Kapitalisten und besser

Widerstand gegen „Schnüffelstaat“

Politische Polizei in der Schweiz bespitzelt und überwacht Hunderttausende

Jahrzehntelang hat die Bundespolizei in der Schweiz hunderttausende Menschen bespitzelt und registriert. Eher durch Zufall stieß Ende November letzten Jahres eine Parlamentarische Untersuchungskommission darauf, daß die schweizerischen Polizeibehörden systematisch die Daten

tatsächlicher oder vermeintlicher Oppositioneller gesammelt und in Karteikarten aufgezeichnet haben. Seit diesem Zeitpunkt ist kaum eine Woche vergangen, in der Komitees und Initiativen gegen den „Schnüffelstaat“ nicht auf neue Einzelheiten gestoßen sind.

Nach dem gegenwärtigen Stand hat das „Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement“ (EJPD) die Daten von mindestens 900 000 Menschen erfaßt. Das im Januar gegründete, landesweit agierende Komitee „Schluß mit dem Schnüffelstaat“ — ihm gehören zahlreiche oppositionelle Parteien und Initiativen an, auch die Sozialdemokraten und Gewerkschaften arbeiten mit — ist bislang auf sieben Karteiken im Bereich der Bundespolizei gestoßen. Die Behörden haben ein flächendeckendes Netz von Spitzeln aufgebaut, deren Aufgabe darin besteht, ausnahmslos alle, die in irgend einer Weise durch kritische politische Äußerungen auffallen, zu erfassen und ihre „Erkenntnisse“ an die Zentrale der Bundespolizei in Bern weiterzuleiten. Über rund 15% der Bevölkerung wurden auf diese Weise Karteikarten angelegt, die als Duplikate auch an die Kantonspolizeien und die Politischen Polizeien in Bern und Zürich verteilt wurden. Diese Akten standen nicht nur Staatsvertretern offen, sondern auch den Kapitalisten. In nicht wenigen Fällen stellten Firmen auf Grundlage solcher „Erkenntnisse“ Arbeitssuchende nicht ein oder entließen Beschäftigte. So wurde zum Beispiel ein Gewerkschafter aus Bern von seinem Arbeitgeber wegen seiner gewerkschaftlichen Arbeit entlassen. Als er jetzt seine „Fiche“ einsehen konnte, fand er dort

die Eintragung, er sei aus politischen Gründen „untragbar“.

Die Bundespolizei arbeitet bei ihrer Spitzeltätigkeit, auch darauf stieß das Komitee, eng mit dem „Eidgenössischen Militärdepartement“ (EPD) zusammen. Peter Huber, der von der Regierung dem öffentlichen Druck inzwischen geopfert wurde, ehemalige Chef der Bundespolizei, war gleichzeitig Leiter der „Abteilung Abwehr“ in einer EMD-Untergruppe „Nachrichtendienst und Abwehr“. Huber befahl dort unter anderem die Abteilung Sicherheitsdienste, die Daten über „militärfeindliche Umtriebe“ sammelt und passenderweise in der gleichen Dienststelle untergebracht ist wie die Zentrale der Bundespolizei. Unter die Kategorie „armeefeindliche Aktionen“ fallen dabei Aktivitäten wie etwa „Unterschriften- oder Geldsammlungen für politische Zwecke“, „Verbreitung armeefeindlicher Propaganda“ oder „Aufwiegelung zu Ungehorsam“.

Welche Pläne die Bourgeoisie zumindest mit einem Teil der erfaßten Personen hat, ist inzwischen auch herausgekommen. Geplant ist, im „Krisenfall“ registrierte Personen präventiv zu verhaften und in Lager zu internieren. Die Ursprünge dieser Planungen reichen bis in die fünfziger Jahre zurück. Heute kann als sicher gelten, daß die Armee konkrete Pläne über hauptsächlich im

Alpenraum angesiedelte Internierungslager für Oppositionelle ausgearbeitet hat. Nach Informationen des Komitees gegen den Schnüffelstaat handelt es sich dabei um rund 10 000 Leute, die von speziell für die innere Feindbekämpfung ausgebildeten Armeeeinheiten gefangengesetzt und interniert werden sollen.

Die Enthüllungen über das Ausmaß der Bespitzelung, von linken Gruppen und Initiativen, aber auch von SP- und grünen Parlamentariern in mühsamer Kleinarbeit zusammengetragen, haben eine Welle der Empörung in großen Teilen der Bevölkerung ausgelöst und breiten Widerstand mobilisiert. Zahlreiche örtliche Initiativen, an denen sich neben linken und grünen Gruppen auch Sozialdemokraten sowie Gewerkschaften beteiligen, organisieren inzwischen Proteste. Bisheriger Höhepunkt der oppositionellen Aktivitäten war eine landesweite Demonstration Anfang März in der Bundeshauptstadt Bern, an der sich 35 000 Menschen beteiligten — so viel demonstrierten in der Schweiz seit Ende der sechziger Jahre nicht mehr. Mehr als 500 Kulturschaffende haben aus Protest gegen den Überwachungsstaat ihre Mitarbeit an den für 1991 geplanten Feierlichkeiten anlässlich des 700-jährigen Bestehens der Eidgenossenschaft aufgekündigt.

Die Regierung, die zu Anfang alles



Ein Korporal der Schweizer Armee kontrolliert einen Zugreisenden. Das Militär übt regelmäßig den Einsatz gegen Zivilisten.

ableugnete, dann von notwendigen Maßnahmen gegen „terroristische Gefahren“ sprach, anschließend behauptete, sie habe nicht gewußt, was ihre Bürokraten getrieben haben, steht unter Druck. Häppchenweise gab sie in den vergangenen Monaten zu, was nicht mehr zu leugnen war. Noch im Dezember mußte der zuständige Polizei- und Justizminister Arnold Koller zähneknirschend zugestehen, daß alle Betroffenen — und nicht wie ursprünglich geplant nur Parlamentarier — Einsicht in ihre Akten erhalten. Über 100 000 haben sie bislang beantragt. Bis in den Februar hinein vertrösteten die Verantwortlichen die Registrierten („Ihr Gesicht wird so rasch als möglich behandelt ...“), bis heute erhalten sie nur schleppend Zugang zu den Akten — die Regierung spielt auf Zeit. Koller hat inzwischen zukünftig „Transparenz“ in Sachen Staatsschutz versprochen. Im März lehnte die bürgerliche Mehrheit im Berner Parlament jedoch den Antrag von Sozialdemokraten und Grünen ab,

die Politische Polizei abzuschaffen. Die Reaktionen versuchen, wieder in die Offensive zu kommen. Sie planen ein „Staatsschutzgesetz“, das die „Verhältnismäßigkeit“ der Überwachung garantieren soll. Tatsächlich will die Regierung die Bespitzelung modernisieren und damit effektivieren. Von dem veralteten Karteikartenwesen will man auf Computerdateien umsteigen, ein Schritt, der in einigen Kantonen schon vollzogen wurde.

Die Opposition fordert die Abschaffung der Politischen Polizei bei Bund und Kantonen und die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission gegen das EMD. Darüberhinaus will sie, daß verschiedene Gesinnungsparagrafen aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden. Am 10. März beschloß das Komitee „Schluß mit dem Schnüffelstaat“ dazu eine Volksinitiative. Mit der Unterschriftensammlung dafür soll am 1. Mai begonnen werden.

Quellenhinweis: Die Wochenzeitung, Ausgaben Dezember 89 bis März 90 — (jüg)

„Eine so autoritäre Organisation wie die katholische Kirche ist dazu ungeeignet“

Interview mit dem bfg zur „Katholischen Freien Grundschule“ in Augsburg

Augsburg. Erstmals seit dem bayerischen Volksentscheid 1968 zur Ablösung der Bekenntnisschulen durch die „christliche Gemeinschaftsschule“ gründet die Augsburger Diözese eine „Katholische Freie Grundschule“. Mit zwei oder drei ersten Klassen soll bereits im Herbst 1990 gestartet werden. Etwa 90 Eltern und Lehrer waren auf der Veranstaltung der Diözese im Januar. Man erfuhr dort Erstaunliches. Sollte der Bischof wahrnehmen, was die Gewerkschaft GEW seit langem fordert? Es wird keine Noten geben, die Schüler wählen sich teilweise selbstständig und mit gewisser eigener Verfügung über die Zeit die Lehrgegenstände aus, mit denen sie sich befassen wollen. Unterrichtet wird nach Schwerpunktthemen statt im Fächerkanon. Für diese Schule existieren keine Sprengelgrenzen, jeder kann sein Kind anmelden, der Besuch ist kostenlos.

Die Ganztagsbetreuung, um die Lehrer und Eltern in Augsburg seit vielen Jahren kämpfen müssen, wird hier selbstverständlich sein. Bei der Klassenstärke orientiert man sich an den staatlichen Vorgaben, weil nur so staatliche Zahlungen zu holen sind. Die christliche Ausrichtung der staatlichen Schulen reicht der Diözese nicht. Mit verlockenden Angeboten für bessere Ausbildungsbedingungen wirbt sie für eine einseitige und extrem religiös ausgerichtete Erziehung. Spaltung der Jugendlichen und der Erziehenden sowie reaktionärer ideologischer Druck auf das öffentliche Schulwesen sind beabsichtigt. Ohne staatliche Fördermittel käme die katholische Kirche nicht so weit. Wir haben Gerhard Rampp, den 1. Vorsitzenden des Bundes für Geistesfreiheit (bfg), gebeten, uns einige Fragen zu diesem Projekt zu beantworten. — (baf, mif)

Frage: Die Diözese Augsburg bereitet die Gründung einer katholischen Volksschule in Augsburg-Haunstetten vor. Was spricht dagegen?

Antwort: Nach unserer Rechtslage sind Privatschulen möglich; politische und finanzielle Bedenken sind aber angebracht. Eine Schule hat die Aufgabe, Kinder zu demokratischen, kritischen Staatsbürgern zu erziehen. Gerade dazu ist eine so autoritäre und undemokratische Organisation wie die katholische Kirche denkbar ungeeignet.

Frage: Welche Rückwirkung auf das staatliche Schulwesen ist zu erwarten?

Antwort: Gerade im Einzugsbereich der Grundschule Haunstetten-Süd sind sämtliche Lehrer erbost, weil sie Einbußen bei den Schülerzahlen befürchten. Das wird — speziell dort, vielleicht aber auch anderswo — zur „Austrocknung“ staatlicher Grundschulen und zu Zwangsversetzungen von Lehrern führen.

ren. Durch die Angliederung eines Tagesheims hat die katholische Schule überdies einen „Wettbewerbsvorteil“. Ist es ein Zufall, daß der Freistaat Bayern vor wenigen Jahren trotz Elternprotesten das einzige solche Tagesheim im Augsburger Raum (in Neusäß) hat schließen lassen?

Frage: Welche finanziellen Mittel stellt der Staat der katholischen Kirche hierfür zur Verfügung?

Antwort: Normalerweise werden kirchliche Privatschulen in Bayern zu 90% vom Freistaat finanziert; aufgrund einer besonderen Vereinbarung trägt der Staat bei katholischen Grund-, Haupt- und Sonderschulen jedoch 100% der Unterhaltskosten. Rechnet man die dem Staat zusätzlich entstehenden Verwaltungskosten sowie sonstige Belastungen (z.B. für die dann leerstehenden Räumlichkeiten an öffentlichen Schulen) hinzu, führen solche Schulen für den Steu-

erzahler zu einer Verteuerung des Schulwesens.

Frage: Über welche Steuergelder verfügt die katholische Kirche im Bildungsbereich?

Antwort: Im Schulwesen erhält sie oft von der Kommune bzw. dem Kreis zusätzliche freiwillige Zuschüsse. So hat z.B. die Stadt Augsburg dem von der Katholischen Jugendfürsorge getragenen Berufsbildungswerk im Univiertel einen Zuschuß in Höhe der Grundstückskosten bewilligt (also das Grundstück praktisch geschenkt). Angesichts der öffentlichen Verschuldung und des kirchlichen Reichtums ist das besonders unverständlich. Überdies haben die Kirchen einen leichteren Zugriff auf staatlich bezahlte ABM-Stellen oder auf Zivildienstleistungen, deren Kosten zu 80% vom Bund übernommen werden und die als besonders billige Hilfskräfte eingesetzt werden können. Und nicht zu vergessen: Kirchensteuer und -beiträge sind steuerlich unbeschränkt absetzbar,



265 000 Unterschriften reichten SPD, FDP und Bayernpartei am 17. Juli 1967 ein und setzten so ein Volksbegehren „Christliche Gemeinschaftsschule“ durch.

was dem Staat einen jährlichen Steueranfall von über 3 Milliarden DM (bei gut 12 Milliarden DM Kirchensteuern) verursacht. Das heißt im Klartext: Selbst von dem bescheidenen Eigenbeitrag der Kirchen stammt noch einmal ein Viertel indirekt vom Staat, und zwar in Form von Steuerermäßigungen. In anderen Sektoren des Bildungsbereichs bewegen sich die staatlichen Zuschüsse zwischen 80% (für Kindergärten, Kinderhorte, Tagesheime) und 100% (für theologische Fakultäten an der Uni).

Frage: Gibt es Möglichkeiten, gegen die Privilegierung der Kirche im Bildungsbereich vorzugehen?

Antwort: Die gibt es, wenn der entspre-

chende politische Wille da ist. Vor allem müssen freiwillige Leistungen der Gemeinden unterbleiben, wenn Kirchen ihre religiösen Interessen wahrnehmen, so wie bei der Errichtung dieser katholischen Grundschule. Bei anderen Zuwendungen müßten allerdings zuerst die gesetzlichen Regelungen geändert oder Konkordate gekündigt werden. Aber das sollte nicht unmöglich sein: Immerhin ist das Reichskonkordat vom 20.7.1933 der einzige heute noch gültige völkerrechtliche Vertrag aus der nationalsozialistischen Epoche, und der Vatikan hat schließlich auch die Konkordate mit Franco (1979) und Mussolini (1984) revidiert.



Hier trägt sich am 5. Mai 1987 der Papst höchstpersönlich ins Goldene Buch der Stadt Augsburg ein, nachdem er das neue 60 Mio. DM teure Priesterseminar eingeweiht hat. Rund 300 Mio. DM erhält die Diözese Augsburg aus der Lohn- und Einkommensteuer, 450 000 DM setzte sie allein für den Papst-Besuch an. Von der Stadt aber fordert sie mehr Finanzmittel zum Betrieb von Kindertagesstätten.

Christliche Gemeinschaftsschule seit 1968

Durch Volksbegehren wurden die Bekenntnisschulen abgeschafft

Gleich nach dem 2. Weltkrieg intervenierten die Kirchen in Bayern gegen das Vorhaben, Gemeinschaftsschulen einzurichten und erreichten schließlich, daß Bekenntnisschulen die Regel wurden und Gemeinschaftsschulen nur auf Antrag von Eltern einzurichten waren.

Mit dem neuen Volksschulgesetz von 1966 wollte die CSU einklassige Dorfschulen durch Jahrgangsklassen ersetzen. Die Aufteilung nach Konfessionen wurde dadurch jedoch schwieriger. Daher griff sie zum Trick, der ihr später half. Die Gemeinschaftsschule blieb zwar Antragsschule, wurde aber nun erstmals als christliche Gemeinschaftsschule definiert. Auf diese Weise stand eine Ausbildung ohne Kircheneinfluß nicht mehr zu Debatte.

Die FDP verlangte daraufhin ein Volksbegehren zur Gleichstellung dieser Schularten, verfehlte aber knapp die erforderliche Unterschriftenzahl. Die

SPD unterstützte es nicht. Sie wollte keine Gleichstellung der Schulen, sondern die christliche Gemeinschaftsschule als Regelschule. Dazu legte sie 1967 einen Gesetzentwurf vor. Die CSU lehnte ihn bereits in erster Lesung ab und verweigerte weitere Behandlung, da der Antrag zu kirchenpolitischen Verwicklungen führen könne. So startete die SPD ein Volksbegehren, das auch FDP und Bayernpartei unterstützten. Einen Tag nach Einreichen der erforderlichen Unterschriften beschloß die CSU ein eigenes Volksbegehren für eine „christliche Volksschule“ mit Bekenntnisklassen.

Durch massiven Einsatz der katholischen Kirche in den Landkreisen kam die CSU bei der Unterschriftensammlung auf 17,2 %, die SPD auf 12,9 %. Um zwei Volksbegehren zu verhindern, fädelte F.-J. Strauß den folgenden Kompromiß ein: „Die öffentlichen

Volksschulen sind gemeinsame Schulen für alle volksschulpflichtigen Kinder. In ihnen werden die Schüler nach den Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen. Das Nähere bestimmt das Volksschulgesetz.“ Erst nach langen Verhandlungen stimmte der Beauftragte des Papstes zu. Beim Volksentscheid am 7. Juli 1968 lagen alle Vorschläge vor. 78,4 % stimmten für den Kompromiß, 13,2 % für den SPD-Vorschlag und 8,4 % für den CSU-Vorschlag.

Damit wurde die heutige Formulierung des Artikels 135 der Bayerischen Verfassung festgelegt. Seitdem gibt es keine öffentliche Auseinandersetzung mehr um den nach wie vor großen Einfluß der Kirchen auf die Erziehung.

Quellen: Peter Jakob Kock, Der Bayerische Landtag 1946 bis 1986, Bamberg 1988. Heinz Zimmermann, Die religiös-christliche Dimension in der bayerischen Volksschule, Leipzig 1982.

Katholische Freie Grundschule Augsburg

„Die Diözese Augsburg errichtet eine Katholische Freie Grundschule. Zu gegebener Zeit soll eine Hauptschule angeschlossen werden. Außerdem ist geplant, den Schülerinnen und Schülern ein Tagesheim anzubieten, sofern die Eltern die pädagogische Betreuung ihrer Kinder auch nachmittags sichergestellt wissen wollen.“

Das Genehmigungsverfahren bei der Regierung von Schwaben ist bereits eingeleitet. Im Falle rechtzeitigen Genehmigungsbescheids wird die Schule im September 1990 mit zwei ersten Klassen ihre Arbeit aufnehmen. Bis zur Fertigstellung eines eigenen Schulgebäudes werden die Schülerinnen und Schüler in Pavillons untergebracht, so daß eine unbeeinträchtigte Unterrichtsarbeit gewährleistet ist.

Als Standort ist ein verkehrsgünstig gelegenes Gelände im südlichen Stadtbereich von Augsburg vorgesehen; es liegt an der Brahmstraße in Haunstetten. Treten keine unvorhergesehenen Verzögerungen auf, wird das Schulgebäude mit Tagesheim und Turnhalle bis 1993 bezugsfertig sein.

Die Katholische Freie Grundschule ist eine Schule in freier Trägerschaft; Träger ist die Diözese Augsburg. Der staatlichen Schulaufsicht unterliegt sie hinsichtlich der Genehmigungs- und Anerkennungsvoraussetzungen sowie der fachlichen Eignung des Schulleiters und der Lehrkräfte.

Grundlagen der Katholischen Grundschule

In ihren Lernzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung der Lehrkräfte entspricht diese Schule den Anforderungen öffentlicher Schulen; Zeugnisse, Versetzungen und Prüfungen haben die gleiche Geltung wie diejenigen öffentlicher Schulen und verleihen die gleichen Berechtigungen.

Die Katholische Freie Grundschule kann von Eltern und Schülern, die mit der Zielsetzung der Schule übereinstimmen, frei gewählt werden. Nichtkatholische Schüler können in besonderen Fällen unter Wahrung der Zielsetzung aufgenommen werden. Schulgeld wird nicht erhoben.

Die Katholische Freie Grundschule vermittelt unter Beachtung der Erkenntnisse der Pädagogik und der Psychologie

- fachliches Wissen und eine Bildung, die den Anforderungen genügen, die heute an eine gute Schule zu stellen sind;
- umfassende religiöse Erziehung, die als Unterrichtsprinzip die Arbeit in den einzelnen Fächern mitbestimmt und die Gestaltung des Schullebens mitprägt;
- Einübung in den Glaubensvollzug;
- Weckung und Förderung emotionaler, musischer Begabungen und sozialcaritativen Verantwortungsbewußtseins;

- ganzheitliche personale Erziehung mit dem Ziel einer harmonischen Entfaltung der körperlichen, sittlichen und geistigen Anlagen der Schülerinnen und Schüler;
 - Befähigung zum sozialen Engagement.“
- (Aus „Eine Information der Diözese Augsburg für Eltern von Schulanfängern“)

Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Bayern

Artikel 6

§ 1 Das Recht der katholischen Kirche in Bayern auf einen angemessenen Einfluß bei der Erziehung der Schüler ihres Bekenntnisses wird unbeschadet des Erziehungsrechtes der Eltern gewährleistet.

§ 2 In Klassen und Unterrichtsgruppen an Volksschulen, die ausschließlich von Schülern des katholischen Bekenntnisses besucht werden, richten sich Unterricht und Erziehung nach den besonderen Grundsätzen des katholischen Bekenntnisses.

§ 4 In Klassen, die von Schülern verschiedener Bekenntnisse besucht werden, richten sich Unterricht und Erziehung bei gebührender Rücksichtnahme auf die Empfindungen andersdenkender Schüler nach den gemeinsamen Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse.

§ 5 Bei der Auswahl der Lehrkräfte soll auf die Bekenntniszugehörigkeit der Schüler Rücksicht genommen werden.

Artikel 8

§ 1 Der Freistaat Bayern wird im Rahmen der allgemeinen Förderung der Privatschulen den Schulen katholischer Träger seine Hilfe angedeihen lassen. Nach Maßgabe der staatlichen Vorschriften werden diese Schulen staatlich anerkannt und durch Finanzierungshilfen sowie durch Erleichterung im Austausch von Lehrkräften gefördert.

§ 2 Privaten katholischen Volksschulen und Sonderschulen, die von juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts betrieben werden, auf gemeinnütziger Grundlage wirken und in Ausbau und Gliederung den für die öffentlichen Schulen geltenden gesetzlichen Vorschriften entsprechen, ersetzt der Staat auf Antrag des Schulträgers den notwendigen Aufwand, der sich nach dem der öffentlichen Schulen bemißt.

(Auszug aus dem Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Bayern zur Änderung und Ergänzung des Bayerischen Konkordats vom 29. März 1924, geändert durch den Vertrag vom 7. Oktober 1968, München 4. September 1974. Abdruck in: Acta Apostolicae Sedis 66 (1974), S. 601-619)

Bayernweite Demonstration

10000 in München gegen das Ausländergesetz

München. Aufgerufen zu der landesweiten Demonstration in München hatte der „Bayerische Arbeitskreis gegen das Ausländergesetz“, der sich in Vorbereitung der großen Demonstration in Nürnberg im März 89 gegen den damaligen Entwurf Zimmermanns gebildet hatte. In dem Aufruf, der von zahlreichen Gruppen und Organisationen unterzeichnet wurde, heißt es u.a.: „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche! Gleichbehandlung aller Einwanderer!“ „Ein Mensch — eine Stimme! Kommunales Wahlrecht jetzt!“ In der Vorbereitung zeigte es sich, daß dieser Aufruf von großen Landesverbänden — DGB, Kirchen etc. — so nicht übernommen wurde. So wurde ein landesweiter Veranstalterkreis ins Leben gerufen, dem die Ausländerbeiräte, der DGB, SPD, die Grünen u. a. angehörten. Diese Öffnung für Organisationen, die nicht Gleichbehandlung fordern und damit Wegfall aller Sondergesetze und Bestimmungen für Nichtdeutsche, hatte wenig Auswirkung für die Mobilisierung. So muß man leider feststellen, daß DGB und SPD Bayern kaum für die Aktion geworben hatten.

Daß die Demonstration trotzdem das von den Veranstaltern gesteckte Ziel erreichte, lag u.a. an guter örtlicher Mobilisierung durch Ausländerbeiräte, Initiativen etc. So kamen allein 10 Busse aus Nürnberg. In München selbst ist die zahlreiche Teilnahme von Einwanderinnen und Einwanderern aus der Türkei hervorzuheben. Diese marschierten in einem sehr großen Block vorn an der Spitze der Demonstration. Gelungen war das in München vor allem durch die „Bürgerinitiative“ (türk. „Vatandas Girisimi“), die sich hier gegen das Ausländergesetz — wie auch in anderen Städten — gegründet hat. Ihr Ziel: die weltanschaulichen und politischen Dif-

ferenzen innerhalb der Einwanderer aus der Türkei zurückzustellen und gemeinsam gegen die alle betreffende Entrechtung/Diskriminierung durch das Ausländergesetz vorzugehen. Ihre Mitglieder konnten eine große Zahl ihrer Landsleute mobilisieren, was in München so in den letzten Jahren nicht möglich war. Sie sehen sich am Beginn einer Bürgerrechtsbewegung.

Auf die zahlreichen Reden auf der Auftakt- und Schlußkundgebung wird hier im einzelnen nicht eingegangen.

Vordringlicher scheint das, was in einer ersten Auswertung der Demonstration besprochen wurde. Dort wurde von Versuchen berichtet, das „Durchpeitschen“ des Gesetzes in Bundesrat und Bundestag bis Ende Mai, das alle bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten durchbricht, zu verhindern. In Rechtsgutachten haben die Grünen feststellen lassen, daß die SPD-Mitglieder des Innenausschusses des Bundesrates (Beratung dort am 25.4.) zumindest die schnelle Verabschiedung des Gesetzes verhindern könnten. Von diesen aber liegt derzeit keine klare Stellungnahme dazu vor. Es ist nun wichtig, schnell von möglichst vielen die Innenausschuß-Mitglieder der SPD öffentlich anzugehen (näheres auch bei Büro E. Trenz, G.M. Vogl, MdBs der Grünen, Bonn, Tel. 0228/169261 u. 1651336).

Denn, wenn auch richtig ist, was German Meneses Vogl, MdB der Grünen, auf der Kundgebung unter großem Beifall ausführte: „Wir wollen dieses Gesetz verhindern. Sollte es aber beschlossen werden, werden wir so lange auf die Straße gehen, bis es wieder weg ist!“, ist doch klar, daß für alle oppositionellen Kräfte, besonders für die vom Gesetz Betroffenen, eine Verabschiedung den Kampf um Gleichstellung sehr erschweren würde. — (lsc)

Landtag Baden-Württemberg debattiert über §-218-Klage

Stuttgart. Baden-Württemberg unterstützt, wie berichtet, den Normenkontrollantrag Bayerns gegen die Beratungspraxis bei Schwangerschaftsabbrüchen. Im Landtag betonte Späth die „Schutzpflicht des Staates gegenüber dem ungeborenen Leben“. Das Bundesverfassungsgericht solle Normen für ein Beratungsgesetz festsetzen. Daß damit eine „allgemeine Notlage“ als Grund für Schwangerschaftsabbruch gekippt wäre, was einem staatlichen Gebärzwang gleichkommt, blieb unangegriffen. Frau Wimmer von der SPD sagte, verfassungswidrige Beratungspraxis und Mißbrauch seien nicht erwiesen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Spöri betonte, auch er sei Katholik. Frau Bender, Fraktionsvorsitzende der Grünen, sah als eigentliches Motiv den „Schutz der Männerbünde vor weiblicher Herrschaft“. — (alk)

Landtagswahlen 13. Mai: Faschisten sind zugelassen

Hannover. Der niedersächsische Landeswahlaußschuß hat am 5. April trotz zahlreicher Proteste faschistische Organisationen zugelassen. Der Vorsitzende mußte erklären, daß ihm zahlreiche Einwände gegen eine Zulassung nach Artikel 139 GG aus mehreren Orten Niedersachsens zugegangen sind. Entsprechend der Rechtsprechung sei dieser Artikel aber für obsolet zu erklären und von daher eine Nichtzulassung nicht möglich. Bei der Beschlussfassung enthielt sich der Vertreter der Grünen zur Zulassung der Republikaner, der Demokratischen Republikaner, dem Bund der Deutschen Demokraten (beides Republikaner-Abspaltungen) und der Patrioten für Deutschland. Die FAP erhielt zwei Gegenstimmen. Außerdem kandidieren unkritisiert die Deutsche Partei und die ÖDP. Insgesamt erhielten 17 (überwiegend rechte) Vereinigungen die Zulassung. DKP und MLPD, die sich noch 1986 zur Wahl stellten, kandidieren nicht. — (gec, mal)

Bielefeld: Solidarität mit dem Volksaufstand in Kurdistan

Bielefeld. „Solidarität mit dem Volksaufstand in Kurdistan“. Unter dieser Losung demonstrierten 400 Leute, darunter viele westdeutsche Antimperialisten am 7.4. in Bielefeld. Aufgerufen hatten die Ortsgruppen der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), EKIM, Av.Dev.Genc., BWK, VSP, Volksfront, AK Internationalismus im Infoladen Anschlag sowie der Arbeitskreis für die Freilassung der kurdischen Gefangenen in der BRD. Der Arbeitskreis bereitet für den 28. April eine Solidaritätsveranstaltung vor, auf der auch vier Arbeitsgruppen stattfinden werden. Auf dem Schlußplenum wird auch die Angeklagte aus dem PKK-Prozess Yasemin Gedik sprechen. — (stb)

Vorgänge in der JVA Straubing sollen untersucht werden

München. Das Plenum des Landtags hat der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses über die Justizvollzugsanstalt Straubing zugestimmt. Die CSU-Mehrheit nahm einen SPD-Antrag an, die Vorgänge in der JVA im Zusammenhang mit der Absetzung von mehreren Insassenbeiräten und der Anwendung von Psychopharmaka zu klären. Auch drei Selbstmorde von Strafgefangenen und ein angeblicher Medikamentenhandel sollen dabei von den Abgeordneten untersucht werden. — (dil)

Ostermarsch 90 — Abrüstung jetzt — und zwar richtig!

München. Der diesjährige Münchner Ostermarsch beginnt am 16. April um 12.00 Uhr mit der Auftaktkundgebung an der Münchner Freiheit. Der Aufruf zum Ostermarsch weist auf die Tatsache hin, daß trotz der politischen Entwicklungen die Aufrüstung weitergeht, fordert die Entmilitarisierung Europas und die „Selbstauflösung“ von NATO und Warschauer Pakt. München selbst solle von einer Rüstungsschmiede zu einem Friedenszentrum werden. Ein Mangel des Aufrufes ist, daß er davon ausgeht, daß die politischen Entwicklungen in Europa einen dauerhaften Frieden ermöglichen würden. Daß mit der Einverleibung der DDR, mit der Festigung des imperialistischen EG/WEU-Blocks unter Vorherrschaft der BRD, mit der wirtschaftlichen und politischen Zersetzung Osteuropas usw. die Kriegsgefahr höher denn je wird, wird mit keinem Wort angesprochen. Mit diesen völlig fehlenden Aussagen wird der BRD-Imperialismus indirekt mehr oder weniger begünstigt. — (chl)

Resolution gegen das geplante Ausländergesetz

Stuttgart. Auf den beiden Personalversammlungen des Stuttgarter Jugendamtes verabschiedeten die ca. 500 anwesenden Beschäftigten eine Resolution gegen das geplante Ausländergesetz: „Der Entwurf verschlechtert die Rechtslage für Kinder, Jugendliche und junge Familien ausländischer Herkunft entscheidend“. Insbesondere wird die vorgesehene Pflicht der Jugend- und Sozialämter zur Bespitzelung ausländischer Familien kritisiert, die Gründe für Ausweisung und Unterdrückung liefern soll. „Wir erklären, daß wir nicht bereit sind, der vom Gesetz vorgesehenen Datenübermittlungspflicht nachzukommen.“ Der Personalrat wird aufgefordert, die Rechtmäßigkeit dieser Datenübermittlungspflicht zu prüfen. Die ÖTV Stuttgart hat dies bereits eingeleitet. — (unb)

Bei Kundgebung: Kurden festgenommen

Frankfurt. Am Samstag, den 31.3., organisierten ERNK, EKIM u.a. eine Kundgebung vor dem türkischen Konsulat wegen der Massaker des türkischen Regimes gegen Kurden; es beteiligten sich hundert Leute. Kaum waren die Lautsprecher aufgebaut, rückte die Polizei an. Obwohl die Organisatoren auf Aufforderung der Polizei die Kundgebung sofort beendeten, setzten die Polizisten Schlagstöcke ein und verfolgten flüchtende Menschen. Über 50 Leute wurden festgenommen, zwei, die angeblich Steine auf Polizisten geworfen haben sollen, sind immer noch in Haft. Von mehreren Organisationen wird beraten, was für die Freilassung der Inhaftierten getan werden kann. — (rst)



Der Demonstrationszug in München

Keine Entspannung an der Berufsverboteffront

Arbeitskonferenz diskutiert Lage und Eingreifen auf KSZE-Konferenz in Kopenhagen

Stuttgart. Am 1.4.1990 fand in Frankfurt/M. eine Konferenz der Initiativen „Weg mit den Berufsverboten“ statt. Die 40 Anwesenden machten sich ein Bild über den aktuellen Stand der Diskriminierungsmaßnahmen. Beraten wurde

das Für und Wider der Verfassungsbeschwerde von Dorothea Vogt (aus Jever) und die Möglichkeiten, die hiesige Berufsverboteffront vor internationalem Publikum als Verstoß gegen die KSZE-Schlußakte zu kritisieren.

Im Bundesinnenministerium wird zur Zeit über die abgestufte Sanktionierung von SED- bzw. PDS-Mitgliedschaften diskutiert. Dabei ist Konsens, daß die PDS unter den „Radikalerlaß“ fällt. Wer vor dem 9.11.89 aus der SED ausgetreten ist und sich für den öffentlichen Dienst bewirbt, wird keinem Gesinnungsverhör unterzogen. Wer noch bis zu einem festzulegenden späteren Zeitpunkt der SED bzw. PDS angehört hat, wird einem Verhör unterzogen, bei dem jedoch mit einem gewissen Wohlwollen zu verfahren ist. Für diejenigen, welche danach immer noch der PDS angehört haben oder gar angehören, fällt der Vorhang.

In Bayern übt die Landesregierung in den Fällen Doris Langer und Christel Dill auf die Landeshauptstadt Druck aus, die Berufsverbotsverfahren fortzusetzen. In Niedersachsen haben die Behörden die Suspendierung von vier aus der DKP ausgetretenen Lehrkräften aufgehoben, aber nicht die Verfahren eingestellt. Die Betroffenen sind mehrstufigen Gesinnungsverhören unterzogen worden, u.a. mit folgenden Fragen: „Nachdem Sie sich durch Ihren Austritt

faktisch von der DKP distanziert haben, wie stehen Sie heute zu den Zielen der DKP? Hat sich Ihre Einstellung geändert? Was halten Sie von der Diktatur des Proletariats?“ usw.

Auf der zweiten KSZE-Folgekonferenz über humanitäre Fragen vom 5.-29.6.1990 in Kopenhagen soll u.a. in Zusammenarbeit mit der Vereinigung demokratischer Juristen, die einen offiziellen Status auf der KSZE-Konferenz hat, die Kritik an der Berufsverboteffront diskutiert werden. Die Berufsverboteffront der BRD gestalten in Kopenhagen am 14.6.90 ein ganztägiges Teach-In, auf dem u.a. Abgeordnete der Labour-Party, aus Dänemark, Frankreich, der Schweiz und den Niederlanden zu der Problematik Stellung nehmen.

Kontrovers diskutiert wurde über die von Dorothea Vogt Ende 89 eingelegte Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Niedersächsischen Disziplinarhofes vom 30.10.89 (Az.: NDH A (2) 4/88), mit dem die Studienrätin letztinstanzlich entlassen worden ist. Zweck der Verfassungsbeschwerde ist es, das Bundesverfassungsgericht nach 15 Jah-

ren zu einer Revision seines von dem ehemaligen, fanatischen NS-Richter Willi Geiger formulierten „Radikalerlaß“-urteils zu veranlassen. Kritisch angemerkt wurde, daß der urteilsformulierende Richter des zuständigen BVerfG-Ausschusses, Hans-Hugo Klein, Anhänger des NS-Staatsrechtlers Carl Schmitt ist und die Lehre vertritt, daß das Grundgesetz, gleichsam in Form einer Überverfassung, von einem grundrechtsentziehenden „Bekämpfungsauftrag“ gegenüber „Feinden der Freiheit“ überwölbt ist. In einer politischen Situation, wo die Gegenseite einen de-facto-Blitzkrieg gegen andere Länder führt und ein grenzenloses Viertes Reich errichten will, könnte das BVerfG in einem Grundsatzurteil das Statut für ein streng antisozialistisches Gesamtdeutschland zimmern und einen aus dieser Sicht bestehenden Mangel des KPD-Verbotsurteils beheben, welches in Abschnitt drei bestimmt, daß seine Gültigkeit im Falle der „Wiedervereinigung“ endet. Geprüft und darauf gedrängt werden muß in jedem Fall, daß Carl-Schmitt-Anhänger kein Richteramt ausüben dürfen. — (zem)



Köln. 1200 Polizisten überfielen am 5.4. das Roma-Lager am Schiffhof. Alle Wohnwagen wurden durchsucht, Roma verprügelt und Kinder eingeschüchtert. Die Polizei ermittelt wegen § 129 StGB. Den Leuten wurde der Schmuck vom Körper gerissen (Bild). Die „Rom“ e.V. protestierte und wies nach, daß die Vorwürfe (Diebstahl) konstruiert seien. — (jöd)

„Rock gegen Rechts“

Unter den Fittichen von Kirche und Polizei

Norderstedt. Anfang Januar dieses Jahres drangen etwa hundert Polizisten in das Jugend-Cafe der Kirchengemeinde Shalom in Norderstedt ein und überfielen eine Gruppe der Antifa-Jugend, die gerade dort tagte. Die Leute wurden an die Wand gestellt, durchsucht und ihre Personalien festgehalten. Der am gleichen Abend im selben Kirchengebäude tagende Kirchenvorstand der Gemeinde zeigte sich empört über diesen Hausfriedensbruch durch die Polizei. Doch die Gentlemen arrangierten sich bald: Die jungen Antifaschisten wurden beschwichtigt, indem der Kirchenvorstand ankündigte, er wolle eine Dienstaufsichtsbeschwerde starten, aber gerade deshalb gelte es, Stillschweigen über den Vorfall gegenüber der Öffentlichkeit zu wahren. Begründet wurde der Polizeiüberfall im übrigen damit, daß es erst kürzlich Rangeleien gegeben haben solle und Jugendliche in der Neujaarsnacht von Faschisten bzw. Skins an verschiedenen Haltestellen der Alsternordbahn zwischen Norderstedt, Quickborn und Haslo überfallen worden seien. Solcherlei „blaue Flecke“ gelte es nun zu verhindern!

Die Gruppe der Norderstedter Antifa kündigte für den 23. März ein Konzert „Rock gegen Rechts“ — wiederum in den Räumen der Shalom-Kirchengemeinde — an. Daraufhin tauchten Flug-

blätter der Skins und Hooligans auf, die unter der Parole „Rechts gegen Links“ aufforderten, diese Veranstaltung zu sprengen. In zwei Richtungen liefen jetzt die Aktivitäten: Das Norderstedter Antifaschistische Bündnis organisierte die Öffentlichkeit und rief auf, an dieser Rock-Veranstaltung teilzunehmen. So kamen zum Schutz gegen Rechts selbst solche Leute, die sich diese Musik sonst freiwillig nicht anhören würden. Die Kirchenleute ihrerseits organisierten den „Polizeischutz“, denn sie seien ja für den Frieden. Und das natürlich besonders zwei Tage vor den Schleswig-Holsteinischen Kommunalwahlen.

So erschienen 400 Teilnehmer des Rockkonzertes und die Polizei zog auf. Sie kontrollierte die Bahnausgänge an den U-Bahnhöfen Garstedt und Ochsenzoll und riegelte das Gelände rund um die Kirche weiträumig ab. Etwa 100 „Glatzen“ tauchten auf, wurden abgefangen und von ihren Werkzeugen befreit, elf von ihnen festgenommen. In den Zeitungen konnte die bürgerliche Ordnung vermelden: „Polizei verhinderte gewaltsame Auseinandersetzung“. Die den Raum gewöhnliche Kirchengemeinde bemüht sich inzwischen, mit der Antifaschistischen Gruppe das Gespräch über die Frage des Gewaltpotentials in den eigenen Reihen zu führen. — (edl)

Geschäftsleitung gescheitert

Betriebsratswahlen bei der Fiatgeotech GmbH

Heilbronn. Die Wahl wurde mit Spannung erwartet. Für ein siebenköpfiges Gremium hatten sich 17 Leute aufstellen lassen, darunter ein Abteilungsleiter, der direkt als Teil der Geschäftsleitung fungiert. Die Belegschaft hatte sich in einer Abstimmung für gemeinsame Wahl ausgesprochen. Der alte Betriebsrat, der erst vor anderthalb Jahren gewählt wurde (damals wurden die Vertriebsgesellschaften für Land- und Baumaschinen des Fiat-Konzerns zur Fiatgeotech fusioniert) kandidierte ebenfalls wieder. Die Geschäftsleitung nutzte damals die Unsicherheiten während der „Übergangsphase“ vor der Fusion neun Monate lang aus, um Betriebsvereinbarungen zu verschlechtern und die beiden Betriebsräte (unter demselben Dach gab es eine Geschäftsleitung, aber zwei Firmen) zu demontieren. „Viele Diskussionen und Gespräche, teils heftig und kontrovers, teils versöhnlicher Natur waren nötig, um den Betriebsrat als Gremium nach den Wahlen zu etablieren.“ So faßte der Betriebsrat diese Zeit nachträglich in seinem Tätigkeitsbericht zusammen. In diesen anderthalb Jahren wurden die Arbeitszeiten, die Gleitende Arbeitszeit, Rahmenbedingungen für Mehrarbeit und einiges mehr mittels Betriebsvereinbarungen neu geregelt. Vor den jetzigen Wahlen versuchte die Geschäftsleitung die

mäßigen, aber kontinuierlichen Erfolge des Betriebsrates zurückzudrehen. Fünf Betriebsvereinbarungen wurden von der Geschäftsleitung gekündigt und Stimmung gemacht gegen den „kompromißlosen“ Betriebsrat.

Auf einer Betriebsversammlung vor der Wahl begründete der Abteilungsleiter seine Kandidatur damit, daß er in letzter Zeit mit diesem Betriebsrat sehr unzufrieden sei. Insbesondere die politische Auffassung des Betriebsratsvorsitzenden sei nicht akzeptabel, schloß folgerter er nach einem Zitat aus einem Leserbrief des Vorsitzenden. „Die freie Kommandowirtschaft von Gesamtmetall — Freiheit fürs Kapital und Kommandos für die abhängig Beschäftigten — ist unattraktiv.“ Diese politische Einschätzung des BRV wird zwar von der eher konservativen Belegschaft (40 Arbeiter, 110 Angestellte, davon 20% „Übertarifliche“, insgesamt ca. 55 IGM-Mitglieder) nicht uneingeschränkt geteilt. Darum ging es auch nicht. Bei der Wahl ging es um konsequente und beharrliche Interessensvertretung. Sowohl der alte Betriebsrat als auch der Vorsitzende (113 von 131 abgegebenen Stimmen) wurden bei einer Wahlbeteiligung von über 83% eindrucksvoll bestätigt. Der Abteilungsleiter erhielt mit 23 Stimmen das zweit schlechteste Ergebnis. — (jom)

HBV: Teilerfolge gegen Dienstleistungsabend

Konstanz. Über Teilerfolge im Kampf gegen den Dienstleistungsabend berichtete die HBV-Ortsgruppe auf ihrer jüngsten Mitgliederversammlung. Das Kaufhaus Hertie sei länger als andere Hertie-Häuser des Landes donnerstagsabends geschlossen geblieben. In einer Betriebsvereinbarung habe man durchgesetzt, daß Beschäftigte nur jeden zweiten Donnerstag nach 18.30 Uhr arbeiten müssen, soziale Belange „zu berücksichtigen“ sind und Personal eingestellt wird. Im EKZ müsse kein Vollzeitbeschäftigter am Donnerstagabend arbeiten, der Betriebsrat setzte die Einstellung von Aushilfen durch. Versammlungsteilnehmer berichteten, daß wegen der schlechten Arbeitsbedingungen kaum noch Fachpersonal und Auszubildende zu finden seien; zusätzliche Belastungen seien die Folge. — (jüg)

BR-Wahlen bei BAYER: Wahlerfolg für linke Liste

Bei den Betriebsratswahlen bei Bayer Leverkusen hat die Liste „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ 19% der Stimmen erreicht und die Zahl ihrer Sitze im Betriebsrat von vier auf acht verdoppelt. Je vier Kandidatinnen und Kandidaten kommen aus dem Arbeiter- und Angestelltenbereich. Die Liste gewann viele Stimmen von Schichtarbeitern. In einem Flugblatt hatte sie u.a. die Erhöhung von Essenspreisen, Mieterhöhungen bei Werkwohnungen und ein flexibles Schichtsystem kritisiert, für das der Konzern mit Zustimmung des Gesamtbetriebsrats Probeläufe durchführt, sowie eine Eindämmung des Fremdfirmeneinsatzes verlangt. — (u.b.)

BR-Wahl bei BMW München: 2 Listen aus IG Metall-Bereich

München. Bei der Betriebsratswahl im BMW-Werk kandidierte diesmal neben der offiziellen IG Metall-Liste eine zweite Liste „Alternative“, die von IG Metall-Mitgliedern überwiegend aus dem Arbeiterbereich gebildet worden war. Die offizielle IG Metall-Liste erhielt 18 117 Stimmen, 90,8% und 39 Sitze, die zweite Liste 1843 Stimmen, 9,2% und vier Sitze. Von den Fertigungsarbeitern haben etwa ein Fünftel die Liste „Alternative“ gewählt. Die Wahlbeteiligung war mit knapp 76% sehr hoch, insbesondere bei den Angestellten, die überwiegend die offizielle IG Metall-Liste gewählt haben. Der alte Betriebsrat versuchte die Bildung der zweiten Liste zu unterdrücken, weil er eine Schwächung der IG Metall befürchtete. Die bei Aufstellung der offiziellen IG Metall-Liste beachtete Berücksichtigung aller Teile der Belegschaft, aller Nationalitäten sowie von Frau und Mann kann bei Bildung einer weiteren Liste aus dem IG Metall-Bereich aus dem Gleichgewicht geraten. Eine ausgewogene personelle Zusammensetzung garantiert jedoch nicht eine gleichmäßige Vertretung aller Interessen gegen das BMW-Kapital. Bei BMW, Standort München, sinkt der Arbeiteranteil, die Zahl der Angestellten steigt und beträgt schon fast die Hälfte. Der Versuch des Betriebsrates, auch diesen Belegschaftsteil mit einzubeziehen, hat zu einer Vernachlässigung von Arbeiterinteressen geführt. Das Wahlprogramm der zweiten Liste will dagegen angehen: „Insbesondere wollen wir durch unsere Kandidatur eine bessere Vertretung von Akkordarbeitern und ausländischen Kollegen und Kolleginnen erreichen.“ — (mu)

Hattori: Widerstand gegen Betriebsprogramm

25 Handels-Betriebsräte unterstützen den Betriebsrat gegen Angriffe der Firmenleitung

Die Firma Hattori Deutschland GmbH (HDG) betreibt den Großhandelvertrieb der Seiko-Uhren. Das Stammkapital von 20 Mio. DM ist mehrheitlich in Händen Hattori Seiko Co., Tokyo. Zum Konzern gehört u.a. auch Epson.

Der Hattori-Seiko-Konzern führt für den EG-Binnenmarkt Umstrukturierungen durch. Teil dieses Planes ist die Verlegung der HDG nach Venlo/Niederlande und die Durchsetzung eines neuen Betriebsprogramms.

In der Düsseldorfer Zentrale sind 136 Angestellte und 35 Arbeiter beschäftigt. Am 21. März erfuhr der Betriebsrat von den Verlegungsabsichten. Die Rechnung der Geschäftsleitung: der Verkauf der Zentrale bringt zwölf Mio. DM. Das Grundstück in Venlo ist vorhanden, der Neubau kostet vier Mio. DM, der Staat Niederlande schießt zwei Mio. DM für die Betriebs-Neugründung zu. Gleichzeitig legte die Geschäftsleitung den Abteilungs- und Gruppenleitern ein neues Betriebsprogramm vor.

„HDG-Geschäftsbelegungsprogramm

- 1) Umstrukturierung des Unternehmens in leistungsfähigere Arbeitsgruppen ...
- 4) Verbesserung der Motivation und Effektivität aller Mitarbeiter:
 - durch moderne PC's
 - die richtigen Mitarbeiter am richtigen Arbeitsplatz (Psycho-Test)
 - die Mitarbeiter wissen lassen, wie gut oder schlecht sie ihren Job tun — Leistungsbewertung
 - Bildung stützender Arbeitsgruppen um die Gruppenleiter

- keine Akzeptanz von Faulenzern und regelmäßigen Krankheitsferien
- Leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter für seine ganze Kraft, die er in den Dienst des Unternehmens stellt
- Gestaltung einer angenehmen und freundlichen Arbeitsumgebung
- Gewinn erzielen.

Pluspunkte für HDG

- 1) Der richtige Standort in Europa.
- 2) Die stärkste Wirtschaftsmacht.
- 3) Ein neues intelligentes und tatkräftiges Management.
- 4) Langjährige Mitarbeiter ...

Minuspunkte für HDG

- 1) Die teuersten Arbeitskräfte in Europa.
- 2) Das strengste Arbeitsrecht in Europa (Betriebsrat).
- 3) Die schärfsten Finanzbehörden in Europa ...
- 5) Langjährige schlechte Erfahrungen mit dem Verhältnis Management — Mitarbeiter ...
- 7) Höchste Abwesenheitsquote (der) gewerblichen Mitarbeiter ...

Diesem Programm von Konkurrenz und individueller Leistung stehen Gewerkschafts- und Betriebsratsaktivitäten im Weg. Die Geschäftsleitung reagierte hektisch auf die Veröffentlichung in der HBV-Betriebszeitung. Der Betriebsrat erhielt die Zusicherung, daß in den nächsten einhalb Jahren „noch nichts passiert“. Kurz vor Fristende für die Listenabgabe zur Betriebsratswahl wurde als Gegenliste zur HBV eine Liste von acht Gruppenleitern eingereicht. Alle Beschäftigten erhielten das „Belegungsprogramm“ mit Begleitbrief.

25 Betriebsräte aus verschiedenen Handelsbetrieben protestierten: „Dies ist nicht nur ein Angriff auf das Betriebsverfassungsgesetz, sondern gegen Demokratie im Betrieb und Gesellschaft. Wer von ‚Faulenzern‘ und ‚Krankheitsferien‘ spricht, mißachtet zutiefst unsere Menschenwürde. Wir wollen uns nicht in ein Konkurrenzsystem im Betrieb und national in Europa hetzen lassen.“ Die Bundesfachgruppe Journalistik der IG Medien erklärte ihre Unterstützung gegen „dieses faschistische-Konzernprogramm.“ — (rub)

Krippenplätze und bessere Arbeitsbedingungen gefordert

Lüneburg. Der Kreisvorstand der ÖTV Lüneburg fordert mindestens 60 neue Krippenplätze, d.h. vier zusätzliche Krippengruppen in der Stadt Lüneburg. „Darüber hinaus wurde festgestellt, daß die z.Zt. gültigen Standards der niedersächsischen Heimrichtlinien (von 1966) für öffentliche Krippenerziehung veraltet sind und den besonderen Bedingungen der Krippenkinder nicht gerecht werden. Über die Schaffung zusätzlicher Krippenplätze hinaus wird es höchste Zeit, die Bedingungen, unter denen Krippenerziehung stattfindet, zu verbessern! Gruppengröße, Betreuerinnen-Schlüssel, Raumbedarf, Fortbildung, Elternvertretung usw. sind den tatsächlichen Erfordernissen und neuesten pädagogischen Erkenntnissen entsprechend anzupassen ... Die derzeitigen Arbeitsbedingungen machen auf Dauer krank ...“ — (AGK/nem)

Protestaktionen gegen Metallkapitalisten

Norderstedt. Die siebte, weiterhin ergebnislose Tarifverhandlung über die Forderungen der IG Metall für die rund 120000 Beschäftigten in Hamburg und Schleswig-Holstein in Bad Bramstedt ist wiederum von Aktionen in und aus den Betrieben begleitet worden. Nach Darstellung der IG Metall waren insgesamt ca. 6000 Beschäftigte im Tarifgebiet von Flensburg bis Hamburg beteiligt. So haben sich die Kolleginnen und Kollegen z.B. ausgiebig beim Betriebsrat über den Stand der Verhandlungen informiert oder sind mit Delegationen nach Bad Bramstedt gefahren, um dort ihren Protest gegen die Haltung von Nordmetall vorzubringen. Allein im Kreis Pinneberg haben in elf Betrieben mehrere hundert Beschäftigte einige Stunden lang auf diese Weise die Arbeit niedergelegt. Die IG Metall bereitet für die letzten beiden Verhandlungen (18. und 24.4.) während der Friedenspflicht, die am 28. April endet, verstärkt Aktionen vor. — (hel)

IG Metall Stuttgart: Überzeit auf Null fahren

Stuttgart. Die IG Metall will die Mehrarbeit in den Betrieben bis spätestens Mitte April gegen Null fahren und damit die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bekräftigen. Dies beschloß die Große Tarifkommission in Esslingen. Überstunden sollen nur in besonderen Notfällen geleistet werden. In verschiedenen Konzernbetrieben im Raum Stuttgart setzten Betriebsräte eine starke Verringerung der Überstunden und Neueinstellungen durch: Bei Bosch beträgt der durchschnittliche Überstundenanteil ein Prozent gegenüber drei Prozent im Vorjahr, bei Mahle Markgröningen wurde laut IG Metall die Mehrarbeit um die Hälfte verringert. — (ros)

Kita-Streik ausgesetzt

Die Forderungen konnten nicht durchgesetzt werden

Westberlin. Wie in den letzten Politischen Berichten gemeldet, hat die gemeinsame Tarifkommission von ÖTV und GEW beschlossen, den Streik nach über zehnwöchiger Dauer ab dem 28. März auszusetzen.

In einer ÖTV-Erklärung heißt es hierzu: „Mit dem Aussetzen des Streiks stehen die Gewerkschaften ... ein, daß die Reduzierung der Gruppengröße sowie eine spürbare Verbesserung des Personalschlüssels in tariflicher Form in der gegenwärtigen politischen Situation mit den Mitteln des Streiks nicht durchzusetzen sind ... Der knallharte Konfrontationskurs der SPD-Mehrheit im Senat hat damit jeden tarifpolitischen Kompromiß unmöglich gemacht. Ein pädagogischer Scherbenhaufen ist das Resultat. In den Kitas bleibt es wie bisher: Aufbewahrung statt pädagogischer Betreuung.“

Nachdem der SPD/AL-Senat selbst die Vor- und Nachbereitungszeiten für nicht tariffähig erklärte, war der Abstand zu den ursprünglich erhobenen Forderungen zu groß geworden. Gleichzeitig nahmen die Konflikte mit den Eltern zu. Dazu kam, daß sowohl die Solidarität innerhalb der ÖTV wie auch von Seiten des DGB zu gering blieb. Insbesondere von Seiten der Gewerkschaftsleitungen war wenig Verständnis für den Streik zu spüren. So sprach sich der HBV-Vorsitzende Müller auf einer Kundgebung explizit für Rücksichtnahme auf den SPD/AL-Senat aus, und der IGM-Vorsitzende Foede riet den Streikenden, auf die Forderungen nach Personalbemessung und Gruppengröße zu verzichten. Einen Beitrag für den Erfolg der anstehenden Kämpfe, insbesondere bei der Post.

dem Einzelhandel und in der Metallindustrie dürften sie damit nicht geleistet haben.

Obwohl der Streik ausgesetzt und seine Ziele nicht erreicht wurden, sollte man die bleibenden positiven Auswirkungen nicht unterschätzen. Neben den Fakten, die er für die Gewerkschaftspolitik gesetzt hat, wird er vor allem die Diskussion um die Inhalte zukünftiger Tarifpolitik prägen.

Andere Bereiche im öffentlichen Dienst diskutieren bereits die Frage von Tarifverträgen über Arbeitsbedingungen und Personalbemessung. Die Postgewerkschaft beginnt am 18. April Verhandlungen über einen inhaltlich ähnlich gelagerten Tarifvertrag.

Es war klar, daß die SPD diesen Tarifvertrag unter allen Umständen verhindern mußte. Von Beginn an hat Momper die Position vertreten, daß Einzelinteressen hinter nationalen zurückstehen müßten. Alle Gelder müssen für die Einverleibung der DDR zur Verfügung stehen. Die Propagierung dieser Position in Zeitungsanzeigen finanzierte der Senat mit mehreren Zehntausend Mark aus dem Landeshaushalt.

Gegen die Aussetzung des Streiks hat es starke Proteste gegeben. Viele Streikende haben in einer erneuten Urabstimmung eine „sauberere Lösung“ gesehen.

Über Streit zwischen ÖTV und GEW, über Aus- oder Übertritte wegen dieser Frage können sich letztlich aber nur die Gegner eines Tarifvertrages freuen. Von deren Verantwortung für die sich zukünftig mit Sicherheit noch verschlechternden Arbeitsbedingungen wird damit nämlich abgelenkt. — (har)



Hamburg. Nach einer Urabstimmung und Streikaktionen im März streikten am 5. April erneut in zahlreichen Städten der BRD (Bild: Hamburg) Lehrer der privaten Berlitz-Schulen. Mit Unterstützung der GEW wollen sie die Durchsetzung eines Tarifvertrages erreichen, der ihnen feste Arbeitszeiten (bisher Arbeit auf Abruf), Bezahlung der Vorbereitungszeit und geregelte höhere Einkommen sichern soll. — (mek)



Demonstration während des Kita-Streiks



München. Am 5. April wurden in München drei Häuser „scheinbesetzt“. Die Besetzerinnen und Besetzer hängten aus den Fenstern leerstehender Häuser Transparente und verschwanden vor dem Eintreffen der Polizei. Die Aktionen fanden gute Resonanz in der Presse, die Einsatzkommandos der Polizei kamen diesmal umsonst. Allein das Kommunalreferat hat 39 leerstehende Häuser. — (chl)

Aus Ländern und Gemeinden

Pädagogen demonstrieren für Arbeitszeitverkürzung

Stuttgart. Am 4. April 1990 beteiligten sich etwa 4000 Lehrkräfte und 1000 Schüler und Eltern an den Protestaktionen gegen die Arbeitszeit- und Bildungspolitik der baden-württembergischen Landesregierung. Sie bildeten unter anderem eine Menschenkette um den Landtag und die Regierungsgebäude am Rande der Bannmeile. Anfang des Jahres war eine über die Vertrauensleute an den Schulen durchgeführte geheime Umfrage über die Streikwilligkeit mit 3000 Bereitschaftserklärungen erwartungsgemäß in die Hose gegangen. Die Vertreterversammlung der GEW Ba-Wü hatte im Juni 89 ein Quorum von 10000 Erklärungen festgelegt, um in den Ballungszentren eine zweiwöchige Arbeitsniederlegung wagen zu können. Die Hauptforderungen der Gewerkschaft sind eine Stunde Deputatsverkürzung und massive Einstellung von Lehrpersonal. Großen Beifall erhielt der Beitrag eines Kollegen der Berlitzschule, der die dortigen Ausbeutungsverhältnisse anprangerte (13-16 DM Stundenlohn, 54-Stunden-Woche) und zur Solidarität mit den seit einer Woche Streikenden aufrief. — (zem)

Kaum Bußgelder wegen Mietüberhöhungen

Freiburg. Aus der Antwort auf eine Anfrage der Linken Liste/Friedensliste an die Stadtverwaltung zum Vorgehen gegen Mietüberhöhungen geht hervor, daß die Stadt nur wenig geneigt war und ist, die Überhöhung von Mieten als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen und Bußgeldverfahren gegen die Vermieter einzuleiten (19 Verfahren 1985 bis 1989, Bußgelder zwischen 500 und 800 DM). Die Stadt gibt als Grund das Fehlen eines Mietspiegels an, der angeblich die Mieten noch weiter in die Höhe treibe, und: „Hinzu kommt, daß das Amt für Wohnungswesen selten konkrete Kenntnisse über jeweilige Mietverhältnisse erhält“, obwohl über Wohngeldanträge eine relativ genaue Kenntnis vorhanden sein müßte. — (ulb)

AL-Fraktionsvorsitzende in Westberlin zurückgetreten

Westberlin. Am 24.3. hat die Fraktionsvorsitzende der AL, Bischoff-Pfanz, ihr Mandat niedergelegt mit der Begründung: Die Niederlage in der Ausländerpolitik, die Senatspolitik im Kita-Streik, die erneute Verschiebung des Ausländerwahlrechts, die Tatenlosigkeit gegenüber der Obdachlosigkeit und der katastrophalen Situation in der Altenpflege, vor allem aber die deutsch-landpolitischen Perspektiven von AL und Senat. Der AL-Delegiertenrat will neue Koalitionsverhandlungen. Der Anschluß nach Artikel 23 GG soll abgelehnt werden, das bezirkliche Ausländerwahlrecht betrieben werden. Die AL-Basis müsse der Fraktion mehr Spielraum geben, die AL müsse der neuen Situation nach Öffnung der Mauer gerecht werden, antwortet SPD-Fraktionsvorsitzender Staffelt. Der Delegiertenrat sagt, die AL habe die Entwicklung nach Öffnung der Mauer verschlafen und nur defensiv an der Zweiparteienpolitik festgehalten. Die neue Fraktionsvorsitzende Künast warnt vor „Maximalforderungen“: „Ich habe keine Lust mehr, mich in der Öffentlichkeit lächerlich zu machen.“ — (chk)

CDU sägt an Orientierungsstufe

Hannover. Der niedersächsische Kultusminister Horrmann (CDU) plant offenbar weitreichende Änderungen an der Orientierungsstufe (OS). Der bisher für alle Kinder verbindliche gemeinsame Unterricht in der 5. und 6. Klasse wurde von der CDU seit deren Regierungsübernahme beharrlich auszuhebeln versucht. Nachdem es seit dem CDU-Parteitag 1988 still geblieben war um dieses Thema, stellt nun, kurz vor der Landtagswahl, Horrmann die OS als verbindliche Regelschule erneut in Frage. Er will neben der Orientierungsstufe als Angebot nun wieder 5. und 6. Klassen in Haupt- und Realschulen sowie an Gymnasien einrichten. Das bedeutet eine Vorverlegung der Schülersortierung um zwei Jahre und der Auslese in die Grundschule. — (ibm)

CDU blockiert Akademie-Auflösung

Westberlin. Mit Stimmenmehrheit von SPD und AL wurde am 22.3. das Gesetz über die Auflösung der Akademie der Wissenschaften in 2. Lesung verabschiedet. Jetzt weigert sich der Präsident des Abgeordnetenhauses, Wohlrabe (CDU), das Gesetz auszufertigen, so daß es nicht verkündet und damit wirksam werden kann. Wohlrabe, der eine starke Position hat, will ein verfassungsrechtliches Gutachten einholen. Ein Antrag der CDU, der die Umwandlung der Akademie in eine GmbH mit Mehrheitsbeteiligung des Landes vorsieht, wurde mit den Stimmen der SPD an die Ausschüsse verwiesen. — (har)

Bayer. Verfassungsgerichtshof läßt Müll-Volksbegehren zu

Augsburg. Nachdem einige Befürworter von Müllverbrennung bereits bei den jüngsten Kommunalwahlen Verluste einstecken mußten, hat nun auch die Staatsregierung einigens zu schlucken. Das höchste bayerische Gericht hält im Gegensatz zu ihr den Gesetzentwurf der Müllinitiativen „Das bessere Müllkonzept“ für zulässig als Grundlage für ein Volksbegehren (Urteil vom 27.3.90). Während die Staatsregierung bisher Müllverbrennung ins Zentrum stellte und den Kommunen ihre Müllpolitik diktierte, verlangt dieser Gesetzentwurf das Gegenteil: Müllvermeidung, Verbot gesundheitlicher Beeinträchtigungen und Recht auf eigenständige kommunale Müllpolitik. Seit dem Richterspruch ist einiges in Bewegung. Die Grünen kündigten an, das Volksbegehren zu unterstützen. Die SPD erklärte, „Jetzt ist die Stunde des Parlaments“ und initiierte Verhandlungen, wie Anliegen der Müllinitiativen sofort in einem neuen Gesetz aufgenommen werden können, ohne daß ein Volksbegehren nötig wird. Und Umweltminister Dick (CSU) beteuerte plötzlich, die Staatsregierung sei an einem „Konsens über Parteigrenzen hinweg“ interessiert. Die Müllinitiativen beobachten diesen Prozeß mit Skepsis: „Solange nicht alle Inhalte übernommen sind, machen wir trotzdem Volldampf fürs Volksbegehren“, erklärte einer ihrer Sprecher, Franz Tschacha. Damit ein Volksbegehren überhaupt zugelassen wird, müssen sich 850 000 stimmberechtigte Personen — Ausländer haben auch hier kein Stimmrecht — in Listen bei den Ordnungsämtern eintragen. — (baf)

Kita-Gesetzentwurf der SPD muß fallen!

Niedersächsische SPD bringt konkurrierend zu den Grünen Kita-Gesetz im Landtag ein

Hannover. Im Oktober 1989 hatten die Grünen ihren Entwurf für ein Kitagesetz in den Landtag eingebracht. Nach langen, zähen Auseinandersetzungen konnte ein Entwurf erarbeitet werden, der geeignet wäre, die Situation der Kitas zu verbessern. Die SPD kann und will den Entwurf der Grünen nicht unterstützen und hat im Februar 1990 einen eigenen Entwurf in den Landtag eingebracht. Einen, der zu Fall gebracht werden muß, wenn nicht die schlechten Verhältnisse in den Kitas zementiert werden sollen. Dabei erweckt er beim ersten Lesen einen ganz anderen Eindruck: er nimmt jahrelange Forderungen scheinbar auf, löst sie aber im Gesetz nicht ein, wie an einigen Beispielen gezeigt werden soll. Nach Aussagen der SPD steht jetzt die Schaffung zusätzlicher Plätze an. Nicht einmal das sichert der SPD-Gesetzentwurf ab. Einzige erkennbare Absicht ist die finanzielle Entlastung der Kommunen, und das ist zu wenig.

In § 4, Absatz 3 heißt es: „Alle Kinder, die einen Kindergarten besuchen wollen, haben vom dritten Lebensjahr bis zum Schulbeginn einen Rechtsanspruch auf einen Platz.“ Schon im folgenden Absatz 4 wird deutlich, daß es

nicht so ernst gemeint ist, wenn Prioritäten für die Aufnahme nach sozialen und pädagogischen Gesichtspunkten festgelegt werden, zumal es sich dabei nicht um eine Übergangsvorschrift handelt. Hinzu kommt, daß § 5 für die Bedarfsplanung keine Kriterien nennt und im Absatz 1 lapidar steht: „Es ist darauf hinzuwirken, daß in den Kitas ein dem Bedarf entsprechendes Angebot an Plätzen bereitgehalten wird.“ Ein Recht auf einen Platz in einer Kinderkrippe (0 bis 3 Jahre) und in einem Hort (von der SPD verkürzt auf 12 Jahre) existiert nicht. Es wird zudem davon ausgegangen, daß die Kindertagesstätten in der Regel Halbtageseinrichtungen sind. „Ganztageseinrichtungen sind bei Bedarf zu schaffen.“ (§ 4,2) Eine Verschlechterung des ohnehin schon unerträglichen Zustandes ist mit diesem Gesetz ohne weiteres möglich.

§ 3, Abs.1: „Für Kinder, die aufgrund von Behinderungen oder Benachteiligungen besonderer Förderung und Betreuung bedürfen, werden in den Kindertagesstätten entsprechende Angebote geschaffen.“ (2) Dies soll so weit wie möglich in den allgemeinen Einrichtungen, so weit wie erforderlich in besonderen Einrichtungen geschehen.“

Allerdings: bei der Definition der Aufgaben der Kita in § 1 findet sich kein Wort darüber. Unter dem Stichwort Integration heißt es „... Integration unabhängig von Nationalität und Herkunft.“ Die Grundfrage lautet: haben Kindertagesstätten einen eigenen Bildungs- und Erziehungsauftrag? Der Gesetzentwurf bejaht dies. Dürfen dann Kinder über Geld ausgeschlossen werden? Nein! Wo die Schmerzgrenze für die Höhe der Elternbeiträge liegt, bleibt offen. Selbst für die Zeit nach der Übernahme der Personalkosten durch das Land bestimmt § 15, Abs. 3: „Die Eltern tragen die Sachkosten.“ § 14 definiert: „Sachkosten sind die Aufwendungen für Lehr- und Lernmaterial, Spiele und anderes Verbrauchsmaterial, Ausflüge, Wegekosten sowie Verpflegungskosten.“ Also keine Lernmittelfreiheit in Kindertagesstätten, während jetzt Wahlkampf gemacht wird mit der Forderung nach Lernmittelfreiheit in den Schulen. (Auch nicht so ernst gemeint?) Die Auswirkungen in den Kitas sind viel gravierender, es wird dann arme und reiche Kitas geben.

Der SPD-Gesetzentwurf kennt keine Elternvertretung. In § 6, Abs. 2 heißt es: „Die Elternschaft hat das Recht, mit dem Träger, der Leitung und den pädagogischen Fachkräften der Kindertagesstätte die für die Erziehung und Bildung wesentlichen Angelegenheiten zu erörtern und darüber Auskunft zu verlangen.“ Dann wird es konfus: „(3) Die Elternschaft einer Kindertagesstätte bildet die Gruppenelternversammlung und kann aus ihrer Mitte einen Gruppensprecher und seinen Vertreter wählen.“ (4) Die Gruppenelternsprecher einer Kindertagesstätte bilden den Elternbeirat und wählen aus ihrer Mitte den Elternsprecher der Einrichtung und seine Vertreter.“ Wozu? Die sogenannte Elternmitwirkung hört an der Kitatur auf. Ein Aus für alle kommunalen Elternvertretungen, die bislang durchgesetzt werden konnten und die zum Teil Sitze im jeweiligen Fachausschuß ihres Rates erzwingen konnten.

Die Verbesserung der personellen und sachlichen Situation steht überhaupt nicht zur Debatte. „Die Räume, Anlagen ... sollen baulich ... so beschaffen sein, daß eine dem Kind angemessene Bildung und Erziehung möglich ist. Das Angebot des Spiel- und Beschäftigungsmaterials soll sicherstellen ... Für jeden Kindergarten sind ausreichende Außenflächen zu schaffen ... Die Mindestanforderungen an Ausstattung ... regelt das zuständige Ministerium durch Rechtsverordnung.“ (§ 9) Die gleichen schwammigen Begriffe „soll“ und „ausreichend“ sind auch bei der personellen Ausstattung zu finden.

Dieser Gesetzentwurf ist nicht nur Wahlkampfmakulatur unter dem Motto, auch die SPD setzt sich für unsere Kinder ein, er würde, wenn beschlossen, die Situation in den Kindertagesstätten auch noch verschlechtern, und das muß unbedingt verhindert werden. — (bac)



Schon Anfang der 80er Jahre gab es in vielen Städten Niedersachsens Aktionen und Demonstrationen für Kita-Plätze. Bilder: Hannover 1983, Lüneburg 1984.

Bielefeld: „So nicht, Schäuble“

Demonstration gegen Ausländergesetz, für gleiche soziale und politische Rechte

Bielefeld. Am 5.4. demonstrierten 400 Menschen unter obiger Losung gegen das neue Ausländerrecht. Aufgerufen hatten u.a.: ASTA Uni, Flüchtlingsrat, der SPD-Bundestagsabgeordnete G. Rixe, DGB, Centro Espanol, Vertrauenskörperlleitung Mannesmann, VVN/BdA, türkische Betriebsräte aus Metallbetrieben, sowie der Initiativkreis Wahlrecht für Ausländer. Die Initiative, die sich als überparteiliche Interessengemeinschaft ausländischer Bürger versteht, wurde anlässlich der Kommunalwahlen im Oktober gegründet. Seitdem führt sie einmal im Monat Mahnwachen vor dem Rathaus durch.

Auf der Kundgebung der Demonstration sprach auch der stellvertretende Bez.Vors. der AfA in der OWL-SPD, Mehmet Ali Ölmez, der dem Gesetzentwurf „nationalistische Züge“ bescheinigte. Der Gesetzentwurf sei vollständig abzulehnen.

Dies war eine wichtige Feststellung, weil der Gesetzentwurf angeblich mehr Rechtssicherheit für Ausländer bringen würde. Ein Vertreter der türkischen Organisation DIDF erklärte in einem

Interview in den „Lokalberichten Bielefeld“: „Der Gesetzentwurf ist nicht verbesserungsfähig. Wir fordern die Rücknahme dieses Ausländergesetzentwurfes, weil das ein Ausländergesetz wäre, das nicht für die Integration bestimmt ist, sondern für die Diskriminierung von Minderheiten ... Dieses Gesetz ist nicht menschenwürdig. Durch diesen Gesetzentwurf werden die Menschen nach ihrer Nation und Herkunft gespalten ... Größere Rechtssicherheit für uns bringt er nicht. Für sozial schwache Menschen bietet dieser Gesetzentwurf nur Unsicherheit und Ausweisung.“

Am 1.3.90 hatte der gewerkschaftliche Vertrauenskörper der IG Metall bei Mannesmann-Röhrenwerke in Bielefeld folgende Resolution verabschiedet, die an die Bundestagsabgeordneten gerichtet ist: „Wir wollen Ihnen unsere Ängste, die durch den Gesetzentwurf für ein neues Ausländerrecht entstanden sind, und unsere Kritik dazu mitteilen. Wir hoffen, daß wir bei Ihnen Gehör finden.“

Der Gesetzentwurf betrachtet Auslän-

derInnen ausschließlich nach ihrer Nützlichkeit auf dem Arbeitsmarkt. Ein ausländischer Arbeitnehmer, der 20 Jahre in der BRD gearbeitet hat, wird z.B. entlassen. Der Gesetzentwurf sieht vor, diesen Menschen für den Fall auszuweisen, daß er Sozialhilfeempfänger wird. Der neue Gesetzentwurf bringt für die ausländischen KollegInnen keine Sicherheit, sondern schafft Unsicherheit! Er betrachtet AusländerInnen nach ihren Wohnverhältnissen. Wird im Bundestag auch darüber nachgedacht, wie die Benachteiligung der AusländerInnen bei Vermietern verhindert werden kann? Oder sagt man, daß Sie verantwortlich sind für die Wohnungsnot? Warum sollen sie nach dem Gesetzentwurf dafür bestraft werden, daß sie keine geeigneten Wohnungen finden können ...

Wir wenden uns gemeinsam an Sie! Wir hoffen, daß Sie unser Anliegen ernst nehmen und sich damit beschäftigen. Wir hoffen, daß Sie im Bundestag gegen den Gesetzentwurf auftreten.“ — (stb)



Links: Abstimmung in einem Dorf über die Bildung einer Kolchose. Rechts: Traktorenstratone eines Kolchos in den 30er Jahren.

Zum Scheitern des Sozialismus-Versuches in der UdSSR

Ohne fortgeschrittene Produktivkraftentwicklung kein Sozialismus! — Diskussionsbeitrag der GJA/R

Aufgrund der Ergebnisse der Wahlen in Nicaragua sind wir zu einer Diskussion über die Bedeutung der Industrialisierung für die Möglichkeit des Sozialismus gekommen mit dem Ergebnis: Ohne Industrialisierung kein Sozialismus! In diesem Rahmen sind auch die weltweiten Entwicklungen zu betrachten. So kommen wir dann zu zwei Beiträgen. Teil 1: Das Scheitern des Sozialismus in der Sowjetunion, Teil 2: Wie wird derzeit die „Dritte Welt“ industrialisiert. Es folgt: Teil 1.

Rußland war 1917 ein industriell unterentwickeltes Land. Daher war es nach der Oktoberrevolution vordringlichste Aufgabe, die Industrie aufzubauen. Rußland mußte rasch industrialisiert werden,

— weil der militärischen Bedrohung von außen durch die imperialistischen Staaten und die von ihnen ausgerüsteten Konterrevolutionäre auf Dauer nicht mit einer veralteten Armierung begegnet werden konnte, sollte nicht ein Großteil der bewußtesten Kräfte der jungen Sowjetunion dauerhaft mit der militärischen Sicherung der Landesgrenzen befaßt sein;

— weil — schwerwiegender noch — die Menschen sich etwas von der sozialistischen Revolution erhofften, jedoch der Ausgangspunkt für eine Hebung des Lebensstandards denkbar schlecht war. „Die Produktion war 1920 auf fast ein Siebtel des Vorkriegsstandes zusammengeschrunken. Die Bevölkerung litt äußersten Mangel an den notwendigen Industrieerzeugnissen. Die Arbeiter der Industriestädte hungerten.“ (Geschichte der KPdSU, S. 339) Im einzelnen: Roheisen drei Prozent der Vorkriegsproduktion, Kohle ein Drittel der Vorkriegsförderung und Erdöl weniger als die Hälfte, Baumwollgewebe nur noch fünf Prozent. „Infolge von Brenn- und Rohstoffmangel lagen die meisten Betriebe still. Auch die Landwirtschaft lag darnieder. Es fehlte an Brot und anderen Nahrungsmitteln.“ Die Folge war eine Abwanderung der ArbeiterInnen aufs Land; die ArbeiterInnenklasse reduzierte sich auf die Hälfte;

— weil die ArbeiterInnenklasse als bewußtester Träger sozialistischer Ziele (sie sind durch kein Eigentum an den Kapitalismus gebunden; sie können kollektiv handeln, da sie durch den Kapitalismus als Klasse zusammengebracht werden) eine nur sehr kleine Zahl ausmachte;

— weil der Imperialismus unter den Bedingungen einer unterentwickelten Wirtschaft Teilen der Menschen etwas zu bieten hat: nämlich genau den Aufbau von Industrie, der Karriere ermöglicht (technische Intelligenz), und den anderen zumindest zeitweise eine Existenzgrundlage (Facharbeitern, nämlich solange das Kapital an der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft interessiert ist);

— weil zur Entwicklung einer freien Gesellschaft die Grundbedürfnisse mindestens befriedigt sein müssen, denn die freie Entwicklung von Menschen kann nicht stattfinden unter der Bedingung

von Konkurrenz aufgrund von Mangel.

Diese grundsätzlichen Notwendigkeiten waren den Bolschewiki völlig klar, eine entsprechende Politik wurde versucht. Die „Neue Ökonomische Politik“ war Ausdruck davon, es sollte ausländisches Kapital ins Land geholt werden, um Industrie aufzubauen und die Wirtschaft wieder in Gang zu kriegen, mit der Hoffnung, wenn dies unter der Aufsicht des Staates geschähe, die Geister, die mensch rief, beizeiten wieder los zu werden. „Die Kapitalisten werden aus unserer Politik Vorteile ziehen und werden ein Industrieproletariat schaffen, das bei uns durch den Krieg und die furchtbare Verwüstung und Zerrüttung deklassiert, d.h. aus seinem Klassengeleise geworfen ist und aufgehört hat, als Proletariat zu existieren.“ (Lenin, Werke Bd. 33, S. 46)

Jede Industrialisierung, ob durch ausländische Kapitalisten oder aufgrund eines Fünfjahrplans geht vordergründig zu Lasten der Produktion landwirtschaftlicher und Konsumgüter. Es ist

die Frage, worauf die Gesamtproduktion konzentriert wird. Und so ging auch der Aufbau der Schwerindustrie in der Sowjetunion zu Lasten der Konsumbedürfnisse. Der Lebensstandard konnte kurzfristig nicht steigen. Das brachte die Politik der Industrialisierung in Widerspruch zu Teilen der Bevölkerung, denn nur wenige hatten ein so entwickeltes Bewußtsein, auf die unmittelbaren Bedürfnisse zu verzichten, mit Blick auf das Große, was für sehr viel später geschaffen wird. Das hängt eben mit der kleinen ArbeiterInnenklasse zusammen und sicher auch mit dem, was die Imperialisten an Produktivkräften dem Lande entzogen (die vielen intellektuellen und Angehörigen der technischen Intelligenz, die Rußland verließen, weil ihnen im Westen mehr geboten wurde; die ungeheuren Schäden, die militärische Interventionen der Imperialisten oder der von ihnen gestützten Konterrevolutionäre anrichteten). Daher ist die notwendige Industrialisierung Rußlands nur mit Zwang gegen

erhebliche Teile der Bevölkerung durchzusetzen gewesen. Wir weisen hier auf den nebenstehenden Text Sartres hin, der genau diesen Punkt untersucht.

Dieser ausgeübte Zwang der Partei anstelle der gesamten ArbeiterInnenklasse über einen Großteil der Bevölkerung hatte enorme Konsequenzen. Aus der Selbstbestimmung der Massen wurde eine Fremdbestimmung, aus der Diktatur des Proletariats wurde eine Parteidiktatur. Statt der Menschen selbst und ihrer Versammlungen, Sowjets und Komitees bestimmte die Partei bzw. neu geschaffene Institutionen. Die Masseninitiative starb, weil sie mißachtet wurde. An ihre Stelle trat eine Institutionalisierung, nicht mehr jede/r einzelne fühlte sich zuständig, sondern die Zuständigkeit wurde übertragen an entsprechende Institutionen (Polizei, Gerichte, Geheimdienst, Militär, diverse Planungsbüros und oben drauf die Partei, besser: ihre Führung). Jede Institutionalisierung führt zur Erlahmung der Masseninitiative, genauso wie eine Wegnahme demokratischer Entscheidungswege das Interesse an einer Mitgestaltung ausschließt.

„Jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.“ (Luxemburg, Schriften, Rowohlt-Verlag, S. 183)

Deutlich kommt unsere Position in einem Artikel von 1985 heraus:

„Ob sich jemand schädlich für den Aufbau der neuen Gesellschaft verhält oder ob jemand gar konterrevolutionär ist, das bestimmen einzig und allein diejenigen, welche direkt von der/demjenigen, die/der Mist macht, betroffen sind. Das sind die Arbeiter selbst und nicht die Parteien und Organisationen. Die Arbeiter müssen lernen, ihre neu gewonnene Macht zu gebrauchen — alle müssen das lernen, und nur, wenn mensch dem Menschen von Anfang an seine Macht läßt, ihn Verantwortung tragen läßt, wird er sich, da aus Überzeugung, zum freien Menschen hinentwickeln. Parteien und Organisationen dürfen nur eine Propagandafunktion haben. Sie dürfen nicht selbständig in die gesellschaftliche Entwicklung eingreifen. Kommt es in Räten zu einer Situation, wo ‚Konterrevolutionäre‘ die Oberhand haben, liegt es für die Partei nahe, die Räte abzuschaffen, in dem Glauben, dadurch, daß sie jetzt für das (unreife) Volk die Herrschaft übernehmen, die Revolution zu retten. Dieses Vorgehen wäre grundfalsch. Jetzt wird die Revolution auf alle Fälle scheitern, da das Volk entmündigt wurde, statt daß es lernt, seine Macht zu gebrauchen. Liebe die Partei die Räte machen und würde nur propagandistisch auf sie einwirken, bestünde die Gefahr.

daß die Konterrevolutionäre die Revolution kippen — es kann aber auch gehen, daß die Menschen ihre Interessen erkennen und selbständig vertreten.“

In der Sowjetunion wurde das Volk entmündigt. An seine Stelle wurden Institutionen gesetzt, die schnell eine Bürokratie bildeten, die sich — da kaum einer Kontrolle ausgesetzt — verselbständigen konnte. Die ArbeiterInnenklasse herrschte nicht, da nutzten auch die vielen Auftritte der Parteiführung gegen das Bürokratismus nichts. Alle weiteren Entwicklungen bis zum vollständigen Zusammenbruch heute sind nur noch als Folgen dieser Entwicklung zu betrachten. So trat schon früh das Problem auf, Arbeitsleistungen motivieren zu müssen, da das Bewußtsein, auch für sich zu arbeiten, weitgehend fehlte. Dieses Problem mußte dann durch die materiellen Anreize „gelöst“ werden.

Als einen Grund für wirtschaftliche Schwierigkeiten konstatierte Stalin einen Mangel „an der Fähigkeit zur Leitung der Betriebe“ (Fragen des Leninismus, Oberbaumverlag, S. 392). Der Ausweg ist jedoch nicht die Entfaltung der Initiative der Belegschaften, also die Selbstverwaltung der ArbeiterInnen, sondern „die individuelle Leistung (soll) verwirklicht“ werden (S. 398). „Dazu ist weiter notwendig, daß unsere Konzerne von der Kollegialverwaltung (mit 10-15 Leitern — d.A.) zur individuellen Leitung übergehen.“ (S. 423)

Entsprechend soll mangelnde Arbeitsmotivation nicht politisch gelöst werden, indem die ArbeiterInnen sich bewußt werden, daß es um ihre eigene Sache geht, sondern die „Gleichmacherei“ (S. 406), also „daß der Unterschied zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit, zwischen schwerer und leichter Arbeit fast verschwindet“ (S. 398), soll bekämpft werden. Mao machte in solchen Fragen einen Unterschied zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Weg. Stalin ging den kapitalistischen Weg. **Schlußwort:** Es kam uns hier darauf an, zu zeigen, daß die Handlungen der KPdSU-Führung nicht irgendwelche persönlichen Fehlleistungen oder ähnliches waren, sondern aus den objektiven Gegebenheiten der Unterentwicklung Rußlands resultierten. Es sollte gezeigt werden, daß der Sozialismus in unterentwickelten Ländern immer auf Zwang angewiesen ist und dieser Zwang wiederum Herrschaftsformen hervorbringt, die Sozialismus unmöglich machen. Insofern ist die Existenz der Sowjetunion, solange sie ein sozialistisches Land war, eigentlich als eine geschichtliche Unmöglichkeit anzusehen. Ihr Scheitern ist daher auch nicht das Scheitern des Sozialismus schlechthin, sondern eher eine tragische „Flurbereinigung“. D.h. natürlich nicht, daß wir den Imperialismus in irgendeiner Form den Befreiungsbewegungen vorzögen. Diese führen die notwendigen Entwicklungen wesentlich menschlicher und mit weit weniger Opfern durch. Aber: sie führen eben noch nicht zum Sozialismus. Das „Zeitalter des Sozialismus“ steht noch bevor. Es wird dann heraufziehen, wenn die Produktivkraft weltweit auf einem hohen Entwicklungsstand angelangt ist.

(Gruppe Junger AnarchistInnen RätekommunistInnen, OG Hamburg)

J. P. Sartre: Das Gespenst Stalins

In der Periode des nachrevolutionären Aufbaus, in dem Moment, wo der sozialistische Staat das Land mit einer industriellen Ausrüstung ausstatten will, droht die Bewegung der Massen für ihre Forderungen alles aufs Spiel zu setzen: Der Arbeiter kann eine intensive Arbeit verweigern, eine Erhöhung der Löhne, Kleider, Schuhe, eine Wohnungspolitik verlangen. Mit einem Wort, sein unmittelbares Interesse bringt ihn dazu, die Entwicklung der Konsumindustrien zu fordern, in einer Gesellschaft, die untergehen wird, wenn sie sich nicht zunächst eine Schwerindustrie aufbaut. In der Periode des nachrevolutionären Aufbaus beruht der Sozialismus des Arbeiters auf einer soliden Basis: der Sozialisierung der Produktionsmittel; er weiß, daß seine Anstrengungen früher oder später der Arbeiterklasse selbst zugute kommen müssen und über sie der ganzen Bevölkerung. Alles das macht ihn von vornherein bereit, seine Bedürfnisse, soweit er kann, zurückzudrängen, seine Müdigkeit als ein partikulares Ereignis, das nur ihn betrifft, anzusehen, während er in ihr zur Zeit der bürgerlichen Ausbeutung den Ausdruck einer universellen Müdigkeit seiner Klasse sah. Dennoch erscheinen seine sozialistischen Ziele nicht mehr über die erlebte Notwendigkeit, die seine Forderungen begründete; selbst wenn er mehr arbeiten will, um seine Söhne vom Zwang der Bedürfnisse zu befreien, verbindet er den Fortschritt der Industrialisierung mit den Bedürfnissen des Sohnes und nicht mit den seinen. Es ist nicht gesagt, daß diese Trennung ebenso deutlich gewesen wäre, wenn die Oktoberrevolution in Deutschland oder in England statt in Rußland ausgebrochen wäre: In diesen bereits ausgerüsteten Ländern

wären der Rhythmus und die Verteilung der Investitionen von anderer Natur gewesen. Das Proletariat schwoll jeden Tag um eine Masse alphabetischer Bauern an, die die Notwendigkeiten der Konzentration vom Land losgerissen; der Bürgerkrieg hatte die Arbeiterelite dezimiert; diese diffusen Massen ohne politische Bildung haben kein klares Bewußtsein von ihren Aufgaben und ihrer Zukunft. Da die Führer gezwungen sind, die objektiven Widersprüche der ökonomischen Entwicklung zu entziffern, lösen sie sich von der Lage der Arbeiter; sie beschränken sich auf die reine Erkenntnis der Objektivität und auf das autoritäre Handeln, das die Schwierigkeiten löst. So wird die Masse ein passives Objekt ohne Bewußtsein der historischen Widersprüche. Gleichzeitig bringt die Industrialisierung eine demographische Umwälzung hervor, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität erfordert. Diese Veränderungen lassen plötzlich die Widersprüche erscheinen, die die Arbeiter in Gegensatz zur Landbevölkerung bringen: die ersten können die Unzulänglichkeit der Löhne nur durch die Senkung und autoritäre Stabilisierung der Agrarpreise ausgleichen; die letztere fordert, daß die Preissenkung sich auf die Industrieproduktion bezieht. Die Regierung sieht sich gezwungen, die Kollektivierung des Landes mit Gewalt durchzuführen: Die großen Unternehmen haben einen höheren Ertrag, und die Kontrolle über sie ist einfacher. Die Arbeiterklasse unterstützt rückhaltlos diese Politik der Gewalt, die den Interessen der städtischen Ballungsgebiete dient.

(Aus: Krieg im Frieden 2, Rowohlt-Verlag, S. 273-275)

Kein Beleg für Bündnisfähigkeit

Antimperialistischer Kongreß mit unerfreulichem Abschluß

Es gleich zu Beginn zu betonen: Außer der MLPD hatten andere Organisationen am Zustandekommen der hohen Zahl von über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Antimperialistischen Kongreß nur einen geringen Anteil, obwohl — wie die VSP — selbst zur Teilnahme aufgerufen hatten.

Die MLPD hatte vor einem Jahr die Initiative zu verstärkter antimperialistischer Zusammenarbeit ergriffen und dabei ausdrücklich ihren Willen zu einer bündnispolitischen Zusammenarbeit mit anderen Organisationen betont. Die Vorbereitungen dieses Kongresses — gemeinsame Vorbereitung von Arbeitsgruppen und gemeinsamer Vorschlag für eine Plattform der Zusammenarbeit — waren auch von einem solchen Willen geprägt, der Kongreß jedoch weniger. Die relativ geringe Anwesenheit derer, die nicht zur MLPD gehören oder von ihr mobilisiert worden waren, wird die Tendenz, ein MLPD-Projekt „durchzuziehen“, sicherlich verstärkt haben. Galt vor dem Kongreß noch der Spruch des MLPD-Vorsitzenden, Stefan Engel, einer allein sei zu schwach, so wurde dieser Ausspruch von dem MLPD-Vertreter auf dem Kongreß „weiterentwickelt“: Eine Organisation allein halte den Prozeß nicht mehr auf.

Diese „Weiterentwicklung“ war auf den Streit um den Charakter des Bündnisses gemünzt. Die MLPD hatte im Vorfeld des Kongresses erklärt, daß sie eine Mitgliederorganisation anstrebe. Diesem Ziel hatten jedoch alle anderen an der Vorbereitung beteiligten Organisationen deutlich widersprochen und sich stattdessen für eine Fortsetzung und Ausweitung der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Organisationen ausgesprochen. Dennoch sollte dieser Widerspruch den Kongreß nach den gemeinsamen Vordiskussionen nicht belasten, die Diskussion sollte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Entsprechend wurde in dem gemeinsamen Plattformvorschlag auf eine verbindlichere

Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen und Kräfte orientiert.

In dem hier dokumentierten Schlußdokument, das von der MLPD vorgelegt worden war, wird dagegen die Herausbildung der Mitgliederorganisation durch die Hintertür wieder ins Spiel gebracht. Die „Widerstandserklärung“ wurde im bewußten Gegensatz etwa zu Vorschlägen der VSP für weitere gemeinsame Aktivitäten, unter anderem eine Unterschriftensammlung für die Anerkennung der DDR und die Streichung der Präambel des Grundgesetzes, verteidigt und beschlossen. Eine solche „Widerstandserklärung“ sei am besten zur Sammlung von „Kolleginnen und Kollegen“ für das antimperialistische Bündnis geeignet, hieß es immer wieder in Redebeiträgen.

Die Schlußabstimmungen wurden in Kenntnis der Ablehnung durch die anderen Organisationen „durchgezogen“. Die VSP entsandte daraufhin, wie angekündigt, keinen Vertreter in den Koordinierungsausschuß, der Vertreter der FAU(AP) erklärte seine Teilnahme nur unter Vorbehalt.

Doch die geringe Kooperationsbereitschaft der Genossinnen und Genossen der MLPD zeigten sich nicht allein im Schlußteil der Konferenz. Viele Berichte aus den Arbeitsgruppen waren durch Nacherzählen der MLPD-Position und Entstellung der Auffassungen anderer geprägt. Dem BWK wurde in einem Bericht gar unterstellt, er würde die Positionen der MLPD mit denen von Faschisten gleichsetzen und gegenüber der EG für eine Politik des „Mitgestaltens“ eintreten.

Das antimperialistische Bündnis wird nun — stark von den MLPD-Vorstellungen geprägt — seine Arbeit auf örtlicher Ebene intensivieren. Unabhängig von den offenkundigen Widersprüchen sollten wir uns weiter um eine solidarische Zusammenarbeit bemühen, denn gegen die Großmachtpolitik des BRD-Imperialismus ist „einer allein“ wirklich zu schwach. — (T.H./VSP)

Resolution zum § 129a-Prozeß

Im Moment läuft vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf ein Prozeß gegen 17 Kurdinnen und Kurden. Der Prozeß hat zwei Hauptschwerpunkte:

1. Die Möglichkeit zu eröffnen, Befreiungsbewegungen weltweit und ihre Unterstützung zu verurteilen; somit Weltpolizist zu spielen und die Jagd auf fortschrittliche ausländische Menschen, die in der BRD leben, zu eröffnen.
2. Über das Konstrukt einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK ein Pilotprojekt zu verwirklichen, um ein Instrumentarium zu schaffen, in kommunistischen und fortschrittlichen Organisationen sogenannte terroristische Vereinigungen zu orton. Prompt wird im Wiedervereinigungstaumel dieses Instrumentarium gegen die DKP eingesetzt, indem behauptet wird, innerhalb der DKP gäbe es eine terroristische Vereinigung. Die weitere Ausdehnung dieses Konstruktes ist offen.

Der § 129a (terroristische Vereinigung) beinhaltet dann auch die Möglichkeit der direkten Vernichtung des politischen Gegners durch die Isolationsfolter. Der Kongreß fordert:

1. Sofortige Einstellung des Prozesses und Freilassung der gefangenen Kurdinnen und Kurden!
2. Weg mit dem § 129a StGB!

Resolution zu Kurdistan

Heute findet in Kurdistan ein antikolonialer, antifeudaler und antimperialistischer Kampf um das Recht auf Selbstbestimmung des kurdischen Volkes statt. Der Kampf hat heute das Ausmaß eines Volksaufstandes angenommen.

Wir unterstützen den Befreiungskampf des kurdischen Volkes für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung und vertreten das Recht auf bewaffneten Widerstand gegen Kolonialismus und nationale Unterdrückung.

Wir unterstützen Aktivitäten gegen die immer intensiver werdende Einwirkung der BRD im Kontext des imperialistischen

Machtgefüges, insbesondere im Blick auf die Türkei, gegen die Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher, militärischer, diplomatischer und juristischer Ebene. Wir fordern die Einstellung der Türkeihilfe.

Resolution gegen Isolationshaft

Wir, 600 Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Antimperialistischen Kongresses am 31.3./1.4.1990 in Duisburg, grüßen alle politischen Gefangenen in der BRD und anderen imperialistischen Staaten. Insbesondere grüßen wir die spanischen Gefangenen, die seit 120 Tagen für ihre Widerzusammenlegung im Hungerstreik sind. Für viele von ihnen ist die Situation lebensbedrohlich, sie werden zwangsernährt. Unser aktiver Widerstand gegen die Großmachtpolitik des BRD-Kapitals schließt den Kampf gegen zunehmenden Abbau demokratischer Rechte wie Änderungen im Streikrecht über den § 116 AfG und Staatsterror genauso mit ein wie den Kampf gegen Isolationshaft und für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen.

Viele von uns haben in ihren Städten und ihrer politischen Arbeit immer wieder die gleichen Erfahrungen mit staatsterroristischen Praktiken gemacht: — Da werden Berufsverbote gegen Linke verhängt, während führende Mitglieder faschistischer Parteien (FAP, Republikaner ...) als Polizisten, Verfassungsschützer, Richter und sogar bei Ausländerbehörden unbehelligt im öffentlichen Dienst bleiben.

— Da wird das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit durch sogenannte „allgemeine Verkehrskontrollen“ zur Datensammlung der Verfassungsschützer umfunktioniert, durch Polizeikessel und Vorbeugehaft außer Kraft gesetzt.

— Da werden immer neue juristische Konstrukte erfunden, um breitere Teile des Widerstands zu kriminalisieren (z.B. § 129a), während illegale Praktiken der Staatsschützer (Einsatz von V-Leuten, Abhören von Telefonen und Wohnungen, Rasterfahndung, Festnahmen vor Demonstrationen) durch immer

neue Gesetze legitimiert werden.

— Da können SEK-Beamte in Essen unbehelligt einen dreizehnjährigen Jungen erschießen, weil der in diesem Fall „ermittelnde“ Staatsanwalt bereits vor Aufnahme des Verfahrens der Polizei fehlerfreies, rechtmäßiges Handeln öffentlich bescheinigt.

— Da werden Gefangene in Isolationshaft gehalten und mit Sonderhaftbedingungen (von Isolationshaft bis hin zur Kontaktsperre), die international als Folter bezeichnet werden, psychisch und körperlich vernichtet.

Zahlreiche öffentliche Proteste gegen Isolationshaft in der BRD während des Hungerstreiks 1989 haben bislang keine Veränderung der Haftbedingungen politischer Gefangener bewirken können.

Für den gemeinsamen antimperialistischen Kampf brauchen wir erweiterte Rechte und Freiheiten und werden auch den Kampf der politischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung in ein bis zwei großen Gruppen aktiv unterstützen.

* Der antimperialistische Kampf kann sich nicht an die „Spielregeln“ der Herrschenden halten!

* Drinnen und draußen, wir lassen uns nicht mehr spalten!

* Hoch die internationale Solidarität!

* Weg mit § 129a, Staatsschutzjustiz und Sondermaßnahmen!

* Auflösung aller polizeilichen Sondereinheiten!

* Zusammenlegung der politischen Gefangenen und freie Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen!

* Sofortige Freilassung der Haftunfähigen!

Protesterklärung

Mit großer Empörung haben wir Teilnehmer des Antimperialistischen Kongresses erfahren, daß gegen über 80 Kolleginnen und Kollegen der Adam Opel AG in Bochum ein Verfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten eingeleitet und gegen sie sofortige Funktionssperre verhängt wurde.

Die Kolleginnen und Kollegen



Abstimmung im Plenum der Konferenz

Rote-Fahne-Foto

sind aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und setzen sich für gewerkschaftliche Positionen wie die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, gegen die Einführung der Dauernachtschicht und gegen Sonderschichten ein. Ihr Einsatz und Engagement in dieser Tarifrunde ist dringender denn je, angesichts des geforderten Streikverzehrs der Unternehmer zugunsten ihrer Kosten für die Annexion der DDR. Ein Forderungs- und Streikverzicht hilft weder den Arbeitern und Angestellten der BRD noch den Bürgern in der DDR. Der Kongreß unterstützt die Einleitung von Kampfmaßnahmen zur vollen Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderung. Wir protestieren gegen euer undemokratisches Vorgehen und erklären uns solidarisch mit der Forderung der Betroffenen nach sofortiger Aufhebung des Verfahrens.

Abschlußerklärung

Der Antimperialistische Kongreß „Aktiver Widerstand gegen die Großmachtpolitik des BRD-Kapitals“ mit 600 Teilnehmern aus 106 Orten hat am 31.3./1.4.90 in Duisburg ein Zeichen für den Zusammenschluß gegen die Großmachtpolitik gesetzt.

Entgegen dem in den Medien verbreiteten Bild der Resignation („Alles ist gelaufen“) ruft der Kongreß alle Demokraten, Friedensfreunde und Umweltschützer, Kommunisten und Arbeiter zur Unterstützung des aktiven Widerstands auf.

1. Jede Form der Vereinigung

beider deutscher Staaten hat unter den gegenwärtigen kapitalistischen Bedingungen den Charakter einer imperialistischen Annexion durch den BRD-Imperialismus.

Für die Anerkennung der bestehenden Nachkriegsgrenzen in Mitteleuropa und der staatlichen Souveränität der DDR durch die BRD!

Unabhängig davon, ob der Widerstand die Einverleibung der DDR verhindern kann oder nicht, so ist das auch nur ein Schritt der Europapläne des BRD-Imperialismus insgesamt.

Der Antimperialistische Kongreß ruft zur breiten Unterstützung der bundesweiten Demonstration gegen die Vereinigung am 12. Mai in Frankfurt unter der Losung auf:

„Aktiver Widerstand gegen die Großdeutschland- und Europapolitik!“

2. Mit der Annexion der DDR wäre der BRD-Imperialismus die führende Wirtschaftsmacht in Ost- und Westeuropa. Die DDR-Lieferverträge mit der Sowjetunion betrachtet Bonn gleichzeitig als breites Einfallstor nach Osten. Damit erwartet er sich ein derartiges Übergewicht in Europa, um so die Bedingungen für den EG-Binnenmarkt und die geplante politische Union der „Vereinigten Staaten von Europa“ diktieren zu können. Die Neuaufteilung Europas führt nicht zu einer neuen Friedensordnung, sondern erhöht die Kriegsgefahr.

Nein zum Europa der Konzerne und Großbanken!

Raus aus EG und NATO! Für die Auflösung von EG und NATO!

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel.: 0221/21 64 42
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Deljen, Martin Fochler, Christiane Schneider.
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58. Konken: Postgiraamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.

— Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von
AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG Jugend, Militär, Gefängnisse, 8 S., 1,20 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Döwelsstr. 55, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM Jahresabo. 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Frauenprobleme sind keine „Randgruppenprobleme“

Interview mit Katrin vom Unabhängigen Frauenverband (DDR)

Auf Einladung der Radikalen Linken München und der Initiative Vaterlandslose Gesellinnen und Gesellen gegen Großdeutschland kamen am 23. März 1990 VertreterInnen von linken Gruppierungen aus der DDR zu einer Veranstaltung in München. Unter ihnen war auch Katrin aus Jena, mit der das folgende Interview geführt wurde. — (chh, aus: Lokalberichte München, Nr. 7/1990)

Frage: Welche Gefahren seht ihr aus frauenspezifischer Sicht für die Zukunft der DDR, also nach einer wie auch immer gearteten Wiedervereinigung?

Katrin: Ich denke, daß es da eine ganze Menge Gefahren gibt, gerade, was die Frauenbewegung betrifft. Wenn heute gefragt wird: „Ist die Frauenfrage gelöst?“, dann gibt es drei Argumentationslinien. Die erste heißt: Die Frauenfrage ist gelöst, ist kein Thema mehr. Da wird auf die gemachte realsozialistische Frauenpolitik hingewiesen, die aber aus unserer Sicht einfach Bevölkerungspolitik gewesen ist. — Die andere Antwort ist: Die Frauenfrage steht nicht auf der Tagesordnung, wir müssen jetzt erstmal die Wirtschaft ankurbeln, erst dann kann man sich wieder Frauen wie anderen „Randgruppen“, z.B. Behinderten, zuwenden. — Die dritte Antwort ist uns immer an den runden Tischen von den Herren in den Parteien gegeben worden: Die Frauenpolitik vertreten wir in den Parteien mit.

Man kann die Frauenprobleme nicht als „Randgruppenprobleme“ oder sowas bezeichnen. Frauen machen Politik im Land! Und das ist jetzt schon wieder alles am Kaputtgehen, auf kommunaler Ebene auf jeden Fall.

„Eine Menge Sachen, die wir unbedingt erhalten müssen.“

Frage: Welche Vorteile habt ihr im Gegensatz zu Frauen in der BRD? Ich selbst habe bis vor kurzem auch nicht viel gewußt, außer daß bei euch die Abtreibung legal ist.

Katrin: Da gibt's eine ganze Menge Sachen, die wir unbedingt erhalten müssen. Jedes Kind hat das Recht auf einen Kindergarten- und Krippenplatz. Die Krippenplätze konnten nicht hundertprozentig abgesichert werden, aber da gab es einen Mutterschutzanspruch: Wer nach dem Babyjahr wieder arbeiten gehen wollte, und der Betrieb konnte noch keinen Krippenplatz stellen, der hat pro Monat so lange einen Ausgleich gekriegt, bis ein Krippenplatz da war. Dann war da das bezahlte Babyjahr samt Kündigungsschutz, also daß man danach das Recht hatte auf seinen alten Arbeitsplatz.

Frage: Was ist mit dem Haushaltstag?

Katrin: Ja, den gab's für jede verheiratete Frau einmal im Monat. (Anmerkung beim Abschreiben des Interviews: Es fällt auf, daß Katrin bei allen Punkten — wohl unbewußt — bereits in der Vergangenheit redet.)

Frage: Nur für Verheiratete? Und nur für Frauen?

Katrin: Ja, da fängt das Problem schon an, den Haushaltstag müßte es für jede Lebensgemeinschaft geben und da für Mann oder Frau. Dann gab's da noch die Schulspeisung. In jeder Schule gab's ein warmes Mittagessen für jedes Kind, das hat zwischen 50 und 60 Pfennig gekostet. Da wollten jetzt auch schon Betriebe, in deren Großküchen für die Schulen mitgekocht wurde, die Verträge aufkündigen. Das ist in realer Gefahr, das Schulesen. Es geht einfach nicht, daß Mütter mittags nach Hause gehen müssen und für ihre Kinder kochen.

Frage: Ist bei den Vätern ein Problembewußtsein da, daß sie sich gefälligst auch drum kümmern sollen, daß Schulspeisung oder Kindergartenplätze nicht gestrichen werden — oder wehren sich dagegen allein die Frauen?

Katrin: Das ist auch ein Problem, das mit der Vergangenheit zusammenhängt: Erziehungsarbeit war Frauenarbeit.

Frage: Nicht nur bei euch ...

Katrin: Das Ganze ist in den letzten Wochen ins Gespräch gekommen durch die Kraft der Frauen, weil es ja auch wieder erstmal ihre Arbeitsplätze sind, die dadurch flüchten. Frauen verdienen bei uns bis zu einem Drittel weniger als Männer, und es ist klar, wenn die Frage kommt: Wer bleibt zu Hause? — dann sind es die Frauen. — Dann ist da noch: Hier dürfen die Frauen, glaub' ich, wenn

die Kinder krank sind, fünf Tage im Jahr daheimbleiben. Für uns war das ein Wahnsinn!

Frage: In der DDR dürfen Frauen unbegrenzt bei ihrem kranken Kind bleiben?

Katrin: Ja, bei uns wird die Frau unbegrenzt krankgeschrieben. Ich glaube, es gibt ein Limit von 30 oder 60 Tagen, danach wird der Lohn geringer.

Frage: Bei uns macht das Wort vom „Postfeminismus“ die Runde, d.h. der Feminismus hätte sich erübrigt, also so ähnlich wie bei euch, die Frauen seien gleichberechtigt, z.B. was die Quotierung betrifft. — Ist es bei euch wirklich so, daß dieser Aufschwung nur kurz war und daß jetzt schon wieder alles am Zusammenbrechen ist?

Katrin: Nein, die Frauenbewegung ist da, bloß es wird jetzt erstmal einen Kleinkrieg geben. Der Verband wird jetzt vor allem von Frauen angefeindet, die der CDU-Propaganda auf den Leim gehen. Viele ältere Frauen sagen, sie haben ihr ganzes Leben gearbeitet und nun wollen sie auch mal ihre Ruhe und das Modell vom Mann als Familienernährer sei richtig. Da setzen wir mit unserer Arbeit dagegen. In Jena haben wir jetzt ein Frauentreffen angefangen, einmal im Monat. Wir hatten letztes einen Vortrag „Soziale Marktwirt-

über die Grenze unter dem Deckmantel von „Kultur“. Frauenhäuser gibt's noch nicht, wir kämpfen darum, erstmal, um überhaupt ein Frauenzentrum zu kriegen und innerhalb dessen dann ein Frauenhaus. Das ist ein ganz harter Kampf um Räume und Geld. Da schaut's im Moment sehr traurig aus, wir werden das Problem vermutlich nur über eine Hausbesetzung lösen können.

Frage: Ist denn das Potential von Frauen dafür da, die u.U. auch militant was machen wollen?

Katrin: Ja, das ist da. Die Frauen in der Fraueninitiative sehen einfach keinen anderen Weg. Frauen sind eh pragmatischer als Männer oder eher bereit, etwas zu tun und sich selbst zu helfen.

Frage: Kannst du nochmal was über den Unabhängigen Frauenverband in Jena erzählen? Wie ist der zustande gekommen? Wieviele und welche Frauen sind da? Was macht ihr konkret?

Katrin: Der Frauenverband landesweit hat keine zentralistische Struktur. Es sind vielmehr gewachsene Basisgruppen, die sich zusammengefunden haben. Bei uns waren die Anfängerinnen Frauen aus Kirchengruppen und Frauen, die schon vor der Wende zusammen eine Lesbenzeitung gemacht und sich unter dem Dach der Kirche getroffen haben. Inzwischen sind wir fünfzig Frauen. Es kam dann nochmal ein großer Schub von Frauen aus der Uni dazu, z.B. macht jetzt die Sektion Germanistik eine Frauenringvorlesung über Frauen in Literatur und Kunst quer durch die Jahrhunderte. Dann haben wir Frauen von den Grünen drin, aus der PDS und SPD, aber viele sind partei-

quant „nein“ dazu. Aber da sprechen wir auch noch von einem neuen Sozialismus. Das ist in zwischen den Bach runtergeschwommen, denn für einige Generationen kann man hier mit Sozialismus nicht mehr kommen: Keine Experimente mehr, wir wollen jetzt unser Stück vom Kuchen. Am liebsten hätten wir natürlich eine souveräne DDR, aber unsere aktuelle Position im Frauenverband ist auch nicht einheitlich. Was wir konsequent immer noch sagen, ist, daß wir gegen den Art. 23 GG sind. Nur: das ist eine Nachgeb- und Hinterherlaufposition. Aber die Mehrheiten in diesem Land sind leider eine Realität, mit der wir nun auch umgehen müssen.

Frage: Aber frau kann ja auch zwei Positionen vertreten. Also einerseits nach wie vor auf einer souveränen DDR beharren, sozusagen als programmatische Losung: Wir wollen nicht von der BRD einverleibt werden. Und das andere ist dann, gegen die Auswirkungen dieser Einverleibung, also z.B. Entlassungen von Frauen, zu kämpfen. Mir ist folgendes aufgefallen: In eurem Manifest von Ina Merkel heißt es noch im Dezember: Wir wollen nicht die Diktatur des Politbüros gegen die Diktatur des Bundeskanzleramtes eintauschen. Und in eurem Ende Januar verabschiedeten Programm steht dann der für mich etwas nebulöse Satz: „Die Einigung der deutschen Nation in einem wechselseitigen Reformprozeß, der die innere Souveränität beider deutschen Staaten achtet.“ Was heißt das? Äußerlich nicht souverän, innerlich schon? Habt ihr darüber diskutiert?

Katrin: Also, den Satz halt ich auch für schwammig. Das liegt vielleicht auch an der Kürze der Zeit, das Programm wurde erst eine Woche vor dem Gründungskongreß ausgearbeitet. Also hinter dem Manifest steht die ganze Fraueninitiative voll dahinter: Wir wollen uns nicht gegen die Herrschaft des Geldes eintauschen lassen — aber damit ist im Moment keine reale Politik zu machen bei uns. Da sitzen wir nur alten Aufklärungsmodellen auf, die schon früher nicht funktioniert haben: Man argumentiert, je länger desto besser — und irgendwann werden es die Leute schon begreifen. So schmerzhaft es ist, man muß wahrscheinlich eigene Erfahrungen machen, und wir hoffen, daß jetzt rasch noch so viel Frauen wie möglich sensibilisiert und mobilisiert werden gegen den Ausverkauf ihrer Errungenschaften.

Frage: Nochmal zurück zur konkreten Politik: Wie war das bei euch mit den Wahlen jetzt, dem Aufstellen der grün-lila Liste?

Katrin: Die Grünen haben eine konsequente Quotierung in ihrem Programm. Die Listen wurden in jedem Bezirk anders gemacht, aber wir haben immer geschaut, daß am Ende Zweidrittel Frauen rauskommen, egal von welcher Gruppe.

Grüne: „Ein paar verrückt gewordene Frauen ...“

Frage: Wie ist es nach der Wahl weitergegangen? Du hast gestern angedeutet, daß die Grünen für den geringen Wahlerfolg der grün-lila Liste euch verantwortlich machen?

Katrin: Naja, das ist eine Jenaer Debatte. Die Grünen haben gesagt, wir hätten einen schlechten Ruf, seien als Emanzen verschrien, verrückte Frauen, die keine Lust hätten zum Arbeiten. — Das sag ich jetzt im Extrem, aber die Position gibt's schon. Also, das ist gepläzt in Jena. Die Grünen machen wahrscheinlich zu den Kommunalwahlen ein Bündnis mit dem Neuen Forum und der grünen Liga. Weil das Neue Forum ein noch aggressiveres Verhältnis zu Frauen hat, hat die Grüne Partei gesagt: Verzichtet wir auf die Frauen und machen uns dadurch das Bündnis mit dem Neuen Forum einfacher.

Frage: Wie sieht die Aggressivität des Neuen Forum gegenüber Frauen aus? Die Bärbel Bohley hat, fand ich, nach den Wahlen nicht schlecht gesprochen, auch in Sachen Frauen.

Katrin: Man kann das nicht verallgemeinern, in Berlin und anderen Städten ist die Situation anders. Das hängt auch mit Fehlern der Frauen am runden Tisch in Jena zusammen. Wir haben es manchmal nicht geschafft, uns sachlich der Diskussion zu stellen mit unserer Forderung nach einer Gleichstellungsstelle im Rat der Stadt. Da wurden wir oft ausgelacht, von allen Parteien.

Wenn man ernsthaft Frauenpolitik machen will, dann kann man das nur mit allen und für alle Frauen machen. Wir müssen das in der Fraueninitiative noch diskutieren, aber ich finde, wir sollten auch mit dem DFD, also dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands zusammenarbeiten. Der ist zwar auch durch die letzten 40 Jahre belastet, aber der DFD hat viel geschafft an praktischer Solidarität der Frauen untereinander.

Frage: Schon vor der Wende?

Katrin: Ja. Aber die sind halt nicht mehr in die Öffentlichkeit gegangen oder in die Offensive. Die haben keine kritischen Positionen mehr vertreten, was auch damit zusammenhängt, daß die meisten alte Frauen sind, die von Anfang an mitgemacht haben und die jetzt mit dem Etikett leben müssen, ein Strick- und Kochverein zu sein. Aber die haben auch ihre Erfahrungen, ihr Leben, das da mit drin steckt. Ich hoffe, daß mit denen ein Bündnis zustande kommt, sonst brauchen wir gar nicht anzutreten zur Kommunalwahl.

Frage: Viel Erfolg und Frauenpower für euch!



Anlagenmaschinistin im Tagebau Merseburg-Ost (DDR)

schaft“ — was verbirgt sich hinter dem Begriff? Den hat eine Ökonomin gehalten. Da sind diese ganz normalen Frauen dagesessen und haben das erste Mal in aller Ruhe überlegt: Mensch, was ist das, was hier aus dem Westen auf uns zukommt? Dieses Modell ist eigentlich nur Wahnsinn für uns Frauen. Da ist es wichtig, daß wir als Ansprechpartner da sind, daß wir auch Themen ansprechen, die bisher von der Staatspolitik niedergedrückt wurden, also: Lesben, Alleinerziehende, Rentnerinnen, Ausländerinnen.

DDR-Frauenpower: wenn's sein muß, auch militant

Frage: Was ist mit Gewalt gegen Frauen? Gibt es bei euch Frauenhäuser, bzw. wollt ihr welche einrichten? Das war ja hier in der bundesdeutschen Frauenbewegung wichtig. Ebenso Pornographie.

Katrin: Das sind alles Fragen, die wir uns neu stellen müssen. Es gab auch keine Analysen dazu, außer inoffiziellen. Pornographie kommt jetzt

los. Die meisten sind sehr jung, aber wir haben auch — ich betrachte das als Gewinn — Rentnerinnen, Frauen mit erwachsenen Kindern. Bis jetzt haben wir es geschafft, zu Aktionen zu kommen, ohne Grenzen zwischen uns aufzubauen, seien sie parteipolitisch oder anderer Art.

Frage: Gibt es bei euch auch Arbeiterinnen, also die, die nach der Wiedervereinigung wahrscheinlich als erste arbeitslos werden?

Katrin: Ja, von Carl Zeiss Jena sind Angestellte und Arbeiterinnen dabei.

Manche Frauen stellen die Betriebsdirektoren jetzt vor die Wahl: Können Sie in drei Schichten arbeiten? Das können die aber nicht, weil sie kleine Kinder haben. Dann sagt der eben: Na bitte, dann können Sie gehen. Eigentlich ist das nicht möglich, denn unser Arbeitsgesetzbuch gilt ja noch. Das ist bei uns im Moment ein total rechtloser Zustand.

Frage: Sind diese Betriebe schon joint-venture-Ergebnisse, also steckt da schon bundesdeutsches Kapital drin?

Katrin: Das weiß im Moment niemand so genau. Das sind aber auch DDR-Betriebe, die schon früher Schicht gearbeitet haben, die jetzt ihr ganzes ökonomisches Potential ausschöpfen wollen. Die drohen auch. Das Kind einer Frau von uns war jetzt z.B. drei Wochen krank mit Lungenentzündung, und der wurde gesagt: In Zukunft können Sie sich das nicht mehr leisten. Viele Frauen haben auch Angst um ihre Stelle und halten einfach erstmal die Schnauze.

„Am liebsten hätten wir natürlich eine souveräne DDR.“

Frage: Da seid ihr wohl die entscheidende Kraft, die da entgegnen, also mit fünfzig Frauen in einer vergleichsweise kleinen Stadt wie Jena — da könnte frau in der BRD direkt neidisch werden

Was anderes: Wie stellt sich der Jenaer Frauenverband zur Wiedervereinigung?

Katrin: In unserm Programm sagen wir konse-

Politische Berichte

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ drei Ausgaben kostenlos zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Girokontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Kontoführendes Kreditinstitut/Unterschrift)

8/90

Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Für die Beilage werden Beiträge aus dem Widerstand gegen den Imperialismus und die Herrschaft des Kapitals gesammelt. Sie ist aus dem Bedürfnis entstanden, unterschiedliche Ansätze und Positionen der Linken in der bürgerlichen Gesellschaft über die Grenzen der einzelnen Organisationen und Arbeitszusammenhänge hinaus zugänglich zu machen und zur wissenschaftlichen Klärung beizutragen. Die Beilage will damit auch die Zusammenarbeit erleichtern.

An dieser Ausgabe wirkten mit:

BWK: Zur Anschlußpolitik der Bundesregierung:	
Mißachtung des Völkerrechts. Zerstörung des föderativen Bestandes der BRD	Seite 1
KG (NHT): Welcher Weg zur Auflösung der Nachkriegsordnung	Seite 4
DKP: Interview mit Helga Rosenberg, Mitglied des Sprecher/innenrates des Parteivorstandes der DKP	Seite 6
VSP: Der Anschluß — oder: Was da so auf uns zukommt	Seite 6
VSP: Sozialistisch gegen einig Vaterland!	
Gesichtspunkte zur Weiterentwicklung der Debatte	Seite 10
Kommunistische Presse: Republikaner und Arbeiterschaft	Seite 10
Zuschrift: „Zynismus oder Beckmesserei?“	Seite 11
Zuschrift: Leserbrief zur letzten Beilage	Seite 11
Aufruf zur Demonstration: Nie wieder Deutschland	Seite 12

Sie liegt folgenden Zeitungen bei:
Aufsätze zur Diskussion (Kommunistische Gruppen)
Politische Berichte (BWK)
Sozialistische Zeitung (VSP)

Zur Anschlußpolitik der Bundesregierung:

Mißachtung des Völkerrechts Zerstörung des föderativen Bestandes der BRD

Die nachfolgende Abhandlung befaßt sich mit den äußeren und inneren Konsequenzen der Anschlußpolitik der Bundesregierung. Für diesen Zweck kann auf zeitgeschichtliche Lehren zurückgegriffen werden — d.h. auf Lehren in bezug auf dieselbe Politik in vorangegangenen Epochen dieses Jahrhunderts. Zwei Tatsachen rechtfertigen eine solche Art der Würdigung der aktuellen Ereignisse. Zum einen sind in dieser Politik die gleichen ökonomischen Expansionsinteressen wirksam wie in der Anschlußpolitik der früheren reichsdeutschen Regierungen. Zum anderen hat das Nürnberger Tribunal der Antihitler-Koalition (1945/1946) diese reichsdeutsche Politik geächtet und damit einen völkerrechtlichen Maßstab für die Beurteilung derselben bundesdeutschen Politik hinterlassen. Mit anderen Worten: Bei der sich entfaltenden mitteleuropäischen Annexionspolitik der BRD handelt es sich tatsächlich um bereits beurteilte geschichtliche Kontinuität. Insofern sind gewisse Schlußfolgerungen in bezug auf die äußeren und inneren Konsequenzen der Anschlußpolitik der Bundesregierung — wenn es zu keinem Einhalt-Gebieten kommt — möglich.

1. Die „Dominierende Rolle in Europa“ wird zum Gegenstand der öffentlichen Meinungsbildung gemacht Aktuelle Beispiele

Im Hinblick auf die sich abzeichnenden äußeren Konsequenzen kann eine aktuelle Stellungnahme im Organ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Europa-Archiv 3/1990) als Beispiel herangezogen werden. Unter der Überschrift „Die Dynamik der deutschen Wiedervereinigung — Suche nach einer Verträglichkeit für Europa“ wird dort u.a. folgendes ausgeführt:

„(Es) ist heute so gut wie sicher, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht mehr aufzuhalten ist (oder allenfalls noch durch äußere Gewalt). Die anfänglichen Reserven gegen die Wiedervereinigung in der Bundesrepublik sind in der Hauptsache weggeschwemmt. An Versuchen, von außen diese Entwicklung aufzuhalten oder zu verzögern, wird es wahrscheinlich nicht fehlen. Aber wenn sich der Wunsch und Wille der Deutschen in ihren beiden Staaten, der Spaltung ein Ende zu bereiten, so deutlich manifestiert, wie es gegenwärtig den Anschein hat, wird es allen anderen Staaten schwerfallen, sich der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, das jeder von ihnen als Prinzip der internationalen Ordnung anerkannt hat, entgegenzustellen. Für Großbritannien und Frankreich ist es schwieriger, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß sie ihre Sonderstellung in Mitteleuropa einbüßen. Für Frankreich entschwindet angesichts der Herausbildung eines deutschen Staates mit rund 80 Millionen Menschen außerdem die letzte Aussicht, in Europa eine dominierende Rolle spielen zu können. (Die) Nationen Europas (werden) einige Zeit benötigen, sich an die Existenz eines Staates in ihrer Mitte zu gewöhnen, der sowohl nach Bevölkerungsgröße als auch nach wirtschaftlicher und finanzieller Leistungskraft allen anderen außer an Bewohnern der Sowjetunion überlegen ist.“ (W. Wagner, a.O., S. 79-86)

Wenngleich es sich bei diesem Beitrag nicht um eine Stellungnahme seitens der Bundesregierung oder um eine solche aus ihrem unmittelbaren Umkreis (Kanzleramt, Bundesministerien) handelt, so kann er dennoch genutzt werden für die Deutung von bestimm-

ten Äußerungen dieser Regierung, die offenbar einem Verständigungsprozeß über ein strategisches Konzept entstammen.

Völkischer Staatsbegriff — „Schaffung einer neuen Architektur Gesamteuropas“

Zum Jahresbeginn hat der für die Außenpolitik zuständige Abteilungsleiter des Bundeskanzleramts, H. Teltchik, das zwischen der BRD und Polen im November 1989 abgeschlossene Vertragswerk bzw. die sich daraus ergebende „Verständigung und ... Zusammenarbeit“ als „eine wichtige Voraussetzung dafür“ bezeichnet, „eine neue Architektur Gesamteuropas schaffen zu können, in die sich dann auch eine künftige Architektur Deutschlands einfügen wird“. (1) Dieses Vertragswerk enthält u.a. die erstmalige Anerkennung der Existenz einer „deutschen Minderheit“ in Polen sowie ihrer „kulturellen Rechte“ von Seiten einer Warschauer Regierung. Desweiteren hat Bundeskanzler Kohl am 12. Januar 1990 auf der Jahresvollversammlung der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer in Duisburg u.a. folgendes festgestellt: „Die künftige Architektur Deutschlands muß und wird sich einfügen in die Architektur Gesamteuropas. Hierzu hat sich Präsident Mitterand kürzlich in bemerkenswerter Weise geäußert, als er sagte, 80 Millionen Deutsche seien eine Realität, und Frankreich habe immer gut daran getan, Realitäten zu beachten. Wenn diese 80 Millionen Menschen zusammenkommen wollten, würden sie zusammenkommen. Das sei legitim.“ (2)

Teltchiks und Kohls Äußerungen legen zunächst einmal die Schlußfolgerung nahe, daß beide jenes „Deutschland“ ganz bewußt als ein offenes Projekt in die öffentliche Meinungsbildung einbringen. Die Formulierung „künftige Architektur“ ist völlig frei von Hinweisen auf ein festumrissenes Staatsterritorium und dessen eindeutig bestimmte, einheitliche innere Verfaßtheit. Diesbezüglich müßten beide durch die Besorgnisse der Nachbarstaaten gehemmt sein und insofern entsprechend

eindeutige Aussagen zur Frage der Abgrenzung und Struktur jenes „Deutschlands“ machen. Offenbar sehen sie sich aber weder gehemmt noch zu eindeutigen Aussagen gezwungen — das legt eine weitere Schlußfolgerung nahe. Sie betrifft das Bekenntnis zum völkischen Staatsbegriff. Dieser ist die zentrale Kategorie der großdeutschen Politik der Status-Quo-Überwindung und Staatenauflösung. Die Bezugnahme des Bundeskanzlers auf jene „bemerkenswerte“ Feststellung des französischen Staatspräsidenten kann mit Hilfe jenes oben zitierten Beitrags im Europa-Archiv entschlüsselt werden. Die Staatsbildung des „deutschen Volks“ ist endgültig frei von jenem durch gleiches Stimmengewicht und Zwang zum Kompromiß gekennzeichneten Verhältnis der EG-Staaten zueinander. Der staatsbildende „Wille“ des „80-Millionen-Volks“ setzt eigene Fakten, er ist eine machtpolitische Realität, sein Handeln ist „legitim“ — nämlich in dem Sinne, daß er auch durch „die Franzosen“ nicht mehr aufgehalten werden kann: „Aber die Franzosen“ — so der Kanzler im Anschluß an jene o.a. Ausführungen — „hatten den Wunsch an uns Deutsche, daß wir dabei die Folgen für unsere Nachbarn erkennen.“ (2)

Bei Teltchiks o.a. Äußerung fällt des weiteren auf, daß zunächst eine „neue Architektur Gesamteuropas“ geschaffen werden soll, „in die sich dann auch eine künftige Architektur Deutschlands einfügen wird“. Diese Staffellung legt eine dritte Schlußfolgerung nahe, die dem Zusammenhang, in welchem Teltchiks Äußerung steht, Rechnung tragen muß. Das betrifft jenes Vertragswerk vom November 1989, genauer: jenen wesentlichen Erfolg, den die BRD dabei verbuchen konnte — die erstmalige Anerkennung der Existenz einer „deutschen Minderheit“ in Polen und das Zugeständnis von entsprechenden „kulturellen Rechten“ von Seiten der polnischen Regierung. Denn diese Staffellung der Schaffung jener beiden „Architekturen“ („Gesamteuropa“ und dann „Deutschland“) geht nicht nur von der Auflösung des selbständigen Staates DDR aus, sondern sie läßt tatsächlich den Bestand weiterer Staaten in Europa offen, zum Beispiel den Bestand des jetzigen Polens.

„Patronage Gesamteuropas über seine östlichen Nachbarn“

Was sich hier als geschichtliche Kontinuität andeutet und wozu es somit auch entsprechende Lehren gibt, das ist fol-

gendes: Die großdeutsche Staatsbildung versteht sich als Resultat der neuordnenden Umwälzung des europäischen Status Quo. Diese Zwecksetzung schließt zweierlei ein. Zum einen muß im Zuge dieser Umwälzung die Innen-„Architektur“ jenes expandierenden „Deutschlands“ notwendigerweise provisorischen Charakter annehmen. Die sukzessive Ausdehnung beinhaltet mannigfaltige Abstufungen hinsichtlich der staatsrechtlichen Verfaßtheit der verschiedenen Teile „Deutschlands“ (siehe Kasten, Seite 3). Und sie beinhaltet ein absolut zentralistisches Regime zwecks Verbund dieser Teile — ähnlich dem Kommissariatswesen des ostwärts kolonisierenden Preußens. Zum anderen muß das in Umwälzung befindliche Europa eine ähnliche Abtönung hinsichtlich der unterschiedlichen Funktionen der verschiedenen Staaten (im Hinblick auf die großdeutsche Zwecksetzung jener Neuordnung) annehmen.

Diese Schlußfolgerung kann anhand des eingangs zitierten Beitrags aus dem Europa-Archiv noch näher verdeutlicht werden. Dort wird unter der Zwischenüberschrift „Die Neuordnung Europas: immanente Friktionen“ (d.h. dieser Neuordnung innewohnende Reibungen — Red.) folgendes weiter ausgeführt:

„Welchen Platz ein gesamtdeutscher Staat in Europa einnehmen soll, ist schon deshalb heute kaum zu bestimmen, weil ja ganz Europa, besonders aber der europäische Osten, sich im Umbruch befindet und zwischen den Entwicklungen in Europa und in Deutschland unvermeidlich Wechselwirkungen entstehen. Die ‚deutsche Frage‘ war schon immer ein Problem Europas und wird es bleiben. Angesichts solcher Unsicherheiten (Entwicklung innerhalb der UdSSR — Red.) liegt es für die operative Politik nahe, sich zunächst auf das im Augenblick erreichbare zu konzentrieren. Auch ohne die innerdeutsche Entwicklung stände die EG vor der Frage, welchem ordnungspolitischen Ziel Vorrang gebührt: der Weiterentwicklung der Gemeinschaft in ihren heutigen Grenzen in Richtung auf eine Politische Union oder der graduellen Erweiterung einer ‚gesamteuropäischen‘ Institution. Offenbar hat die Kommission keinen Zweifel. Priorität haben die Vollendung des Binnenmarktes und der innere Ausbau der Gemeinschaft. Für diese Entscheidung sprechen gute Gründe, aber sie kann dazu führen, daß die Länder Osteuropas in ihrer Not um so mehr auf bilaterale Hilfe der Bundesrepublik setzen und dadurch die Bundesrepublik (oder später Gesamtdeutschland) zu dem verleitet wird, was niemand will: zu einer Patronage über die östlichen Nachbarn.“ (a.a.O.)

Der Begriff der „Patronage“ meint Abhängigkeitsverhältnisse, deren ökonomische Seite durch unterschiedliche Formen der Begünstigung gekennzeichnet ist und deren politische Seite durch diverse Formen der „Schutzherrschaft“ bestimmt wird. Was der hier zitierte Beitrag aus dem Europa-Archiv als von der BRD nicht beabsichtigte Folgen einer EG-Kommissions-Entscheidung zu verkaufen sucht, ist in Wahrheit die



Aus der spanischen Zeitung El Pais vom 3.12.1989

Benennung der Konsequenzen daraus, daß die übrigen EG-Staaten der BRD nicht ihr Konzept des EG-gemäßen Handelns aufzwingen können. Die BRD braucht keinen Kompromiß — im Gegenteil, sie kann sein Nicht-zustandekommen für die sukzessive Aufrichtung eines von ihr dominierten osteuropäischen Wirtschaftsraums zu nutzen suchen. In dieser Richtung läßt sich eine konkretere Vorstellung von dem entwickeln, was Kohl und Teltchik mit ihren oben zitierten Äußerungen in die öffentliche Meinungsbildung eingebracht wissen wollen — und was eine logische Konsequenz ihres Bekenntnis-

ses zum völkischen Staatsbegriff ist. Die diesbezügliche Politik der großdeutschen Staatsbildung ist zwangsläufig verbunden mit der Wiederaufrichtung von Protektoraten, General-Gouvernements, Reichskommissariaten und ähnlichen Kolonialgebilden. Das ist gewiß, denn zum strategischen Konzept der „Schaffung einer neuen Architektur Gesamteuropas“ gibt es Lehren. Sie stehen insbesondere in Gestalt der beweisführenden Argumentation und des Urteils des Nürnberger Tribunals der Antihitler-Koalition (1945/1946), das die betreffende Politik als völkerrechtswidrig geächtet hat, zur Verfügung.

2. Urteil des Nürnberger Tribunals: Einigung des Deutschen Volkes „bedeutet notwendigerweise Besitzergreifung fremden Staatsgebietes“

Das Urteil des Nürnberger Tribunals befaßt sich zu Beginn u. a. mit der Bildung der NSDAP und ihren programmatischen Zielen. Hierbei wird neben fünf weiteren Punkten des NSDAP-Parteiprogrammes folgender angeführt:

„Punkt 1: Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland.“ (3)

In den weiteren Ausführungen des Richterkollegiums wird dazu folgendes festgestellt:

„Das Verlangen nach einer Vereinigung aller Deutschen in einem Großdeutschland sollte bei den Ereignissen, die der Besitzergreifung Österreichs und der Tschechoslowakei vorangingen, eine große Rolle spielen ... Die ersten in der Anklageschrift erwähnten Angriffshandlungen bestehen in der Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei; und der erste Angriffskrieg, der unter Anklage gestellt ist, ist der am 1. September 1939 begonnene Krieg gegen Polen.“

Vor Prüfung dieses Anklagepunktes ist es notwendig, einige Ereignisse, die vor diesen Angriffshandlungen lagen, einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Der Krieg gegen Polen kam nicht plötzlich aus heiterem Himmel; das Beweismaterial hat klar ergeben, daß dieser Angriffskrieg wie auch die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei wohlüberlegt und eingehend vorbereitet war und daß er erst begonnen wurde, als der geeignete Zeitpunkt gekommen schien, zu dem er als bestimmter Teil eines vorausgehenden Planes ausgeführt werden konnte.

Denn die Angriffspläne der Nazi-Regierung waren keine Zufälle, die sich aus der politischen Lage des Augenblicks in Europa und der Welt ergaben; sie waren ein wohlüberlegter und notwendiger Teil der Außenpolitik der Nazis. Die nationalsozialistische Bewegung behauptete von Anfang an, daß ihr Ziel die Einigung des deutschen Volkes ... sei. Zwei Dinge wurden für die Erreichung dieses Ziels als notwendig betrachtet: Die Zerstörung der europäischen Ordnung, die seit dem Versailler Vertrag bestanden hatte, und die Schaffung eines Großdeutschen Reiches über die Grenzen von 1914 hinaus. Dies bedeutete notwendigerweise die Besitzergreifung fremden Staatsgebietes.

Wenn diese Ziele erreicht werden sollten, so mußte ein Krieg als unvermeidlich, zumindest aber als höchstwahrscheinlich betrachtet werden.“ (3)

In bezug auf diesen Punkt würdigt das Urteil u. a. als Beweisdokument die Aufzeichnung über eine geheime Besprechung in der Berliner Reichskanzlei (vergleichbar dem Bundeskanzleramt) am 5. II. 1937 mit folgender Feststellung:

„Es ist unmöglich, der Behauptung Glauben zu schenken, daß Hitler den Krieg nicht eigentlich gewollt habe ...“

Als Beleg dafür wird folgender Passus aus jener Besprechungsaufzeichnung zitiert:

„Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser könne niemals risikolos sein ...“ (3)

Das Urteil behandelt die Frage der Gewaltanwendung an mehreren Stellen. Sie stehen allesamt in einem direkten Zusammenhang mit Zwecksetzungen der großdeutschen Staatsbildung und den konkreten Schritten der Expansion in dieser Richtung. Insofern haben auch diese Feststellungen eine aktuelle Bedeutung:

„Es gab nur zwei Wege, auf denen Deutschland die oben erwähnten drei

Hauptziele (1. Beseitigung der Nachkriegsordnung von 1919, 2. staatliche Vereinigung aller Deutschen, 3. Ostkolonisation — Red.) erreichen konnte, nämlich durch Verhandlungen oder durch Gewalt ...“

Im Hinblick auf die Behauptung des angeklagten Admirals Raeder, er habe nicht geglaubt, daß der Reichskanzler tatsächlich den Krieg wolle, stellt das Urteil zunächst folgendes fest:

„Der Grund für diese Überzeugung war seine Hoffnung, daß Hitler eine ‚politische Lösung‘ der Probleme Deutschlands erreichen würde. Aber genaugenommen bedeutet das nur den Glauben, daß Deutschlands Macht so überwältigend sein würde, daß die erwünschten Gebiete kampfflos gewonnen werden könnten.“ (3)

In bezug auf die Behauptung einiger Angeklagter, daß der Anschluß Österreichs ohne Gewaltanwendung erfolgt sei, macht das Urteil dann eine weitere Feststellung zu dieser Frage:

„Am 13. März 1938 erging ein Gesetz zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ... Hier vor Gericht wurde behauptet, daß die Annexion Österreichs in dem weitverbreiteten Wunsch einer Vereinigung Österreichs und Deutschlands ihre Rechtfertigung gefunden habe, daß die beiden Völker vieles gemein hätten, das diese Vereinigung wünschenswert mache, und daß schließlich dieses Ziel ohne Blutvergießen erreicht worden sei.“

Selbst wenn dies alles wahr wäre, wäre es ganz unerheblich, da die Tatsachen klar beweisen, daß die Methoden, derer man sich zur Erlangung jenes Ziels bediente, die eines Angreifers waren. Entscheidend war, daß Deutschlands bewaffnete Macht zum Einsatz für den Fall des Widerstandes bereitstand.“ (3)

Die „Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Reich und Österreich“ ist eine „innere Angelegenheit des Deutschen Volkes“

Die Methoden der Anschlußaggression gegen Österreich wie auch gegen die Tschechoslowakei (hinsichtlich des sogenannten Sudetenlands) sind — unabhängig von der Feststellung, daß die bewaffnete Macht des Deutschen Reichs zur Brechung jeglichen etwaigen Widerstandes bereitstand — im Urteil des Nürnberger Tribunals entlang ihrer konkreten Zwecksetzungen behandelt und geächtet. Hinsichtlich der Wiedervereinigungspolitik des Deutschen Reichs gegenüber Österreich betrifft das folgende Methoden:

erstens solche Methoden, die die Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Nachbarstaates zum Zweck hatten;

zweitens solche Methoden, die auf die Mißachtung der Souveränität dieses Staates hinausliefen und einen Bruch der vertraglichen Verpflichtung zur Achtung derselben darstellten;

drittens solche Methoden, die unter Ausnutzung innerer Widersprüche und Konflikte in diesem Nachbarstaat auf Einverleibung desselben hinwirkten.

Es ist in diesem Zusammenhang auch von Bedeutung, daß das Urteil bei der Würdigung der persönlichen Verantwortlichkeit des Angeklagten v. Papen (Ständiger Vertreter des Reichskanzlers in der österreichischen Hauptstadt von 1934 bis 1938) ausdrücklich die Anwendung des

„langsamen ... verstärkten Drucks in der Richtung eines Systemwechsels“

als Methode der Anschlußaggression benennt und als völkerrechtswidrig ächtet. Im Hinblick auf die durch v. Papen

mitgetragene und mitgestaltete reichsdeutsche Wiedervereinigungspolitik gegenüber Österreich muß an dieser Stelle kurz auf seine spätere Charakterisierung ihrer spezifischen Ideologie eingegangen werden, insofern hier sehr gut die Kontinuität, in der die bundesdeutsche Wiedervereinigungspolitik steht, deutlich wird:

„(Hitler) stimmte der von mir beabsichtigten Politik in Wien (vorbehaltslos) zu, die ich kurz umriß:

Ein evolutionäres Zusammenwachsen der beiden Länder werde Deutschlands Lage und seine Mission in der Mitte Europas ... nur stärken können ... Ein Zusammenschluß ... könne nur auf friedlichem, einverständlichem Wege erreicht werden, daher werde es mein Bestreben sein, die Lösung der Deutschen Frage dem Eingriff auswärtiger Mächte mehr und mehr zu entziehen. Denn sie sei ein innerdeutsches Problem, das keinen Eingriff einer auswärtigen Macht gestatte. Allein entscheidend sei der Wunsch und die Absicht unserer beiden Länder. Der beste Weg, die Großmächte von dem Recht unserer Auffassung zu überzeugen, würde es sein, zu beweisen, daß Deutschland keinerlei aggressive Intentionen habe und nur den Interessen des europäischen Friedens dienen wolle.“ (4)

Das Richterkollegium ist in seinem Urteil der Bewertung dieser „friedlichen Wiedervereinigungspolitik“ seitens der Anklagebehörde gefolgt — nämlich, daß es sich dabei schlicht und einfach um eine Politik des Angriffs auf die Souveränität eines Nachbarstaates handelt. Diese Bewertung kommt u. a. in der Vorlage und Behandlung zweier Beweisurkunden durch den amerikanischen Vertreter der Anklagebehörde, Mr. Alderman, zum Ausdruck. Alderman bezeichnet sie ausdrücklich als „weitere Urkunden, die sich auf den Angriff gegen Österreich beziehen“. (5) Eines dieser beiden Dokumente enthält eine Zurückweisung des britischen Protestes gegen die reichsdeutsche Einverleibung Österreichs am 12. März 1938. Sie stammte aus der Feder des Angeklagten v. Neurath (Reichsaußenminister vor v. Ribbentrop und Mitglied des Geheimen Kabinettsrates für die Planung und Durchführung der Anschlußaggression gegen Österreich). Alderman zitierte u. a. folgendes daraus:

„Die deutsche Regierung hat die Königlich Britische Regierung im Laufe der diplomatischen Unterhaltungen über die österreichische Frage niemals darüber im Zweifel gelassen, daß die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Reich und Österreich lediglich als eine dritte Mächte nicht berührende innere Angelegenheit des deutschen Volkes angesehen werden kann ... Gefährliche Rückwirkungen könnten in dieser Lage (Annexion Österreichs am 13.3.1938 — Red.) nur dann eintreten, wenn etwa von dritter Seite versucht würde, im Gegensatz zu den friedlichen Absichten und legitimen Zielen der Reichsregierung auf die Gestaltung der Verhältnisse in Österreich einen Einfluß zu nehmen, der mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes unvereinbar wäre.“ (5)

Unseres Erachtens müssen die eingangs behandelten Äußerungen zur „Legitimität“ des staatlichen Zusammenschlusses der „80 Millionen Menschen“ (siehe Rede H. Kohls) unter dem Gesichtswinkel jener Beurteilung seitens der Anklagebehörde des Tribunals begriffen werden. Denn die „legitimen“ Expansionsziele der Bundesregierung, die als „legitimer“ Wille von „80 Millionen (deutschen) Menschen“ ausgehen werden, sind schon längst als aggressive Zwecke — d. h. als völkerrechtswidrige und in diesem Sinne illegitime Zwecke — geächtet.

„Deutschland ist da, wo deutsche Menschen leben“: Die Anschlußpolitik führt zu weiteren Aggressionen

Die „innerdeutsche“ bzw. „gesamtdeutsche“ Politik der Einverleibung Österreichs, die in einem entsprechenden Wiedervereinigungsgesetz (13.3.1938) ihren Ausdruck fand (6), bildete lediglich den Auftakt für weitere Annexionen und Aggressionen im Zuge der großdeutschen Staatsbildung. In einem Kommentar zum NSDAP-Programm wird u. a. folgendes zu jenem weiter oben im Urteilstext wiedergegebenen Punkt 1 ausgeführt:

„Diese Forderung (Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbe-

stimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland — Red.) bedeutet eine Revolution der bisherigen Ansichten über Völker und Staaten. Deutschland ist kein geographischer Begriff, und das deutsche Volk ist keine Summe von so und so vielen Millionen Menschen. Deutschland ist da, wo deutsche Menschen leben. Damit (bekennt) ... sich der Nationalsozialismus ... einzig und allein zur völkischen Grundlage seines Reiches.“ (7)

Die deutliche Umrandung des „Großdeutschen Reichs“ auf der im Kasten abgedruckten Karte macht die Umrisse dieses Verbundes verschiedener Teile deutlich. Darüber hinaus veranschaulicht diese Karte die funktionale Zuordnung der übrigen Staaten bzw. Territorien zu diesem Zentrum, dessen innere staatsrechtliche Abstufungen durch die mannigfaltigen Abstufungen derselben Art im übrigen Kontinentaleuropa ergänzt wird. Dem gleichen Zweck der näheren Verdeutlichung dient außerdem auch der zweite Kasten „Gebietstypen unter deutscher Kontrolle — ein Überblick“.

Das Urteil des Nürnberger Tribunals

3. Auswirkungen des Expansionismus im Inneren: Staatsrechtliche Umwälzungen — Errichtung eines Zentralstellen-Regimes

Im Urteil des Nürnberger Tribunals der Antihitler-Koalition wurde nicht nur eine Bewertung und Ächtung der Angriffshandlungen und Angriffskriege der Regierung des Reichskanzlers A. Hitler vorgenommen (sowie der damit einhergehenden Methoden bis hin zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord). Sondern es wurde auch auf die Methoden zur Schaffung der inneren Voraussetzungen des großdeutschen Expansionismus eingegangen und solcherart eine Ächtung derselben vorgenommen. Und zwar wird nach der das Urteil einleitenden Abhandlung der Bestimmungen des Statuts (dieses Internationalen Militärgerichtshofs der Antihitler-Koalition) ausdrücklich die Notwendigkeit hervorgehoben, vor den weiteren Urteilsfeststellungen einen *Tatsachenüberblick zu geben*. Dieser Überblick befaßt sich mit „Ursprung und Ziele(n) der Nazi-Partei“, der „Machtergreifung“, der „Festigung der Macht“ und den „Wiederaufrüstungsmaßnahmen“.

Für den Zweck unserer Abhandlung kommt es insbesondere auf folgende Feststellungen aus dem Abschnitt „Festigung der Macht“ an:

„Um die vollständige Kontrolle des Regierungsapparates den Händen der Nazi-Führung auszuliefern, wurde eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die die Befugnisse der Länder- und Ortsbehörden in ganz Deutschland einschränkte und sie in Unterabteilungen der Reichsregierung verwandelte. Die Volksvertretungen in den Ländern wurden abgeschafft und damit alle Gemeindewahlen. Sodann schritt die Regierung dazu, sich die Kontrolle über die Beamtenschaft zu sichern. Dies wurde erreicht durch einen Zentralisierungsprozeß und durch eine sorgfältige Ausgiebung der gesamten Beamtenschaft.“ (9)

Die hauptsächlichen Gesetze, auf denen die Zerstörung des föderativen Bestands des Reiches beruhte, waren erstens das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934. (10) Darin wurde bestimmt, daß die Volksvertretungen der Länder aufgehoben werden, daß die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergehen und daß die Landesregierungen der Reichsregierung unterstehen. Ferner wurde bestimmt, daß die (zur Durchsetzung der Zentralstaatspolitik in den Ländern eingesetzten) Reichsstatthalter der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern unterstehen. Und schließlich wurde bestimmt, daß die Reichsregierung neues Verfassungsrecht setzen kann und daß der Reichsinnenminister die zur Durchführung dieses Neuaufbau-Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften erläßt.

Die zweite Grundlage für die Zerstörung des föderativen Bestands des Reiches bildete die an das Neuaufbau-Gesetz anknüpfende „Erste Verordnung über den Neuaufbau des Reichs“ vom 2. Februar 1934. (11) Sie bestimmte eine vorläufige Rückübertragung derjenigen Hoheitsrechte an die Länder, von denen das Reich noch nicht sofort Gebrauch gemacht hatte oder machen

hat gerade im Hinblick auf diese Abfolge der Expansionsschritte jene erste Aggression gegen Österreich und die Kette der dann nachfolgenden Aggressionen als Ausdruck eines planmäßigen Vorgehens seitens der reichsdeutschen Regierung gewertet:

... dies ist über jeden Zweifel hinaus erwiesen worden. Die wahre Lage wurde von Paul Schmidt, dem amtlichen Dolmetscher des Deutschen Auswärtigen Amtes, wie folgt geschildert:

„Die Allgemeinziele der Nazi-Führung waren von Anfang an augenscheinlich, nämlich die Beherrschung des europäischen Festlandes. Dies sollte erreicht werden erstens durch die Einverleibung aller deutschsprechenden Gruppen ins Reich und zweitens durch territoriale Ausdehnung unter dem Schlagwort »Lebensraum«. Die Durchführung dieser grundlegenden Ziele machte jedoch den Eindruck einer Improvisation. Jeder Schritt erfolgte beim Auftauchen einer neuen Sachlage, aber sie waren alle im Einklang mit dem oben erwähnten Endziel (der Beherrschung des europäischen Festlandes — Red.) ...“ (8)

konnte. Im übrigen sah sie vor, daß die Landesgesetze der Zustimmung des zuständigen Reichsministers bedurften und daß die jeweiligen Landesbehörden den Anordnungen des zuständigen Reichsministers Folge zu leisten haben. Und schließlich bestimmte sie, daß Landesbeamte in den Reichsdienst und Reichsbeamte in den Landesdienst versetzt werden können.

Die dritte Grundlage für die Zerstörung des föderativen Bestands des Reiches bildete sodann das „Reichsstatthaltergesetz“ vom 30. Januar 1934. (12) Es bestimmte die Kompetenzen dieser ständigen Vertreter der Reichsregierung in den einzelnen Landesteilen dahingehend, daß sie vom Reichskanzler mit der Führung der Landesregierung beauftragt werden konnten (das bedeutete nicht die Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten, sondern direkte Unterstellung der gesamten Landesregierung unter die Aufsicht des jeweiligen Statthalters). Im Hinblick darauf hatten sie gegenüber dem Reichskanzler das Vorschlagsrecht bezüglich der Ernennung und Entlassung aller Mitglieder der Landesregierung. Der Reichskanzler hatte, diesem Gesetz zufolge, auch das Recht auf Ernennung und Entlassung sämtlicher Landesbeamter. Die Reichsstatthalter waren des weiteren befugt, mit Zustimmung der Reichsregierung die Landesgesetze zu erstellen bzw. in Kraft zu setzen. Im übrigen sah dieses Gesetz vor, daß der Reichskanzler diese Statthalter ernennen und sie

Beilage 1/90
13. April 1990 7. Jahrgang

An dieser Ausgabe wirkten mit:

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/21 64 42

DKP, Sprecher/innenrat, Hoffnungsstraße, 4300 Essen

AzD-Redaktion, c/o VTK-Verlag, Postfach 16 07 25, 6000 Frankfurt 16

Kommunistische Presse, Postfach 10 02 29, 4650 Gelsenkirchen

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP), Aquinostr. 7-II, 5000 Köln 1, Tel. 0221/73 03 65

Geschäftsführung und Redaktionsadresse: Jörg Detjen, Redaktion „Beilage“, c/o GNN, Zülpicher Str. 7 5000 Köln 1, Tel. 0221 21 16 58. Verantwortlicher Redakteur dieser Ausgabe: Jörg Detjen. Die Beilage erscheint vierteljährlich. Ihr Preis ist im Verkaufspreis der Publikationen, denen sie beiliegt, enthalten. Preis bei gesondertem Bezug: 0,50 DM. Druck: Verlag Neuer Weg, Essen. Auflage: 4 000



Quelle: H. Bergschicker, Deutsche Chronik 1933-45, S. 362

Gebietstypen unter deutscher Kontrolle — ein Überblick

Das Großdeutsche Reich besteht aus Deutschland, Österreich und einigen annektierten Territorien. Das Wort Österreich ist natürlich verboten. Doch sogar das Wort Ostmark ist jetzt untersagt; lediglich die Bezeichnung Alpen- und Donau-Reichsgaue ist erlaubt, was anzeigt, daß auf Österreich als politische Einheit keinerlei Anspielung mehr gestattet sein soll.

a) Annektierte und eingegliederte Gebiete sind: das Sudetenland (Tschschoslowakei), das Memelland (Litauen), Suwalki, Zichenau, Pommern, Posen, das polnische Schlesien sowie Eupen, Malmedy und Moresnet (Belgien). Einige dieser Territorien wurden den bestehenden Verwaltungseinheiten Deutschlands angegliedert und so den preußischen Provinzen hinzugefügt, nämlich Memelland, Suwalki (nun Sudauen), Zichenau, das polnische Schlesien, Eupen, Malmedy und Moresnet.

Der Rest ist in neuen Reichsgauen organisiert, die nicht Teile des Staates Preußen bilden, sondern integrale Bestandteile des Deutschen Reiches sind. Das gilt auch für das Sudetenland, nun der Reichsgau Sudetenland. Die freie Stadt Danzig und Pommern wurden zum Reichsgau Danzig-Westpreußen. Posen sowie Teile von Lodz und Warschau bilden den Reichsgau Wartheland.

b) Sechs Gebiete sind faktisch dem Großdeutschen Reich einverleibt. Ihre Gesetzes-, Verwaltungs-, Sozial- und Wirtschaftssysteme wurden fast vollständig geändert und denen Großdeutschlands angeglichen, obschon an der Spitze ihrer Verwaltungen noch Zivilverwaltungschefs, die Hitler unmittelbar verantwortlich sind, stehen. Folgende Gebiete gehören zu dieser Kategorie: (1) der Bezirk Bialystok unter Erich Koch, dem Oberpräsidenten-

ten Ostpreußens. Faktisch die Hälfte des Bezirks wurde am 4. März 1942 der preußischen Provinz Ostpreußen eingegliedert und erhielt den Rang eines Regierungsbezirks. (2) Luxemburg, unter Gauleiter Gustav Simon. (3) das Elsaß, unter Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner. (4) Lothringen, unter Gauleiter Josef Bürckel, Reichsstatthalter der Westmark. (5) die Untersteiermark, unter Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Uiberreither. (6) Oberkrain, unter dem Gauleiter und Reichsstatthalter von Kärnten Dr. F. Rainer.

c) Zwei Gebiete werden nach deutschem Staatsrecht als Nebenländer bezeichnet, das sogenannte Protektorat Böhmen und Mähren und das Generalgouvernement eines Teils der Republik Polen. Sie heißen Nebenländer, weil der deutschen Verfassungstheorie gemäß die Republiken Tschechoslowakei und Polen nicht mehr als Staaten existieren. Das Protektorat und das Generalgouvernement gelten so als Teile des Großdeutschen Reichs, obgleich sie nicht den Status von Ländern oder Reichsgauen, sondern entschieden geringeren Rang besitzen. Diese Territorien können daher als „angeschlossene Gebiete“ bezeichnet werden.

Diese Kategorie muß allerdings noch unterteilt werden, weil die Behandlung der beiden Gebiete einen erheblichen Unterschied aufweist. Während das Protektorat mehr oder weniger unter einer Art indirekter Herrschaft steht, befindet sich das Generalgouvernement unter direkter Herrschaft der deutschen Behörden. Im Protektorat gibt es eine Arbeitsteilung zwischen der sogenannten autonomen Regierung und den deutschen Behörden, vertreten durch den Reichsprotektor und deutschen Staatsminister.

d) Der größte Teil des unter deutscher Kontrolle stehenden Territoriums wird durch die Kategorie „besetzte Gebiete“ repräsentiert. Diese Kategorie zeigt vier Hauptunterschiede:

1. Gebiete unter Zivilverwaltung. Norwegen und die Niederlande stehen unter deutscher Zivilverwaltung. Die Obergewalt liegt bei den Hitler unmittelbar verantwortlichen Reichskommissaren. Die deutsche Wehrmacht hat in diesen Gebieten einen ähnlichen Rang, wie sie ihn in Deutschland selber genießt. Wenn in Norwegen die deutsche Herrschaft teilweise über eine einheimische „Nationalregierung“ ausgeübt wird, so gilt das nicht für Holland, wo eine autonome Regierung nicht existiert, obwohl der einheimische zentrale Verwaltungsapparat voll beibehalten wurde.

2. Gebiete unter Militärverwaltung: (a) Belgien und Nordfrankreich unter dem Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich General Alexander von Falkenhausen (im Juli 1944 durch Gauleiter Grohé abgelöst); (b) das besetzte Frankreich unter Militärbefehlshaber General Otto von Stülpnagel; (c) Serbien, Griechenland und die Kanarinseln.

Während Frankreich, Serbien und Griechenland autonome Regierungen besitzen, ist das bei Belgien und den Inseln nicht der Fall, obwohl auch hier die deutschen Behörden den einheimischen zentralen Verwaltungsapparat benutzen.

3. Gebiete unter militärischer Besatzung, aber ohne Militärregierung: Dänemark, das von den Streitkräften unter Befehl von General Hermann von Hanneken militärisch besetzt ist, aber nicht unter deutscher Militärherrschaft steht, sowie das „nicht besetzte“ Frankreich.

4. Kolonialverwaltung in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine

der Länder der Vergangenheit, sondern ihr Liquidator zugunsten des Reiches der Zukunft.' Damit hat der Führer deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der Neuaufbau des Reiches nicht auf der Grundlage der bundesstaatlichen Gliederung des Reiches erfolgen wird ... Die nationalsozialistische Revolution hat alle Möglichkeiten der Länder, sich der Reichsgewalt zu widersetzen, überwunden ... Die Liquidation der Länder alter Art ist in vollem Gange ... Was ... den gegenwärtigen Rechtszustand von dem früheren unterscheidet, liegt einmal in der Wandlung

der einst mit landeseigener Hoheitsgewalt ausgestatteten Landesregierungen (— der Autor nennt selbst zuvor ein wesentliches Merkmal dieser landeseigenen Hoheitsgewalt: die Aufstellung eines eigenen Staatshaushaltsplans — d. Red.) zu Landesbehörden und zum anderen in der unbeschränkten Weisungsbefugnis der Reichsregierung gegenüber den Landesregierungen und den nachgeordneten Behörden . . .

Das Gesetz vom 30. Januar 1934 ist nur eine Teilmaßnahme auf dem Wege zur Neugliederung des Reiches. Nur langsam kann sich der Neuaufbau voll-

ziehen, so lange die übriggebliebenen Angelegenheiten der Länder nicht völlig erledigt und für die Neuordnung reif gemacht worden sind. In der Gegenwart beobachten wir, wie „Liquidation“ und „Neuaufbau“ zugleich vorwärtsgen ... In zahlreichen Verlautbarungen der mit den Fragen der Neuordnung amtlich befaßten Persönlichkeiten tritt das Ziel deutlich in Erscheinung. Der Führer hat als Ziel die Gliederung des Reiches aus der lebendigen Entwicklung heraus bezeichnet. Der Reichsminister des Innern Dr. Frick hat erklärt, an der Spitze der künftigen Reichsgaue würden Reichstatthalter stehen; diese Gaue würden nach geographischen, volklichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gebildet werden; sie würden sich weitgehend mit den für die Wehrmacht notwendigen Gliederungen decken. Und der Staatssekretär Pfundtner hat ausgeführt, die künftigen Reichsgaue würden in sich geschlossene, leistungsfähige Gebilde werden ...“

Hinsichtlich der „staatsrechtlichen Maßnahmen, die im Zuge des Neuaufbauprogramms bisher durchgeführt wurden“, wird in diesem Beitrag folgendes weiter ausgeführt:

„Besonders zu nennen ist die Angleichung der Rechtsstellung der Reichsstathalter an die rechtliche Stellung der preußischen Oberpräsidenten ... (Diese Instanzen) sind eingerichtet worden, um die unmittelbare Verbindung aller Landes-, Reichs- und Kommunalbehörden mit der Reichsregierung sicherzustellen.“ (13)

Wir möchten hier nur kurz darauf hinweisen, daß die Antihitler-Koalition schon sehr gut wußte, warum sie ausdrücklich den Staat Preußen, „der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist“, aufgelöst hat. Im diesbezüglichen Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats (Amtsblatt Nr. 14, Berlin, 31. 3. 1947) heißt es, sie war:

„Geleitet vom Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern . . .“

Im ersten Teil dieser Abhandlung wurde anhand aktueller Beispiele darauf hingewiesen, daß die Vorherrschaft über Europa zum Gegenstand der öffentlichen Meinungsbildung gemacht wird und daß in diesem Zusammenhang von der „neuen Architektur Gesamteuropas“ gesprochen wird, „in die sich dann auch eine künftige Architektur Deutschlands einfügen wird“. Diese Meinungsbildung wie auch diese Äußerungen aus dem Bundeskanzleramt sind nicht vom Interesse an der Erhaltung des Status Quo, d.h. vom Interesse an der Bewahrung der Potsdamer Nachkriegsordnung der Antihitler-Koalition bestimmt. Sie sind vielmehr vom genauen Gegenteil, nämlich vom Interesse an der Überwindung dieser europäischen Nachkriegsordnung gekennzeichnet. Dies ist der Grund, warum diese Meinungsbildung bzw. diese Kanzleramtsäußerungen ohne Mutmaßungen und Unterstellungen gewürdigt werden können — denn unter dem soeben verdeutlichten Gesichtspunkt des Status-Quo-Überwindungs-Interesses sind sie in einer ganz bestimmten geschichtlichen Kontinuität zuordenbar und dadurch wissenschaftlich und politisch bewertbar. Tatsächlich handelt es sich hier um sehr, sehr ernst zu nehmende Vorgänge: Es kann nicht übersehen werden, daß sie in jener schlimmen Tradition stehen, die wir oben im 2. Teil und im bisherigen 3. Teil dieser Abhandlung ganz bewußt ausführlich dokumentiert und verhandelt haben. Wir wollen das nun im abschließenden Unterabschnitt auf die Konturen dessen zuspitzen, was sich als „zukünftige Architektur Deutschlands“ in der aktuellen Entwicklung bereits andeutet.

Zentralstaatliche Auflösung und „Neubildung“ von Ländern: Beseitigung „nicht lebensfähiger Kostgänger des Bundes“

Das Grundgesetz bestimmt die BRD in Artikel 20 als einen „Bundesstaat“ d.h. als eine Verbindung von selbständigen Gliedstaaten (Ländern) und Zentralstaat (Bund). Zwecks näherer Verdeutlichung dieser Bestimmung zitiert der Standardkommentar des Grundgesetzes folgendes aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: „Die Bundesrepublik Deutschland — das sind verfassungsrechtlich der Bund und die Länder als ein Ganzes . . .“ (14) In

der Fachliteratur wird dieses „Ganze“ verschiedentlich auch als ein „bündisches Treueverhältnis“ bezeichnet, d.h. als ein Verhältnis, in dem die Zerstörung der einen Seite durch die andere den Charakter eines Hochverrats-Delikts insofern annimmt, als dadurch der in der Verfassung definierte Bestand des „Ganzen“ umgewälzt und aufgelöst wird.

Dieser Bestand ist vor allem durch einen spezifischen Mechanismus gekennzeichnet, welcher die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben seitens des Gesamtstaates (Bundesrepublik Deutschland) durch entsprechende Umverteilung der steuerlichen Einnahmen regelt (Artikel 104a-115 des Grundgesetzes). Dieser Finanzausgleich führt sowohl dem Bund wie auch den Ländern und Kommunen öffentliche Mittel zu, die die Grundlage der Haushaltsplanung bzw. der diesbezüglichen öffentlichen Aufgabenerfüllung auf diesen drei Ebenen der inneren Verfaßtheit der BRD bilden. In diesem Zusammenhang ist die Garantie und die Kalkulierbarkeit der über den Finanzausgleich zufließenden öffentlichen Mittel die Grundlage für jene Aufgabenwahrnehmung — und damit zugleich für das eigenständige Leben jener drei Ebenen. Der gebietliche Gleichstand der BRD ist unwiderlegbar die Voraussetzung für die kontinuierliche Gewährleistung dieses Mechanismus des Finanzausgleichs. Andersherum gesprochen: Jede expansiv fortschreitende Veränderung des Gebietsstandes der BRD muß zu einer nicht mehr kalkulierbaren, sprunghaften Veränderung im Mittelaufkommen und den Proportionen des Finanzausgleichs führen. Das bedeutet, daß die davon betroffenen Ebenen ihre jeweiligen Haushalte nicht mehr ordentlich planen und dementsprechend ihre öffentlichen Aufgaben nicht mehr ordentlich wahrnehmen können. Auf diese Weise wird ihr Eigenleben zunächst unkalkulierbar, dann durch ein System von „Aushilfen“ von „oben“ unterhöhlt und schließlich durch das Weisungssystem, das den „Hilfen“ folgt, ganz zerstört.

Auf der Länderebene gibt es seit einigen Wochen Stellungnahmen, die belegen, daß eine solche Bedrohung existiert — sie wird festgemacht an der Funktion des Grundgesetzartikels 23 im Anschlußkonzept der Bundesregierung gegenüber der DDR. (15)

Dieser Artikel besagt, daß das „Grundgesetz ... zunächst im Gebiet der Länder ...“ (der BRD — Red.) gilt. „In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ Wie hier deutlich wird, war es den Verfassungsgebern nicht möglich, das Expansionsziel „Deutschland“ (d.h. einen irrealen Staat) unter Verzicht auf die Organisation eines realen Staates (das Völkerrechtssubjekt BRD) zu organisieren. Das belegt, daß sie sich des völkerrechtswidrigen Charakters jener expansionistischen Verfassungsbestimmungen bewußt waren. Der auf diesen irrealen Staat „Deutschland“ hinzielende Expansionismus stellt jedoch nicht nur eine Mißachtung des Völkerrechts dar, sondern er stellt auch eine Bedrohung für den oben angesprochenen Bestand des realen Staates (BRD) dar. Dies wird anhand der Zweckbestimmung des Grundgesetzartikels 23 deutlich:

Unter der Zwischenüberschrift „Die Anschlußklausel des Satzes 2“ stellt der bereits oben herangezogene Standardkommentar folgendes fest:

„Es ist nicht in das Belieben des Bundes gestellt, ob er eine Beitrittsklärung annehmen will oder nicht. Vielmehr gewährt Art. 23 Satz 2 dem sich anschließenden Teil Deutschlands ein Recht auf den einseitigen Erwerb der Bundeszugehörigkeit, genauer: er versagt offenbar den Organen des Bundes die Möglichkeit, einen ordnungsgemäßen Beitritt zurückzuweisen.“ (16)

Diese vorgegebene Festlegung des Bundeshandelns entkoppelt faktisch den Zentralstaat von den Gliedstaaten — denn die Veränderung des „Ganzen“ betrifft die Existenz beider Seiten, sie wird aber hier zur ausschließlichen Sache der einen Seite gemacht. Denn daß der Bund sich nicht gegen die Ausdehnung des Territoriums der BRD wenden darf, verpflichtet ja nicht nur die Bundesregierung in diesem Sinne — sondern ermöglicht ihr vor allem eine entsprechende Politik der Bestandsveränderung der BRD frei von jedweder Behinderung durch die Länder. Der Artikel 23 verabsolutiert somit den einen Teil des Gesamtstaates (Bund) gegenüber dem anderen Teil (Länder) und

jederzeit abberufen und den Amtsbezirk dieser Statthalter selber bestimmen konnte.

In einem 1937 veröffentlichten staatsrechtlichen Beitrag über „Die Rechtsstellung der deutschen Länder in der Gegenwart“ wird folgendes zu den Umwälzungen ausgeführt, die auf der Grundlage jener o.a. Gesetze bzw. Verordnungen erfolgen:

...Auf dem Nürnberger Parteitag von 1933 hat Adolf Hitler in seiner Rede vom 1. September richtungsweisend erklärt: „Die nationalsozialistische Bewegung ist ... nicht der Konservator

degradiert auf diese Weise faktisch die föderative Verfaßtheit dieses Gesamtstaates zur Bedeutungslosigkeit.

Aktuelle Vorgänge, die genaueste Beobachtung verdienen

In der aktuellen Entwicklung fallen hierzu folgende Sachen auf, zu denen es Lehren aus der oben (im 2. und 3. Teil) behandelten Expansion des „3. Reichs“ gibt:

Im Zusammenhang mit der Darlegung der Einzelverantwortlichkeit der angeklagten Mitglieder der Regierung des Reichskanzlers A. Hitler behandelt das Urteil des Nürnberger Tribunals auch die Tätigkeit des preußischen Innenministers bzw. gleichzeitigen Reichsinnenministers und späteren Generalbevollmächtigten (ab Sept. 1938) für die Verwaltung des Reichs, Dr. Frick, als Organisator der großdeutschen Staatsbildung und Neuordnung Europas — und zwar vermittels des Regimes der Zentralstelle. In einer im US-Exil publizierten Untersuchung aus dem Jahre 1942 wird dazu folgendes ausgeführt:

„Trotz der Vielfalt von Kontrolltypen im besetzten Europa ist die Kontrolle von Wirtschaft, Arbeit und Polizei durchaus einheitlich. Es gibt dazu eine Institution, die die Vereinheitlichung in allen Verwaltungsebenen vornimmt, das Reichsministerium des Innern. Das Ministerium trat als vereinheitlichendes Koordinationsglied der Verwaltungen in den besetzten Ländern zuerst zur Zeit der Eingliederung Österreichs auf. Durch Anordnung vom 16. März 1938 wurde eine „Zentralstelle des Reichs für die Wiedervereinigung“ errichtet und das Reichsministerium des Innern mit den Funktionen der Zentralstelle betraut. Ihre Aufgabe lag in der Koordina-

tion aller gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen, die das Reich für die Eingliederung Österreichs erließ. Diese „Wiedervereinigungsstelle“ wurde insbesondere damit betraut, eine einheitliche Verwaltungsstruktur zu schaffen und die Einheitlichkeit aller Reichsmaßnahmen auf gesetzlichem Gebiet zu garantieren. Zu ihren Pflichten gehörte die Vorbereitung aller legislativen und administrativen Anordnungen in dem einverleibten Gebiet und sodann die Sicherung der Übereinstimmung mit dem Reichskommissar für Österreich. Daher ist die Zentralstelle ... das Innenministerium selbst. Auch nach der Abschaffung des Reichskommissars für Österreich blieb sie weiterbestehen und hat diese Funktion für alle annektierten, angeschlossenen und besetzten Gebiete bis zum heutigen Tag (1942 — Red.) behalten.“ (17)

Unseres Erachtens wird man die Tätigkeit des am 7.2.1990 eingesetzten Kabinettsausschusses „Deutsche Einheit“ (Vorsitz: Bundeskanzler Kohl) im Lichte jenes Regimes der Zentralstelle beobachten müssen — dies gilt auch für ähnlich geartete Instanzen, die bereits eingesetzt wurden oder noch eingesetzt werden. Diese Tätigkeit organisiert sich in sechs Arbeitsgruppen. Sie hat am 7.3. zur Vorlage einer Analyse bzw. Handlungsanleitung hinsichtlich der „Staatsstrukturen und öffentlichen Ordnung“ einer vermittels Art. 23 GG um die DDR erweiterten BRD geführt. (18)

Weiter oben wurde aus einem Beitrag zur Rechtsstellung der Länder im Jahre 1937 zitiert; darin wurde auf Aussagen des Reichsinnenministers Frick zur „Neugliederung des Reichs“ Bezug genommen. Frick zufolge müsse sie nach „geographischen, volklichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ erfolgen. Des weiteren wird auf einen

Staatssekretär Pfundtner Bezug genommen, der erklärt hatte, daß diese „Neugliederung des Reichs“ unter anderem „leistungsfähige Gebilde“ schaffen müsse.

Im Hinblick darauf wird man unseres Erachtens auch den Vorstoß des Bayerischen Staatsministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Dr. Georg von Waldenfels (CSU), weiter beobachten müssen. In einem Zeitungsbeitrag, der sich mit der Möglichkeit des „Beitritt(s) der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 ... schon am 6. Mai“ (Kommunalwahlen in der DDR) befaßt, stellt er folgendes fest:

„Der Beitritt der gesamten DDR als zwölftes Bundesland müßte mit der Bedingung verbunden werden, in dem neuen deutschen Staatsgebilde eine Neugliederung der Länder durchzuführen. Zu Recht hat in der Bundesrepublik erst kürzlich der Hamburger Senator Horst Gobrecht (SPD) über einen Zusammenschluß von Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu einem „Nordstaat“ nachgedacht. Auch das Saarland, das ohne die etwa 22 Milliarden Mark Bundeshilfe die letzten fünf Jahre nicht überlebt hätte, kann kein eigenes Bundesland bleiben. Auch mit den fünf „alten Ländern“ in der DDR entstünden fünf neue, nicht lebensfähige Kostgänger des Bundes. Die Länder in Deutschland müssen neugebildet werden ... Die Einrichtung einer Vielheit von Kostgängern des Bundes, die ohne seine Finanzzuweisungen nicht lebensfähig wären, entspricht nicht dem föderalen Prinzip. Die erforderliche Neuordnung des Bundesgebietes wird dies berücksichtigen müssen.“ (19)

Die oben behandelte Tendenz zur großdeutschen Zentralstaatsbildung ist somit nicht nur durch Ansätze eines

Zentralstellen-Regimes sowie Ansätze zur Zerstörung des föderativen Bestandes der BRD gekennzeichnet. Sondern sie ist auch gekennzeichnet durch den Anspruch auf alleinige Hoheit über das gesamte Steueraufkommen, d.h. auf die alleinige Verfügungsgewalt der Zentralen über die öffentlichen Mittel — das ist doch der tiefere Sinn von dieser staatsrechtlichen Auffassung, die Länder als „Kostgänger des Bundes“ zu behandeln sucht. Es ist nicht zu übersehen, welchen Interessen diese Elemente jener aktuellen Tendenz zur großdeutschen Zentralstaatsbildung dienen. Es sind dieselben ökonomischen Expansionsinteressen, die auch schon in der Politik der vom Nürnberger Tribunal angeklagten Reichsregierung wirksam waren.

huh, maf (BWK)

- (1) H. Teltchik, „Die Bundesrepublik Deutschland und Polen — eine schwierige Partnerschaft im Herzen Europas“, in: Außenpolitik 1/1990, S. 3-14
- (2) H. Kohl, „Herausforderungen und Perspektiven für die neunziger Jahre“, abgedruckt in: Bulletin — Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 8/1990, S. 53ff.
- (3) dtv dokumente (Nr. 2902): „Das Urteil von Nürnberg 1946“, 4. Auflage, München, 1979, S. 22ff.
- (4) F. von Papen, „Der Wahrheit eine Gasse“, München 1952, S. 384-385
- (5) „Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November-1. Oktober 1946“, Bd III — Nürnberg 1947, S. 366-368
- (6) abgedruckt in einer Beweisurkunde des Nürnberger Tribunals: „Dokumente der Deutschen Politik“, Berlin 1940, S. 147-149
- (7) A. Himstedt, „Das Programm der NSDAP wird erfüllt!“, München 1942, S. 9ff.
- (8) dtv dokumente, a.a.O. S. 95; außerdem dazu: F. Neumann, „Be hemoth — Struktur und

- Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944 hier Anhang 1. Teil. „V. Gebiet und Westdes Großdeutschen Reiches“, S. 583-614, und Hauptwerk 1. Teil, S. 216-230: USA-Ausgabe: 1942, 1944, 1963 — deutsche Ausgabe: Frankfurt/Main 1977
- (9) dtv dokumente, S. 28
- (10) Reichsgesetzblatt, 1934 Teil I, S. 75
- (11) Reichsgesetzblatt, 1934 Teil I, S. 81
- (12) Reichsgesetzblatt, 1934 Teil I, S. 65-66
- (13) E. Becker, „Die Rechtsstellung der Länder in der Gegenwart“, in: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, Tübingen, Jg. 1937, S. 462-498; außerdem: C. Dernedde, „Ämterverbindungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden“, dieselbe Zeitschrift, Jg. 1938, S. 704-734
- (14) T. Maunz, G. Düring, R. Herzog, R. Scholz, Grundgesetz-Kommentar, München — Stand 1978
- (15) Stellungnahmen aus Baden-Württemberg und dem Saarland, Handelsblatt 9./10.3.1990 und 13.3.1990
- (16) siehe Anm. 14
- (17) F. Neumann, a.a.O. in Anm. 8, S. 590-591
- (18) International Herald Tribune, 8.2.1990, Handelsblatt, 8.3.1990
- (19) Welt am Sonntag, 18.3.1990, S. 9; in einem Beitrag von T. Maunz, „Gegenwärtige der gemeindlichen Finanzverfassung“ (Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft, Jg. 1939, S. 87-115) wird u.a. folgendes festgestellt, was hier von Interesse ist:
- „Die Finanzverfassung des Staates und der Gemeinden ist ein Stück der politischen Verfassung ... Finanzverfassungen können nur dann gefestigt sein, wenn der politische Gesamtzustand gesichert ist, in dem sie stehen ... Änderungen der Finanzverfassung sind auch allgemein verfassungsbildende Vorgänge. So ergibt sich ... eine Wechselwirkung von politischer und finanzieller Gestaltung ... Die unbedingte Eigenwirtschaft der Gebietskörperschaften verhindert den Bestand eines starken Staats; der Übergang zur finanziellen Einheitswirtschaft der öffentlichen Sphäre öffnet das Tor auch zum politischen Einheitsreich.“

Welcher Weg zur Auflösung der Nachkriegsordnung?

Die Teilung Deutschlands, die deutsche Frage — im Unterschied zu den Gebietsübertragungen an Polen und die Sowjetunion — ist das Produkt des kalten Krieges. Die Spaltung Europas fand in der deutschen Zweistaatlichkeit ihren konzentrierten Ausdruck. Die Überwindung der Spaltung und damit der Zweistaatlichkeit Deutschlands setzte das Ende der Blockkonfrontation voraus. Das langfristige Ziel der westdeutschen Entspannungspolitik war deshalb, Wege zur Überwindung der Blöcke zu eröffnen. Gegenüber der DDR sollte durch eine größtmögliche Zahl von Verbindungen der Herausbildung von staatlicher, kultureller und ökonomischer Eigenständigkeit entgegenge wirkt, Gemeinsamkeiten gefördert werden. Die Grenzen durchlässiger machen, Wandel durch Annäherung — dies waren die Schlagworte; unter denen die Deutschlandpolitik betrieben wurde.

Die Politik der Kabinette Adenauer und Erhardt hatte die politischen Voraussetzungen zur Schaffung der ökonomischen Basis eines wiedererstarkten deutschen Staates im Westen herbeigeführt, die Transformation der Gesellschaft zu einer modernen kapitalistischen Bewegungsspielraum im Westen eröffnet. Die Notstandsgesetze markieren einen gewissen Schlußpunkt dieser Phase. Durch sie wurden mit Ausnahme der Rechte der Alliierten, die Deutschland als Ganzes betreffen, alle wesentlichen Besatzungsrechte abgelöst. Es bedurfte der großen Koalition, um die Notstandsgesetze durchzusetzen. Dieselbe Regierungskoalition unternahm dann auch die ersten Schritte, eine neue Politik einzuleiten, die der drohenden außenpolitischen Isolierung entgegenwirken sollte, die sich aus einem weiteren Festhalten an der Hallstein-Doktrin, der selbstgewählten Isolation von den Staaten des Warschauer Pakts, zu ergeben drohte. Die Versuche, eine neue Ostpolitik zu konzipieren, scheiterten jedoch an den Gegensätzen in der Union und führten zur kleinen Koalition aus SPD und FDP. (1)

Der unmittelbare Zweck dieser Politik war, aus dem politischen Zwerg BRD einen Staat zu machen, der international voll handlungsfähig ist. Dazu war der Abschluß der Ostverträge unumgängliche Voraussetzung. Es gab jedoch auch ein langfristigeres Ziel dieser

Politik: Voraussetzungen der Heranführung der DDR an die BRD zu schaffen. Erst auf ihrem Berliner Parteitag hat sich die SPD erneut dieses Inhalts gerühmt. Ein weiteres Vorschreiten auf den erfolgreichen Pfaden der Ost- und Entspannungspolitik wurde durch die Konfrontationspolitik der Reagan-Ära in Frage gestellt. Deshalb das Drängen der westdeutschen Bourgeoispolitik auf Fortsetzung und zweite Phase der Entspannungspolitik. Die Bewertung des Wegs, auf dem die bundesdeutsche Bourgeoispolitik ihren Machtausbau betreibt, war auch in den bisherigen Ausgaben der Beilage umstritten. Der hier dargelegten Position wurden immer wieder Szenarien der aggressiven, tendenziell auch militärisch durchgesetzten Eroberungspolitik gegenüber dem Warschauer Pakt entgegengestellt, die auf der Annahme von weitgehender Interessengleichheit verschiedener imperialistischer Staaten beruhen. (2) Heute fährt die westdeutsche herrschende Klasse den Erfolg der Ost- und Entspannungspolitik ein, die durch den Zerfall des Warschauer Pakts und den Wechsel in der Außenpolitik der UdSSR hin zur Gorbatschowschen Politik des Gemeinsamen Hauses auf fruchtbaren Boden fällt. Deshalb ist es wichtig, diese außenpolitischen Bedingungen der Vereinigung von BRD und DDR realistisch einzuschätzen, um zu einer Kritik zu kommen, die trifft, und nicht in einer moralischen Ablehnung einer vermeintlichen Kontinuität zur Eroberungspolitik des deutschen Reichs hilflos verfangen zu bleiben.

Im Kurzschluß zur Einheit

Der Zusammenhang von deutscher Frage und Blockkonfrontation in Europa hatte bis vor einigen Wochen eindeutige Bedingungen für die Möglichkeit der Vereinigung von DDR und BRD festgelegt. Sie war nur unter der Voraussetzung denkbar, daß eine neue europäische Ordnung aus der Taufe gehoben wurde, die eine durch Zugehörigkeit zu den Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt bestimmte Ordnung ablöst. Der Bewegungsspielraum der Außenpolitik der westdeutschen Bourgeoisie war damit begrenzt durch die Notwendigkeit, eine Einigung der europäischen Mächte und der Supermächte USA und UdSSR über diese zukünftige Ordnung herbeizuführen. Das Ziel der staatlichen Einheit konnte nur als ab-

hängige Größe in diesem Spiel verfolgt werden.

Auf diesen Zusammenhang ist zurückzuführen, daß Bundeskanzler Kohl noch einige Monate vor dem Fall der Mauer davon sprach, die deutsche Frage stehe nicht auf der Tagesordnung der Geschichte. Auch der Kohlsche 10-Punkte-Stufenplan baut auf den genannten Voraussetzungen auf. Sofortmaßnahmen, Wirtschaftsreformen in der DDR, Vertragsgemeinschaft und konföderative Strukturen sollten ein Maximum an Annäherung der DDR an die BRD sicherstellen. Soweit irgend möglich, waren Fakten zu schaffen. Die staatliche Einheit blieb jedoch vorerst ein Ziel, das erst in unbestimmter Zukunft zu verwirklichen war, abhängig von Tempo und Ergebnis der Umwälzung der Machtverhältnisse in Europa. „Wir sind uns bewußt, daß sich auf dem Weg zur deutschen Einheit besonders schwierige Fragen stellen, auf die wir heute noch nicht abschließend antworten können. Dazu gehört vor allem die Frage übergreifender Sicherheitsstrukturen in Europa. Die Verknüpfung der deutschen Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung und den West-Ost-Beziehungen — wie ich sie in den zehn Punkten eben erläutert habe — ermöglicht eine organische Entwicklung, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt und ein friedliches Zusammenleben in Europa garantiert.“ (3)

Die Prioritätenliste — zuerst neue europäische Ordnung, dann staatliche Einheit von DDR und BRD — ist jedoch Ende Januar dieses Jahres abgeändert worden. Bei dem Anlaß eines Arbeitsbesuches des Ministerpräsidenten Modrow am 30. Januar in Moskau signalisierte Gorbatschow seine Bereitschaft, einer Vereinigung von BRD und DDR zuzustimmen. Die Sowjetunion habe „prinzipiell“ nichts gegen die Vereinigung, und er sei der Meinung, daß darüber auch unter den vier Siegermächten Einvernehmen herrsche. Modrow vertrat nach dem Gespräch mit Gorbatschow die Auffassung, es käme jetzt darauf an, sich der „Frage für ein einiges Vaterland ... mit Entschiedenheit zuzuwenden“. (4) Damit war eine neue Dynamik in der deutschen Frage eröffnet. Gorbatschow hatte den Schlüssel zur Einheit ins Schloß der diplomatischen Verhandlungen über einen beschleunigten Weg zur staatlichen

Verschmelzung der DDR mit der BRD gesteckt.

Wie war es zu diesem Sinneswandel des Staatschefs der UdSSR gekommen? Vieles deutet darauf hin, daß es sich dabei um den Bestandteil eines Pakets von Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA handelt, an deren Zustandekommen die BRD-Diplomatie nicht unwesentlich beteiligt war.

Truppenabbau, KSZE-Prozeß, NATO-Mitgliedschaft

In der letzten Januarwoche und den ersten Tagen des Februars wurden der Weltöffentlichkeit die Elemente dieses Vereinbarungspaketes offenbar. Wesentliche Elemente sind darin das Eingehen der USA auf einen Truppenabbau in Mitteleuropa, der auch zu einer Reduzierung ihrer eigenen Truppen in Deutschland führt, das Abgehen der USA von ihrer Weigerung, an einer KSZE-Folgekonferenz noch in diesem Jahr teilzunehmen und der sogenannte Genscher-Plan als Kompromißangebot in der Frage der NATO-Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands wie auch der sich vom Warschauer Pakt lösenden Staaten Osteuropas.

Schon am 29. Januar, dem Tag, an dem Modrow die Übereinkunft des Runden Tisches bekanntgab, die Wahlen in der DDR auf den 18.3. vorzulegen und eine Regierung der nationalen Verantwortung bis zu den Wahlen zu installieren, gab es Zeichen neuer Bewegung in den Abrüstungsverhandlungen. Der Chefdelegierte der UdSSR erklärte in Wien die Bereitschaft seines Staates, in einer zweiten Phase des VKSE-Abkommens sämtliche Truppen aus Osteuropa abziehen unter der Voraussetzung, daß auch in Westeuropa alle fremden Truppen abziehen. Der US-Verteidigungsminister Cheney gab im Rahmen der Haushaltsberatungen die Schließung von Stützpunkten in Deutschland (Zweibrücken), Italien, GB, Griechenland, Türkei und Südkorea bekannt. Das geplante Budget der US-Armee läuft auf eine reale Kürzung um 2% hinaus.

Dies nimmt sich im Nachhinein wie ein Vorgeplänkel zu der Ankündigung aus, die der US-Präsident Bush am 1. Februar in seinem Bericht zur Lage der Nation machte: Bush schlug die beiderseitige Reduzierung der Truppenstärken von USA und UdSSR in Mittel- und Osteuropa auf einen Stand von 195000

vor. Nachdem der ungarische Ministerpräsident Nemeth einige Tage zuvor den baldigen Beginn von Verhandlungen mit der UdSSR über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn angekündigt hatte, war dies gleichsam der Verzicht, aus der Ablösung der osteuropäischen Staaten vom Warschauer Pakt einen weiteren, besonderen Vorteil zu ziehen. (5) Stattdessen wurden die Truppenreduzierungen der UdSSR mit Bushs Vorschlag in den europäischen Abrüstungsprozeß eingebettet.

Am 2. Februar folgte mit der Ankündigung des US-Außenministers Baker, die USA seien bereit, noch in diesem Jahr an einer KSZE-Folgekonferenz teilzunehmen, ein weiterer wesentlicher Schritt des Entgegenkommens gegenüber der UdSSR. Ursprünglich wollte die US-Administration an der von Gorbatschow vorgeschlagenen Konferenz nur unter der Bedingung teilnehmen, daß sich ihre Tagesordnung auf die Unterzeichnung des in Wien auszuhandelnden Vertrags über beiderseitige Truppenreduzierung beschränken sollte. Jetzt wurden diese Vorbehalte aufgegeben und damit der Weg frei für Beratungen über weitergehende Fragen einer zukünftigen europäischen Sicherheitsordnung. (6)

Schon am 31. Januar, dem Tag nach den bahnbrechenden Feststellungen Gorbatschows, äußerte sich der bundesdeutsche Außenminister Genscher dazu, wie die staatliche Vereinigung von BRD und DDR unter den neuen Bedingungen international abgesichert werden könnte. Er umriß diejenigen Vorschläge, die dann als Genscher-Plan bezeichnet wurden, ausgehend von der Feststellung, die Ausführungen Gorbatschows gäben „den Weg frei für eine konstruktive und auf Dynamik in Stabilität bedachte Europa- und Deutschlandpolitik.“ (7) Im Konkreten schlug er vor, ein vereinigtes Deutschland solle Mitglied der NATO sein — was der US-amerikanischen Vorbedingung für eine Vereinigung genüge tut —, das Gebiet der heutigen DDR jedoch nicht von der Militärstruktur der NATO erfaßt werden. Ein solcher Weg zum vereinten Deutschland schloße die Anerkennung der Grenzen mit allen Nachbarstaaten ein. Diese Elemente wurden auch im NATO-Rat am 2. Februar als denkbare Wege zur Lösung der deutschen Frage akzeptiert, auch unter Einschuß der Möglichkeit des Verbleibs

von Truppen der UdSSR auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zur Kontrolle der Einhaltung der Vereinbarungen (8).

„Erst Einheit durch Abrüstung dann sehen wir weiter“

Am 2. Februar, dem Tag, an dem Baker die Bereitschaft der USA bekanntgab, an einer KSZE-Konferenz in diesem Jahr teilzunehmen, reiste Genscher zu einem kurzfristig vereinbarten Gespräch mit Außenminister Baker nach Washington. Zuvor gab er eine Reihe von Rundfunk- und Fernsehinterviews, in denen er es nicht an Deutlichkeit mangeln ließ, was die Ziele der westdeutschen Außenpolitik in der neuen Situation betrifft. Er drängte auf die Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der UdSSR, stellte heraus, daß statt einer deutschen Neutralität in Zukunft kooperative Strukturen der Sicherheit in Europa angestrebt werden sollten. „in denen schließlich auch die Bündnisse aufgehen könnten“. Zum Zweck der Schaffung solcher Strukturen sei ein KSZE-Treffen noch 1990 nötig. Weiterhin wandte er sich erneut gegen eine Neutralität Deutschlands sowie gegen die Ausdehnung der militärischen Integration der NATO auf das jetzige Gebiet der DDR.

Die durchaus aktive Rolle der von ihm betriebenen Außenpolitik in der Herbeiführung einer solchen Perspektive der europäischen Entwicklung brachte er unzweideutig zum Ausdruck: „Wir wollen die Bündnisse zur Kooperation zwingen und nicht etwa ein Land in ein anderes Bündnis hinüberziehen.“ Daß es gegenüber dem Warschauer Pakt keinerlei Zwang bedarf, um auf ein System der Sicherheitspartnerschaft und Kooperation zuzusteuern, ist ein offenes Geheimnis, umso mehr angesichts der gegebenen Auflösungsstendenzen dieses Bündnisses. Sicherheitspartnerschaft und europäisches Haus sind erklärte Ziele Gorbatschows. Wenn Genscher hier von Zwang redet, dann bleibt nur die NATO. Umgekehrt handelt es sich bei der Zusicherung, daß es nicht darum gehe, ein Land in die NATO herüberzuziehen, wenn das vereinigte Deutschland Mitglied der NATO bleibt, um die *Eröffnung eines Wegs zur deutschen Einheit*, der der US-amerikanischen Forderung nach NATO-Mitgliedschaft Deutschlands entgegenkommt. Genscher zählt dabei darauf, daß Gorbatschow mittlerweile in den Bündnissen einen „stabilisierenden Faktor“ sehe.

Es gehe jetzt um weitere Abrüstung, die die Hindernisse beseitigen müsse, die der gesamteuropäischen Einigung und der deutschen Vereinigung im Wege stünden. Weil die Entwicklung in Deutschland schnell vorangehe, gehe es jetzt darum, *Ausblicke für die europäische Entwicklung zu eröffnen*, „in der sich aber die deutschen Staaten *schon vorher* enger verbinden“ könnten. (9) In diesen Äußerungen kommt eine Umwertung der Abhängigkeiten von neuer europäischer Machtverteilung und deutscher Einigung zum Ausdruck. Die Bündnisse sollen jetzt als Moderatoren der Abrüstung auch die Möglichkeit der Vereinigung schaffen. Über die zukünftige Ordnung in Europa wird dann weiterverhandelt, aber mit einem vereinigten Deutschland als Teilnehmer, das sein gewachsenes Gewicht in den Verhandlungen geltend machen kann, und dessen Zustandekommen dann nicht mehr an die Einigung der Teilnehmerstaaten über eine neue Ordnung gebunden ist. Nach dem Gespräch mit Baker hob Genscher die Einigkeit in den entscheidenden Fragen hervor. „Genschers Aussage, daß man eine östliche Ausdehnung des bisherigen NATO-Gebiets übereinstimmend nicht für wünschbar hält, widersprach Baker nicht. Sehr befriedigt zeigte sich der Bonner Außenminister über die grundsätzliche Zustimmung Bakers zu einer neuen KSZE-Gipfelkonferenz noch in diesem Jahr (Helsinki II)“ und sprach sich für engere politische Beziehungen zwischen Washington und der EG aus. (10)

Der Tanz mit den Elefanten

Damit waren die Voraussetzungen einer beschleunigten Vereinigung mit dem Vertreter der Supermacht USA unter Dach und Fach gebracht. Genscher dürfte darüberhinaus mit Baker die Marschroute für die Gespräche abgesteckt haben, die sie in der darauffolgenden Woche in Moskau führen wollten. Genscher im Gespann mit Kohl. Die eilig anberaumte Moskau-Reise erbrachte denn auch die offizielle Bestäti-

gung des neuen Kurses. Gorbatschow signalisierte, daß er von einer raschen Vereinigung ausgehe. Er sagte: „Es gibt zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR keine Meinungsunterschiede mehr darüber, daß die Frage der Einheit der deutschen Nation nur von den Deutschen selbst entschieden werden soll und daß sie selbst wählen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchen Fristen, mit welchem Tempo und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit verwirklichen werden.“ (11) Den Presseberichten zufolge legte Gorbatschow keine weiteren Bedingungen vor, die er an diesen Freibrief knüpfte. Die Zusicherung der BRD-Politiker, daß ein vereinigtes Deutschland die Lieferverpflichtungen der DDR an die UdSSR übernehme, wird für die westdeutsche Bourgeoisie sicher kein großes Opfer bedeuten, angesichts der Konkurrenzvorteile, die das auf dem Ostmarkt eröffnen mag.

Der FAZ-Berichtersteller Gennrich konnte aus der sektseligen Atmosphäre der Luftwaffen-Boeing, die die bundesdeutschen Akteure nach Bonn zurückbeförderte, berichten, daß der westdeutsche Außenminister sein Projekt der Loslösung der deutschen Einheit von der endgültigen Regelung zukünftiger europäischer Machtverhältnisse auf gutem Wege sieht: „Genscher sieht einen Vertrag kommen, der das Recht der Sowjetunion festlegt, Streitkräfte in diesem Gebiet (der jetzigen DDR, d.V.) zu unterhalten, *bis* die Struktur einer europäischen Friedensordnung klar hervortritt *oder solange* amerikanische Truppen in Deutschland anwesend sind.“ (12)

Die Zustimmung der zweiten Großmacht war damit perfekt, der Weg zu den „zwei-plus-vier“-Verhandlungen eröffnet, auf die sich die alliierten Siegermächte und die deutschen Staaten in Ottawa einigten. Die Außenpolitik der westdeutschen Bourgeoisie hatte es erfolgreich zuwege gebracht, sogar unter Umgehung — oder krasser gesagt Ausschaltung — Frankreichs und Großbritanniens (13) zu einer Übereinkunft mit den beiden Supermächten zu kommen, die den Weg eines beschleunigten Einigungsprozesses eröffnet. Ich will dazu noch einmal Gennrich mit seinen Eindrücken aus der Bundeswehrmaschine zu Wort kommen lassen: „Den Deutschen nützte das Zusammenspiel mit Baker. Genscher hatte vor einer Woche an Bakers Kamin in Washington die Eckpunkte für Moskau festgelegt: Gespräche der beiden deutschen Regierungen mit den vier Siegermächten und als Fluchtpunkt dieser perspektivischen Linien das KSZE-Treffen. Baker bereitete in Moskau den Boden. Er trug diese beiden Vorstellungen vor und zwar in einer Gewichtung, auf die es der Bundesregierung ankommt. Demnächst sollen nicht die vier Mächte, *über* Deutschland entscheiden, es soll nicht die Formel *vier plus zwei* für die Kontakte benutzt werden, sondern es heißt nun in umgekehrter Reihenfolge *zwei plus vier*“. (14) Der FAZ-Berichtersteller hat die ganze Sache in der Tradition der US-Freundlichkeit seines Blattes wahrscheinlich nur etwas zu einseitig dargestellt. Es liegt nahe, daß die BRD in den Schlüsselfragen — Vereinbarung über Truppenreduzierung und KSZE-Konferenz — den Mittler zwischen Gorbatschow und Bush gespielt hat. Somit hatte auch der Staatschef der UdSSR Veranlassung, den Wünschen der BRD-Politiker entgegenzukommen. Fritz Ullrich Fack, der in einem Kommentar in der gleichen Zeitung kolportiert, was Gorbatschow zur Begründung seiner Position gesagt habe, verrät da wohl etwas mehr über die Hände, die hinter dem abgemachten Geschäft stecken: „Vierzig Jahre konsequenter Mitarbeit am Weltfrieden, so ungefähr hat Gorbatschow in Moskau gesagt, mußten nun auch ihren Lohn finden. Alles andere, einschließlich der Neutralitätsforderung, sei unwürdig und „erniedrigend““ (15)

Es ist nicht nötig, darüber zu spekulieren, wie direkt der Einfluß der westdeutschen Politik auf das Entgegenkommen der USA gegenüber der UdSSR war, obwohl Indizien dafür sprechen, daß ein solcher Einfluß vorhanden war, angefangen bei den Hinweisen Genschers vom 31. Januar auf zahlreiche Telefongespräche mit Schewardnadse, in denen er den Eindruck gewonnen habe, daß die Moskauer Führung über zutreffende Analysen, Realismus und Weitblick verfüge, bis hin zu dem oben zitierten Bekenntnis zur Anwendung

von Zwang gegenüber den Bündnissen. Jenseits von alledem liegen die Entscheidungen der US-Führung objektiv auf der Linie dessen, was das westdeutsche Außenamt immer wieder einfordert: Gorbatschow durch weitere Abrüstung helfen, damit Perestroika — sprich der wachsende Einfluß der BRD in Osteuropa — nicht zusammenbricht; die Rüstung im Bereich atomarer Kurzstreckenwaffen durch weitere Abrüstungsvereinbarungen überflüssig machen; den KSZE-Prozess als Herzstück der gesamteuropäischen Architektur energisch vorantreiben, wie es im Punkt acht des Kohlschen 10-Punkte-Plans heißt. Schließlich ist auf das dauernde Drängen Genschers auf ein Gesamtkonzept der NATO für die Abrüstungsverhandlungen zu verweisen.

Gewachsener Handlungsspielraum der (bundes)deutschen Bourgeoisie

Es wäre verfehlt, das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen einfach als Erfolg des Westens und ausschließliches Produkt der Schwäche der UdSSR auszulegen. Gorbatschow ist mit den Abkommen, die in den nächsten Monaten abgeschlossen werden, seinen außenpolitischen Zielen ein gutes Stück nähergekommen. Mit beiderseitigen Truppenreduzierungen wird der militärische Rückzug der UdSSR aus Ungarn und der CSSR seinen Niederschlag im militärischen Kräfteverhältnis finden, und zwar nicht nur zuungunsten der UdSSR. Mit dem Eingehen der USA auf Festlegung gleicher Truppenstärken der beiden Supermächte in Mittel- und Osteuropa ist Gorbatschow seinem Ziel eines Europas ohne US-Truppen ein Stück näher gekommen. In den Zielen Gorbatschows gibt es allerdings gewisse Widersprüche, deren sich die Außenpolitik der westdeutschen Bourgeoisie bedienen konnte. Das Hauptziel, von der alten Blockkonfrontation wegzukommen hin zu einer neuen Ordnung, in der die Sicherheit der UdSSR möglichst durch Abwesenheit von US-Truppen garantiert ist, ist nur zu erreichen, wenn auch westeuropäische Interessen für den Abzug der USA mobilisiert werden können. Gleichzeitig soll verhindert werden, daß auf dem europäischen Kontinent im Westen der UdSSR ihr eine ihr ebenbürtige neue Macht entgegentritt. Dazu gilt es, die verschiedenen westeuropäischen Mächte möglichst klein und auseinander zu halten.

Solange das Interesse der BRD an Entspannungspolitik bestand, weil damit ihr politisches Gewicht vergrößert und die Chancen für einen Anschluß der DDR erweitert wurden und gleichzeitig die Furcht Frankreichs und Großbritanniens vor einem vereinigten Deutschland bestand, waren beide Ziele gut miteinander vereinbar. Jetzt, wo sich der Zerfall des Warschauer Pakts beschleunigt hatte und das Ausbluten der DDR in einem unerwartet rasanten Tempo vor sich ging, sieht es so aus, als ob die UdSSR die BRD zur Erzielung eines entscheidenden Durchbruchs an der Hauptfront der Abrüstung nötig hatte. Die westdeutsche Außenpolitik hat sich dies zunutze gemacht und der UdSSR in der deutschen Frage einiges an Spielraum abgerungen. Mit dem Angebot eines vereinigten Deutschland in der NATO bei gleichzeitiger Entmilitarisierung des DDR-Gebietes ist denjenigen im Westen der Wind aus den Segeln genommen, die die Forderung nach NATO-Mitgliedschaft Deutschlands als Garantie gegen die Einverleibung der DDR ansahen. Die UdSSR hat mit dem Zugeständnis, daß DDR und BRD über Form, Fristen und Bedingun-

gen der Einheit bestimmen, einiges an Vorrechten der Alliierten betreffs Deutschland als Ganzes zur Disposition gestellt.

Im Effekt wird die BRD respektive das vereinigte Deutschland nun gewachsene Wahlmöglichkeiten haben, was die zukünftige Machtbalance in Europa betrifft. Nutzt es den Fortgang des KSZE-Prozesses, um zwischen der UdSSR, den Staaten Westeuropas und den USA die Position einer ungebundenen europäischen Zentralmacht auszubauen, die ihre halbhegemoniale Stellung auf partielle Interessenübereinstimmung mit der UdSSR stützt? Oder nutzt es die neu gewonnene Stärke, den westeuropäischen Partnern seine Bedingungen für den Fortgang der westeuropäischen Integration aufzuzwingen? Die UdSSR hat, wie es scheint, die deutsche Karte gespielt und dabei einen Durchbruch in der europäischen Politik gewonnen. Die westdeutsche Bourgeoisie hat gleichzeitig mit der russischen Karte gepokert, gewonnen und verhindert, daß ihr weitergehende Bedingungen gestellt werden können.

Welche Politik

Davon, daß die beschriebene Entfesselung der bourgeoisen Außen- und Machtpolitik im Gegensatz steht zu dem Interesse an der Überwindung der Herrschaft der Kapitalistenklasse, kann hier ausgegangen werden. Die Frage steht jedoch, wie dagegen vorgegangen werden kann. Die einfache Ablehnung der Vereinigung von BRD und DDR, indem das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk bestritten wird oder aus der Position einer warnenden Minderheit gegen die Wiedererrichtung des Reiches agiert wird (Wehret den Anfängen), spiegelt nur das Unverständnis der treibenden Kräfte des Machtzuwachses der westdeutschen Bourgeoisie wider. Mit einer solchen Orientierung wird dem Einrichten in einer unpolitischen, rein plakativen Abgrenzung das Wort geredet. Das gleiche gilt für die innenpolitische Seite des Vereinigungsprozesses (das Votum der DDR-Bürger in der Wahl vom 18. März muß als Ausdruck des Fehlens einer Perspektive für einen eigenständigen sozialökonomischen Weg der DDR ernst genommen werden), auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. In einer Phase, in der sich die Bourgeoisie auf der Siegerstraße bewegt, muß dagegen positiv beantwortet werden, wie Linien gegen die Entfesselung der (bundes)deutschen Bourgeoisie aussehen können. Ein zentrales Element ist dabei die Forderung nach einem Friedensvertrag. Die europäische Geschichte bewegt sich in den Bahnen der Auflösung der Blockkonfrontation. Dies wird notwendig die Beseitigung der Siegermächtsrechte über Deutschland mit sich bringen. In der Forderung nach einem Friedensvertrag können eine Reihe von Zielen gebündelt werden.

1. Gegen Konzentration der Entscheidungsgewalt über die zukünftige Rolle Deutschlands bei den vier Mächten, was im Konkreten sogar auf die Absprache zwischen UdSSR, USA und BRD hinausläuft, kann damit die Ablösung der Nachkriegsordnung zur Frage aller Staaten gemacht werden, die von Deutschland mit Krieg überzogen worden sind. Die BRD tritt dann nicht als Partner der Supermächte, sondern als Kriegsverlierer an.

2. Die Fragen, die die westdeutsche Außenpolitik trotz aller Kohlscher Ungeschicklichkeiten mit Erfolg von der Tagesordnung der Politik fernhalten kann, wie die Reparationsfrage, würden thematisiert.

3. Die Forderung nach einem Friedensvertrag und entsprechenden Verhandlungen eröffnet eine Perspektive, die Reihenfolge: zuerst deutsche Einheit, dann Friedensordnung, in Frage zu stellen. Das heißt, zuerst einmal wären Beschränkungen der deutschen Handlungsfreiheit festzuschreiben.

4. Dazu zählt die bedingungslose Anerkennung der Unverletzlichkeit aller Grenzen zu den Nachbarstaaten, d.h. das Abrücken vom Standpunkt der Weiterexistenz des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937.

5. Es geht um einen Weg, der nicht auf die weitere Mitgliedschaft der BRD in der NATO setzt, sondern im Gegenteil die Auflösung der NATO-Bindung und damit auch das Verschwinden der NATO-Truppen unter internationaler Kontrolle anstrebt.

6. Der Vertrag müßte im Konkreten Verpflichtungen zur Begrenzung des Militärpotentials, Verzicht auf alle Angriffswaffen (was näher zu spezifizieren ist), Verpflichtung zur militärischen Neutralität und das alles unter internationaler Kontrolle enthalten. (16)

Es soll nicht darüber hinweggetäuscht werden, daß eine solche Politik nur aus der Defensive formuliert ist und sich gegen Realitäten wendet, die größtenteils schon festgeschrieben sind. Es geht jedoch in dieser Defensivsituation darum, Momente des Gegensatzes zum Aufstieg der westdeutschen Bourgeoisie zu einer beherrschenden Macht in Europa zu sammeln und eine Alternative zu einer „Politik“ des erhabenen Zeigefingers nach dem Motto „Wir haben euch schon damals davor gewarnt, aber ihr wolltet ja nicht hören“ zu entwickeln. Für kommunistische Kräfte in der BRD ergäbe sich daraus die Aufgabe, die beschriebene Politik näher zu konkretisieren und die verschiedenen Varianten der deutschen Machtpolitik zwischen UdSSR, EG und USA zu kritisieren. Die Nachkriegsordnung löst sich auf. Dies ist ein unumgekehrbarer Tatbestand. Eine revolutionäre Linke, fordert sie Politikfähigkeit, muß einen demokratischen Weg in Zeiten der politischen Ohnmacht des Proletariats aufzeigen.

Manfred Weiß

(1) Zu dieser Entwicklung und den Voraussetzungen und Folgen der Entspannungspolitik siehe Heiner Karuscheit/Alfred Schröder, „Im deutschen Interesse — Westdeutsche Außenpolitik und SPD-Sicherheitskonzeptionen gestern und heute, in: Aufsätze zur Diskussion 29/30

(2) Es seien nur die Stichworte: Schultertschluß der Imperialisten, Kriegspakt EG/WEU und verschärfte Kriegsrüstung der BRD genannt.

(3) Deutschlandpolitische Rede des Bundeskanzlers zum 10-Punkte-Plan in der Bonner Haushaltsdebatte, 28.11.1989

(4) Modrow lt. FAZ, 31.1.1990

(5) Am 25.1.90 hatte auch Belgiens Verteidigungsminister angekündigt, daß Belgien Planungen für den Abbau seiner 25000 Soldaten in der BRD aufgenommen habe. Der Abzug solle allerdings nur in Übereinstimmung mit den Alliierten vorgenommen werden. Begründet wurden diese Planungen mit Bezug auf die Entwicklung in Osteuropa, die abnehmende Bedrohung.

(6) FAZ, 3.2.1990

(7) Zitiert nach FAZ, 1.2.1990

(8) Nach FAZ, 3.2.1990

(9) Alle wörtlichen Zitate nach FAZ, 3.2.1990

(10) NZZ, 6.2.1990

(11) Zitiert nach FAZ, 12.2.1990

(12) ebd., Hervorhebung von mir, M.W.

(13) Zu diesen Aspekten siehe meinen Kommentar in der demnächst erscheinenden Nummer 50 der Aufsätze zur Diskussion.

(14) ebd.

(15) FAZ, 21.2.1990

(16) Siehe dazu auch Aufsätze zur Diskussion 23, S. 60 ff.



27.1.90: Demonstration gegen Wiedervereinigung in Kassel.

Interview mit Helga Rosenberg, Mitglied des Sprecher/innenrates des Parteivorstands der DKP

Frage: Die Entwicklungen im östlichen Europa, besonders in der DDR, haben zu einer tiefgreifenden Krise der DKP beigetragen. Nun war das bedingungslose Eintreten für den realen Sozialismus immer nur ein Bestandteil der Politik der DKP, wenn auch ein wichtiger. Will die DKP bei der zweifellos fälligen Neubestimmung ihrer Politik alles neu machen oder will sie auf ihren Leistungen im Kampf gegen Faschismus, um politische und soziale Rechte der arbeitenden Klasse, gegen Militarismus und Revanchismus aufbauen?

Antwort: Die DKP ist auch nach ihrem 10. Parteitag, der am 24./25. März 1990 in Dortmund stattfand, eine Partei, die für den Sozialismus eintritt. Die kapitalistischen Verhältnisse in der BRD schreien nach einer Alternative

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen, dafür wollen Kommunistinnen und Kommunisten weiterhin mit der DKP kämpfen.

Daß wir in der Vergangenheit im Bemühen um unsere politischen Ziele Fehler gemacht haben, davon war auf unserem Parteitag in Dortmund die Rede. Zum Beispiel wurde kritisiert, die Länder des Sozialismus zu beschönigend in ihren Entwicklungen gesehen zu haben.

Mit der Erneuerung der Politik der DKP wird auch in unserer Mitgliedschaft diskutiert, wie wir entsprechend den politischen Bedingungen unseres Landes eingreifen können, auf welche gesellschaftlichen Hauptkräfte wir uns dabei stützen wollen, wie die Kräfte in der BRD, die antikapitalistisch orientiert sind, zusammengeführt werden können und wie in all diesen politischen Prozessen die Rolle der Kommunistinnen und Kommunisten aussehen kann.

Insofern begriffen wir auf unserem Parteitag in Dortmund die Krisenerscheinungen der DKP auch als einen Ausdruck tiefer Krisenprozesse in der

internationalen kommunistischen Bewegung.

Frage: Euer Parteitag hat es abgelehnt, die DKP in eine PDS umzugründen. Seid Ihr auch der Meinung, daß die linke Parteibildung in der BRD wesentlich aufgrund der Erfahrungen in der BRD vorankommen wird, und wie definiert Ihr heute Euer Verhältnis zu den sozialistischen Kräften in der DDR?

Antwort: Ob und wie sich die linke Parteienlandschaft in der BRD verändern wird, das werden wir sicherlich im Zuge aktueller politischer Entwicklungen, hier insbesondere um die deutsche Frage, noch in diesem Jahr beobachten können.

Für mich ist deutlich, daß die großen Veränderungen in der Politik, die wir gegenwärtig erleben, auch im organisatorischen Bereich Konsequenzen haben werden.

Dabei halte ich für unabdingbar, daß eine kommunistische Partei in der BRD wirkt. Diesen Platz ist die DKP bereit auszufüllen. Das hat unser Parteitag deutlich gemacht.

Für notwendig hielten die Delegierten des 10. Parteitages in diesem Zusammenhang eine Zusammenarbeit mit der PDS und anderen linken Gruppierungen der DDR. Jetzt werden die neugewählten DKP-Sprecherinnen und -Sprecher mit dem Präsidium der PDS zusammentreffen und Fragen der Zusammenarbeit konkret besprechen. Auf der Tagesordnung dieses Gesprächs wird sicherlich auch die Frage stehen, wie linke Kräfte in der DDR und der BRD besser, effektiver ihre Arbeit koordinieren, um den Machenschaften des deutschen Imperialismus Widerstand entgegenzusetzen zu können.

Ich wünsche mir, daß wir auch rasch in der BRD mit den Linkskräften zusammenkommen und darüber beraten können, wie wir Bündnisse mit diesem Ziel vorantreiben können. Die Demonstration am 12.5. in Frankfurt gegen die

rechte Anschlußpolitik, gegen Nationalismus etc., zu der auch unser Parteitag aufrief, ist ein richtiger Schritt in diese Richtung.

Frage: Die Kapitalistenklasse der BRD will die DDR schlucken. Die Parlementsparteien bis hin zu wachsenden Teilen der Grünen bereiten dem politisch den Boden. Wie erklärt Ihr Euch den Rückhalt, den diese Politik in der BRD findet? Was ist hier in der BRD zu tun, um den Einfluß der Annexionsideologie und -politik zu brechen?

Antwort: Ich sehe eigentlich trotz aller zu beobachtenden Differenzen in der Linken unseres Landes einen beachtlichen Konsens, die nationalistische Euphorie nicht mitzumachen, die Annexionspolitik mit und über den Art. 23 GG abzulehnen und in diesem Zusammenhang in scharfer Opposition zur Regierungspolitik zu stehen. Unklar ist, wie und mit welchen Forderungen in diese politischen Auseinandersetzungen eingegriffen werden soll. Die DKP ist der Auffassung, daß schärfstens den großkapitalistischen Kräften der BRD mit ihren Plänen zur „Wiedervereinigung“ entgegengetreten werden muß. Sie wollen der DDR das ökonomische und politische System der BRD aufzwingen und damit die sozialistischen Eigentumsverhältnisse der DDR und deren politische, soziale und kulturelle Errungenschaften beseitigen.

Für uns als Kommunistinnen und Kommunisten ist grundlegend, was den Interessen der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten und Klassen in beiden deutschen Staaten entspricht. Wir wollen alles behalten und ausbauen, was dem Frieden und dem sozialen, ökologischen und kulturellen Fortschritt dient, was reale Demokratie sichert, was eine antifaschistische Grundorientierung umfaßt und was die Möglichkeit des Sozialismus auf deutschem Boden offenhält.

Frage: Seit einigen Jahren hat sich auf kommunaler Ebene eine Zusammenarbeit zwischen DKP und anderen revolutionär-sozialistischen, autonomen oder auch anarchistischen Kräften entwickelt. Bei Kommunalwahlen konnten von solchen Bündnissen Ergebnisse im Bereich von 0,5% bis 1,8% erreicht werden. Allerdings war die DKP nicht allorten zu solchen Bündnissen bereit, sondern ließ sich hier und da von alten Vorbehalten leiten. In welche Richtung soll die Reise gehen?

Seit nunmehr vier Jahren hat die DKP festgeschrieben, bei Wahlen zur Stärkung linker und demokratischer Positionen mit Linkskräften Wahlbündnisse einzugehen.

Besonders auf der Ebene der Kommunen hat dieser Gedanke, linke und demokratische Kräfte in einem Bündnis zusammenzuschließen, gegriffen, konnten durchaus Erfolge erzielt werden.

Meiner Auffassung nach müßten alle an Wahlbündnissen interessierten Kräfte allerdings stärker diskutieren, wie langfristiger Interessen der Bevölkerung aufgegriffen und mit mehr Chancen außerhalb und innerhalb von Parlamenten durchgesetzt werden können.

In diesen notwendigen Prozessen/Diskussionen wird die DKP — möglichst überall — nach Partnern Ausschau halten, mit denen sie Forderungen der arbeitenden Menschen in Wahlkämpfen thematisieren kann.

Frage: Konnte sich Euer Parteitag mit den bevorstehenden Bundestagswahlen befassen? Seht Ihr die Notwendigkeit einer linken, antifaschistischen Kandidatur oder glaubt Ihr, daß es vor allem auf eine Stärkung der Grünen und der SPD ankommt?

Antwort: Der Parteitag hat beschlossen, noch im Mai d.J. einen Wahlkongreß durchzuführen „mit dem Ziel, über konkrete Inhalte und Formen des Eingreifens in den Bundestagswahlkampf

zu entscheiden. In Vorbereitung dieses Wahlkongresses sind alle Möglichkeiten des Dialogs und Zusammengehens von linken und demokratischen Kräften auf allen Ebenen zu prüfen.“

Im Sinne dieses Antrags werden wir in den nächsten Wochen aktiv werden. Im übrigen ist unsere Erfahrung, daß linke, antifaschistische Kandidaturen SPD und Grüne drängen können, konsequentere Positionen zu beziehen, Belange der arbeitenden Menschen stärker aufzugreifen.

Frage: Die DKP ist nun auch in das Räderwerk der Bundesanwaltschaft geraten. Angeblich sollen Mitglieder der DKP für terroristische Anschläge in der BRD in der DDR ausgebildet worden sein. Ermittlungen wegen Hochverrats und Bildung einer terroristischen Vereinigung laufen. Was sagt Ihr zu den Anschuldigungen? Unserer Meinung nach gehören die Ermittlungen gegen Mitglieder und Funktionäre der DKP zu einem Konzept, die Repression gegen linke Politik in der BRD Zug um Zug auszudehnen. Wie kann die Gegenwehr der Linken aussehen?

Antwort: Das DKP-Präsidium hat seit den Veröffentlichungen über eine „DKP-Militärorganisation“ im „Spiegel“ und in anderen bürgerlichen Presseorganen gesagt, was der Wahrheit entspricht: Nie war es Politik und Praxis der DKP, mit Geheimdiensten zusammenzuarbeiten. DKP-Mitgliedschaft schloß die Tätigkeit für einen Geheimdienst (in Ost und West) aus. Eine militärische Ausbildung, all diesen Quatsch, den die DKP angedichtet bekommt, hat es im Auftrag einer Leitung oder mit Wissen von führenden Funktionären der DKP nicht gegeben. Was immer auch mit einer solchen Kampagne gegen die DKP beabsichtigt ist, am Ende wird sich herausstellen, daß die Anschuldigungen gegen unsere Partei nicht aufrechtzuerhalten sind.

Das Interview führte jöd (BWK).

Der Anschluß — oder: Was da so auf uns zukommt

Allenthalben

Wunderte sich das Volk (unter der Führung der Regierung)

Wie jung es geworden war. Welch unbändige Kraft

Es durchströmte! Auf Plätzen und Anger

Selbst in Altersasylan schüttelten alle die Köpfe

Daß sie alle so jung waren. Freut euch! befahl die Regierung

Und es freute sich auf dem Grund des Schachtes der Bergmann

Und es freute sich auch der Besitzer des Schachtes. Es freute sich

Angesichts des nassen Flecks an der Wand die werdende Mutter

Und es freute sich auch der Besitzer des zinsenden Hauses.

Und der Arbeiter freute sich. Achtlos schob er die dünne

Lohnliste in die zerrissene Tasche und freute sich.

Und so freute sich auch der Besitzer des Werkes. Seid einig!

Schrie die Regierung. Da waren sie einig. Es waren

Einig der Mensch und die Laus und einig Wanze und Mieter

Einig das Kalb und der Schlächter und einig Henker und Opfer.

Bertolt Brecht

Die meisten Menschen, die die DDR-Wahlen analysierten, argumentierten, es sei eine „D-Mark-Wahl“ gewesen, es habe sich um eine Entscheidung für Mark und Kohl(e) gehandelt.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Tempel, wo im Westen alle entscheidenden „ewigen“ kapitalistischen Werte in ihrem Kurs ausgedrückt werden: auf die Börsen. Hier gab es in jüngster Zeit und parallel mit dem sich abzeichnenden Anschluß der DDR an die BRD, der Schaffung eines neuen Großdeutschlands, höchst widersprüchliche Reaktionen.

Da ist erstens die deutsche Börse. Sie erlebte — nach Einbrüchen im Oktober — seit Ende November 1989, also parallel mit der Konkretisierung des Anschlußprojektes — eine steile Hausse, die bis in den Januar 1990 hineinreichte (von einem Deutschen Aktienindexwert (DAX) 1400 bis bis zu Werten über 1900). Nach beachtlichen Einbrüchen im Februar 1990 — man startete erste

Rechenübungen in Sachen „Deutschland, eilig Vaterland — und dessen Kosten“ — kam es nach der DDR-Wahl kurzzeitig zu neuen Kurssteigerungen, mit denen der rechte Wahlsieg zunächst begrüßt wurde. Gleichzeitig ist jedoch seither eine äußerst uneinheitliche Entwicklung festzustellen; Kurssprünge nach oben werden von Einbrüchen abgelöst.

Wahre Einbrüche gab es seit Februar 1990 auf dem westdeutschen Rentenmarkt, dem Handel mit festverzinslichen Papieren. Ältere Anleihen sackten am Markt um die in diesem Bereich äußerst ungewöhnlichen Margen von bis zu 15 Prozent ab; gleichzeitig stiegen die Zinsen, mit denen neue Anleihen begeben werden, auf historisches Höchstniveau (9,5 und mehr Prozent). Mit diesen Zinsen für die Rentenpapiere stiegen die allgemeinen Kreditzinsen; seit Ende März 1990 muß bei langfristig festverzinslichen Hypothekenkrediten von Zinsen von 10 Prozent ausge-

gangen werden (z.B. 10 Jahre fest); fünf Jahre zuvor lag dieser Zinssatz bei 6,5 bis 7 Prozent.

In diesen Bewegungen drückt sich die Erwartung aus, der Anschluß werde „teuer“ werden, die Staatsschulden — und damit die Nachfrage nach Krediten — würden allgemein steigen, und mit dieser Bewegung käme es auch zu einer Steigerung der Inflation und des allgemeinen Zinsniveaus.

Da ist zweitens die — hinsichtlich der internationalen Kapitalbewegungen — wichtigste Börse der Welt, die Tokioer. Hier kam es direkt nach den DDR-Wahlen und parallel mit der Konkretisierung des imperialistischen Anschlußprojektes zu dramatischen Einbrüchen; seither, so das „Handelsblatt“, „setzt sich die Achterbahnfahrt an der Börse zu Tokio fort“ (29.3.90). Daß es sich hier nicht um rein konjunkturelle Bewegungen handelt, belegt der Umstand, daß das durchschnittliche Kursniveau in Tokio Ende März 1990 um 20 Prozent unter dem Niveau vom Jahreswechsel und um 30 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegt (Nikkei-Werte von 29000 bis 32000 gegenüber vorausgegangenen Höchstständen von 38000).

Im übrigen muß von hier aus eine Relativierung der Hausse an der bundesdeutschen Börse erfolgen: In dieser drückten sich auch die verstärkten Orders aus dem Ausland, vor allem aus Japan aus. Gerade die Einbrüche in Fernost veranlaßten institutionelle Anleger zum Kauf deutscher Aktien, um die Verluste teilweise auszugleichen. Die rein-deutsche Reaktion auf die neuen Perspektiven im Ostgeschäft ist demnach real verhaltener.

Nun haben die Leserinnen und Leser der „Gemeinsamen Beilage“ keine deutschen Aktien-Standardwerte und

keine internationalen „blue chips“ im Portefeuille; und es ist heutzutage, auch in meiner Organisation, nicht üblich, das zu tun, was Marx und Engels, unter Einsatz von viel Gehirnschmalz, taten, eben diese Börsenbewegungen zu untersuchen. Schließlich stimme ich denjenigen Kritikerinnen und Kritikern zu, die mir entgegenhalten, solche Bewegungen an den Börsen spiegelten unterschiedliche Entwicklungen wider und brächten auch ein gewisses „Eigenleben“ der Spekulation zum Ausdruck. (1)

Dennoch haben die geschilderten Bewegungen auch etwas zu tun mit den tiefen Krisenerscheinungen und dem Auflösungsprozeß im RGW-Bereich im allgemeinen und mit dem deutschen Anschluß-Projekt im besonderen.

So wird derzeit in der japanischen Wirtschaftspresse offen diskutiert, daß das Anschluß-Projekt und die allgemein optimale Position des westdeutschen Imperialismus hinsichtlich der „neuen Ostmärkte“ in eine allgemeine Stärkung des westdeutschen Imperialismus münden würde, daß somit die Schlacht um die Weltmärkte heftiger werde: daß der entscheidende Gegner in Zukunft nicht mehr die USA, sondern „die EG“ und hier die in Europa alles beherrschende Macht, Deutschland (BRD mit angeschlossener DDR) sein würde. Diese Perspektiven beflügeln nicht gerade die „Phantasie“ an den Börsen: zusammen mit anderen widrigen Umständen (Rückgang der Profite seit Ende 1989; einzelne Krisenerscheinungen; Verschärfung des Handelskriegs mit den USA, Yen-Verfall und eine seit Jahren anhaltende spekulative Welle mit der Folge allgemein überhöhter Kurse) trugen sie zu dem Kursverfall bei.

Die in diesem Zusammenhang diskutierte Frage ist, ob es in Zukunft zu einer „offenen Feldschlacht“ mit der EG/BRD kommt oder zu einem Waffenstillstand (Aufteilung der Märkte, deutsch-japanische joint ventures), möglicherweise gar einer neuen Achse Japan-Deutschland. Zunächst spricht vieles für eine allgemein verschärfte innerimperialistische Konkurrenz, für die „offene Feldschlacht“, zumal die handelsmäßige Verflechtung zwischen BRD und Japan gering ist und eine kapitalmäßige Verflechtung so gut wie inexistent ist. Andererseits gibt es auch Anzeichen dafür, daß es zumindest die Möglichkeit für eine Art deutsch-japanischen „historischen Kompromiß“ gibt.

Für eine Option auf letzteres spricht aus japanischer Sicht die Erfahrung mit der US-amerikanischen Konkurrenz. Hier gelang es in dem entscheidenden Sektor, der Autoindustrie, einen Kompromiß dergestalt zu erzielen, daß japanische Pkw erstens nicht mehr primär importiert werden, sondern in den USA selbst gebaut werden, und zweitens, daß ein Großteil dieser neuen Pkw-Produktionskapazitäten in Form von strategischen Joint ventures zwischen japanischen (Toyota, Mazda, Toyo Kogyo, Honda, Nissan und Mitsubishi) und den traditionellen US-amerikanischen Autokonzernen entstanden (mit General Motors, Ford und Chrysler). Im Verhältnis zu Westdeutschland gibt es seit 1987 ein erstes Joint-Venture-Projekt, das in eine ähnliche Richtung weist, das zwischen Toyota und VW (zunächst zum Bau von Transportern).

Die Möglichkeit einer Art historischen Kompromisses zwischen den Weltmarktkonkurrenten BRD und Japan wurde darüber hinaus gerade in den

„Tage von Herbert Kremp in der Welt am Sonntag“ (25.3.) in die Debatte gebracht.

Und schließlich weist in diese Richtung das hierzulande kaum diskutierte Bündnis, das das größte Konglomerat der Welt, die Mitsubishi Corp. (700 Mrd. DM Umsatz), mit dem größten BRD-Konzern, Daimler-Benz (70 Mrd. DM Umsatz), im März 1990 verkündete. „Alle ehemaligen Kriegsgegner Japans und Deutschlands werden hierauf mit extremer Nervosität reagieren“, schrieb hierzu Japans größte Zeitung „Yomiuri Shimbun“. Tatsächlich kam es in den USA bereits zu heftigen Reaktionen, in denen die Vergangenheit des Mitsubishi-Konglomerats als des Tennos Waffenschmiedes hervorgehoben und auf die Nazi-Tenno-Achse im Zweiten Weltkrieg hingewiesen wurde und davon die Rede ist, es drohe eine neue Aufteilung der Weltmärkte, die von einer neuen strategischen Achse Tokio-Bonn/Berlin bestimmt sein könnte.

Aber das Projekt eines solchen Waffenstillstands erscheint in der konkreten realen Wirklichkeit der Weltmarktkonkurrenz sekundär; es handelt sich um reale Möglichkeiten. Aktuell hingegen ist: der deutsche Imperialismus gewinnt beachtlich an Gewicht. Es kommt zu einer wichtigen Verschiebung der internationalen Konkurrenzsituation: Während in den letzten eineinhalb Jahrzehnten permanent der japanische Imperialismus gegenüber den Konkurrenten USA und BRD (EG) aufholte, sieht sich dieser nun selbst mit wachsenden Krisentendenzen und enormen handelspolitischen Spannungen mit den USA konfrontiert, während gleichzeitig die entscheidende Konkurrenz, die BRD, überraschend einen Sprung nach vorn machen kann. Dies waren die grundlegenden Analysen, die mit zu dem Verfall der japanischen Börsenkurse seit Ende 1989 beitrugen.

Die widersprüchlichen Bewegungen an der deutschen Börse haben viel zu tun mit den widersprüchlichen Auswirkungen, die das Anschluß-Projekt auf die gesamte ökonomische und politische Landschaft haben kann.

Zunächst sind der allgemeine Kursanstieg um die Jahreswende und die Sprünge nach oben nach der DDR-Wahl Ausdruck dessen, daß die deutsche Bourgeoisie — auch für die bür-

gerliche Klasse selbst höchst unerwartet — sich einem entscheidenden strategischen Ziel sehr nahe sieht: der qualitativen Ausweitung des Menschenmaterials, das für die Mehrwertproduktion zur Verfügung steht. Der Schaffung eines Großdeutschlands, das völlig unangefochten die Nummer 1 in Westeuropa und die Nummer 1 auf dem Weltmarkt sein wird, die Verbesserung der Ausgangsbedingungen, führend an dem kapitalistischen Roll back in Osteuropa, einschließlich der Sowjetunion, beteiligt und Hauptprofiteur der entsprechenden ökonomischen und politischen Durchdringung zu sein. Daß dann die DDR-Menschen sich derart prononciert für ein eilig Vaterland und eine schnelle Mark & Währungsunion entschieden, daß es gelungen war, die „Blockflöten“-Partei CDU, deren kompletter Kader jahrzehntelang die Honecker-Politik mitgetragen hatte, in einen Transmissionsriemen für die Anschlußpolitik zu verwandeln, daß gleichzeitig mit der DSU eine ausschließlich vom Westen gesteuerte und weit rechts stehende Partei auf Anhieb (ausbaufähig!) 6,5 Prozent erringen konnte, daß einzelne Konzerne (VW, Opel, Bosch, Siemens, Thyssen, Mannesmann usw.) bereits mehr oder weniger feste Vereinbarungen über joint ventures (faktisch BRD-Töchter auf DDR-Boden) in der Tasche haben, daß schließlich in einer Kommandoaktion es der Allianz-Versicherungsgesellschaft gelungen war, kurz vor der Wahl und abgesegnet durch einen geheimgehaltenen Ministerbeschluß der Regierung Modrow (PDS/CDU!) die DDR-Monopol-Versicherungsgesellschaft faktisch zu übernehmen (BRD-DDR ... „eine Allianz fürs Leben“) ... all dies mußte natürlich die „Phantasie“ an den Märkten — vor allem bei den sog. „Ostwerten“ — beflügeln.

Spannender allerdings ist die Interpretation der gleichzeitigen Erscheinung: eines durchaus uneinheitlichen Marktes, verstärkter Kursschwankungen, eines „Abschmelzens“ erreichter Kursgewinne, und der angeführten Einbrüche auf dem Rentenmarkt. Vereinfacht gesagt hängt dies m.E. zusammen mit der Tatsache: das „einig Vaterland“ kommt, von einem abstrakt-objektiven Standpunkt des Kapitals aus gesehen, zu schnell, zu teuer und ist enorm risikoreich.

Ideeller Gesamtkapitalist und die real existierende anarchische Konkurrenz der Einzelkapitalisten

Wir sind mit einem Widerspruch konfrontiert. Auf der einen Seite ist es die westdeutsche Bourgeoisie selbst, die den beschleunigten Anschluß betreibt, auf der anderen Seite entspricht die Form, wie dieser Anschluß nun droht realisiert zu werden, nicht ohne weiteres den objektiven Interessen des Kapitals. Auf jeden Fall sind mit dieser Entwicklung enorme Risiken verbunden, die für niemanden im bürgerlichen Lager klar kalkulierbar sind. Ich komme darauf zurück.

Vorab aber einige Anmerkungen zum Begriff des sogenannten „objektiven Interesses“ des Kapitals. Zunächst einmal besteht die bürgerliche Klasse bekanntlich aus einer Vielzahl miteinander konkurrierender Einzelkapitalisten; die Herausbildung eines „allgemeinen objektiven Gesamtinteresses“ ist von daher bereits einem ständigen Zersetzungsprozeß in Folge dieser unerbittlichen Konkurrenz ausgesetzt. Dies wird bereits durch den einfachen Tatbestand verdeutlicht, daß es im „objektiven“ Interesse der Gesamtheit der Kapitalisten liegen muß, daß die gesamtgesellschaftliche kaufkräftige Nachfrage — in ihrer Masse die Löhne und Gehälter — hoch genug ist, um den Absatz der produzierten Warenmenge zu ermöglichen, um den in diesen Waren steckende Wert und Mehrwert (Profit) realisieren zu können. Gleichzeitig hat jedoch jeder einzelne Kapitalist ein primäres Interesse daran, die Löhne und Gehälter im „eigenen“ Betrieb so niedrig wie möglich zu halten und damit optimale Profitbedingungen zu haben.

Solch ein Widerspruch, wenn auch mit anderen Begründungslinien, ist im Augenblick auch in der Debatte um die Währungsunion erkennbar: Es müßte im wohlverstandenen Interesse des Kapitals sein, die Löhne und Gehälter in der DDR 1:1 umzustellen. Selbst dann würde das DDR-Lohnniveau nach vollzogener Währungsunion um mindestens

30 Prozent unter westlichem Niveau — bezogen auf den Kauf westlicher Waren — liegen; der Lebensstandard wäre zunächst aufgrund der noch subventionierten Mieten und einiger Konsumgüterpreise auf dem Gebiet der DDR weniger abgesenkt, möglicherweise knapp unterhalb des Westniveaus. Er würde aber in dem Maß wieder sinken, wie die Subventionierung abgebaut wird. Wird eine solche Umstellung nicht 1:1 vorgenommen, kommt es also zu einer erheblichen Kluft zwischen den Reallöhnen-DDR und denen in der BRD, dann droht ein erneutes Anschwellen der Ost-West-Wanderungsbewegung. Auch der Wegfall der Umsiedler-Bestimmungen würde daran wenig ändern. Es droht unter solchen Bedingungen aber auch ein Anwachsen von Protest und Widerstand.

Diese Position — Umstellung 1:1 — wurde auch vor und nach der Wahl von einzelnen „aufgeklärten“ Vertretern des Bürgertums oder von Repräsentanten des bürgerlichen Lagers vertreten, vor allem seitens der CDU und SPD. Seit Ende März allerdings äußern sich Unternehmervertreter und FDP-Politiker vehement in die Richtung, ein Kurs 1:1 komme bei der Umstellung von Löhnen, Gehältern und Renten nicht in Frage, nur ein bedeutend niedrigeres Lohnniveau in der DDR könne dort für ein „geeignetes Investitionsklima“ sorgen; gefordert werden Kurse von 1:2, was einer Halbierung der ohnehin nominell niedrigeren DDR-Einkommen gleichkäme und real einer solchen Halbierung entspräche, wenn — was sicher, wenn auch gleitend, stattfindet — es bald zu einem Abbau der subventionierten Preise kommt.

Nun wird in der traditionellen marxistischen Theorie unterstrichen, daß es der bürgerliche Staat sei, der Ausdruck dieses objektiven Gesamtinteresses ist, der eine Art „ideellen Gesamtkapitalisten“ verkörpere. In der „Deutschen

Ideologie“ gehen Marx und Engels davon aus, daß die bürgerliche Klasse wie „jede nach der Herrschaft strebende Klasse ... sich zuerst die politische Macht“, den Staat, „erobert (mußte)“, um ihr Interesse als das Allgemeine darzustellen.“ Die Herausbildung des bürgerlichen Nationalstaats verkörpert danach die Herausbildung dieses allgemeinen Interesses, das zumindest teilweise die zerstörerische Wirkungsweise der Einzelinteressen aufhebt.

Friedrich Engels schrieb im „Anti-Dühring“, daß „der moderne Staat ... nur die Organisation (ist), welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktion aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten“. (2) Und es gibt viele Beispiele aus der Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus, bei welchen es nur dieser Staat war, der das Prinzip des maximalen Profits in minimaler Zeit durchbrechen und auf diese Weise elementare Bedingungen für die kapitalistische Akkumulation zur Verfügung stellen konnte (Eisenbahnbau bzw. die Verstaatlichung bankrotter privater Eisenbahngesellschaften, in Deutschland ab 1871ff. die Arbeits(zeit)gesetzgebung u.a. in England, das Tätigwerden des Staats als Unternehmer zur Schaffung oder Stärkung von Schlüsselindustrien — VW-Werk in Fallersleben, Göring-(Stahl-) Werke in Salzgitter und Linz/Österreich).

Angewandt auf die Entwicklung BRD-DDR äußerte sich die dem Kapital und Nationalstaat innewohnende Tendenz, das allgemeine Interesse zum Ausdruck zu bringen, in den Konzeptionen einer Konföderation BRD/DDR und einer allmählichen Rekapitalisierung der DDR bei gleichzeitigem optimalen Ausnutzen der Tatsache, daß diese DDR zugleich führend im RGW-Bereich ist. Hier hätte es die spannende Möglichkeit zu einem Balanceakt gegeben: einerseits einer allmählichen Rekapitalisierung der DDR und einer stufenweisen Vereinigung zu einem imperialistischen Großdeutschland; andererseits die Aufrechterhaltung einer DDR-Eigenstaatlichkeit so lange als möglich und deren Eingebundensein in den RGW — mit allen entsprechenden Möglichkeiten, bestehende Geschäftsverbindungen und Lieferverträge auszunutzen und neue hinzuzugewinnen.

Vor allem Präsident Silberlocke, Oskar Lafontaine und — nach seinem ersten nationalen Reinbretern auch Willy Brandt — haben in Richtung einer solchen rational betriebenen Politik der BRD-DDR-Vereinigung argumentiert („nicht zusammenwuchern“). In diesem Zusammenhang sei auch auf Kritiken der (bürgerlichen) „Europäer“ verwiesen, die eine allmähliche Integration der DDR in den kapitalistischen Westen „eingebettet in den europäischen Einigungsprozeß“ sehen wollten. Solche Positionen reichten bis hin zu dem Vorschlag, die DDR solle sich als Staat zu-

nächst der EG anschließen — mit entsprechenden Übergangsregelungen; die DDR-Wirtschaft sollte erst im Rahmen der Herausbildung eines allgemeinen Binnenmarkts voll an die allgemein vorherrschenden Marktbedingungen angeglichen werden; eine „deutsche Einigung“ würde dann also erst im Rahmen einer europäischen Einigung stattfinden und insofern in ihrer wirtschaftlichen und politischen Brisanz relativiert werden. All das waren und sind Argumentationen, die durchaus im wesentlichen den „objektiven“ — zumal den langfristigen — Interessen des deutschen Kapitals entsprechen.

Nun ist aber die Tendenz zur Herausbildung eines solchen allgemeinen Interesses des Gesamtkapitals in der kapitalistischen Realität nur als eine Tendenz erkennbar — bei gleichzeitigem Wirken der bereits genannten Gegen Tendenzen, den Versuchen, die Interessen der Einzelkapitale durchzusetzen, und bei Existenz ausgesprochen widersprüchlicher, komplexer Rückwirkungen eines gewaltigen Überbaus auf die Basis, die Ökonomie.

Mit Beispielen: Karl Marx beschreibt in Band I des „Kapital“ sehr anschaulich den Heißhunger des Kapitals nach Mehrarbeit. Eine „Verlängerung des Arbeitstags über die Grenzen des natürlichen Tags in die Nacht hinein“ sei zu beobachten und stille „nur annähernd den Vampirdurst nach lebendigem Arbeitsblut. Arbeit während aller 24 Stunden des Tages anzueignen ist daher der immanente Trieb kapitalistischer Produktion.“ (3) Der Kapitalismus hat in dieser Periode das ihm zur Verfügung stehende „Menschenmaterial“ derart im kapitalistischen Produktionsprozeß — mit Männer-, Frauen- und Kinderarbeit — verheizt, das „Arbeitsblut“ wie ein Vampir ausgesaugt, daß zeitweise sogar die einfache Reproduktion der Arbeiterklasse nicht mehr gewährleistet war. Die bei Marx im 8. Kapitel des „Kapital“, Band I, angeführten Berichte der Fabrikinspektoren bieten erschreckende Einblicke in diesen Raubbau. Diese Entwicklungsprozesse entsprachen nicht den objektiven Interessen des Gesamtkapitals, zumal wenn diese in einer mittleren und langfristigen Perspektive zur Debatte stehen.

Zur Raison gebracht — und auf sein objektives Gesamtinteresse gestoßen — wurde das Kapital dann nicht durch einen wie immer organisierten ideellen Gesamtkapitalisten oder den bürgerlichen Nationalstaat. Die vielen Berichte der Fabrikinspektoren und viele formell erlassene Beschränkungen der Ausbeutungszeit blieben lange Zeit Papier, weil der Staat nicht die Mittel bereitstellte, um eine Überwachung und die Realisierung dieser Bestimmungen zu erreichen. Eine reale, effektive Begrenzung des Arbeitstags fand erst statt, als die Arbeiterklasse selbst sich organisierte und Widerstand gegen die maximale Ausbeutung leistete, mit dem Kampf um die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstags („Zehnstunden-Bill“ in

England). Die so erreichte Begrenzung des Arbeitstags wirkte dann wiederum stimulierend auf die Geschäfte und erwies sich als günstig für die Position des britischen Kapitals auf dem Weltmarkt, weil nun die Kapitalistenklasse gezwungen wurde, die Produktivität vor allem durch den Einsatz von Maschinerie zu steigern (Produktion von relativem Mehrwert). Sie erzielte auf diesem Weg den entscheidenden Produktivitätsvorsprung vor den anderen Nationalstaaten. Zugespielt ließe sich also sagen: Nur indem sich die unmittelbaren Interessen der englischen Kapitalisten nicht durchsetzen konnten, nur indem der Klassengegner, die organisierte Arbeiterklasse, den Heißhunger nach maximalem Arbeitstag begrenzte, konnte das mittel- und langfristige „objektive“ Interesse des Kapitals durchgesetzt werden.

Die Geschichte der deutschen Bourgeoisie weist Beispiele auf, in denen eher das Gegenteil eintrat: die unmittelbaren und kurzfristigen Kapitalinteressen setzten sich durch oder wurden durchgesetzt. Dies stand oft in Widerspruch zu den objektiven, oftmals auch zu den vom aufgeklärten Bürgertum ausformulierten mittel- und langfristigen Interessen des Bürgertums. Diese Orientierungen auf ein hohes Risiko (und einen potentiell hohen Gewinn) endeten bisher in Niederlagen und Situationen, bei denen das Kapital Jahrzehnte brauchte, um sich wieder die zuvor erreichten Weltmarktpositionen zu erobern. Dies trifft für die Entscheidungen 1914 und 1939 zu, die Konkurrenz mit den sattsam bekannten anderen, kriegerischen Mitteln fortzusetzen. (Inwieweit bereits die Entscheidung für den Faschismus, das Ja zum offenen Bürgerkrieg und zum terroristischen Kampf gegen die Arbeiterbewegung, in Widerspruch zu einem solchen objektiven, langfristigen Interesse des Kapitals stand, mag diskutierbar sein. Eine Antwort hierauf hängt allerdings in erster Linie von der Bewertung der Gefahr einer sozialistischen Revolution 1933ff ab).

Zurück zum aktuellen Projekt Anschluß. Die Ende 1989 und zum Teil noch Anfang 1990 im bürgerlichen Lager vorgetragenen Konzeptionen für eine langsame Gangart, darunter das „Konföderation-Projekt“ und der von CDU-CSU-FDP-SPD unterstützte „10-Punkte-Plan“ Helmut Kohls sahen auf dem Papier interessant aus; die reale politische Dynamik überrollte jedoch all diese Pläne. Dies hat teilweise mit objektiven Faktoren und subjektiven Entwicklungen in der DDR selbst zu tun (Tiefe der Krise der DDR-Ökonomie — siehe mein Beitrag in der letzten „Beilage“; der „Kulturschock“ nach dem Fall der Mauer für Millionen Menschen und die damit verbundene Konsumwut). Entscheidend ist jedoch hier auch der real existierende Zustand des bürgerlichen Lagers in Westdeutschland selbst.



10.3.90: Demonstration gegen die Wiedervereinigung in Köln.

Foto B. Maus



1936: Hakenkreuzfahne und Dreizackstern.

Das bürgerliche Lager in Westdeutschland im ausgehenden 20. Jahrhundert

Grundsätzlich läßt sich heute sagen: Marxens Einschätzung, die Bourgeoisie verhalte sich nach dem Prinzip „Nach uns die Sintflut“, und Rosa Luxemburgs Konkretisierung, es gebe nur die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ treffen gerade heute für die Welt insgesamt zu. Dies mag paradox erscheinen angesichts des vielstimmig vorgetragenen Chors vom „Ende des Sozialismus“ und vom „endgültigen Sieg der Marktwirtschaft“, die derzeit auch kaum mehr als „sozial“ verbrämt daherschreitet. Es ist aber eine nicht bestreitbare Wahrheit, wenn das weltpolitische und -ökonomische Ensemble im Blick bleibt: Massenelend und Hungertod in der Dritten Welt, die Schuldenkrise dort, die beschleunigt sich entwickelnden Ökokatastrophen, die fortgesetzte Aufrüstung, beschleunigte Verschuldungsprozesse in den imperialistischen Staaten selbst, drohender Staatsbankrott nicht nur von Drittweltländern, sondern auch von Nationalstaaten wie Italien, Griechenland u.a., das neue Auftauchen und erneute Anheizen von weltweitem Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, neue Formen von Frauen- und Sklavenhandel, millionenfacher Kindesmißbrauch usw. usf.

Das bürgerliche Lager in Westdeutschland ist Teil dieses bürgerlichen Ensembles, das diesen Tango Infernal tanzt. Dieses bürgerliche Lager besteht ja nicht in erster Linie aus aufgeklärten oder abgeklärten bourgeois Vertreten. Überhaupt ist zu fragen: Wo gibt es diese aufgeklärten Bürger ernsthaft, diejenigen also, die ebenso „aufgeklärt“ handeln wie sie daherschwätzen — es war immerhin das SPD-Mitglied Reuter als Daimler-Boß, das den Umbau dieses Konzerns in ein Unternehmen, das primär seine Profite im Weltmarkt- und Rüstungssektor realisiert, betrieb. Und der smarte Herr Herrhausen von der Deutschen Bank hinterließ uns die Sätze: „Ich habe aus den drei Jahren (an der NS-Eliteschule, W.W.) keinen Schaden genommen, sondern im Gegenteil viel profitiert.“

Dabei wird das Gros dieser Klasse derzeit eher von knallharten Spethmännern und Nekker-Provokateuren repräsentiert, die angesichts des neuerlichen Ostritts ganz offen einen Herr-im-Haus-Standpunkt und neokolonialistischen Stil an den Tag legen. Da fallen alle Hemmungen: Deutsche Einheit als planvolle Politik? In Wirklichkeit, so ein Leitartikel in der „FAZ“, handle es sich „um einen Zug, der immer mehr an Fahrt gewinnt. Bald wird dieser Zug so schnell fahren, daß vor dem Zielbahnhof ‚Einheit‘ niemand mehr abspringen kann. Dann werden alle Hindernisse nur ein Rütteln verursacht haben, bei dem niemandem mehr der Gedanke kam, die Notbremsen zu ziehen.“ Währungsunion mit der DDR? Der „Wirtschaftswoche“-Leitartikler Wolfram Engels: „Die Ereignisse überrollen uns. Wir haben nicht mehr die

Zeit für ein ordentliches, stufenweises Vorgehen. Es geht nicht um eine Währungsunion mit der DDR; es geht um die Erweiterung des Geltungsbereichs der Deutschen Mark ...“ (4)

In diesem Lager werden durch den Zusammenbruch des Honecker-Regimes und die erklärte Kapitulation der Nachlaßverwalter (auch: der PDS-Modrow-Regierung; siehe deren Gesetze zu Joint Ventures, zur Gewerbefreiheit und Modrows eigenen Deutschland-Plan) Kräfte gestärkt und gewinnen an relativem Gewicht, die von manchen in der Linken als „Ewig Gestrige“ abgeschrieben und auf dem Müllhaufen der Geschichte gesehen wurden. Dies gilt insbesondere für die Vertriebenenverbände. (5)

Das sogenannte „Rumgeiere“ in der Frage der polnischen Westgrenze ist vor diesem Hintergrund kein Ausrutscher und keine Kohl'sche Tölpelerei. In dieser Politik drücken sich reale gesellschaftliche Kräfte aus. Und diejenigen, die hier einen geordneten Rückzug verlangen und wohl auch nach einem vollzogenen Anschluß zu einer Garantieerklärung dieser Grenzen bereit sind, tun dies ausschließlich aus taktischen Gründen — um die augenblicklich einbringbare Ernte, die DDR, auch wirklich einzubringen, und Zeit zu haben, die damit zusammenhängenden Folgen zu verarbeiten und die entsprechenden Kosten aufzubringen. Früher oder später wird das Thema der Grenzen von 1937 erneut auf die Tagesordnung kommen — und umso früher, je glatter der Anschluß vonstatten geht.

Das gilt natürlich auch für die Frage der militärischen Bewaffnung. Hier war Stoltenbergs Vorstoß, wonach in einem wiedervereinigten Deutschland selbstverständlich Bundeswehr und Nato an die polnische Westgrenze vorrücken würden, ebenfalls Ausdruck realer Zielsetzungen eines großen Teils im bürgerlichen Lager. Er hat nur zur Unzeit eben diese Zielsetzung ausgedrückt.

Wie sehr diese Herren Blut geleckt haben und nicht genug kriegen können, zeigt schließlich die *Debatte um die Eigentumsformen* in der DDR bzw. den dann angeschlossenen Gebieten der heutigen DDR. Da klagt eine „Interessengemeinschaft der in der Ostzone enteigneten Betriebe (IOB)“ bereits den Anspruch auf Rückgabe aller enteigneten Betriebe und Vermögen in der DDR an. Bundesinnenminister Schäuble läßt klarstellen, der in der BRD bezahlte Lastenausgleich bedeute „nach dem Wortlaut des Gesetzes keine Ablösung von Eigentumsrechten, sondern einen Ausgleich für den Ausfall der Nutzung“. Entsprechend fordert er „die Enteignungen nicht anerkennen!“ und verkündet, es seien im Kohl-Kabinett längst entsprechende Arbeitsgruppen eingerichtet worden, die untersuchten, in welchen Fällen bei den Enteignungen von Grund und Boden und Betrieben eine Rückgabe an die alten Besitzer in Frage komme. Ähnlich äußerte sich der

FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff. Eine allgemeine Reprivatisierung sei erforderlich; immerhin sei „Privateigentum essentieller Bestandteil der Gesellschaftsordnung. Mit meiner Partei wird da nicht gewackelt.“ Lambsdorff ist allerdings auch so weitsichtig, festzustellen: „Wir müssen sehen, daß auch ungeklärte Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden schwere Investitionshemmnisse sind.“ Was wiederum heißt, daß auch solche Reprivatisierungen zack-zack erfolgen sollen oder generell, wie es die IOB ins Auge faßt, durch die Bildung von Aktiengesellschaften die Möglichkeit gegeben wird, daß einzelne Aktienpakete an frühere Besitzer gehen, ohne die veränderten Grundstrukturen von Betrieben zu gefährden, was im Fall einer kompletten Reprivatisierung, einem Zurück zum Status 1945, 1949, 1953 oder 1973 vielfach der Fall wäre. (6)

All diese Tendenzen, die in diesen Wochen im bürgerlichen Lager hochkommen, mögen als „wenig hilfreich“ und „zur falschen Zeit geäußert“ charakterisiert werden — so Genscher und

die „FAZ“. Sie mögen auch grundsätzlich in Widerspruch zu den „objektiven Interessen“ des Bürgertums stehen, weil hier „überzogen“ wird, weil dieser Heißhunger, allein schon wenn er sichtbar wird und erst recht, wenn er realisiert werden sollte, eine beachtliche Zahl früherer „Partner“ in erbitterte bürgerliche Gegner verwandeln kann; weil beispielsweise ein fragiles Projekt wie „EG 92“ und der europäische „Binnenmarkt“ hierdurch ernsthaft torpediert werden kann. Doch es handelt sich um reale und ernstzunehmende Positionen im bürgerlichen Lager, die eindeutig wieder in den Vordergrund rücken.

Man kann darin einen alten Grundzug dieses deutschen Großbürgertums erkennen: die Neigung der deutschen Bourgeoisie zu Abenteuerlust, zu einem Vabanque-Spiel, zur Klassenpolitik des größtmöglichen Risikos.

Eine solche Politik betreibt die deutsche Bourgeoisie vor allem hinsichtlich des aktuell anstehenden Projekts einer „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“.

Deutschland, teures Vaterland

Wie zäh ein Prozeß einer Rekapitalisierung eines nichtprivatkapitalistischen Landes vonstatten gehen kann, wieviele Opfer er von der Bevölkerung verlangt, wie teuer er insgesamt die Gesellschaft kommt, wie unterschiedliche Stadien mit politisch und sozial labilen Verhältnissen er durchlaufen kann ... all dies zeigen in diesen Jahren die Beispiele Polen (mindestens seit dem Kriege vom Dezember 1981; es war das Jaruzelski-Rakowski-Regime, das die Reprivatisierungen im großen Stil möglich machte und den Beitrittsantrag zum IWF formulierte!), Jugoslawien und Ungarn. In Polen erleben wir einen wirtschaftlichen Verfall, der nun bereits über ein Jahrzehnt andauert; eine Auspowerung von Millionen Menschen auf ein Lebensniveau, das im mittleren Europa nur regional zwischen den Weltkriegen und ansonsten um die Jahrhundertwende anzutreffen war. In Ungarn wird nun, nach dem Sieg der bürgerlichen Parteien bei den Wahlen, derselbe Prozeß, der bereits Anfang der achtziger Jahre einsetzte, beschleunigt stattfinden und „polnische Zustände“ schaffen. Die zersetzenden Kräfte der „Marktwirtschaft“ haben in Jugoslawien längst in Richtung auf einen Auflösungsprozeß des Staates gewirkt, wobei der Nationalismus blüht und das Bürgertum sich große Hoffnungen von einer „Balkanisierung“ — der Auflösung Jugoslawiens in Teilstaaten — macht, die — zumindest hinsichtlich der wirtschaftlichen Durchdringung — neokoloniale Beute der kapitalistischen Nachbarstaaten werden.

Das für den Kapitalismus Vorteilhafteste an diesen Zerfallsprozessen ist: Er muß hierfür nicht die volle Verantwortung übernehmen und profitiert doch hinreichend von ihnen — letzteres vor allem vermittelt über die Verschuldung dieser Länder und über den beschleunigten ungleichen Tausch. (7) Es bleibt den dort „demokratisch“ etablierten Regierungen überlassen, die vom IWF oder den Gläubigern und Gläubiger-Banken diktierten Wirtschaftsprogramme zu realisieren — und Zins- und andere Zahlungen an die Profiteure in den kapitalistischen Metropolen abzuführen. Inwieweit in diesen Ländern jemals ein Niveau bei Infrastruktur und in der Produktivität erreicht wird, wie es beispielsweise in Spanien inzwischen vorherrscht (zweifelloso: mit gewaltigen Ungleichheiten zwischen einzelnen Regionen), ist fraglich; die Schuldenkrise dürfte dies eher — wie im Fall der Drittwelt-„Schwellen“-länder — verhindern. Aber auch wenn diese Schuldenkrise weniger ausgeprägt wäre, so sind sich doch alle einig, daß unter den herrschenden Weltmarktbedingungen nur ein Prozeß, der weit länger als ein Jahrzehnt dauern würde, eine entsprechende Entwicklung zuließe. Dies deckt sich im übrigen mit den Erfahrungen, die entsprechende Drittweltländer, die heute ernsthafte Weltmarktkonkurrenten sind, machten (z.B. Südkorea).

Im Fall des Projektes *Anschluß der DDR an die BRD* verhält es sich jedoch grundsätzlich anders. Die DDR soll in wenigen Monaten mit der BRD und via Währungsunion kurzgeschlossen — und entsprechend einer Schocktherapie ausgesetzt — werden. Auch wenn bestimmte Formen, die für teilweisen Ausgleich der Wirkungen einer solchen Union sorgen, geschaffen werden soll-

ten, so bleibt doch grundsätzlich: Mit einer Währungsunion werden die in DDR-Betrieben erstellten Waren mit den in der BRD erstellten Waren in direkte Konkurrenz treten. Einen Puffer Währungskurs gibt es nicht mehr. Und die Forderung „In einer Währungsunion müssen die Löhne ... die Pufferfunktion des Wechselkurses für eine Übergangszeit übernehmen“ ist unter den gegebenen Bedingungen der Freizügigkeit nur ansatzweise zu realisieren; und selbst wenn sie realisiert wird, so wird die Wirkung angesichts des vorhandenen großen Produktivitätsunterschiedes nur eine bedingte sein. (8)

Wenn man den ideologisierungstendenziellen Systemvergleich wegläßt und einmal unterstellt, die finnische oder irische oder portugiesische oder auch die spanische Ökonomie würden binnen kürzester Frist völlig mit der bundesdeutschen gleichgeschaltet werden, der direkten Konkurrenz — einschließlich der Aufhebung der Entfernungen und der daraus resultierenden Kosten — ausgesetzt werden, dann ist auch einsichtig, was die Folge wäre: der weitgehende Konkurs eines großen Teils der noch existierenden Produktionseinheiten in diesen anderen früheren Nationalstaaten. Dies ist bereits heute im Bereich der EG spürbar und wird Resultat des EG-Binnenmarktes, wenn dieser realisiert wird, sein. Es muß jedoch unterstrichen werden — gerade um die dramatischen Folgen hinsichtlich des Projektes *Anschluß hervorzuheben* —, daß bis heute noch große Hemmnisse vorhanden sind, die eine komplette Gleichschaltung der verschiedenen Ökonomien im EG-Europa nicht zulassen, wobei sprachliche und kulturelle Barrieren ebenfalls eine Rolle spielen (vor allem im Bereich von Kleinproduzenten, dem Handwerk, der Landwirtschaft usw.).

Vor diesem Hintergrund sind die Feststellungen, die Währungsunion BRD-DDR („die Ausweitung des Geltungsbereichs der D-Mark“) würde den Zusammenbruch von mindestens einem Drittel und bis zu zwei Dritteln des DDR-Produktionspotentials mit sich bringen und daraus würden zwischen zwei und fünf Millionen Arbeitslose resultieren, durchaus ernstzunehmen. Sie werden auch von bürgerlichen Wirtschaftlern ebenso aufgestellt wie von Vertretern der radikalen Linken in der DDR. (9)

Nun ist die Vermutung richtig, daß das Bürgertum diese sozialen Kosten nicht jucken, daß es die zersetzende Wirkung, die hiervon auch auf die BRD-Gesellschaft ausgeht, billigend in Kauf nimmt.

Doch der Teil des Bürgertums, der professionell mit Kostenkalkulationen und darauf basierenden Profiterwartungen zu tun hat, also die Spekulanten und Börsianer, stellt derzeit eine umfassende Rechnung auf. Es gehe schließlich nicht allein darum, zwei Drittel der DDR-Betriebe plattzumachen und einen Teil zu übernehmen. Auch sei noch denkbar, daß in die herausgepickten — übernommenen Rosinen (Teile des Fahrzeugkombinats IFA durch VW und Opel und BMW; Robotron durch Bosch, woraus sich ein „Roboschtron“ ergeben würde, Zeiss-Jena durch Zeiss-Oberkochen usw. usf.) ausreichend Kapital durch die westlichen Muttergesellschaften gepumpt würde, um in relativ

kurzer Zeit daraus profitable Töchter zu machen.

Doch was ist mit all den anderen Kosten, über die man in den Fällen Ungarn, Polen, Jugoslawien so leicht hinwegsehen kann, weil sie *Sache anderer Nationalstaaten sind*? Was ist mit den erforderlichen Kosten für das Verkehrsnetz? Wenn die bundesdeutschen privaten Konzerne nun wahr machen, wofür sie bereits die Kapazitäten schaffen, um die Zahl der DDR-Pkw binnen kürzester Zeit von 4 auf 8 Millionen steigern (was immer noch unterhalb der Kfz Dichte der BRD wäre), dann müßte, wenn nicht der totale Kollaps stattfinden soll, binnen kürzester Frist zumindest eine Verdopplung der Straßenkilometer erreicht werden — und dies durch staatliche Investitionen. (10) Was mit den Kosten für die Herstellung eines ausreichenden Telekommunikationsnetzes? Was mit „Umweltreparaturkosten“ (und sei es nur die Stilllegung eines oder anderen Atomkraftwerks)? Was mit den Kosten einer Sozialunion — Renten, Arbeitslosengeld/unterstützungen? Was mit letzterem unter Bedingungen, daß zumindest zeitweise eine relativ hohe Arbeitslosigkeit existiert, also entsprechend niedrig die Zahl derjenigen ist, die im aktiven Arbeitsprozeß stecken und gemolken werden können für die entsprechenden Sozialkassen? Was ist mit der Auslandsschuld der DDR von rund 20 Milliarden Dollar? (Im Fall Polen ist diese Auslandsschuld ein Plus für die BRD, weil hierüber Mehrwert transferiert wird; im Fall des Anschluß-Projektes heißt dies schlicht, daß die Schulden der DDR zu Schulden des neuen Großdeutschland werden, und daß ab dem Tag des vollzogenen Anschlusses der Schuldendienst von dem neuen Großdeutschland übernommen werden muß — schließt man mal die galante Lösung eines vorausgegangenen DDR-Staatsbankrotts, also in diesem Fall eines betrügerischen Bankrotts, aus). (11)

Diese Kostenposten des Anschlusses werden seit Februar 1990 fieberhaft in den einschlägig bekannten Kreisen durchgerechnet. Hieraus resultiert das neuerliche Rumgeiere hinsichtlich des Terms einer Währungsunion (12) und hinsichtlich der Einschränkungen, welche Sparguthaben in welcher Höhe denn nun 1:1 getauscht würden (und welche auf Null gebracht, enteignet werden).

Es ist in diesem Zusammenhang nicht entscheidend, wie hoch exakt diese „Nebenkosten“ des Projektes Anschluß liegen. Die gehandelten Zahlen beginnen bei vielen hunderten Milliarden Mark (mindestens 700) und enden bei einigen tausend Milliarden (2-3000 Milliarden DM). Der Zeitraum, in welchem diese Beträge fällig würden, erstreckt sich in der Regel auf zehn Jahre und weniger. (13)

Nun läßt sich ein Bourgeois auch durch solche Zahlen nicht erschrecken. Zumal er eine überzeugende Antwort weiß auf die entscheidende Frage: Wer soll das bezahlen? Bezahlte werden soll all dieses 1. von der DDR-Bevölkerung, 2. von der BRD-Bevölkerung und 3. vom Staat (durch Umschichtungen im Staatshaushalt und durch verstärkte Verschuldung).

Die einzig offene Frage ist: *Wie* sollen solche Beträge eingetrieben werden? Welche Kräfteverhältnisse sind erforderlich, um solche Kosten des Projektes Anschlusses entsprechend abwälzen zu können?

Beginnt man bei letzterem, dann kann klar gemacht werden, was auf die Allgemeinheit der BRD-DDR-Bevölkerung zukommt: Selbst wenn die Rüstaussgaben halbiert werden sollten (von real 70 auf 35 Milliarden DM jährlich), selbst wenn die jährliche zusätzliche Staatsschuld um 50 Prozent gesteigert werden sollte (von derzeit 30 auf 45 Milliarden), dann erbrächte dies jährlich gerade 50 Milliarden oder in zehn Jahren 500 Milliarden. Man wird zustimmen, daß vor allem das erstere, ein derartiger radikaler Abbau der Rüstaussgaben, kaum stattfinden wird (man sollte das für eine gewisse Zeit jedoch nicht völlig ausschließen). In der Gesamtbilanz bleibt aber auch bei diesem „günstigsten“ Fall, daß auf die BRD-DDR-Bevölkerung mindestens nochmals ein solcher Betrag zukommt, der aus dieser gepreßt werden soll. Als Maßstab: Die vielzitierten „sozialen Grausamkeiten“, die die Kohl-Regierung im Zeitraum 1982 bis 1989 der BRD-Bevölkerung angedeihen ließ, werden auf 150 Milliarden Mark beziffert.

Es liegt auf der Hand, daß die Bourgeoisie sich hier vor einer nationalen

Angabe sieht, ein solches Projekt gegenüber der Bevölkerung durchzusetzen. Dazu gehört neben Phantasie (z.B. Erhöhung der Mehrwertsteuer mit dem Hinweis auf die erforderliche Harmonisierung im EG-Bereich) vor allem eine große Durchsetzungskraft und die Veränderung des allgemeinen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten des Bürgertums. Daß zur Erreichung eines solchen veränderten Kräfteverhältnisses auch die sozialen und zersetzenden Folgen des Anschlusses eingeleitet werden sollen, liegt auf der Hand. Also: das Millionenheer von vier bis fünf Millionen Erwerbslosen, das große

Heer von neuen Schwarzarbeitern (Wohnort im Gebiet der früheren DDR bzw. Familie dort und Schwarzarbeit im Westen, wenn bestimmte Beschränkungen eine volle Freizügigkeit und Arbeitsaufnahme allüberall im arischen Ausbeutungsraum nicht zulassen sollten); die Verstärkung patriarchalischer Strukturen vor allem durch die erneute umfassende ökonomische Abhängigkeit der Frauen im Gebiet der früheren DDR, indem in erster Linie die Frauen ihre Arbeitsplätze verlieren; allgemeiner Ausländerhaß und Ausländer-raus-Stimmung.

Schwarzseherei? Oder: unsere Aufgaben

Wir hatten anläßlich eines kürzeren und auch verkürzten Beitrags von mir zum selben Thema (14) eine Diskussion in der SoZ-Redaktion, in der kritisiert wurde, es handle sich bei einer solchen Perspektive um Schwarzmalerei, um die Verbreitung einer „Apokalypse now“-Stimmung. Vor allem würde dabei unterschlagen, welche Möglichkeiten von Widerstandsaktionen es gegen eine solche Perspektive geben würde.

Zunächst einmal unterstreiche ich, daß wir gegenwärtig tatsächlich eine Rechtsentwicklung erleben, zumindest den Beginn einer Verschiebung der allgemeinen Kräfteverhältnisse nach rechts. In dieser Hinsicht sehe ich eher schwarz als rosa. Hier gab es sicherlich eine gewisse Veränderung in den letzten Monaten; vor allem existierten bei einigen von uns, mich eingeschlossen, in den ersten Wochen des Umbruchs in der DDR (Oktober/November 1989) Hoffnungen auf eine entgegengesetzte Entwicklung. (15)

Insofern befindet sich die radikale (oder sozialistische oder kommunistische) Linke in einer defensiven Position, und sie tut gut daran, sich dessen klar zu werden. Beispielsweise sind vor dem Hintergrund einer solchen grundlegenden Einschätzung alle Hoffnungen auf die Herausbildung einer großen neuen linkssozialistischen Kraft, gar etwa um den Westritt einer PDS gruppiert, äußerst problematisch, deren Erfüllung unwahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher erscheint mir, daß solche Kräfte wie DKP (beide Flügel) und PDS im Rahmen der allgemeinen Rechtsentwicklung den Prozeß einer fortgesetzten Sozialdemokratisierung erleben.

Richtig an den angeführten kritischen Anmerkungen ist — und hieraus leiten sich unsere Aufgaben ab:

1. Der beschriebene erforderliche Angriff des Bürgertums auf den sozialen Besitzstand in der BRD und in der DDR wird Widerstand hervorrufen. Es handelt sich nicht um die Frage, ob das eine oder andere Prozent weniger Lohnzustände gemacht werden. Es handelt sich um einen umfassenden Angriff auf die Bevölkerung, einen Angriff, wie ihn beispielsweise die Thatcher-Regierung im letzten Jahrzehnt in Großbritannien durchsetzen konnte.

2. Widerstand gegen einen solchen Angriff kann es entlang der entscheidenden Fronten geben:

- in Fragen der Reprivatisierung von Betrieben, Häusern und Boden auf dem Gebiet der DDR;
- in Fragen der Einschnitte in den erreichten sozialen Besitzstand (z.B. Wegfall der Subventionierung von Mieten);
- im Fall der geplanten Streichung fortschrittlicher Bestimmungen in der Arbeitsgesetzgebung (Streichung oder Unterhöhung des neuen DDR-Gewerkschaftsgesetzes; Streichung eines Verbots der Aussperrung);
- im Fall der Forderung nach Volksentscheidern, die nicht aktiv im früheren Bespitzelungsapparat Stasi waren;
- im Fall des Angriffs auf die Frauen massive Reduktion der Kinderkrippenplätze; Massenerwerbslosigkeit vor allem für Frauen, Streichung der Schulbildung;
- und schließlich im Fall des Projekts, in Anschluß auch formal auf dem Weg des „Beitritts“ zur BRD entsprechend Grundgesetzartikel 23 durchzuführen und eines möglichen Engagements für eine neue Verfassung.

In der BRD wird dieser Widerstand eine Möglichkeit haben, sich breit zu entwickeln, wenn die ersten konkreten Projekte sich abzeichnen lassen, wie Bourgeoisie die Kosten des Anschlusses auf die Bevölkerung abzuwälzen. Unter den gegebenen Bedingungen

erscheint es mir weiterhin richtig, eine grundsätzliche Kritik an dem Projekt Anschluß zu üben, zu konkretisieren, was dieses Projekt in den einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen jeweils bedeutet. Das heißt, die Hauptorientierung muß diejenige auf ein „Nein zum Anschluß“ bleiben, wie es die radikale Linke in der BRD bisher tut, wie es VSP und BWK tun, wie es Vereinigte Linke und Nelken (beide DDR) in einer gemeinsamen Erklärung mit der VSP im DDR-Wahlkampf taten. (16)

Manche und mancher mag einwenden: eine solche „prinzipielle“ Haltung sei „abstrakt“, wir würden uns damit in eine Ecke stellen, wo eine konkrete, auf Massen wirksame Politik nicht mehr wirksam wäre.

Zum einen glaube ich nicht, daß dies so zutrifft. Aus dieser Ecke des prinzipiellen Neins heraus gibt es ausreichend Möglichkeiten, konkreten Widerstand, dann, wenn er sich abzeichnet, mit zu organisieren. Auf alle Fälle gibt es keine künstlichen Abkürzungen, um aus

hen müssen, daß dieser Anschluß vollzogen wird und wir binnen maximal zwei Jahren politisch in einem Großdeutschland arbeiten müssen (bei Existenz möglicher Übergangsregelungen zwischen den verschiedenen Reichsgebieten). Das wäre wirklicher freiwillig vollzogener Isolationismus, auf eine solche Zusammenarbeit und Koordinierung zu verzichten, bis zum Tag „X plus 1“, dem Tag nach einem komplett vollzogenen Anschluß zu warten.

Bei allem verhaltenen Pessimismus und trotz der Beschreibung der Gesamtlage als die einer Defensive glaube ich, daß es gerade in der DDR noch wichtige Widerstandspotentiale gibt, die gute Ansätze für eine praktische gemeinsame Politik gegen den Anschluß und seine Folgen und Kosten aufweisen. Diese Potentiale wurden durch die Dampfwalze des imperialistischen Angriffs (kombiniert mit der Aushöhlung des DDR-Regimes und deren Ökonomie) zeitweilig ausgeschaltet und isoliert. Es erscheint zumindest vorstellbar, daß sie nach dem Abzug der Nebelbänke, die die DM-Exporteure dort gesetzt haben, und bei Auftauchen der beschriebenen konkreten sozialen Folgen und bei Enthüllung all der Lügen, auf deren Basis der Wahlsieg eingefahren wurde, reaktiviert werden. Auf Seiten eines solchen Widerstands sollte auch eine sozialistische BRD-Linke zu finden sein und alles dazu beitragen, daß es zu einer Kombination eines Widerstands gegen den Anschluß und seine Kosten in BRD und DDR kommt.

Winfried Wolf, VSP

P.S.: Menschen mit einem über längere Zeit wohlgeordneten Bücherregal und/oder Gehirn werden sich erinnern: Die Überschrift dieses Artikels ist bewußt identisch mit einem Buchtitel aus 1988. Damals wurde in zwei Bänden im



Foto B. Maus

dieser Situation einer relativen Isolation herauszukommen — und ich halte Initiativen für einen Volksentscheid oder einen Bevölkerungsentscheid über die Frage der „Wiedervereinigung“ für eine solche in die Irre führende Abkürzung. (17)

Zum anderen bin ich überzeugt, daß sich diese Position einer relativen Isolation im Fall des prinzipiellen Neins wandeln kann in eine offene Situation, bei der wir mit großer Glaubwürdigkeit einen beginnenden realen Widerstand aufgreifen und mit organisieren können, weil wir von vornherein diese Position des Nein vertreten und klar machen, welche Folgen dieser Anschluß haben wird.

In diesem Rahmen wird es wichtig sein, daß die Demonstration gegen den Anschluß („Nie wieder Deutschland“) im Mai ein Erfolg wird und daß der für Pfingsten anvisierte Kongreß der Radikalen Linken vor allem auch diesen roten Faden des Neins zu dem Anschluß aufweist.

Erheblich mehr Gehirnschmalz als bisher sollte allerdings investiert werden hinsichtlich der Möglichkeiten, die Zusammenarbeit und Koordination sozialistischer Organisationen in der BRD und der DDR zu verwirklichen oder zu stärken — und ich meine hier Positionen und Organisationen, die eine vergleichbare grundsätzliche Kritik am Projekt Anschluß haben wie diejenigen, die diese „Beilage“ mittragen.

Denn dies ist kein Widerspruch (oder ein solcher, den das Leben uns vorgibt), einerseits strikt gegen den Anschluß zu sein, und andererseits eine solche Zusammenarbeit zu suchen, zumal dann nicht, wenn wir fest davon ausgehen und nach Lage der Dinge davon ausge-

„Wirtschaftswoche“ vom 2.3.1990. Das vorausgegangene „FAZ“-Zitat ist einer Februar-Ausgabe entnommen; Datum verschlammpt, so sorry.

(5) Im Nachhinein muß gegenüber Organisationen wie dem BWK und der Volksfront gesagt (teilweise auch: eingestanden) werden, daß es richtig war, diese Themen weiter zu verfolgen und auf die Gefahren hinzuweisen, die aus dieser revanchistischen Ecke drohen.

Der Bund der Vertriebenen fordert im übrigen durch seinen Generalsekretär Koschyk, daß im Fall einer formellen Anerkennung der polnischen Westgrenze „für den verlorenen Besitz noch einmal hunderte Milliarden auf den Steuerzahler zukommen“. Diese müßten dann den Vertriebenenverbänden bezahlt werden. Ursprünglich in „Bild“ (wohl 28.2.); hier nach „FAZ“ vom 29.2.1990.

(6) Zitate nach: „Neues Deutschland“ zu IOB (16.2.90); Schäuble in: „FAZ“ vom 16.3.1990; Lambsdorff im „Handelsblatt“ vom 21.3.1990.

(7) Die Autoindustrie ist hier beispielhaft: Jugoslawien sieht sich gezwungen, sein Pkw-Modell „Yugo“ nach den USA zu exportieren, um es dort gegen die Konkurrenz aus Japan und Südkorea, die bei wesentlich höherer Produktivität ihre Pkw teilweise bereits in den USA selbst fertigen können auf den Markt mit ausgesprochenen Dumpingpreisen zu werfen.

Derzeit tragen sich Suzuki, General Motors und Daihatsu mit der Absicht, in Ungarn, Polen und der CSSR Produktionsstätten für Pkw zu errichten; VW beabsichtigt mit der Übernahme von Skoda ähnliches. Alle diese Produktionen sollen in erster Linie für den Export arbeiten.

(8) Nach: „Handelsblatt“ vom 21.3.1990.

(9) „Eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD würde sofort zwei Drittel der DDR-Betriebe ruinieren und eine soziale Katastrophe heraufbeschwören.“ Thomas Klein, Vertreter der „Vereinigten Linken“, inzwischen Abgeordneter in der DDR-Volkshammer, nach: „Neues Deutschland“ vom 8.2.1990.

(10) Im übrigen stellt der Straßenverkehr eine Konkretisierung des Unfalls dar, den der Anschluß aus Sicht der gesamtgesellschaftlichen Kosten darstellt. Während in diesen Jahren die „entwickeltesten“, also am höchsten motorisierten imperialistischen Metropolen feststellen, daß die Städte unter der Pkw-Flut kollabieren, und einige von ihnen, beispielsweise in den USA (Sacramento, Diego, Los Angeles), aber auch Westeuropa (Stockholm, Bologna, Florenz, Oslo), in großem Maßstab dazu übergehen, die Pkw weitgehend aus den Städten zu verbannen und grundsätzlich den Pkw-Verkehr einzuschränken, sollen nun in der DDR zunächst einmal und gedrängt auf einen knappen Zeitraum von weniger als einem Jahr alle diesbezüglichen Fehler und Zerstörungen, die im Westen in vier Jahrzehnten im Verkehrssektor gemacht wurden, wiederholt werden. Parallel mit der Verdopplung der Kfz-Flotte, die im übrigen gerade den Todesstoß für noch vorhandene alte städtische Strukturen bedeuten muß, wird es zum Niedergang des öffentlichen Verkehrs und zu radikalen Einschnitten bei den entsprechenden kommunalen Unternehmen und bei der Deutschen Reichsbahn kommen. Das dahinter stehende Prinzip ist bekannt; es lautet: Privatisierung der Profite (des Projekts Anschluß — bei den Autokonzernen und der Bauindustrie, die die Landschaft und Städte niederwalzen) und Vergesellschaftung der Kosten (des Projekts Anschluß, durch Abwälzung der Kosten für den Straßenbau und die Umweltzerstörung auf die Gesellschaft der Steuerzahler und auf spätere Generationen).

Vgl. Winfried Wolf, Neues Denken oder Neues Tanken? DDR Verkehr 2000, (in Zusammenarbeit Prof. Manfred Rochlitz, Hochschule für Verkehr „Friedrich List“, Dresden, unterstützt vom Umweltverband Ökolöwe, Leipzig), März 1990, Verlag isp, 170 Seiten/23.-

(11) Am 21.3.1990 vermeldete „Financial Times“: „Ein geheimes ostdeutsches Dokument stellt fest, daß der jährlich von der DDR auf die Auslandsschulden zu leistende Schuldendienst höher liegt als die Hälfte der Einnahmen aus dem Exportgeschäft mit den nichtkommunistischen Ländern.“ Diese Schuldendienstsumme (Zins und Tilgungsleistungen auf die gesamte Auslandsschuld) habe 1989 bei 5,6 Milliarden Mark gelegen. Im Jahr 1990 steige sie auf 7 Milliarden Mark. Die Zahl der Gläubigerbanken belaufe sich auf 400. (Meines Wissens ist hierunter auch ein größerer Teil von japanischen Banken). Das britische Kapitalblatt resümiert: „Der Bericht ... unterstreicht den wachsenden ökonomischen Druck, der von hier in Richtung auf eine Wiedervereinigung mit Westdeutschland ausgeht.“

(12) Auch hier gilt: Ein späterer Termin der Währungsunion wäre objektiv im Interesse des westdeutschen Bürgertums. Andererseits steht die BRD-Regierung hier im Obligo — auf der Basis des Versprechens eines frühen Termins einer Währungsunion und eines Umtauschs und einer Umstellung weitgehend 1:1 (ohne gravierende Einschränkungen) hat sie die Wahlen gewonnen.

Und schließlich kommen im Mai — eventuell im Juni und dann zusammen mit denen zu den Ländern — neue Wahlen. Kommt es bei diesen Kommunal- und Länderwahlen zu allzu großen Einbrüchen bei den Parteien fürs eilig Vaterland, dann wird die Legitimität des Anschluß-Projektes in Frage gestellt und verschärft sich der zu erwartende soziale Widerstand gegen die Kosten des Anschlusses. Interessant war, daß es wiederum Kohl war, der am 27.3. sich weit aus dem Fenster hängte und plötzlich verkündete, der Tag der Währungsunion würde der 1. Juni sein (wo es doch bisher immer hieß, einen

Termin zu nennen, wäre nicht möglich, da dieses den Spekulantern in die Hände arbeite).

(13) So errechnet das Institut der Deutschen Wirtschaft einen Betrag von 130 bis 220 Milliarden Mark, die für Umwelt und Energie in der DDR an Investitionsbedarf anfallen würden („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 20.3.1990), im Wohnungssektor werden allgemein Zahlen von 200 bis 400 Milliarden Mark genannt, wobei es hier richtig heißt, daß diese Gelder auch „eigenerwirtschaftet“ werden könnten, sprich: bei den Mietern abgegriffen werden könnten, wenn die Mietpreissubventionierung entfällt und wieder private Eigentumsverhältnisse hergestellt sind („FAZ“ vom 1.3.1990); im Verkehrssektor werden Zahlen von 200 bis 300 Milliarden genannt (Straßenbau plus Reichsbahn); für das Fernmeldetz sollen 30 bis 40 Milliarden DM reichen. (Für die Landwirtschaft werden äußerst verwirrende Zahlen genannt, daher lasse ich das hier außen vor. Aber auch wenn es richtig sein sollte, was m.W. seitens des BWK gesagt wird, daß die DDR-Landwirtschaft konkurrenzfähig mit dem Agrobusiness der EG wäre, dann bleibt sicher als Tatbestand stehen: der Maschinenpark der LPGs und der staatlichen landwirtschaftlichen Betriebe ist hoffnungslos überaltert. Da dieser Bereich wohl genossenschaftlich oder teilweise staatlich bleiben wird — auf absehbare Zeit kaum eine komplette Reprivatisierung stattfinden wird — und da eine Erneuerung dieses landwirtschaftlichen Maschinenparks kaum aus Eigenmitteln stattfinden kann, wären auch hier einige Dutzende Milliarden gesamtgesellschaftlicher Investitionen nötig, wenn ein Ruin abgewendet werden soll. Schließlich werden für die „Sozialunion“ Beträge von 50 bis 150 Milliarden Mark genannt (Finanzierung der Arbeitslosigkeit, der neuen Armut/Sozialhilfe, die benötigte „Anschubfinanzierung“ für die Rentenkassen usw.).

Bei der aus solchen Beträgen hochgerechneten Gesamtsumme von „vielen hundert Milliarden Mark solcher „Anschluß-Nebenkosten““ handelt es sich also nicht um die Kosten für die Erneuerung des Produktionspotentials (Maschinenbau) in der Industrie und im Dienstleistungssektor (Computerisierung). In diesen Bereichen unterstellen wir, daß die weiter in Funktion befindlichen und dann überwiegend reprivatisierten Unternehmen diese Investitionen aus eigener Kraft, durch die normale Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, aufbringen, und daß der Ausfall anderer Unternehmen — der plattgemachten — ersetzt wird durch vorhandene und potentielle Überkapazitäten, wie sie in Westdeutschland bestehen.

(14) „Anschluß, Torschluß, Kopfschuß“, in: SoZ Nr. 7/90, S. 3

(15) Ich habe in diesem Zusammenhang nochmals in Ruhe die „Thesen“ in der vorausgegangenen „Beilage“ gelesen (Nr. 4, vom 28.12.1989), die im übrigen Ende November/Anfang Dezember verfaßt wurden. Und ich halte diese im großen und ganzen auch heute nicht für überholt. Zumal darin bereits steht: „Unter den gegebenen Bedingungen ... entwickelt sich ein Sog in Richtung Wiedervereinigung. Ein solcher Staat ist nur denkbar in Form einer Übernahme der DDR durch die BRD“. Und zumal die darin formulierten Aufgaben (These XI) in erster Linie defensiver Art sind („Engagement gegen Revanchismus und Anschluß-Projekt“). Abgeleitet wurde diese damals bereits zurückhaltende und wenig optimistische Perspektive aus der Einschätzung einer „tiefen und offenen Krise der DDR-Ökonomie“ einschließlich eines drohenden Kollapses.

Vor diesem Hintergrund möchte ich relativierend nur anführen: Un erwartet für mich war vor allem die Schwäche der dort beschriebenen demokratischen Bewegung und das Auftauchen dieser massiven rechten und rechtsextremen Strömungen (in Leipzig teilweise sogar als Massenbewegung zu bezeichnen).

(16) Siehe die Beilage zur SoZ Nr. 7/90, ein Wahlkampf-Extra der VL, das in einer Auflage von 100 000 Ex. in der DDR verbreitet wurde.

(17) Meine grundsätzliche Kritik an einer solchen Position ist diejenige, daß bei bestimmten Fragen das Instrument eines Volksentscheids eine denkbar ungeeignete und wenig demokratische Waffe ist. Die Beispiele Paragraf 218 und Todesstrafe sind bekannt und werden als allgemein zutreffend anerkannt. Die Frage der „Wiedervereinigung“ ist eine vergleichbare, zumal bereits das Wort grundsätzlich abzulehnen ist. Das Projekt lautet: Erweiterung des dem Imperialismus zur Ausbeutung zur Verfügung stehenden Gebiets, kurz „Anschluß“.

In der VSP gibt es eine entsprechende Debatte zu diesem Thema und die bisherige Mehrheitsposition im ZK („Ja zu einem Bevölkerungsentscheid über die Wiedervereinigung“) ist inzwischen insofern relativiert, als eine entsprechende Initiative eingebettet wurde in eine Reihe von Argumentationen und Forderungen, die in erster Linie auf eine Art Kampagne zu einem Nein zur „Wiedervereinigung“ hinauslaufen.

In der grundsätzlichen Frage — Bevölkerungsentscheid über dieses Thema — bleibt die genannte Kritik allerdings bestehen.

Im übrigen ist auch auf der bloßen taktischen Ebene zu befürchten, daß eine von besten Absichten vorgetragene Initiative für einen Bevölkerungsentscheid, die eingebettet ist in Argumentationen gegen den Anschluß, wie jetzt im Fall der VSP-Initiative, „ausgehebelt“ und überlagert wird durch Volksentscheids-Initiativen, die letzten Endes auf eine Legitimation des Anschlusses hinauslaufen. Dies gilt beispielsweise für das Projekt der Grünen für einen solchen Volksentscheid, das ja gleichzeitig innerparteilich die Absegnung des Sieges der Rechten darstellt.

Sozialistisch gegen einig Vaterland!

Gesichtspunkte zur Weiterentwicklung der Debatte

Im folgenden möchte ich auf einige Probleme des Papiers „Entwicklung in Osteuropa. Gesichtspunkte zu Diskussion und Arbeitsplanung“ eingehen, welches von der 10. o. Delegiertenkonferenz des BWK am 3./4. März 1990 mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung gebilligt wurde (siehe „Ergebnisse und Materialien 1/90“ zu dieser Konferenz), und anschließend darüber hinaus auf einige Fragen der bisherigen Debatte in der Linken.

Das von der Delegiertenkonferenz gebilligte Papier spricht von „realsozialistischen Gesellschaften im östlichen Europa“ und „in der dritten Welt“. Realsozialistisch ohne Führungsstriche kann nichts anderes heißen, als real, also wirklich sozialistisch. Warum die Gewohnheit dieser falschen Bezeichnung annehmen? In diesen Ländern gab und gibt es keinen Sozialismus. Es ist richtig, daß in ihnen ein nichtkapitalistischer Weg eingeschlagen wurde. Aber man kann sie auch nicht als Länder auf dem Weg zum Sozialismus beschreiben, denn dazu würde sozialistische Demokratie, also wirkliche Herrschaft der Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen mit allen Werktätigen gehören. Es ist kein guter Beitrag gegen die stärkste ideologische Macht des imperialistischen Kapitals, nämlich die Diskreditierung der sozialistischen Ideen und Perspektiven durch die Realität in den fälschlich „sozialistisch“ genannten Ländern (und nicht nur durch falsche Propaganda über die Verhältnisse in diesen Ländern!) durch solche falschen Bezeichnungen auch noch zu unterstützen!

„Die BRD betreibt den Anschluß der DDR“, heißt es richtig in dem Papier und qualifiziert das Vorhaben als „klassische Zielsetzung eines Eroberungskrieges“. Ich fürchte, daß allzuviel verbaler Katastrophismus angesichts der tatsächlich sehr bedrohlichen Entwicklung politisch eher schaden wird. Die Kräfteverhältnisse in BRD, DDR und Welt würden ja einen Eroberungskrieg

durch die BRD nicht erlauben; das Papier spricht daher von allerlei Tricks, um durch „Destabilisierung“ der DDR die nötigen Vorwände zu schaffen, um gewaltsam intervenieren zu können. Wieder Katastrophismus! Die Destabilisierungspolitik gegen die DDR hat ihren größten Erfolg mit dem rechten Wahlsieg am 18. März schon gehabt — das Ziel war nicht, Vorwände zu schaffen, um Gewalt anwenden zu können, sondern die Mehrheit der DDR-Bevölkerung in die verzweifelte Illusion zu treiben, nur die D-Mark könne noch helfen. Jetzt, nach den Wahlen, ist das von der BWK-Konferenz gebilligte Argument auf jeden Fall Schnee von gestern, was die DDR betrifft. Das BRD-Kapital braucht möglichst viel Stabilität, Ruhe und Ordnung, und keineswegs Remmidemmi, Massendemonstrationen, Streiks und dergleichen. Denn dieses „Chaos“ durch Bewegung von unten würde dem Einmarschieren zwecks Ausbeutung nicht nützen, sondern schaden.

... die Integration von realsozialistischen Planwirtschaften wie der der DDR (würde oder könnte) keineswegs friedlich verlaufen. Es wird Gewalt geben.“ — tatsächlich ist es richtig und wichtig, auf das „gemeinsame Interesse der werktätigen Klassen an Abwehr dieser Aggression“ (die ihnen durch die Offensive des imperialistischen Kapitals blüht und deren Beginn sie heute bereits handfest erleiden) zu setzen. Allerdings ist sehr zu hinterfragen, inwiefern es sich um „Planwirtschaften“ handelte und noch handelt. Jedenfalls waren es nicht „Planwirtschaften“ ohne weitere Kennzeichnung. Sonst hätten sie sich nicht als so verwundbar erwiesen! Es handelte bzw. handelt sich eher um Fehlplanung als Planung, und dies in zweierlei Hinsicht:

1. Aufgrund der Inkompetenz, die durch autoritäre Entscheidungsfindung seitens einer Minderheit entsteht — ohne sozialistische Demokratie und weitestgehende Selbstverwaltung wo

immer es geht, ohne Einbeziehung breiter Massen in die Entscheidungsprozesse ist die erforderliche Kompetenz für eine Planwirtschaft gar nicht entwickelbar.

2. Aufgrund der Motive, die zu den Entscheidungen führen, weil für diese Minderheit die Interessen der Masse der Werktätigen nur ganz indirekt etwas gelten, in dem Sinne, was man ihr zugehen muß, um weiter herrschen zu können — die eigentliche Motivation aber sind die Eigeninteressen der herrschenden Schicht.

Um sozialistisches Bewußtsein und sozialistische Perspektiven zu fördern und neu zu Glaubwürdigkeit zu verhelfen, ist es notwendig, sehr klar zu sagen, was eine wirkliche sozialistische Planwirtschaft, demokratisch und für die Bedürfnisse wäre, und daß das „marxistisch-leninistische“ „Modell“ (ein riesiger Etikettenschwindel) nichts damit zu tun hat, sowenig wie Froschlaich mit Kaviar. Wenn wir auf die Selbstverteidigungsreflexe der Arbeiterinnen und Arbeiter bauen, gegen diejenigen, die ihren Lebensstandard drücken und weiter drücken werden (Imperialismus, Kapital, IWF usw.), so werden wir zugleich auch lernen müssen, eine glaubwürdige sozialistische Perspektive zu artikulieren, anknüpfend an ihren Bedürfnissen und deren Artikulation: Ohne eine solche Perspektive drohen Niederlagen, falsche entsolidarisierende Auswege, Demoralisierung und dergleichen.

Eine Reihe von Argumenten in dem Text finde ich insgesamt in Ordnung (so zur Frage des Imperialismus usw.), vielleicht hier und da etwas zu hölzern. Was den Schluß betrifft, bin ich mir nicht ganz im klaren. Dort heißt es: „Wir wollen ausdrücklich feststellen, daß uns keinerlei Interesse der arbeitenden Klassen bekannt geworden ist, das eine Aufhebung der Nachkriegsgrenzen, der Verträge von Jalta und Potsdam sinnvoll erscheinen läßt. Diese

Verträge sind eine völkerrechtliche Realität, die wir verteidigen sollten.“

Was soll diese Bürovorsteherrhetorik? ... uns nicht bekannt geworden ...“ Vielleicht gibt es doch einen Aktenordner oder ein Bücherbord mit der Bekanntmachung, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter auf dem Wege ihrer Selbstbefreiung die Grenzen der Nationalstaaten sprengen und das Absterben der Staaten überhaupt erreichen müssen, um die Klassen und damit sich selbst als Klasse aufzuheben? Wäre es nicht richtiger einfach zu sagen: „Wir sind gegen jede Infragestellung der Nachkriegsgrenzen (oder der heutigen Grenzen), wir bekämpfen unnachgiebig jeden offenen oder versteckten Gebietsanspruch der Herrschenden in der BRD, wir sind daher für die Streichung der Präambel des Grundgesetzes, usw.“? Ich bin mir nicht sicher, ob dieses Hochhalten der Nachkriegsverträge zwischen den imperialistischen Siegermächten und der Sowjetunion so sinnvoll oder überhaupt fortschrittlich ist. Und steht in diesen Verträgen nicht auch etwas über eine zukünftige deutsche Einheit? Im Gegensatz zu früher lehne ich diese ab, so wie auch der BWK, sogar wenn die Losung „sozialistische deutsche Einheit“ lauten würde. Aber vor allem sehe ich die Nachkriegsordnung nicht als günstigen Rahmen für Emanzipation, sondern als ein internationales Übereinkommen gegen die Emanzipation mit allen diesen die Köpfe vernebelnden Block- und Lageraspekten, vor deren Hintergrund die sozialen und Klassenfragen in den Hintergrund traten. Wie gesagt, große Bedenken und Diskussionsbedarf.

Mir scheint auch, daß unsere Sofortforderungen — Verteidigung der staatlichen Souveränität der DDR usw. — nur einen sozialistischen Sinn machen, wenn sie mit Positionen der Klassen-solidarität über alle Grenzen hinweg und mit dem Ziel der Wahrung der Chance eines zum imperialistischen Kapitalis-

mus alternativen Entwicklungswege des betreffenden Landes verknüpft sind. Denn wozu positiv sonst das Festhalten an der Souveränität? Wegen des Einhaltens von Verträgen? Das wäre kein Argument gegen den Reflex „lieber für gute DM ausgebeutet und Knecht als für schlechte Ost-Mark an der Nase herumgeführt und souverän“.

Das Soziale ist das Reale gegenüber dem Nationalen, aber auch gegenüber dem Juristischen.

Im Endeffekt — in allerletzter Instanz der Analyse — beruht die ideologische Stärke der bürgerlichen Positionen und Demagogien aus der BRD in der DDR darauf, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter heute (nicht mehr?) das Zutrauen haben, die Kombinate und die Volkswirtschaft insgesamt demokratisch zu leiten und auf diesem Wege Zug um Zug ihre und die gesellschaftlichen Bedürfnisse besser zu befriedigen und zu entwickeln. Im vorangegangenen Regime wurden sie dazu nicht ermutigt, sie wurden vielmehr daran gehindert. Darum denke ich, daß unsere Verteidigungsargumentationen aus der Defensive heraus heute mit der Perspektive der Rekonstruktion oder neuen Herausbildung dieses Zutrauens verbunden werden müssen. Nicht nur sozialistische Bewußtseinsbildung steht und fällt mit diesem Zutrauen, auch die Verteidigungskämpfe zugunsten eigener unmittelbarer Interessen brauchen letztlich die Perspektive einer solchen grundsätzlichen gesellschaftlichen Alternative. Diese von mir hier vorgetragene Idee ist vielleicht sehr einfach und beantwortet noch wenig, aber ohne sie als Leitgedanken vor Augen zu haben, finde ich, kommen leicht die Abwege in's Gestrüpp von Paragraphen und anderen Konstruktionen, die letztlich doch zumindest auch uns klassenfremde Interessen widerspiegeln, wie die der alliierten Siegermächte von damals oder heute und dergleichen.

Manuel Kellner, VSP, 30.3.1990

Republikaner und Arbeiterschaft

Wer den Wandel der Parteienlandschaft der BRD in den letzten Jahren verfolgt hat, für den dürften die Wahlerfolge der Republikaner kein Rätsel sein. Die Verklammerung verschiedener sozialer Schichten in den großen Volksparteien CDU/CSU und SPD hält nicht mehr. Die Parteienidentifikation der Wähler aller etablierter Parteien — das heißt die Identifikation eines Wählers mit dem gesamten Erscheinungsbild einer Partei — sank rapide ab: „Ein Rückgang der Parteiidentifikation läßt sich bei allen Parteien mit Ausnahme der Grünen beobachten.“ (FAZ vom 23.03.89) Die SPD sank von 39% in 1980 auf 31,6% 1987 ab. Die Union schrumpfte von einem traditionell niedrigeren Ausgangsniveau von 34,7% 1976 auf 31,5% 1987. Die FDP rutschte von 5,5% 1976, 1983 auf 2,1% und 1987 auf 1,8% (ebd.)

Wachsende Teile der Bevölkerung fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten und wenden sich Gruppierungen am rechten oder linken Rand zu. Ob diese Wendung zur rechten oder zur linken Seite vollzogen wird, ist nicht dem Zufall überlassen, sondern hängt ganz offensichtlich an der sozialen Lage des Wählers. Die Aufweichung der Volksparteien läßt die unterschiedliche soziale Lage der Staatsbürger wieder deutlicher hervortreten.

Wer die Analyse der Stimmenergebnisse der Republikaner im letzten Jahr verfolgt hat, für den ist es kein Geheimnis, aus welchem sozialen Umfeld die Republikaner ihre Stimmen erhalten. Bei den Wahlen in Bayern und Baden-Württemberg fanden Bauern und Mittelstand in von der Modernisierung der Gesellschaft bedrohten Regionen in den Republikanern eine Alternative zur CDU/CSU. In allen anderen Wahlen und Regionen stellten sich die Republikaner als eine Partei der Stadt dar, eine

Partei der städtischen Unterschichten, der unteren Schichten der Arbeiterschaft.

Entsprechende Ergebnisse hat die SPD im letzten Jahr in ihrer Studie zu den Republikanern vorgelegt: „Das weiteste Unterstützungspotential der Republikaner hat seine stärksten Ausprägungen von jeweils 18% bei den einfachen Arbeitern und Facharbeitern sowie in der Gruppe der Selbstständigen (14%). Aus diesen drei Gruppen rekrutiert sich auch der harte Kern der Republikaner-Anhänger.“ — „Auf jeden Fall Republikaner wählen würden 6% der einfachen Arbeiter, 5% der Facharbeiter sowie 4% der Selbstständigen.“ (S. 18) Das heißt, nahezu ein Fünftel der einfachen Arbeiter und ebenso nahezu ein Fünftel der Facharbeiter — jeweils 18% — sympathisieren mit den Republikanern.

Alles dies ist offensichtlich für jeden der es sehen will. Nicht so für den BWK, der in der letzten Beilage mit einer halsbrecherischen logischen Konstruktion hervorgetreten ist, mit der er beweisen will, daß letztlich alles ganz anders aussieht, als es erscheint. Maf, ulb und alk, die Erfinder dieser Konstruktion, gestehen zu, es gäbe für die obengenannte Einschätzung „gewisse Anhaltspunkte in der Wahlstatistik: Die Republikaner erreichten vor allem in den großen Städten beachtliche Stimmenprozente, sie erreichten sie dort wiederum in solchen Wohngebieten, die die Statistik mit dem Attribut unterer Status versieht.“ Trotzdem halten sie diese Position für falsch.

Ihr Ausgangspunkt ist die Kritik an einer Auffassung, die sie bei SPD, DKP und MLPD ansiedeln: Die Wähler der Republikaner seien „politisch unbestimmte Protestwähler“, ihr Protest sei also sowohl nach links, als auch nach rechts wendbar. Dagegen stellt der BWK die Behauptung: „Die REP-Par-

tei verfügt mehr als andere Parteien über eine feste Anhängerschaft.“ Wird der Gegensatz so gestellt, — Protestwähler oder feste Anhänger — bleibt die Frage, woraus sich die Anhängerschaft der Republikaner sozial rekrutiert, außen vor. Ein Nebeneffekt der BWK-Konstruktion ist also die Möglichkeit, sich an einer Aussage zu diesem Problem vorbei zu manövrieren.

Der BWK trifft sein Urteil über die Republikaner-Anhängerschaft von einer merkwürdigen ideologischen Voraussetzung aus. „Das Wahlverhalten orientiert sich an aus sozialen Gegensätzen entwickelten Weltanschauungen eher als an momentanen Verärgierungen.“ Das Wahlverhalten orientiert sich also an Ideologien, nicht an den Interessen der Wähler. Entsprechend unverständlich ist dem BWK die Natur des Protestwählers. Es kann ihn eigentlich gar nicht geben, da jeder Wähler der Logik einer Weltanschauung folgen mußte. Dem BWK ist daher der Protestwähler nur vorstellbar als einer, der Protest zur Weltanschauung erhoben hat. Der Protestwähler protestiert nicht gegen die Vernachlässigung seiner Interessen, sondern wählt munter „mal rechts“, „mal links“ aus bloßer Freude am Protest.

Auf dieser festen ideologischen Grundlage entwickeln ulb, alk und maf eine geniale Methode, um sich die deutlichen „Anhaltspunkte in der Wahlstatistik“ vom Leibe zu halten. Die Methode ist so genial, daß sie als Illustration von Umberto Eco's Typologie des Irrsinns dienen kann: „Der Dumme versucht seine These zu beweisen, er hat eine schräge Logik, aber er hat eine.“

Nun die schräge Logik: Bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg bestand die Möglichkeit für die Wähler, Stimmen zu panaschieren, d.h. auf der von ihnen gewählten Parteiliste Kandi-

daten einer anderen Partei hinzuzuschreiben. Damit meint der BWK, ein Mittel zu haben, um Protestwähler zu entlarven: „Gäbe es ein Protestwähler-Reservoir, aus dem sich rechts und links bedienen können, wären beim Panaschieren im großen Umfang Rechts/Links-Überschneidungen zu erwarten.“ Selbstverständlich gelingt der Nachweis, daß dies nicht der Fall ist. Für Stuttgart, Freiburg, Mannheim und Karlsruhe können die Autoren nachweisen, daß es Stimmenüberschneidungen zwischen DKP, Grünen usw. und REPs, NPD usw. nur ganz marginal gibt. Auch der Stimmenaustausch zwischen Rechtsparteien und den großen Volksparteien SPD und CDU/CSU hält sich in einem sehr beschränkten Rahmen.

Was beweist dies aber? Es beweist, daß ein Protestwähler seinen Interessen einen bestimmten politischen Ausdruck verleihen will. Ein Bauer, der jahrelang CDU gewählt hat und sich schließlich — weil er sich durch die EG-Agrarpolitik geschädigt fühlt — von dieser Partei abwendet und der Parteiliste der Republikaner seine Stimme gibt, schreibt auf diese Liste keine CDU-Kandidaten mehr hinzu. Ein Arbeiter, der jahrelang SPD gewählt hat und sich schließlich enttäuscht von dieser Partei abwendet, weil sie nichts dagegen unternimmt, daß Aus- und Übersiedler ins Land strömen, von denen er weiß, daß sie den Tariflohn ruinieren und die Mietpreise weiter hochtreiben, wählt Republikaner, ohne auf deren Liste SPD-Kandidaten beizuschreiben. Ebendies gilt für den Sozialhilfeempfänger, der moniert, daß Teile des staatlichen Sozialhilfe-etats von Asylanten absorbiert werden. Nichts ist absurder als die Vorstellung, daß diese Wähler irgendeine Partei des linken Flügels wählen würden, die dafür eintritt, daß die BRD ein Einwanderungsland bleibt, eine multikulturelle

Gesellschaft entsteht und die das kommunale Ausländerwahlrecht fordert. Warum sollten diese Wähler eine Partei wählen, die lediglich eine linke Weltanschauung zu bieten hat, aber nichts für die real existierenden Interessen der Arbeiterschaft übrig hat.

Trotzdem handelt es sich bei diesen Wählern um Protestwählern, denn sie wählen die Republikaner nicht, weil sie deren ideologische Auffassung teilen. Auch zu diesem Thema förderte die SPD-Studie interessante Ergebnisse zu Tage. Die Studie, vor allem unternommen, um die Motive der Republikaneranhänger, die ehemals SPD wählten, zu ergründen, stellt fest: „Kaum einer der von uns befragten ehemaligen SPD-Wähler hat eine geschlossene rechts-extreme Weltanschauung, d.h. nicht festzustellen war ein nationalsozialistisches Geschichtsbild (z.B. die „Ausschwitzlüge“, die Idealisierung des Führerstaates, militaristische Neigungen, vaterländische Ideologie sowie Blut- und Bodenrassismus)“. Stattdessen verfügen die Wähler über ganz anders geartete weltanschauliche Begründungen: „Es bereitet diesen Wählern kaum Schwierigkeiten, ökologische, pazifistische und sozialstaatliche Politikinhalte mit ausländerefeindlichen Einstellungen zu verknüpfen.“ (S. 23)

Oskar Lafontaine hat im Saarland diese Erkenntnisse in praktische Politik umgesetzt. Er hat den Republikanern die richtigen Themen streitig gemacht, indem er gegen die Begünstigung von Aus- und Übersiedlern auftrat. Während in den Ruhrgebietsstädten — bei den NRW-Kommunalwahlen im letzten Oktober — die Republikaner kräftig zulegen, gelang es Lafontaine, diese Partei trotz einer vergleichbaren Sozialstruktur auf 3,4% herabzudrücken. Für die Linke wäre es an der Zeit, daraus ihre Schlüsse zu ziehen.

Petra Bach (Kommunistische Presse)

Zuschriften

„Zynismus oder Beckmesserei?“

Einige Gedanken zu „Stalin — ein Kind des Leninismus“ (Beilage Nr. 4 v. 28.12.89)

Man ist ja inzwischen einiges gewohnt, als sogenannter „Beitrag“ in der Beilage erscheint; aber es tut doch weh, wenn immer wieder längst tot geglaubte Schmären mal in diesem mal in jenem pseudowissenschaftlichen Gewand auftauchen. Der Stalinismus, Konsequenz des Leninismus, wie gehabt.

Gewöhnlich wird diese Vergewaltigung der historischen Wahrheit als Argument von Gegnern des Sozialismus/Kommunismus gebraucht. Es muß aber deshalb nicht falsch sein. Es ist aber falsch, wenn es der kritischen Überprüfung nicht standhält. Und da gibt es eine ganze Menge zu sagen, ja, man müßte ein Buch schreiben, um all das, was scheinbar so einleuchtend klug dahergeschrieben wird als intellektuelle Spiegelfechterei zu entlarven. Zugegeben, die Perversion der Wahrheit, die durch den Stalinismus erfolgte Verballhornung des Marxismus, seine Verwandlung in ein heuchlerisches Dogma, die teuflischen Prozeduren, die bei der stalinistischen „Wahrheitsfindung“ gängige Praxis waren, sind bestechend beschrieben. Aber mit dem gleichen blinderen Stil wird mit der Wahrheit Schindluder getrieben. Die Möglichkeit, daß der Autor des Artikels von der „Phänomenologie“ (Wissenschaft von den sich dialektisch entwickelnden Erscheinungen ...) überfordert war, möchte ich doch nur als „ultima ratio“ in Erwägung ziehen.

Zu dem wirtschaftstheoretischen Teil will ich nicht Stellung nehmen. Dazu mögen sich kompetentere Kritiker äußern, wenn sie es für erforderlich halten. Das sollten sie eigentlich, wenn sie z.B. lesen, daß „die Wirtschaftspolitik der KPdSU (...) auf den Tauschwert und seine ‚Gesetze‘ als unfehlbare Wegbereiter einer Gebrauchswertproduktion gesetzt haben“ (soll wohl heißen „hat“, *boe*) und zwar „... aus allgemein philosophischen (Hervorhebung von mir, *boe*) Abwägungen zu dem Problem, ob sozialistisches Wirtschaften überhaupt und grundsätzlich als Vollzug vorgegebener objektiver Gesetzmäßigkeiten aufzufassen sei.“

Mann oh Mann, „wissenschaftlicher“ geht's nicht mehr. Der Autor (Signum „thk“/BWK) beruft sich hoffentlich nicht auf den Marxismus, denn das wäre so etwas wie Denkmalschändung. Was hier geboten wird, hat mit marxistischer Analyse nichts zu tun. Es ist die Erklärung der Geschichte vom Standpunkt idealistischer Geschichtsschreibung und hat mit historischem Materialismus nichts gemein.

„Es ist eben nicht die Demokratie, an der es der Sowjetunion gefehlt hat, sondern am Kommunismus. Die Vorstellung, Räte und selbstwirtschaftende Kommunen wären die Lösung des Problems, ist deshalb eine demokratiefeindliche Mystifikation.“ Armer Karl, Deine Hoffnung auf eine Gesellschaft von in Räten organisierten, frei assoziierten Produzenten kannst Du begraben. Das sind Spinnereien, „demokratieidealistische Mystifikation“. Nein, unser Autor hat da ein besseres Rezept.

Wozu eine lange umständliche Periode sich entfaltender Massendemokratie, in der die Massen lernen, ihr gesellschaftliches Schicksal selbst zu meistern? Nein, besser ist doch, gleich einen Sprung in den Kommunismus zu machen. Oder liegt hier vielleicht ein Mißverständnis vor? Meint er vielleicht nicht „den ganzen Kommunismus auf einmal“ sondern da ein Stückchen und dort ein Stückchen, nach dem Motto: ein bißchen schwanger schadet nicht? Oder hat sich der Autor in seinen geschichtspilosophischen Höhenflügen verirrt?

Wenn wir uns schon in „höhere Sphären“ begeben, wollen wir hier doch einmal festhalten, wie sich das Problem „Demokratie“ aus der Sicht marxistischer „Geschichtsphilosophie“ darstellt. Die sich entfaltende, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassende Demokratie deren Entwicklung vom Absterben (nicht von der Abschaffung) des Staates und von einer zunehmenden sozialen (nicht individuellen) Gleichheit der Bürger begleitet ist, verschwindet auf dem Höhepunkt ihrer Reife (hier ist „Madame Dialektik“ am Werk), denn „Demo-Kratie“ = Volksherrschaft gibt es nicht mehr, weil es nichts mehr zu beherrschen gibt. Aus der Herrschaft über Menschen ist eine „Verwaltung von Sachen“ geworden. Und diese mehr oder weniger lange Übergangszeit des Lernens, Wachstums und Reifens hätte unser Zauberkünstler gern auf ein paar Jährchen zusammengedrückt, um anstelle von mehr Demokratie, mehr Kommunismus zu haben.

Verweilen wir noch einen Augenblick in den Sphären „höherer Politik“. Lenin hat also den „Geschichtsmoralismus“ in die Welt gebracht, und dabei hat er in vielen Fragen, von der Imperialismustheorie bis hin zur Sexualität, an die Stelle wissenschaftlicher Kritik die Moral gesetzt. Soll man daraus schlussfolgern, daß richtige Politik sich jenseits der politischen Moral bewegt? Wie wäre es mit der Lektüre von Trotzki's „Ihre Moral und unsere,?“ Im übrigen wäre es der Auseinandersetzung dienlicher, wenn Lenins Verfehlungen anhand von einigen Fakten belegt wären. Stattdessen wieder so ein kleiner Giftpfel aus dem Dunkel dieses „hellen Kopfes“. Die opportunistische Theoretisierung Stalin'scher Praxis („Verschärfung des Klassenkampfes gerade bei zunehmenden Erfolgen des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus,“) wird in indirekter Weise als Fluch der bösen Tat dargestellt: „Stalin hat zugleich diese Manier des Wahrheitsbeweises für seine Politik aus den entsprechenden vergoldeten Worten des toten Lenin sehr ernst genommen ...“, Tja und dann hat Lenin „beim ‚Machen‘ (Hervorhebung von mir, *boe*) der Revolution (...) sich in seinem Aufbauprogramm nicht vom Fetischismus einer geschichtlichen Tagesordnung abhängig gemacht.“ Mir scheint, mit dem Terminus „Machen“ wird impliziert, daß Lenin seine Entscheidungen mehr oder

weniger willkürlich-sprunghaft getroffen hätte. Natürlich haben Lenin und seine Genossen die Revolution „gemacht“. Aber nicht im voluntaristischen Sinn von „makern“ (auch nicht im romantisch-idealistischen Sinn von Che Guevara), sondern sie haben als Revolutionäre gehandelt, d.h. sie haben die Revolution vorwärtsgetrieben durch optimale Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die sich aus den herrschenden Bedingungen und unter Berücksichtigung der Reife des subjektiven Faktors ergaben.

Sicherlich sind sie dabei auch Irrtümern und Fehleinschätzungen erlegen, aber das ist ein anderes Thema. Wenn unter der stalinistischen Diktatur „Fehler und Mißerfolge (...) als Abweichung vom objektiv vorgezeichneten Erfolgsweg“ galten, dann kann man dies auch bei schlechtestem Willen nicht den Bolschewiki anlasten. Es ist einfach unseriös, wenn behauptet wird, das sei „aus diesem guten bolschewistischen Geist heraus“ geschehen. Es gehört eben nicht zur moralischen Kultur der Bolschewiki, „Parteifeinde“ zu „ächten“. Als Maßstab kann man hier getrost das Verhältnis der Bolschewiki zu Trotzki heranziehen, der als ehemaliger Menschewik voll in die Partei integriert war und auch hohe Wertschätzung genoß. Nein, die terroristische Praxis der Hexenjagd stammt aus dem Repertoire von dem Marxismus-Bolschewismus absolut beziehungslos gegenüberstehenden bürokratischen Parasiten, die nicht die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, sondern die Verteidigung und den Ausbau ihrer Privilegien, und zwar mit den brutalsten, bis zum politischen Mord reichenden Mitteln im Sinne haben.

Es ist ein ziemlich dicker Hund, zu behaupten, es sei „der Fetisch“ und das „Credo“ des Bolschewismus seit seinen Anfängen gewesen, „daß Kommunisten sich selbst als Werkzeug im historischen Prozeß zu benutzen haben, um diesen voran zu treiben ...“ Marx hat die Hegel'sche Philosophie „vom Kopf auf die Beine“ gestellt. Unser Verfasser stellt die Wahrheit von den Beinen auf den Kopf. Man mag den Bolschewiki manches teils mehr teils weniger treffend zum Vorwurf machen, aber daß sie sich als Werkzeug des Hegelschen „Weltgeistes“ verstanden haben sollen, kann man ihnen nicht vorwerfen, indem man ihnen Gehorsam gegenüber der „Göttin Geschichte“ unterstellt.

Der idealistische Charakter dieser Lenin-Kritik ist unverkennbar. Welche gesellschaftlichen Kräfte und Interessen im Konflikt unversöhnlich gegenüberstanden (und noch stehen), ist dem Autor anscheinend keine Untersuchung wert. Es sagt auch nicht explizit, daß das Anwachsen des Einflusses der stalinistischen Bürokratie mit der fortschreitenden Eliminierung der alten bolschewistischen Führer einherging. Die Geschichte und ihr Ablauf sind letzten Endes das Ergebnis eines Ringens zwischen Guten (aber offensichtlich be-

schränkten) und Bösen (aber gewitzten), zwischen Intelligenten (aber unfähigen) und weniger Intelligenten (aber erfolgreichen), zwischen Schlaun und weniger Schlaun usw. usf.

Typisch für diesen Kritiker scheint mir zu sein, daß er den zentralen wirtschaftspolitischen Streitpunkt zwischen der Stalinreaktion und der „Linken Opposition“ unerwähnt läßt, bei dem es entsprechend den Forderungen der Linken Opposition darum ging, beim Aufbau der Schwerindustrie im besonderen und beim industriellen Aufbau im allgemeinen ein optimales Tempo einzuschlagen, d.h. unter Berücksichtigung aller Faktoren, insbesondere des menschlichen, während die Stalin-Fraktion nach jahrelangem Zögern eine maximale Forcierung des Tempos anschlug ohne Rücksicht auf die unnötigen großen Opfer und auf das bittere menschliche Leid, das damit verbunden war. Bei „thk“ liest sich das so, daß „... lauter gute Leninisten, die genau so wie Stalin (Hervorhebung von mir, *boe*) nach der einzig korrekten Antwort auf die historische Auftragslage suchten

Wenn es angeht, die Wirtschaftspolitik der Stalin-Fraktion auf die Intentionen der Bolschewiki zurückzuführen, dann wäre es auch statthaft, die Politik des Herrn Hans-Jochen Vogel in direkter Linie von den Lehren eines Karl Marx abzuleiten.

Die vulgärmarxistische Vorstellung einer Naturgesetzlichkeit der geschichtlichen Entwicklung „einfach auf Grund der durch die Geschichte verbürgten Fälligkeit des Übergangs zum Sozialismus“, spiegelt sehr wohl Stalin's undialektisches mechanistisches Denken wider. Wo gibt es in Lenin's Schriften eine solche Automatik? Hat er nicht mit großer Sorge darauf hingewiesen, daß nach dem Ausbleiben der proletarischen Revolution in Europa und vor allem in Deutschland eine lange, eine sehr lange und sehr schwierige Etappe des Übergangs zum Sozialismus zu durchschreiten sei, wobei er es sogar offen ließ, wie dieser zu erwartende schwere Kampf ausgehen werde. Ist das nicht das genaue Gegenteil von Stalin's „Sozialismus in einem Lande“?

Willy Boepfle, 26.1.1990

Leserbrief

Zur Auseinandersetzung über den Artikel von maf (BWK) „Probleme des Klassenkampfes — Antworten der Stalinisten“ in Beilage 2/89: Ich danke dem Genossen thk (BWK) für seine ausführliche Untersuchung „Stalin — ein Kind des Leninismus“ in Beilage 4/89. Ich empfand den Beitrag von maf als falsch und nicht weiterführend bei den schwierigen Aufgaben, die sich der revolutionären Linken in der BRD derzeit stellen. Unerträglich empfand ich Meldungen in den Politischen Berichten kurz vor dem Sturz Ceauscescus, die nur die Tatsache, daß Rumänien seine Westverschuldung abgebaut habe, festhielten, nicht aber, auf wessen Kosten — auf Kosten einer erzwungenen Verarmung der rumänischen Arbeiter und des Volkes, verbunden mit umfassender Bespitzelung und Sippenherrschaft, und einer verfehlten, wahrscheinlich als „stalinistisch“ im Sinne des Aufsatzes von thk zu kennzeichnenden Wirtschaftspolitik.

Der methodische Fehler ist wohl der, äußere Unabhängigkeit, also Zurückzahlung der Schulden, in diesem Fall mit antiimperialistischer Politik überhaupt gleichzusetzen. Rein ökonomisch von dem Standpunkt aus, daß wir gegen Expansion und Stärkung des westdeutschen Imperialismus sind, erscheint das richtig. Längerfristig gesehen ist es das nicht. Man kann auch so argumentieren: Ceauscescus Politik besonders in den letzten Jahren hat die Interessen der Lohnabhängigen und Bauern in Rumänien schwer verletzt, und seine Wirtschaftspolitik hat so verheerende Folgen, daß jetzt dieses Land „westlicher Hilfe“ umso mehr ausgeliefert ist. Und sie hat auch dem Ziel des Sozialismus schwer geschadet.

In der aktuellen Situation, in der die realsozialistischen Gesellschaften zusammenbrechen aufgrund von imperialistischer Expansion, Weltmarktgesetzmäßigkeiten und der damit verbundenen revanchistischen Politik, führend von den westdeutschen Imperialisten in

der EG betrieben, also von außen, aber eben auch aufgrund von inneren Strukturen, die ihre historischen Wurzeln m.E. im Leninismus, weit mehr noch aber in Ökonomie und Politik in der Zeit Stalins haben, können wir hier nur im Kampf gegen Revanchismus, Imperialismus und die wirklich wieder stark in unserer Gesellschaft herrschende Ideologie, Sozialismus sei nicht machbar, vorankommen, wenn wir uns auch beteiligen an der Debatte, die derzeit in der revolutionären Linken läuft und dringend ansteht: was verstehen wir eigentlich heute unter Sozialismus/Kommunismus? Was wollen wir? Dazu gibt es im BWK wirklich nützliche Ansätze (Regionalwirtschaft, Stärkung der Kommunen, etc.). Nur haben wir, und deshalb ist dies kein persönlicher Vorwurf an einzelne Genossinnen und Genossen, wie alle gegenwärtig bestehenden linken Organisationen mit unserer eigenen Vergangenheit gerade auch in Fragen Stalinismus etc. eine wirklich schlechte „Tradition“. Im KBW übernahmen wir die Theorie des Sozialimperialismus von der KP China, die keine Analyse der realsozialistischen Gesellschaften enthielt. Eine wirkliche gründliche Debatte und Analyse der Entwicklung der UdSSR hat es auch im BWK insgesamt nie gegeben, es waren immer nur wenige Genossinnen und Genossen, die sich damit befaßt haben. Wir haben unseren Schwerpunkt, zu recht, wie ich meine, und aus den Erfahrungen im KBW, auf die Kritik des westdeutschen Imperialismus gelegt. Das darf aber nicht dazu führen, daß wir uns aus Nichtwissen oder falscher „Agententheorie“ (kurz: wer Stalin kritisiert, dient dem deutschen Imperialismus) apologetisch zu einer Abkehr sozialistischer Prinzipien unter Stalin und bis heute in den realsozialistischen Ländern verhalten. Das führt uns und die Linke hier nicht weiter, eben auch nicht weiter im Kampf gegen Großdeutschland und alles, was damit verbunden ist.

Lsc, BWK

GNN — Antifaschistische Literatur

Neuerscheinungen

Ergebnisse und Materialien der 10. o. Delegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) vom 3./4. März 1990. 32 Seiten, Preis: 4,00 DM.

Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion, beschlossen durch die 10. o. Delegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) vom 3./4. März 1990. Broschüre A-5, Preis: 2,00 DM.

Wahlrecht für Ausländer! Weg mit den Ausländergesetzen! Bundesinnenminister Schäuble will die Unterdrückung durch neue Ausländergesetze verschärfen. CDU/CSU klagt gegen das Kommunale Wahlrecht vor dem Bundesverfassungsgericht. Hrsg. Volksfront. 36 Seiten, Preis: 3,50 DM

„Was wir niemals aufgeben werden, ist unsere

Fähigkeit, Widerstand zu leisten. Interview mit sechs revolutionären Gefangenen in den USA. Hrsg. Infobüro für Gefangene, Hamburg. Broschüre A-5, 36 Seiten, Preis 2,50 DM.

Kurdistan, Kurden-Prozeß

Bericht über die Lage in Kurdistan. Vorlage an die 45. Vollversammlung der Menschenrechtskommission der UNO 1988 in Genf. Hrsg. Kurdistan-Komitees in Europa. 76 Seiten brosch., 6 DM.

Repression, Politische Gefangene

Freie politische Kommunikation und Information durchsetzen! Veränderungen der Haftbedingungen nach dem Hungerstreik, Briefe an die Gefangenen und Antworten. Hrsg. Informationsbüro für die Zusammenlegung, Hamburg. 44 Seiten, Preis 4 DM.

Hungerstreik kämpfender Gefangener — Febru-

ar bis Mai/Juni 1989 — für Selbstbestimmung, Kollektivität, menschenwürdige Haftbedingungen. Hrsg. Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD. 52 Seiten, Preis 5 DM.

Antifaschismus, Antiimperialismus

Vorsicht Republikaner. Programmatik, Praxis und Personal. Hrsg. VVN, Volksfront Westberlin. 40 Seiten, Preis 2,50 DM.

Republikaner in Köln. Völkische Hetze gegen Ausländer, Frauenemanzipation und Demokraten. Hrsg. Antifaschistisches Forum Köln. 36 Seiten, Preis 3,50 DM.

Ideologie und Programmatik der ÖDP. Menschenverachtend, frauenfeindlich, gegen Arbeiterinteressen. Hrsg. Hrsg. Antifa-Gruppe Freiburg und Volksfront Freiburg. 142 Seiten, Preis 10 DM.

Faschisten kandidieren für die Neuordnung Gesamteuropas. Wahlprogramme von DVU, Reps, FAP zu den Europawahlen 1989, Le Pen und die

Rechten im Europaparlament. Hrsg. Volksfront. 28 Seiten, Preis 2,50 DM.

Das deutsche Kapital im zweiten Anlauf auf die „Neuordnung Europas“. Etappen der Entfesselung des zweiten Weltkriegs. Teil II: Der faschistische Überfall auf Polen und die Sowjetunion. Hrsg. Volksfront. 56 Seiten, Preis 5 DM.

Texte zum Thema „Frau — Mann — Jungfräulichkeit — Ehe — Gesetz und Moral. Vom Tridentinischen Konzil bis Marx und Engels. Hrsg. BWK. 170 Seiten, Preis: 18 DM.

Dokumente der Zeitgeschichte: VR China, Antiimperialismus, Sozialismus, Kulturrevolution. Inhalt: Dokumente der chinesischen Revolution, besonders der Proletarischen Kulturrevolution. 128 Seiten, Preis 10 DM.

Für alle Buch- und Infoläden sowie Weiterverkäufer geben wir 30% Rabatt. Bestellungen an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1, Tel. 0221/ 21 16 58.

Aufruf für eine Demonstration am 12. Mai 1990 in Frankfurt

Nie wieder Deutschland!

Demonstration gegen deutschen Nationalismus, gegen die Kolonialisierung Osteuropas und gegen die Annexion der DDR

Was gestern noch unmöglich schien, steht heute auf der Tagesordnung der Politik: die Wiedervereinigung von BRD und DDR mit Berlin als alt-neuer Hauptstadt. Die von der Bundesrepublik behauptete Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs ist nicht nur Realpolitik der Bonner Koalition geworden: Eine gesamtdeutsche Partei-koalition von den Republikanern über die CDU/CSU-FDP-Koalition zur SPD bis in die Grünen hinein hat sich in der BRD nach Öffnung der Mauer an die Spitze des nationalistischen Taumels gesetzt und steuert zielstrebig auf die deutsche Einheit zu. Mit diesem Denken und dieser Politik wollen wir nichts zu tun haben.

Beschwichtigungen, ein Viertes Reich sei nicht geplant, sind wirklichkeitsfern, werden „Reiche“ heute doch weniger durch Einsatz von Armeen als durch Kontrolle des Weltmarkts gebaut. Ein ökonomischer und politischer Koloß in der Mitte Europas, der sich auf seine Identität mit dem deutschen Nationalstaat zwischen 1871 und 1945 beruft, ist ein Viertes Reich. Mit Bedacht zetteln die Herrschenden eine endlose Diskussion um die polnische Westgrenze an.

Differenzen zwischen den Parteien lösen sich auf und sind nur unterschiedliche Wege zur staatlichen Einheit. Vertragsgemeinschafts- und Konföderationsmodelle erweisen sich als verschiedene Vorstufen zu einer Wiedervereinigung unter gleichem imperialistischen Vorzeichen. Wir lehnen alle Wiedervereinigungspläne — in welcher Form auch immer — ab. Wir befürworten die Öffnung der Grenzen, aber nicht ihre Revision.

In der Auseinandersetzung der Systeme nach dem Zweiten Weltkrieg setzt sich derzeit der Kapitalismus gegenüber nicht-kapitalistischen Gesellschaftssystemen durch. Die innere Brüchigkeit der bürokratischen Herrschaft in den Staaten des RGW beschleunigen diesen Vormarsch.

Dies ändert aber nichts an den menschenfeindlichen Grundlagen des Kapitalismus. Der kapitalistisch produzierte Wohlstand basiert auf Krisen, Erwerbslosigkeit, Frauenunterdrückung und Rassismus in den Staaten des Westens und Nordens, und er basiert auf dem Hunger und Elend der Staaten des Südens und Ostens. Weltweit werden die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Und wenn auch die RGW-Staaten ihren Beitrag dazu leisten, so ist doch klar, daß die globale ökologische Zerstörung von den kapitalistischen Zentren bestimmt wird.

Es wäre zynisch, von der Bevölkerung der DDR zu erwarten, daß sie auf die Möglichkeiten und Vorteile verzichtet, die im Westen wie selbstverständlich wahrgenommen werden. Noch zynischer ist es allerdings, ihr mit der vagen Aussicht auf eine zweifelhafte Konsumwelt alles abzunehmen, was sie sich in vierzig Jahren an Werten erarbeitet hat.

Gegen eine Annexion der DDR!

Sie nennen es „Selbstbestimmung der Deutschen“ und meinen die Einverleibung der DDR gemäß Artikel 23 eines Grundgesetzes, das immerhin auch eine Notstandsgesetzgebung enthält: Dem Geltungsbereich dieser Verfassung kann man

beitreten, wer aber austreten will, bekommt es mit der Bundeswehr zu tun (Art. 87a). Sie nennen es Freiheit und verfolgen die alten nationalistischen und expansionistischen Ziele des Deutschen Reiches.

Nationale Selbstbestimmung kann nur eine Waffe der kolonisierten und in Abhängigkeit gehaltenen Völker gegen ihre Unterdrücker sein. Weder die BRD noch die DDR sind kolonisierte Länder. Ein durch Selbstbestimmung der Deutschen zu realisierendes Recht auf Vorherrschaft, ein Recht auf Imperialismus, kann es nicht geben, selbst wenn sich Mehrheiten in Umfragen für eine deutsche Einheit aussprechen. Dem stehen nämlich die Rechte der anderen Länder auf Sicherheit, Frieden und eigenständige Entwicklung entgegen.

Welche Selbstbestimmung bringt die Wiedervereinigung den Menschen in der DDR? Es ist die Selbstbestimmung zu Erwerbslosigkeit, Armut und weiterer Umweltzerstörung. Vor allem die Frauen der DDR werden die Verliererinnen sein. Sie sind die ersten, denen gekündigt wird und die nicht mehr eingestellt werden. Wie in der BRD werden sie mit verschärfter Flexibilisierung und Billiglohnpolitik konfrontiert werden, durch unbezahlte Arbeit sollen sie die sozialen Kürzungen wettmachen. Gleichzeitig formieren sich konservative und neofaschistische Organisationen in der DDR zum Angriff auf abtreibende Frauen. Ihr Ziel ist es, Frauen auf ihre „natürliche Bestimmung“ zurückzuweisen und sie zu Objekten ihrer aggressiven Bevölkerungspolitik zu machen.

Daß das Versprechen auf Selbstbestimmung eine Lüge ist, zeigt sich schon daran, welche Politik der DDR Tag für Tag diktiert wird:

- Die meisten DDR-Parteien werden zu Abziehbildern der BRD-Parteien umgemodelt. Der Westen exportiert seine Programme, Redner und Ehrenvorsitzenden;
- Wiedervereinigung bedeutet den Zwangseintritt der DDR in das Militärbündnis NATO;
- anstatt zur Zahlung eines Reparationsausgleichs die DDR wirtschaftlich voranzubringen, wird sie destabilisiert, um der Bevölkerung den Anschluß als einzig erfolgversprechenden Weg anzudienen;
- selbst die DGB-Führung bekämpft das DDR-Gewerkschaftsgesetz mit weitgehenden politischen Rechten und eine Sozialcharta.

Was das Kapital stört, behindert die Wiedervereinigung, und was die Wiedervereinigung stört, behindert die nationale Selbstbestimmung.

Gegen den neuen Nationalismus!

Nicht allen RGW-Staaten gilt die gleiche

- Nie wieder Deutschland — Keine Wiedervereinigung!
- Für Zweistaatlichkeit und die Anerkennung der DDR!
- Für die Anerkennung der polnischen Westgrenze!
- Aufhebung der Sondergesetzgebung für Nichtdeutsche (sog. AusländerInnengesetze); volle rechtliche, soziale und politische Gleichstellung!
- Internationalismus statt Nationalismus!
- Für einseitige Abrüstung hier und sofort — für eine BRD ohne Armee!

Unterschriften an: Büro Friess, (0228) 163538, Büro Eich, (0228) 169146, Bundeshaus, 5300 Bonn. V.i.S.d.P.: Sigi Friess, MdB, Hochstadtener 21, 5000 Köln 1, Tel. dienstlich (0228) 163538

Den Aufruf unterstützen: Offenbach: U. Mathies, ev. Pfarrer, Heinz Fröhlich, Gastwirt, Hans Peter Koller, Angestellter, Manfred Coppel, Stadtrat der Grünen, Dieter Meyer, Fachhändler, Anne Korge-Kalitzky, Krankenschwester, ÖTV Offenbach, B. Kalitzky, Drucker, IG Medien Offenbach, Reinhold Winter, Drucker, erweiterter Landesvorstand der IG Medien Hessen, Ludwigshafen: Werner Griesinger Marburg: Georg Füllberth, Vera Klier, Sprecherin der BAG Hochschulpolitik der Grünen, West-Berlin: Ellen Olms, Ex-MdB, Tili Meyer, Journalist, Maria Knesburg, Journalistin, Ingo Koopmann, Stellvert. ASTA-Vors. der TFH-Berlin, AL, Eberhard Mutscheller, Ex-GA der AL, Renate Döhr, Mitglied des Bundeshauptauschusses der Grünen, AL, Heinz Kappel, AL, Langenfeld: Wolfgang Zimmermann PR-Vors., ÖTV, Bonn: Dorothee Piermont, MdB, Sigi Fröh, MdB, die Grünen, Radikale Linke, Tui Eich, MdB, die Grünen, Shilla Drews, Ewald Zimmer, beide: die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, BetriebsrätInnen, Hans-Peter Hubert, Hinrich Garmis, Martina Fionek, Christian Busold, Uli Toast — alle: Mitarb. der Fraktion Die Grünen, Klaus Wardenbach, Mitarb. von Dorothee Piermont, Hannelise Appolath, Mitglied der Anti-Apartheidbewegung, Philippe Rensing, Anja Bruns, Buchhändler, Hamburg: Marianne von Ilten, GAL, Radikale Linke, Bernd Vetter, Anja Kühr, Günther Hopfenmüller, Anne Timmermann, Frank Frind (alle: GAL), Jürgen Olschak (Landesvorstand GAL Hamburg), Peter Bremme, GAL Hamburg, KV Einsbüttel, HBV, Christa Hönemann, BAG Frieden, GAL, Thomas Ebermann, Radikale Linke, Rainer Trumpert, Radikale Linke, Maren Pysch, Radikale Linke, Karl-Heinz Roth, Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, „1999“ - Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Bärbel A. Rautenberg, DGP Hamburg, Scheffel: Oliver Lusch, Frankfurt: Detlef von Winkel, Journalist, Radikale Linke, Rolf Mütze, Sprecher des Landesfriedensauschusses der Grünen Hessen, Manfred Zieran, Sprecher der BAG Wirtschaft der Grünen, Jutta Didiurh, Grüne, Journalistin, Rosemarie Fischer, Kreisvorstand der Grünen, Manon Tuckfeldt, Grüne Beiratsrätin im Umlandverband Frankfurt, Hans Hettler, Sprecher der BAG Grüne und GewerkschafterInnen, Katja Kister, Theresia Degener, Justina, Wicaf Droste, Journalist, J. Hegewald, Bankangestellter, U. Breue, Systemanalytiker, W. van Ooyen, Angestellter, Werra: Wolf Sendel, Kreisvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Wuppertal: Dodo Schröder, Erziehlerin, Peter Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Wuppertal, Patrick Koble, Bundesvorsitzender der SDJ, Brigitte Ared, Reinhard Leffler (Landesvorsitzender der Grünen Werra und Mitglied des Landesausschusses der Grünen Hessen, Kassel: Andrea Bertelmann, Grüne Kreisabgeordnete, Wiesbaden: Jens-Christian Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Langgöns: Jan Kunert, Sprecher der BAG Wohnungsverhältnisse der Grünen, Brüssel: Anna Schulz, Mitarb. der Re-genbogenfraktion Europa, Heidelberg: Andrea Schmidt, Sprecherin der BAG ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Grünen, Mülheim: Jörg Zimmermann, Student, IG Metall, Kronsberg: Lutz Bielefeldt, Essen: Wolfgang Kühr, Sprecher der BAG Energie der Grünen, Münster: Axel Graf, GAL Münster, Rheinland: Werfalten Gundel Kahl, Sprecherin des Arbeitsausschusses der DKP, Heinz Kzepka, Sprecher der DKP, Krefeld-Viersen: Martina Keleser, Arbeitsausschuß der DKP, Troisdorf: Ingeborg Sattler & Carl-Martin Trauth, Vorstand der DKP Troisdorf, Bonn/Rhein-Sieg: Raja Bernhard, Hajo Knaben, Arbeitsausschuß der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Renate Koppe, Werner Rambow, SprecherInnen der DKP Bonn/Rhein-Sieg, Volke Rohde, Redakteur, Geschäftsführer der DKP Bonn/Rhein-Sieg,